

WACHSEN WIR ÜBER UNS HINAUS



Wahlprogramm von
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Baden-Württemberg
zur Landtagswahl 2021

Dieses Landtagswahlprogramm wurde auf unserem digitalen Parteitag vom 12. bis 13. Dezember 2020, der 37. Landesdelegiertenkonferenz von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Baden-Württemberg, beschlossen.

WACHSEN

WIR ÜBER UNS

HINAUS

Inhaltsverzeichnis

Wachsen wir über uns hinaus.	10
-------------------------------------	-----------

Grün wählen und Baden-Württemberg erhalten.	20
--	-----------

1. Umwelt, Energie und Klima – Konsequenter Klima- und Naturschutz sichert unsere Lebensgrundlagen.....	22
Mit weitsichtiger ökologischer Politik gegen Klimakrise und Artensterben	25
Wir denken Klimaschutz und wirtschaftlichen Erfolg zusammen	26
Wir machen Tempo: Unser Klimaschutz-Sofortprogramm	28
Mehr klimafreundliche Erneuerbare Energien	28
Runter mit den CO ₂ -Emissionen.....	29
Klimafreundliche Verkehrswende	31
Für ein klimaneutrales Baden-Württemberg	32
Raus aus den fossilen Energieträgern	34
Vielfalt der grünen Energien nutzen	36
Energie in Bürger*innen-Hand!	38
Wir bringen die Wärmewende weiter voran	39
Naturschutz zahlt sich aus – für alle	40

2. Mobilität – Eine klimagerechte Mobilität für alle ist in unserem Land erreichbar	44
Wir brauchen die ökologische Verkehrswende – jetzt!	46
Für lokale Klimamobilitätspläne und ein Mobilitätswendegesetz	47
Nutzung von Bus und Bahn bis 2030 verdoppeln	48
Innovationen im öffentlichen Verkehr konsequent fördern	50
Der ÖPNV von morgen: preisgünstig, zuverlässig, flexibel, barrierefrei ..	51
Wir machen den Autoverkehr schnellstmöglich klimaneutral	52
Wir machen Baden-Württemberg zum nachhaltigen Mobilitätsland ...	53
Für gute, sichere und leise Straßen – und weniger Pkw-Verkehr	54
Innenstädte attraktiv für Rad- und Fußverkehr gestalten	56
Güterverkehr auf Klimaschutz-Kurs bringen	57
Flugverkehr eindämmen – klimaschädliche Subventionen stoppen	58
 3. Ländlicher Raum, Landwirtschaft und Tierschutz – Unsere ländlichen Räume ökologisch und lebenswert weiterentwickeln ..	62
Höfesterben entgegenwirken, Preisdumping bekämpfen	65
Ein neuer Gesellschaftsvertrag: Landwirtschaft und Naturschutz ziehen an einem Strang	67
Agrarförderung des Landes konsequent auf Nachhaltigkeit ausrichten	68
Eine eigene Tierschutzstrategie für Baden-Württemberg	68
Wir halten Baden-Württemberg gentechnikfrei	70
Gesunde Lebensmittel – regional erzeugt und klar gekennzeichnet	71
Weinland Baden-Württemberg: Qualität bewahren, Pestizide reduzieren	73
Widerstandsfähige Waldökosysteme statt Monokulturen	74
Für starke und lebendige ländliche Räume	76
Den Tourismus nachhaltig zukunftsfähig machen	78

4. Finanzen – Mit soliden Finanzen für unsere Zukunft vorsorgen 82

Grüne Finanzpolitik: transparent, nachhaltig, steuergerecht	86
Wir erhalten das Landesvermögen und entwickeln es weiter	87
Keine ökologischen Schulden – wir setzen auf die „grüne Null“	88
Baden-Württemberg wird Marktplatz für Nachhaltigkeit	91
Für eine starke Finanz- und Steuerverwaltung	92
Für attraktive Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst	92

Grün wählen und Baden-Württemberg erneuern. 96

5. Wirtschaft und Arbeit – Grünes Wirtschaften sichert unseren

Wohlstand nachhaltig	98
Auf die nächsten zehn Jahre kommt es an	101
Nachhaltiger Wohlstand: Baden-Württemberg zeigt, wie's geht	102
Wir fördern die Zukunft: Green Tech und Kreislaufwirtschaft	103
Digitalisierung und KI vorantreiben – klimagerecht und menschenfreundlich	107
Für eine neue Gründer*innenzeit	110
Wir machen unser Land zum führenden Gesundheitsstandort	112
Qualifizierung und Weiterbildung für alle	113
Gute Arbeitsbedingungen stärken, Missbrauch von Leiharbeit bekämpfen	116
Gemeinwohlökonomie fördern – zum Wohl für alle	117
Wir bringen Gleichstellung und Inklusion weiter voran	117

6. Hochschule, Wissenschaft und Forschung – Gemeinsam für eine gute Zukunft in unserem Land forschen 120

Für einen fruchtbaren Dialog zwischen Wissenschaft, Gesellschaft und Politik	124
---	-----

KI, Digitalisierung, Medizin: die Forschung an Zukunftsthemen stärken	126
Wir entwickeln unsere Hochschulen partnerschaftlich weiter	129
Update für Studium, digitale Lehre und innovative Lernmodelle	131
Vielfalt fördern, Freiheiten erhalten	132
Für Hochschulen, die Nachhaltigkeit erforschen – und umsetzen	134
Technikfolgenabschätzung stärken – im Dialog mit Gesellschaft und Wirtschaft	135
Hochschulen und Start-ups vernetzen, internationalen Austausch ausbauen	137

7. Digitalisierung – Digitalisierung soll Mensch und

Umwelt dienen	140
Innovationen ein Zuhause geben	142
Digitalisierung als grünes Instrument gestalten	144
Ein freier und gleichberechtigter Zugang zur vernetzten Welt für alle .	146
Schutz unserer Privatsphäre und persönlichen Daten	147
Für eine modernisierte und digital-souveräne Verwaltung	148

8. Wohnen und Raumplanung – Nachhaltiges Wohnen bringt

Lebensqualität und Klimaschutz zusammen	152
Wohnraum für alle – bezahlbar und klimaneutral	155
Mehrgenerationenhäuser und barrierefreies Wohnen fördern	157
Für faire Mieten und ein nachhaltiges Flächenmanagement	158
Innovatives Bauen bringen wir voran – nachhaltig!	160
Für lebendige Ortsmitten und Stadtviertel	162
Flächenverbrauch eindämmen, Wohnraum ermöglichen	163
Regionale Baukultur pflegen und entwickeln	164

Grün wählen und Baden-Württemberg zusammenhalten. 168

9. Kita, Schule und Bildung – Für beste Bildung von Anfang an 170

Wir sind noch nicht am Ziel	175
Faire Bildungschancen für alle Kinder	177
Für ein ganzheitliches Verständnis von Leistung und Bildung	179
„Grüne Schulwelt“ von morgen	180
Qualität in der Kita weiter verbessern, Sprachbildung ausbauen	181
Qualitätsentwicklung der Schule konsequent weiterverfolgen	182
Grundschulen stärken – mit multiprofessionellen Teams und gezielter finanzieller Förderung	184
Demokratie in der Schule erlebbar machen	186
Schulen und Schüler*innen fit machen für die digitale Gesellschaft ...	187
Vorrang für das inklusive Lernen	189
Wir stärken die Qualität des rhythmisierten Ganztags	190
Junge Menschen individuell zum Schulabschluss begleiten	191
Den Weg zum Abitur weiterentwickeln	192
Berufliche Bildung stärken	193
Sprache als Schlüssel für gesellschaftliche Teilhabe	194
Schulen mehr Freiräume geben, Lehrkräfte gewinnen	195
Moderne Schulträgerschaft gestalten	196

10. Kinder, Jugend und Familie – Allen Kindern und Familien müssen wir gezielt den Rücken stärken 198

Gerade jetzt: Familien fördern und entlasten	202
Wir stärken Familien – in all ihrer Vielfalt	203
Prävention, Elternbildung und Beratung weiter fördern	204
Familienerholung erhalten und ausbauen	205
Kein Kind soll in Armut aufwachsen!	206

Kinderschutz stärken – Gewalt konsequent bekämpfen	206
Kinder und Jugendliche haben was zu sagen – für mehr Beteiligung vor Ort	207
Medienkompetenz stärken, Mobilität familiengerecht gestalten	208

11. Gesundheit, Pflege und Demografie – Gesundheit, Teilhabe und Selbstbestimmung ermöglichen	210
Gemeinsam durch die Pandemie – gut gerüstet für die Zukunft	212
Grüne Gesundheitspolitik: gut versorgt in Stadt und Land	213
Vorsorge ist besser als Nachsorge	215
Für eine Drogen- und Suchtpolitik, die auf Prävention setzt	217
Grüne Investitionen in den Krankenhausbau – ökologisch, digital, inklusiv	218
Geschlechtersensible Gesundheitsvorsorge ausbauen	219
Pflegende Angehörige stärken	221
Leistung der Gesundheitsberufe anerkennen und die Pflege stärken! ..	224
Therapievielfalt im Gesundheitswesen	226
Für Teilhabe und Selbstbestimmung	226
Chancen geben und Teilhabe für Menschen mit Behinderung ermöglichen	227
Das Band der Generationen – zusammen durchs Leben	229

12. Gesellschaft, Integration und Gleichstellung – Vielfalt und Zusammenhalt gelingen nur gemeinsam	232
Ein starkes Ehrenamt bringt Menschen zusammen	234
Mit Sport verbinden, mit Sport gewinnen	236
Ja zu Vielfalt – Nein zu Hass und Hetze	238
Menschlichkeit und Verantwortung – für ein weltoffenes Baden-Württemberg	239
Mit Integration beginnen – neue Mitbürger*innen gewinnen	243

Die Hälfte der Macht den Frauen – überall!	246
Für ein vielfältiges und buntes Baden-Württemberg	250
Religion und Weltanschauung: gemeinsam in den Dialog treten	253

Grün wählen und Baden-Württemberg leben. 258

13. Inneres, Recht und Verfassung – Ein humaner Rechtsstaat ist der Garant für Freiheit und Demokratie 260

Politik des Gehörtwerdens: Beteiligungsmöglichkeiten weiter ausbauen	262
Für ein modernes Wahlrecht	263
Für Transparenz, Unabhängigkeit und Datenschutz	265
In Freiheit und Sicherheit zusammenleben	266
Vertrauen in den Rechtsstaat stärken	268
Für eine moderne, bürgerrechtsorientierte und evidenzbasierte Sicherheitspolitik	270
Konsequent gegen Rassismus, Rechtsextremismus und Hasskriminalität	272
Islamismus nachhaltig und konsequent bekämpfen	276
Für eine starke, leistungsfähige und humane Justiz	277
Für nachhaltigen Opferschutz und einen humanen Strafvollzug	280

14. Kultur und Medien – Unsere Demokratie braucht eine lebendige Kultur- und Medienlandschaft 284

Kultur im Dialog gestalten	287
Medienbildung als Schlüsselkompetenz ausbauen – gegen Fake News und Hass im Netz	289
Für eine transparente und verlässliche Kulturförderung	290

Kulturelle Bildung an Schulen stärken, Zugang zu Kultur für alle erleichtern	291
Kolonialkunst: Wir übernehmen Verantwortung	293
Medienvielfalt als Basis freiheitlicher Demokratie fördern	293

15. Kommunen – Echter Zusammenhalt entsteht in lebenswerten

Kommunen	298
Wir unterstützen die Kommunen – auch und besonders in der Corona-Krise	300
Wir fördern eine nachhaltige Stadtentwicklung und Daseinsvorsorge	301
Wir stärken Demokratie, Partizipation und Bürgerfreundlichkeit vor Ort	303
Für mehr Vielfalt und Pluralität in den kommunalen Räten	305
Smarte Städte und Regionen: Wir treiben die Digitalisierung voran	305
Für mehr interkommunale Zusammenarbeit	306

16. Europa und Internationales – Bleiben wir der Welt

verbunden und in Europa zuhause	308
Für ein grenzüberschreitendes Gesundheitsmanagement	310
Internationale Allianzen für Klima- und Umweltschutz vertiefen	310
Neustart für fairen Handel – Globalisierung ökologisch und sozial gestalten	312
Mobilität, Bildung und Forschung über Grenzen hinweg gestalten	313
Donauraumstrategie als politisches Projekt zur Demokratieförderung weiterentwickeln	315
Entwicklungszusammenarbeit voranbringen: Wir tragen globale Verantwortung	316

Impressum

320



Wachsen wir über uns hinaus.



Das Programm für ein
zukunftsfestes Baden-Württemberg

Liebe Mitbürger*innen,

seit zehn Jahren führen wir Grüne die Regierung in Baden-Württemberg. Gemeinsam mit Ihnen haben wir unser Land vorangebracht. Baden-Württemberg ist heute ökologischer, innovativer und sozialer und wird gut und verlässlich regiert. Das hat sich auch in den vergangenen Monaten gezeigt, seit die Corona-Pandemie uns in Atem hält und uns alle auf eine harte Probe stellt.

Wir sind bislang besser durch die Corona-Krise gekommen als die meisten anderen Länder der Welt. Weil wir uns alle zusammen angestrengt haben, um das Schlimmste zu verhindern. So ist es uns gelungen, die Bevölkerung vergleichsweise gut vor dem Virus zu schützen. Unser leistungsfähiges Gesundheitssystem und umsichtige politische Entscheidungen haben uns dabei geholfen. Aber unsere stärksten Trümpfe sind und bleiben die Vernunft und das verantwortungsvolle Handeln unserer Bürger*innen.

Noch ist die Krise nicht zu Ende. Solange noch kein Impfstoff in ausreichender Menge zur Verfügung steht und wir uns wegen der kalten Witterung überwiegend in geschlossenen Räumen aufhalten, müssen wir mit Einschränkungen leben. Das Virus ist zu gefährlich, um sorglos zu sein. Die Gefahr – besonders für Ältere und chronisch Kranke – ist groß. Sie brauchen unsere Rücksicht und unseren Schutz. Wo es um die Gesundheit und in manchen Fällen um Leben und Tod geht, treten andere Fragen in den Hintergrund. Das ist verständlich, weil es menschlich ist. Dennoch ist die Corona-Krise nicht die einzige

Herausforderung, bei der wir unsere Kräfte bündeln und als Gesellschaft über uns hinauswachsen müssen. Die drohende Überhitzung des Erdklimas, der Schwund der Artenvielfalt in der Tier- und Pflanzenwelt, die Digitalisierung, der Strukturwandel unserer Wirtschaft, die Sicherung von Arbeitsplätzen und nicht zuletzt die Sorge um den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft stellen uns vor weitere, sogar größere Aufgaben.

Auf die nächsten zehn Jahre kommt es an

Es kommt deshalb auf die nächsten zehn Jahre an. Die 2020er-Jahre müssen das Jahrzehnt der Entscheidung und des entschlossenen Handelns werden. Es muss uns gelingen, die Erderhitzung zu begrenzen, die Artenvielfalt zu erhalten und dafür zu sorgen, dass unsere Erde für die nachkommenden Generationen lebenswert bleibt. Es gilt, den wirtschaftlichen Wandel erfolgreich zu gestalten und so unseren Wohlstand tatsächlich nachhaltig zu sichern, indem wir Ökonomie, Ökologie und Soziales konsequent zusammendenken. Und wir müssen unsere liberale Demokratie gegen autoritäre Angriffe verteidigen und den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft stärken.

Die Herausforderungen sind fundamental. Wir Grüne packen sie mutig an. Wir haben die nötige Kompetenz und Erfahrung, weil wir bereits seit Jahren die Veränderungen zum Wohle des Landes gestalten. Angst ist dabei ein schlechter Ratgeber. Denn wer heute die Augen verschließt und versucht, am Status quo festzuhalten, sieht sich morgen nur umso größeren Problemen gegenüber.

Wir vertrauen auf Baden-Württemberg und seine Stärken. In der Corona-Krise sehen wir – bei allen Schwierigkeiten –, wozu unser Land und seine Menschen fähig sind. Die Bereitschaft, auf andere Rücksicht zu nehmen, ist groß. Die Bürger*innen stellen eigene Belange

und Interessen zugunsten derer zurück, die unseren Schutz brauchen. Unsere staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen haben unter schwierigen Bedingungen gezeigt, dass sie handlungsfähig sind: vom Gesundheitssystem und dem medizinischen Personal über die öffentliche Verwaltung bis hin zur Wirtschaft und den politischen Entscheidungsträger*innen in Regierung und Parlamenten, in Bund, Land und Kommunen. Wir können stolz auf das sein, was wir gemeinsam geleistet haben. Und wir sehen, welchen wertvollen Beitrag Forschung und Wissenschaft leisten können, um Krisen zu meistern. Innerhalb kurzer Zeit werden Impfstoffe und Medikamente, die nötige Technologie und Infrastruktur für Tests entwickelt.

Das macht Mut für das, was vor uns liegt. Denn Zusammenhalt, starke Institutionen, Kreativität und Erfindergeist – das werden wir auch nach dem Ende der Pandemie brauchen.

Gegen die Klimakrise gibt es keinen Impfstoff

Corona hat andere wichtige Herausforderungen in den Hintergrund gedrängt. Die Klimakrise stellt uns vor eine Jahrhundertaufgabe. Gegen sie gibt es keinen Impfstoff. Und die Zeit drängt! Die Menschheit muss jetzt umsteuern, um die globale Erhitzung noch einzudämmen. Denn wir nähern uns gefährlichen Kipp-Punkten – wie bei den Eiskappen an den Polen, die dramatisch schmelzen, oder bei den Dauerfrostböden in Sibirien, die beim Auftauen gigantische Mengen an klimaschädlichem Kohlenstoff freigeben. Wenn wir diese Kipp-Punkte reißen, gerät das Klima außer Kontrolle. Die Erde wird dann nicht mehr der Ort sein, den wir heute kennen.

Als führendem Industrieland kommt Baden-Württemberg eine Schlüsselrolle zu. Wir können der Welt zeigen: Wirtschaftlicher Erfolg und Klimaschutz gehören in Zukunft zusammen. Wir können gut leben,

ohne dabei unsere Erde zu zerstören. Wenn es uns gelingt, ein Modell klimaverträglichen Wohlstands zu liefern, dann werden sich andere daran orientieren, weil sie sehen, dass es funktioniert. Wir sind auf diesem Weg große Schritte vorangekommen. Der Anteil von Strom aus Erneuerbaren Energien liegt heute im Südwesten fast doppelt so hoch wie vor zehn Jahren. Wir stoßen pro Kopf deutlich weniger klimaschädliches Kohlendioxid aus als im Bundesdurchschnitt. In keinem anderen Bundesland wird mehr Geld dafür ausgegeben, die Gebäude energetisch zu sanieren. Und Unternehmen aus dem Land sind weltweit führend bei grünen Technologien und Ressourceneffizienz. Aber wir wissen auch: Das reicht noch nicht. Deshalb wollen wir den eingeschlagenen Weg konsequent weitergehen und das Tempo deutlich erhöhen – mit einem umfassenden Sofortprogramm für Klimaschutz und Energiewende.

Ein solches Umschalten ist nicht nur ökologisch notwendig, es ist auch ökonomisch sinnvoll. Nur wer klimafreundliche Autos, ressourceneffiziente Maschinen und energiesparende Produkte anbietet, kann auf den Märkten von morgen bestehen.

Aber wir müssen auch ehrlich sein: Anreize und Subventionen allein reichen nicht aus. Und auch die unsichtbare Hand des Marktes richtet es nicht. Wenn wir die Klimakatastrophe verhindern wollen, braucht es eine entschlossene Ordnungspolitik mit klaren Regeln. Das wird nicht ohne Zumutungen gehen. Wir werden dabei jedoch viel mehr gewinnen als verlieren. Nämlich eine lebenswerte Zukunft für unsere Kinder und Enkelkinder auf diesem Planeten.

Dazu müssen wir noch eine weitere ökologische Krise bewältigen: Vor unseren Augen vollzieht sich das größte globale Artensterben seit dem Ende der Dinosaurier. Auch unsere schöne Natur hier im Land ist bedroht. Mehr als jede dritte heimische Art ist gefährdet. Um gegenzusteuern, haben wir im vergangenen Sommer das fortschrittlichste

Biodiversitätsgesetz der Republik verabschiedet. Ein großer Verbund an Schutzgebieten, ein deutlich höherer Anteil an ökologischer Landwirtschaft und die Halbierung der Pestizide sind ein Meilenstein für den Artenschutz. Jetzt gilt es weiter voranzugehen. Wir werden die Mittel für den Naturschutz noch weiter erhöhen und einen neuen Gesellschaftsvertrag verankern, damit Landwirtschaft, Lebensmittelindustrie und Verbraucher*innen beim Naturschutz an einem Strang ziehen.

Die Wirtschaft stark machen für die Zukunft

Baden-Württemberg gehört zu den stärksten Wirtschaftsregionen in Europa. Und unser Land hat in den vergangenen zehn Jahren weiter an Wirtschaftskraft gewonnen: Über 750.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze sind entstanden.

Gleichzeitig befanden wir uns schon vor Corona inmitten eines tiefgreifenden wirtschaftlichen und technologischen Umbruchs. Die Pandemie hat diese Situation massiv verschärft. Zwar hat sich die Wirtschaft im Sommer langsam wieder erholt. Aber die Herausforderungen sind und bleiben gewaltig. Die Arbeitslosigkeit liegt weiter höher als im Vorjahr. Viele Beschäftigte befinden sich in Kurzarbeit. Und ein Teil der Unternehmen im Land baut Stellen ab.

Die grün-geführte Landesregierung hat schnell und entschlossen auf die Pandemie reagiert und den größten Schutzschirm in der Geschichte des Landes aufgespannt. Damit haben wir eine Welle von Insolvenzen verhindert und viele Tausende Arbeitsplätze gerettet. Das zeigt: Politik und Gesellschaft können nicht nur verwalten, sie können gestalten. Nicht nur in der Krise, sondern darüber hinaus.

Jetzt gilt es nicht nur, die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen. Wir wollen die Krise für einen Aufbruch nutzen, um den sozial-

ökologischen Wandel entscheidend voranzubringen. Indem wir Ökonomie, Ökologie und Soziales konsequent verbinden, sichern und schaffen wir die Arbeitsplätze von morgen und werden Vorreiter für nachhaltigen Wohlstand mit einer echten Kreislaufwirtschaft, die Klima und Ressourcen schont. Als starke Wirtschaftsregion sind wir uns dabei auch unserer europäischen und globalen Verantwortung für Solidarität und Kooperation bewusst.

Die grün-geführte Landesregierung hat bereits in den vergangenen Jahren die Weichen gestellt, etwa mit dem Strategiedialog Automobilwirtschaft: Hersteller, Zulieferer, Arbeitnehmer*innen, Wissenschaft, Umweltverbände und die Politik arbeiten gemeinsam daran, dass die Transformation gelingt und das emissionsfreie Auto der Zukunft in Baden-Württemberg entwickelt und gebaut wird. Mit dem Cyber Valley haben wir das europaweit führende Zentrum für die Erforschung Künstlicher Intelligenz geschaffen – eine Schlüsseltechnologie für das 21. Jahrhundert. Die Gesundheitswirtschaft entwickeln wir konsequent zu einem echten wirtschaftlichen Standbein des Landes weiter.

All das gibt uns den nötigen Schub für das Comeback, das uns aus der Corona-Krise führt. Dabei stellen wir unsere Innovationskraft in den Mittelpunkt. Forschung und Technologie aus Baden-Württemberg haben entscheidend dazu beigetragen, die Corona-Pandemie zu bekämpfen. Diese Kreativität und dieser Erfindergeist sind unsere Trümpfe, um die Technologien der Zukunft zu entwickeln, den Strukturwandel zu meistern und den nachhaltigen Wohlstand von morgen zu sichern.

Liberaler Demokratie verteidigen, Zusammenhalt stärken

Wenn wir uns in der Welt umschauen, sehen wir: Die liberale Demokratie und der Zusammenhalt der Gesellschaft sind vielerorts unter Druck.

Dabei haben gerade die Rechtspopulisten in der Corona-Krise versagt: Donald Trump, Jair Bolsonaro und Boris Johnson haben im internationalen Vergleich die schlechteste Bilanz vorzuweisen. Rechtspopulisten können starke Sprüche formulieren, aber ihre Politik ist schwach.

Gleichzeitig haben wir Baden-Württemberger*innen in der Corona-Krise erlebt: Wir brauchen einander. Und es kommt auf jede*n Einzelne*n an. Wir haben gesehen, was wir erreichen können, wenn wir gemeinsam handeln. Wenn wir uns als Gesellschaft auf diese Tugenden besinnen, auf Gemeinsinn, Verantwortungsbereitschaft und Solidarität, können wir zuversichtlich sein. Wenn wir alle uns stärker einbringen und die Voraussetzungen schaffen, dass die Menschen mit den Umbrüchen der Zeit gut umgehen können, dann werden unsere liberale Demokratie, unsere Vielfalt und unser Zusammenhalt eine neue Kraft entfalten.

Wachsen wir über uns hinaus und bauen starke Brücken in die Zukunft!

Was eine Regierung tut, welche Ziele sie verfolgt, wohin sie das Land steuern will – das macht den Unterschied. Und deshalb macht es auch einen Unterschied, wer das Land regiert. Wir Grüne haben eine klare Vorstellung, in welche Richtung sich Baden-Württemberg entwickeln soll. Die Werte, die unsere Politik tragen, sind Ökologie, Gerechtigkeit, Selbstbestimmung, Demokratie und Frieden. Wir kämpfen für Klimaschutz, Innovation und Zusammenhalt, damit Baden-Württemberg das lebenswerte Land bleibt, das wir alle kennen und schätzen.

Ideen und Visionen für die Zukunft entwickeln aber nur dann Zugkraft, wenn politische Führung die Menschen mitnimmt. Vernünftige Argumente setzen sich nicht immer von selbst durch. Deshalb brauchen wir Menschen an der Spitze des Landes, die mit ihrer Art des Führens

ins 21. Jahrhundert passen. Breitbeiniges Auftreten oder schmissiges Durchregieren sind von gestern. So lässt sich keine Zukunft gewinnen. Vielmehr geht es darum, Orientierung zu bieten, einer klaren Haltung zu folgen und sich dabei nicht allein von Stimmungen leiten zu lassen. So verstandene politische Führung denkt nicht nur an den Moment, sondern an die langfristigen Folgen des eigenen Handelns. Sie hat das Gemeinwohl im Blick und weiß, dass die Summe von Einzelinteressen nicht automatisch das Gesamtinteresse ergibt.

Diese Art der Führung hat in Baden-Württemberg einen Namen: Winfried Kretschmann.

Er hat einen verlässlichen Kompass und zieht die langen Linien. Er bietet den Menschen Orientierung und Halt. Winfried Kretschmann steht für Tatkraft und Besonnenheit – genau diese Balance braucht es für kluges und verantwortliches Regieren. Denn Besonnenheit ohne Tatkraft ist Zaudern. Tatkraft ohne Besonnenheit ist Aktionismus. Erst die richtige Mischung aus beiden Eigenschaften gibt den Menschen Halt in der Veränderung und Sicherheit im Wandel. Das Richtige zu tun und voranzugehen, konsequent, aber ohne in Hektik zu verfallen und ohne Effekthascherei: Das zeichnet Winfried Kretschmann aus – während der Corona-Krise und darüber hinaus.

Wir Grüne wollen das Land weiter führen, weil wir die richtigen Ideen und Konzepte für eine gute Zukunft haben. Davon sind wir fest überzeugt. Unser klares Ziel: Winfried Kretschmann muss Ministerpräsident bleiben. In Zeiten großer Unsicherheiten und Umbrüche braucht es jemanden, der es kann und der wie kein anderer weiß, was wir Baden-Württemberger*innen können. Deshalb macht es gerade jetzt einen großen Unterschied, wer dieses wichtige Amt innehat.

Die nächsten zehn Jahre sind entscheidend. Deshalb geht es bei der kommenden Landtagswahl um viel. Unser Weg, auf dem wir nachhaltig aus der Krise und erfolgreich in eine gute Zukunft kommen, hat klare

Leitplanken: Wir wollen Baden-Württemberg erhalten und kämpfen für konsequenten Klimaschutz, damit unser Planet auch für kommende Generationen lebenswert bleibt. Wir wollen Baden-Württemberg erneuern und streben eine Wirtschaft an, die innovativ, ökologisch und sozial gerecht ist. Wir wollen Baden-Württemberg zusammenhalten und treten ein für eine vielfältige Gesellschaft, in der alle Menschen gerechte Chancen haben. Und wir wollen Baden-Württemberg leben und all das stärken, was unser Land ausmacht – Demokratie und Freiheit, lebendige Kommunen und europäische Solidarität.

Die Aufgaben, die vor uns liegen, sind groß. Aber wir haben auch die Kraft, den Gemeinsinn und die Kreativität, sie zu meistern. Wachsen wir also gemeinsam über uns hinaus und bleiben wir mutig. Denn nur ein Aufbruch führt uns aus der Krise – und in ein zukunftsfestes Baden-Württemberg.

**Machen Sie am 14. März Ihr Kreuz bei Bündnis 90/
Die Grünen und lassen Sie uns mit unserem
Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann
die Erfolgsgeschichte Baden-Württembergs
weitschreiben.**



**Grün wählen und
Baden-Württemberg
erhalten.**



Baden-Württemberg hat alles, was es für ein gutes Leben braucht. Unser Land ist reich an wunderschönen Naturlandschaften. Das alles wollen wir erhalten und an unsere Kinder und Enkelkinder weitergeben. Aber Bewahren heißt auch Verändern. Denn Klimakrise und Artensterben bedrohen unsere Lebensgrundlagen. Wir müssen es in den nächsten zehn Jahren schaffen, die globale Erderhitzung einzudämmen und die Artenvielfalt zu schützen. Wenn wir scheitern, wird die Erde nicht mehr der Ort sein, den wir kennen. Die gute Nachricht: Noch haben wir es in der Hand. Deshalb werden wir unseren Weg hin zu einem klimaneutralen Baden-Württemberg entschlossen weitergehen und Tempo machen: Wir werden ein Klimaschutz-Sofortprogramm auflegen und die ökologische Verkehrswende weiter konsequent vorantreiben. Mit einem neuen Gesellschaftsvertrag machen wir Landwirtschaft und Naturschutz zu starken Partnern und sorgen so für eine naturnahe und tiergerechte Landwirtschaft, von der die Bäuerinnen und Bauern gut leben können. Die Corona-Krise hat uns nochmals gezeigt: Die Basis, um für große Herausforderungen gewappnet zu sein, sind solide Finanzen. Auch deshalb ist Baden-Württemberg bisher besser als andere durch die Krise gekommen. Wir werden den Haushalt weiter sanieren, klug investieren und Vorsorge für künftige Risiken treffen.

Es geht um viel:

**Erhalten wir gemeinsam Baden-Württemberg –
für uns und die, die nach uns kommen.**

1.

Umwelt, Energie und Klima

Konsequenter Klima- und
Naturschutz sichert unsere
Lebensgrundlagen

Unserer Natur mit ihrem Artenreichtum ist ein einzigartiger Schatz. Wir lieben unsere Natur und unsere Kulturlandschaften. Wir wollen diesen Schatz für kommende Generationen bewahren. Wir wollen erhalten, was uns erhält. Die biologische Vielfalt ist unsere natürliche Lebensversicherung – und sie ist bedroht durch das Artensterben. Ebenso wie unser gesamter Planet durch die Klimakrise bedroht ist.

Zentrale Grundlage unserer Politik ist das Klimaabkommen von Paris und der Bericht des Weltklimarates zum 1,5-Grad-Limit. Dieser verdeutlicht: Jedes Zehntelgrad zählt, um das Überschreiten von relevanten Kipp-Punkten im Klimasystem zu verhindern. Es ist daher notwendig, auf den 1,5-Grad-Pfad zu kommen. Dafür ist unmittelbares und substanzielles Handeln in den nächsten Jahren entscheidend. Maßstab erfolgreicher Klimapolitik ist für uns der globale Budget-Ansatz.

Nach dem Konzept des CO₂-Budgets, zum Beispiel des Sachverständigenrats für Umweltfragen (SRU), hat Baden-Württemberg noch 610 Millionen Tonnen CO₂ zur Verfügung, gerechnet ab 1. Januar 2018. Bei gleichbleibendem Ausstoß wäre dieses Budget schon 2024 aufgebraucht. Mit jedem neuen Bericht des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen (Intergovernmental Panel on Climate Change, IPCC) muss das verbleibende Carbon-Budget angepasst werden.

Als einer der ersten Bundesländer haben wir als grün-geführte Regierung 2013 ein Klimaschutzgesetz verankert. Es legt konkret fest, wie viel CO₂ wir einsparen müssen. Unser Ziel: bis Ende 2020 den

CO₂-Ausstoß im Land um 25 Prozent zu senken – das haben wir fast erreicht. Klar ist: Die Klimakrise kennt keine Grenzen. Deshalb haben wir gemeinsam mit dem US-Bundesstaat Kalifornien die „Under2 Coalition“ auf den Weg gebracht – das mittlerweile weltweit größte Bündnis von Regionen im Kampf gegen die Erderhitzung.

Wir treiben die Steigerung der Effizienz und auch den Ausbau der sauberen und klimafreundlichen Erneuerbaren Energien voran: Bevor wir Grüne an der Regierung waren, machte die Stromerzeugung aus Sonne, Wind und Wasser im Land gerade mal 16 Prozent aus. Nach acht Jahren grün-geführter Landesregierung hat sich dieser Anteil im Jahr 2019 auf knapp 30 Prozent fast verdoppelt.

Naturschutz und der Erhalt der biologischen Vielfalt sind unsere Lebensversicherung – und die unserer Kinder und Enkelkinder. Wir geben dem Naturschutz den Wert, der ihm gebührt. Wir haben in der Regierung dafür gesorgt, dass die Mittel dafür von 30 Millionen Euro im Jahr 2011 bis heute mehr als verdreifacht wurden: Mittlerweile investieren wir über 100 Millionen Euro pro Jahr in den Schutz unserer Flüsse, Seen und Wälder. Wir haben ein Sonderprogramm zum Schutz der biologischen Vielfalt aufgelegt, das bundesweit einmalig ist. Das Volksbegehren „Rettet die Bienen“ haben wir als grün-geführte Landesregierung gemeinsam mit Naturschutz und Landwirtschaft weiterentwickelt und gesetzlich verankert. Darin haben wir konkrete Ziele und Maßnahmen festgeschrieben, um die Biodiversität weiter zu stärken. Zu dem bestehenden Biosphärengebiet auf der Schwäbischen Alb haben wir 2016 ein zweites im Südschwarzwald geschaffen. Und wir haben 2014 den Nationalpark Schwarzwald gegründet – den ersten in Baden-Württemberg. Hier darf sich die Natur in den Kernzonen ungestört entwickeln – ohne menschliche Eingriffe.

Natur- und Klimaschutz heißt auch, verantwortungsvoll mit den natürlichen Ressourcen umzugehen. Deshalb fördern wir als grün-

geführte Landesregierung den effizienten und nachhaltigen Einsatz von Rohstoffen und Materialien. Wir haben die Fachagentur Umwelttechnik Baden-Württemberg gestärkt und gemeinsam mit der Industrie die Initiative „100 Betriebe für Ressourceneffizienz“ gestartet. Mit dem Think Tank „Industrielle Ressourcenstrategien“ haben wir eine bundesweit einmalige Denkfabrik aufgebaut, die Ideen für ressourcenschonende Produktionstechniken voranbringt. Auch die Rolle unseres Standorts bei der nachhaltigeren Gestaltung globaler Lieferketten nehmen wir dabei stärker in den Blick.

Mit weitsichtiger ökologischer Politik gegen Klimakrise und Artensterben

Wir haben in den vergangenen zehn Jahren viel für Umwelt, Klima und Natur getan, aber die Herausforderungen bleiben groß. Die Klimakrise verschärft sich – auch bei uns in Baden-Württemberg: Es gibt immer mehr heiße und trockene Tage, Wassermangel, Dürresommer. Extreme Wetterereignisse wie Starkregen oder Hagel nehmen zu. Unser Wald leidet. Unsere Landwirtschaft leidet. Viele Tiere und Pflanzen leiden. Und viele Menschen leiden. Die Klimakrise bedroht unsere Lebensqualität und unsere Lebensgrundlagen existenziell. Wenn wir nicht handeln, setzen wir die Zukunft unserer Kinder aufs Spiel. Uns Menschen bleibt nicht mehr viel Zeit, die Klimakrise auf ein beherrschbares Maß einzudämmen. Die Wissenschaft lässt keinen Zweifel daran, was zu tun ist. Alle Fakten liegen auf dem Tisch. Wir haben kein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsproblem. Die Klimakrise zu leugnen, ändert nichts an den bedrohlichen Fakten.

Die Natur schreibt auf der ganzen Welt weiter rote Zahlen. Auch im Land sind 40 Prozent der Arten gefährdet. Das Insektensterben hält an. Von den geschätzten acht Millionen Tier- und Pflanzenarten weltweit

könnten in den nächsten Jahrzehnten eine Million verschwinden. Was ausstirbt, ist unwiederbringlich verloren. Und reißt ein Loch in das Sicherheitsnetz, das uns alle umspannt.

Werden wir diese Krisen bewältigen oder unsere eigene Zukunft aufs Spiel setzen? Das kommende Jahrzehnt wird entscheidend sein. Mit konsequent ökologischer Politik und starken Grünen im Land können wir Teil der Lösung sein und die Herausforderungen meistern.

Wir denken Klimaschutz und wirtschaftlichen Erfolg zusammen

Als führendem Industrieland kommt Baden-Württemberg bei der Bewältigung dieser Krisen eine Schlüsselrolle zu. Wir müssen mutig vorangehen und vorleben: Erfolg in der Wirtschaft und der Schutz des Klimas gehen zusammen. Wir können gut leben, ohne dabei unsere Erde zu zerstören. Hier in Baden-Württemberg wollen wir unter Beweis stellen, dass klimaverträglicher Wohlstand gelingt. Wir wollen eine Inspiration für viele sein, die für Klimaschutz kämpfen. Ein solches wirtschaftliches Umschalten ist auch ökonomisch sinnvoll. Nur wer klimafreundliche Autos und schlaue Mobilitätsdienstleistungen, resourceneffiziente Maschinen und energiesparende Produkte anbietet, kann auf den Märkten von morgen bestehen. Deshalb soll Baden-Württemberg schnellstmöglich klimaneutral werden und die Treibhausgas-Emissionen in den unmittelbar vor uns liegenden Jahren besonders stark senken. Wir wollen unseren Beitrag dafür leisten, die globale Erhitzung unterhalb des kritischen Werts von 1,5 Grad zu halten. Wir wissen, dass wir ein ambitioniertes Ziel wie die Klimaneutralität vor 2040 nicht ohne grundlegende Änderungen auf Europa- und Bundesebene erreichen können.

Wir wollen Wohlstand vom Ressourcenverbrauch entkoppeln. Unser Ziel ist eine echte Kreislaufwirtschaft: Rohstoffe wiederverwenden, statt die Erde auszubeuten – in immer größerem Umfang und mit immer größerem Aufwand. Unser Leitbild ist die Ultraeffizienzfabrik: hoch innovativ, emissionsarm und ressourcenschonend.

Wir wollen erhalten, was uns erhält. Unsere Enkelkinder sollen die gleiche Schönheit der Natur und die gleiche Vielfalt von Bienen, Schmetterlingen, Blumen oder Pilzen erleben können wie wir heute. Unsere einmaligen Natur- und Kulturlandschaften sind auch unser Zuhause, unsere Rückzugs- und Erholungsorte.

Schon bei der Weiterentwicklung des Volksbegehrens „Rettet die Bienen“ hat sich gezeigt: Naturschutz und Landwirtschaft können erfolgreich an einem Strang ziehen. Das wollen wir weiterführen und einen neuen Gesellschaftsvertrag zwischen Naturschutz und Landwirtschaft verankern. Dabei wollen wir auch die Lebensmittelindustrie und die Verbraucher*innen einbeziehen. Alle müssen ihren Beitrag dazu leisten, damit die Leistungen der bäuerlichen Betriebe angemessen bezahlt werden. Denn um unsere Kulturlandschaften zu erhalten, brauchen wir die Landwirtschaft. Und diese wiederum ist auf eine intakte Natur angewiesen. Wir wollen das gegenseitige Verständnis fördern und die Gemeinsamkeiten vertiefen.

Wir machen Tempo:

Unser Klimaschutz-Sofortprogramm

Die Europäische Union legt beim Klimaschutz vor. Wir machen mit und gehen voran. Wir wollen ein Sofortprogramm für Klimaschutz und Energiewende auf den Weg bringen. Wir unterstützen die Klimapolitik Europas und werden direkt nach der Regierungsbildung die Klimaziele Baden-Württembergs im Klimaschutzgesetz und im Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzept (IEKK) an die neusten wissenschaftlichen Erkenntnisse, die Pariser Klimaziele, insbesondere den 1,5-Grad-Pfad, und die Klimaziele der Europäischen Union anpassen. Wir zeigen, wie konsequenter Klimaschutz in einem Industrieland geht.

Mehr klimafreundliche Erneuerbare Energien:

- Wir werden die Pflicht für Photovoltaik-Anlagen auf neue Wohngebäude ausdehnen. Bisher gilt sie für Nicht-Wohngebäude.
- Wir werden diese Pflicht auf Bestandsgebäude ausweiten, wenn eine grundlegende Dachsanierung ansteht.
- Wir werden die Windkraft auf allen geeigneten Flächen im Staatswald ausbauen, ebenso in der Fläche. So könnten über 1000 neue Anlagen entstehen. Wir werden alle Freiflächen, landwirtschaftlich genutzten Flächen und geeignete Baggerseen prüfen, ob wir dort die Solarenergie ausbauen können. Allein Freiflächen-Photovoltaik hat ein Ausbaupotenzial von etwa 385.000 Hektar, das wir erschließen wollen.
- Wir werden die Ausbau- und Flächenziele für Erneuerbare Energien regionalisieren und festschreiben und somit substantiell mehr Flächen für die Nutzung durch Sonnenenergie und Windkraft bereitstellen.

- Wir wollen Flächen an Landes- und Bundesstraßen sowie Autobahnen für Photovoltaik-Freiflächenanlagen nutzen, auch an Lärmschutzwänden. Dafür werden wir uns im Bund für eine Änderung der bislang restriktiven Abstandsregeln einsetzen.
- Wir werden es gezielt fördern, die Abwärme von Rechenzentren zu nutzen, um auch die Digitalisierung klimafreundlich zu gestalten.

Runter mit den CO₂-Emissionen:

- Wir wollen einen Kohleausstieg bis 2030 und werden uns dafür beim Bund einsetzen.
- Wir führen einen CO₂-Schattenpreis von 180 Euro für die öffentlichen Haushalte ein und prüfen, wie dieser für klimarelevante Entscheidungen von landeseigenen Unternehmen angewendet werden kann.
- Alle Förderprogramme des Landes werden einem Klimacheck unterzogen, um klimaschädliche Förderungen zu vermeiden.
- Wir wollen die kommunalen Wärmepläne – und dazu gehört auch die Kühlung im Sommer – schnell umsetzen und so die Kohlenstoff-Emissionen der Wärmenetze reduzieren.
- Wir richten ein unabhängiges wissenschaftliches Gremium ein: die Klimaweisen ähnlich den Wirtschaftsweisen. Dieses Gremium erstellt jährlich einen Klimabericht, in dem es Maßnahmen für die Politik vorschlagen kann. Es kann auch wissenschaftliche Studien in Auftrag geben und überprüft die Maßnahmen der Landesregierung auf ihre Klimaverträglichkeit und im Hinblick auf das 1,5-Grad-Ziel und das CO₂-Budget. Bisher hat noch kein Bundesland ein verbindliches CO₂-Budget eingesetzt. Wir wollen als erstes Bundesland den CO₂-Budget-Ansatz anwenden. Dazu wollen wir Vorschläge erarbeiten, wie der Budget-Ansatz umgesetzt werden kann.

- Wenn neue Wohngebiete in Baden-Württemberg gebaut werden, dann sollen sie klimaneutral sein. Dazu werden wir ein Förderprogramm klimaneutraler Wohngebiete für Kommunen auflegen.
- Wir stärken eine klimafreundliche Kreislaufwirtschaft, indem wir beispielsweise Recycling-Baustoffe wie Recycling-Beton fördern und für diese eine Quote für Neubauten des Landes einführen. Klimafreundliche Bauten sollen so lange stehen wie möglich. Für größere Bauvorhaben setzen wir uns dafür ein, dass Rückbaukonzepte mit dem Bauantrag vorgelegt werden.
- Wir werden eine Klimaschutzverwaltung auf allen drei Verwaltungsebenen aufbauen: auf Landesebene, in den Regierungspräsidien und in den Landkreisen. Damit implementieren wir die Belange des Klimaschutzes im Verwaltungshandeln. Wir wollen die Kommunen als wichtige Akteure stärken und prüfen, wo und in welchem Umfang Klimaschutz zur kommunale Pflichtaufgabe gemacht werden kann. Diese Prüfung umfasst, welche Mittel den Kommunen zur Erfüllung dieser Aufgabe zur Verfügung stehen müssten, sodass kommunale Klimaschutzmaßnahmen in allen unseren Gemeinden umgesetzt werden können.
- Wir werden den Fuhrpark des Landes auf emissionsfreie Antriebe umstellen.
- Wir setzen die Klimawende in der Finanzpolitik um. Bis zum Jahr 2022 werden wir die Finanzanlagestrategie des Landes auf das 1,5-Grad-Ziel und auf die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen ausrichten und dies gesetzlich verankern. Für landeseigene Unternehmen und Unternehmen, bei denen das Land größter Anteilseigner ist, treiben wir dies ebenfalls voran. Dabei orientieren wir uns an der EU-Taxonomie für ökologisch nachhaltige Wirtschaftsaktivitäten. Das bedeutet: Wir ziehen Gelder des Landes aus Anlagen ab, die diesen Kriterien nicht entsprechen.

Klimafreundliche Verkehrswende:

- Wir geben eine Garantie für den öffentlichen Nahverkehr: Mit uns werden alle Orte in Baden-Württemberg von fünf Uhr früh bis Mitternacht mit dem öffentlichen Nahverkehr erreichbar sein. Wir setzen dabei auf mehr Fahrten und den Ausbau von ÖPNV on demand, also auf Abruf.
- Wir sorgen dafür, dass Kommunen einen Mobilitätspass als (Nahverkehrs-)Abgabe einführen, den ÖPNV ausbauen und zu günstigen Preisen anbieten können.
- Auf das Fahrrad kommt es an. Deshalb schließen wir die bestehenden Lücken zwischen den Radwegen, Radschnellwegen und den Fahrradstraßen im Land und schaffen ein attraktives Netz für alternative Mobilität. Wir unterstützen Kommunen in ihrem Anliegen, autofreie Innenstädte zu schaffen, und fördern dies.
- Die Mobilitätswende elektrisiert: Der Umstieg auf klimafreundlichen Automobilverkehr gelingt mit der richtigen Infrastruktur. Dazu werden wir in Baden-Württemberg unsere Anstrengungen verdoppeln. Jede*r soll im Umkreis von fünf Kilometern mindestens eine Schnellladesäule finden. Auch Wasserstofftankstellen für den Lkw-Verkehr werden wir verdoppeln.

Für ein klimaneutrales Baden-Württemberg

Baden-Württemberg soll schnellstmöglich klimaneutral sein. Das heißt: Unsere Treibhausgas-Emissionen werden auf netto null reduziert. Dafür wollen wir unser Klimaschutzgesetz weiter anpassen und einen CO₂-Schattenpreis von 180 Euro pro Tonne Kohlendioxid für die Landesverwaltung und die öffentliche Beschaffung einführen. Dieser Schattenpreis spiegelt auch die Umweltkosten wider. Damit müssen Ministerien und Landesbehörden künftig bei allem, was sie tun, die zusätzlichen Kosten für Klimagase berücksichtigen. Die landeseigenen Betriebe und Unternehmen, an denen das Land beteiligt ist, sollen mit gutem Beispiel vorangehen und bis zum Jahr 2035 bilanziell klimaneutral arbeiten.

Wir wollen einen Klimavorbehalt für alle Förderprogramme des Landes einführen und künftig alle Vorhaben und Gesetze auf Landesebene auf ihre Klimaverträglichkeit prüfen. Die öffentliche Hand muss beim Klimaschutz Vorbild sein. Dazu soll die Landesverwaltung bis 2030 bilanziell klimaneutral arbeiten. Dabei gilt: Je schneller wir die Treibhausgas-Emissionen senken können, desto besser. Wir wollen so viel klimaschädliche Treibhausgase wie möglich einsparen. Was wir darüber hinaus in Baden-Württemberg an CO₂ binden können, zum Beispiel durch Moore, Humusaufbau in der Landwirtschaft (auch mithilfe von Pflanzenkohle) oder die Entsiegelung von Flächen, wollen wir so gut es geht vor Ort umsetzen. Dafür wollen wir wieder Mittel im Haushalt bereitstellen.

Für öffentliche Gebäude wollen wir den von der EU geforderten Niedrigstenergiestandard für Neubauten auf dem Niveau des Effizienzhauses 40 festlegen. Dies entspricht in etwa dem Passivhausstandard. Bei umfassender Sanierung im Bestand soll das Effizienzhaus 55 der Zielstandard sein. Die Effizienzstandards sollen auch bei allen Förder-

programmen von Wohn- und Nichtwohngebäuden gelten. Wir setzen uns für die Steigerung der energetischen Gebäude-Sanierungsrate im Rahmen unseres Klimaziels ein. Bei der Umsetzung von innovativen Ansätzen muss die Landesverwaltung eine Vorreiterrolle einnehmen. Die Erfahrungen in der Umsetzung bei Landesprojekten verringern die Hürden für eine Verbreitung dieser Ansätze in der freien Wirtschaft, was die marktweite Transformation zur Klimaneutralität beschleunigt.

Auch auf die Städte und Gemeinden kommt es an: ob beim Umstieg auf saubere und sichere Energie, dem ressourcenschonenden Bauen, bei der energetischen Gebäudesanierung, der nachhaltigen Stadtentwicklung oder der klimafreundlichen Mobilität. Dabei wollen wir die Kommunen noch stärker unterstützen, etwa, indem wir die bestehenden vielfältigen Förderprogramme und den Klimaschutzpakt aufstocken. Wir werden die rechtliche Umsetzbarkeit von neuartigen kommunalen Klimaschutzinstrumenten wie zum Beispiel einem Klimabeitrag prüfen.

Auch in Verwaltungsverfahren muss der Klimaschutz gestärkt werden. Alle Planungen und Baumaßnahmen, die zur Entscheidung anstehen, sind auf ihre Klimaverträglichkeit hin zu prüfen. Erst dann soll die politische Entscheidung zur Umsetzung erfolgen. Außerdem braucht es wirksame Sanktionen, wenn Klimaziele nicht eingehalten werden.

Digitalisierung klimafreundlich gestalten: Wir brauchen zügig CO₂-neutrale Rechenzentren, die Abwärme nutzen und mit Strom aus Sonne, Wind und Wasser betrieben werden. Auch die großen Digitalisierungsprogramme des Landes müssen in allen Bereichen klimaneutral werden – von der elektronischen Akte über Tablets in der Schule bis zur Landesstrategie Künstliche Intelligenz. Gleiches gilt für die Vorhaben der Städte und Gemeinden, die das Land bei der Digitalisierung unterstützt.

Raus aus den fossilen Energieträgern

Das Zeitalter der fossilen Energieträger geht zu Ende. Wir setzen auf die Vielfalt der grünen Energien, auf Energieeinsparung und effizienteren Verbrauch. Wir setzen auf intelligente Lösungen, um Energie aus natürlichen Quellen zu speichern. Wasserstoff kann dabei eine wichtige Rolle spielen. Für uns Grüne ist jedoch klar: Wasserstoff ist nur dann nachhaltig, wenn er aus erneuerbaren Quellen kommt. Nur grüner Wasserstoff ist förderfähig und sinnvoll. Dieser grüne Wasserstoff kann in den Sektoren Energie, Industrie und Schwerlastverkehr direkt eingesetzt werden und für eine erfolgreiche Abkehr vom Kohlenstoff sorgen. Deshalb werden wir die Wasserstoffstrategie des Landes vorantreiben. Allerdings verbraucht die Herstellung von grünem Wasserstoff viel Energie. Dafür brauchen wir zusätzliche Kapazitäten an grünem Strom. Denn diese zusätzliche Nachfrage darf nicht unserem Ziel zuwiderlaufen, den Strombedarf der Sektoren Energie, Verkehr und Wärme klimaneutral auf Basis Erneuerbarer Energien zu decken.

Wettbewerbsfähig und erfolgreich zu produzieren geht ohne CO₂-Ausstoß. Das wollen wir in Baden-Württemberg beweisen. Dafür müssen wir die Transformation so gestalten, dass besonders energieintensive Branchen verlässliche Zielvorgaben erhalten, damit sie die notwendigen Investitionen tätigen können. Unser Ziel ist, dass sich neue Industrieanlagen ohne fossile Brennstoffe betreiben lassen und bestehende nach und nach auf nicht-fossile Technologien umgestellt werden. Dazu benötigen wir auf Bundes- und EU-Ebene eine CO₂-Bepreisung, die zu substanziellen Emissionsminderungen führt, und einen wirksamen CO₂-Grenzausgleichsmechanismus. Den Ausstieg aus den fossilen Energieträgern wollen wir durch die Erneuerbaren Energien und eine Steigerung der Energieeffizienz kompensieren. Industrielle Abwärme wollen wir innerhalb sowie außerhalb der

Betriebe nutzen. So kann sie z.B. in die Nah- und Fernwärmenetze eingespeist werden.

Wir streben eine ökologisch sinnvolle Kreislaufwirtschaft an, die Ressourcen effizient einsetzt und schützt. Besonders in der Bauwirtschaft setzen wir auf eine Ressourcen- und Bauwende. Wir wollen mehr Holz als Baumaterial, den Einsatz von Recyclingmaterial in Produkten stärken und den Einsatz von Recycling-Beton voranbringen. Das erreichen wir z.B., indem wir die Verwendung von Holz und Recycling-Beton als Baumaterial bei öffentlichen Bauten verbindlich festschreiben. Zudem werden wir uns für eine Lebenszyklusbetrachtung von Gebäuden und die Entwicklung eines Ressourcengebäudeausweises einsetzen. Wir wollen die Infrastrukturen regionaler Wirtschaftskreisläufe stärken. Unnötige Transporte sparen wir, indem wir dezentral gewonnenen, heimischen Rohstoffen Vorrang einräumen und gebrauchte mineralische Rohstoffe rückgewinnen. Wiederverwertung und Effizienzsteigerungen sollen den Bedarf an Rohstoffen im Land deutlich reduzieren. Wo deren Einfuhr nicht zu vermeiden ist, wollen wir unter anderem durch zertifizierte Lieferketten soziale, ökologische und menschenrechtliche Standards sicherstellen.

Effizienz bei Ressourcen und Material – das werden wir zum Markenzeichen unseres Industriestandortes machen. Das Zentrum für Ultraeffizienzfabriken verstehen wir als Plattform für Forschungs- und Demonstrationszwecke. Hier entstehen Ideen, wie die energie- und ressourceneffiziente Produktion der Zukunft aussehen kann. Mit den Landesagenturen, dem breiten Beratungsnetzwerk für den Mittelstand und den Forschungseinrichtungen wollen wir den wirksamen und wirtschaftlichen Einsatz von Energie und Material in den Unternehmen konsequent unterstützen.

Energieeffizienz ist ein zentrales Element einer nachhaltigen Wirtschaft. Dazu haben wir Angebote für Beratungs- und Investitionsförde-

rung gemacht. Die dafür bereits aufgebauten regionalen Kompetenzzentren für Energieeffizienz (KEFF) machen wir zu Kompetenzzentren für Material- und Ressourceneffizienz. Mit der Wirtschaft wollen wir ein Bündnis für eine klimaneutrale Produktion schließen.

Vielfalt der grünen Energien nutzen

Die Erneuerbaren Energien sind ein Schlüssel zum Schutz unseres Klimas. Statt von klimaschädlichen fossilen Energien abhängig zu sein, produzieren wir klimafreundliche Wärme und Strom im eigenen Land. Das zukunftsfähige Fundament für die Versorgung mit Erneuerbaren Energien besteht aus der Kombination von Sonnen- und Windkraft. Beide Energiequellen ergänzen sich gut und sind auch bei steigendem Bedarf noch ausbaubar. In dieser Kombination werden wir eine sichere Versorgung mit Erneuerbaren Energien und eine Weiterentwicklung unserer Industrie ermöglichen, ebenso durch einen konsequenten Netzausbau. Wir werden konkrete regionale Ziele festschreiben, um Sonnen- und Windenergie naturverträglich auszubauen. Die jetzigen ambitionierten Ausbauziele werden wir noch erhöhen müssen, um unseren Beitrag zum Erreichen des Klimaziels zu leisten. Für so eine ambitionierte Klimapolitik wollen wir im Land werben.

Deutschlandweit müssen wir bis zur Klimaneutralität eine installierte Leistung von 562 Gigawatt Erneuerbare Energie erreichen. Dafür wollen wir in Baden-Württemberg unseren Beitrag leisten. Hier gibt es noch viel Flächenpotenzial für den Ausbau der Erneuerbaren Energien. Dieses wollen wir heben, indem wir verstärkt landeseigene Flächen im Wald für die Windkraft nutzen. So wollen wir bis zum Jahr 2030 über 1000 neue Anlagen ermöglichen. Wir werden alle Freiflächen, landwirtschaftlichen Flächen und geeignete Baggerseen prüfen, ob wir dort die Solarenergie ausbauen können. Allein Freiflächen-

Photovoltaik hat ein Ausbaupotenzial von etwa 385.000 Hektar, das wir erschließen wollen.

Wir wollen Flächen an Landes- und Bundesstraßen sowie Autobahnen für Photovoltaik-Freiflächenanlagen nutzen, auch an Lärmschutzwänden. Dafür werden wir uns im Bund für eine Änderung der bislang restriktiven Abstandsregeln einsetzen.

Wir Grüne haben in der Landesregierung den Einstieg in die Photovoltaik-Pflicht durchgesetzt. Denn die Photovoltaik rechnet sich – für den Geldbeutel und fürs Klima! Bislang gilt die Pflicht für neu gebaute Gebäude, in denen keine Wohnnutzung vorgesehen ist, also etwa für Fabrik- und Logistikhallen, Verwaltungsgebäude oder Supermärkte sowie große Parkplatzanlagen. Im nächsten Schritt wollen wir diese Pflicht auf neue Wohnhäuser sowie Bestandsgebäude ausweiten, wenn eine grundlegende Dachsanierung ansteht. Auch alle weiteren Möglichkeiten wollen wir ausschöpfen, um die Kraft der Sonne in unsere Stromnetze zu bringen: Wir wollen auch Photovoltaik-Anlagen auf landwirtschaftlichen Flächen, sogenannte Agro-Photovoltaik, ausbauen. Es gibt viele geeignete landwirtschaftlichen Flächen, die ein hohes Potenzial für den Ausbau der Agro-Photovoltaik bieten. Unser Ziel ist es, dass diese genutzt werden. Schon 2,5 Prozent der landwirtschaftlichen Flächen würden einen großen Beitrag zum Ausbau der Erneuerbaren Energien in Baden-Württemberg leisten. Ausbauen wollen wir genauso Freiflächenanlagen entlang von Straßen und schwimmende Solarparks. Dafür wollen wir auch auf Bundesebene die Rahmenbedingungen verbessern. Deshalb werden wir im ersten Jahr nach der Wahl eine Gesetzesinitiative im Bundesrat einbringen.

Wir werden die Ausbau- und Flächenziele für Erneuerbare Energien regionalisieren und festschreiben und somit substanziell mehr Flächen für die Nutzung durch Sonnenenergie und Windkraft bereitstellen.

Energie in Bürger*innen-Hand!

Wir stehen dafür ein, dass die Energiewende für alle Bürger*innen im Land zur Erfolgsgeschichte wird. Energie, die vor Ort dezentral in Bürgerhand erzeugt wird, und die finanzielle Beteiligung von Anliegerkommunen bei Windkraft- und Freiflächen-Photovoltaik-Projekten schaffen Akzeptanz, stärken die Resilienz im Energiesystem und sorgen für Wertschöpfung bei vielen Bürger*innen und Gemeinden. Wir wollen dafür sorgen, dass Bürger*innen-Energiegenossenschaften unterstützt werden und Anliegerkommunen attraktive Anreize bekommen, die Erneuerbaren Energien auszubauen.

Der heutige Strommarkt funktioniert nach Regeln, die 20 Jahre alt und auf die fossilen Energieerzeuger zugeschnitten sind. Sie waren auf einen kleinen Beitrag von Erneuerbaren Energien ausgelegt. Heute ist das anders. Deshalb sind an vielen Stellen grundlegend andere Rahmenbedingungen notwendig, für die wir uns auf Bundes- und EU-Ebene einsetzen: Zum Beispiel muss der Energiemarkt neu gestaltet werden, sodass die Bedürfnisse der Erneuerbaren Energien ins Zentrum gestellt werden. Rechtliche Hürden für den Bau von Anlagen und das Teilen von Energie müssen abgebaut und Ausbaudeckel abgeschafft werden. Die Energiegewinnung und die Nutzung von Energie vor Ort muss erleichtert werden.

Deswegen werden wir uns dafür einsetzen, dass Ausschreibungen für Energieprojekte so angelegt sind, dass sich auch Genossenschaften darauf bewerben können und im Wettbewerb mit anderen Akteur*innen eine faire Chance haben. Wir werden uns auf Bundesebene dafür einsetzen, Hemmnisse abzubauen und die Energiegewinnung und die Nutzung von Energie vor Ort zu erleichtern. Und wir fordern vom Bund, den wirtschaftlichen Weiterbetrieb von sogenannten Alt-Anlagen unbürokratisch zu sichern, die nach 20 Jahren aus der Förderung fallen

und noch viele Jahre zu niedrigen Kosten erneuerbaren Strom liefern können.

Nach dem Atomausstieg bzw. im Vorgriff auf den Kohleausstieg muss die Versorgung in Baden-Württemberg gewährleistet sein. Wir setzen uns im Bund für einen Kohleausstieg bis 2030 ein, die Gewährleistung hoher Versorgungssicherheit vorausgesetzt. Wir streben an, diese soweit es geht mit Erneuerbaren Energien sicherzustellen. Zusätzlich wollen wir uns über die landeseigenen Beteiligungen bei energieerzeugenden Unternehmen für ihren eigenen Kohleausstieg bis 2030 einsetzen. Dazu wollen wir den Ausbau von Energiespeichern und intelligenten Netzen vorantreiben, die Verbrauch und Erzeugung von Strom aufeinander abstimmen. Und wir vollenden den Atomausstieg, wenn Neckarwestheim 2 im Jahr 2022 vom Netz geht. Den Rückbau der fünf Atomkraftwerke im Land wollen wir in den nächsten Jahren auf der Grundlage höchster Sicherheitsstandards weiter zügig vorantreiben. Dabei wollen wir die Öffentlichkeit umfassend beteiligen.

Wir bringen die Wärmewende weiter voran

Auch wenn wir die Heizung aufdrehen, können wir das Klima schützen – nämlich dann, wenn die Wärme aus sauberen Quellen stammt. Deshalb wollen wir auch bei der Wärmeversorgung raus aus Öl und Gas und rein in Wärme aus grüner Energie. Unser Ziel heißt auch hier: Klimaneutralität. Der erste Schritt ist bereits getan: Wir haben dafür gesorgt, dass große Kreisstädte und Stadtkreise künftig eine kommunale Wärmeplanung vornehmen und umsetzen. Das bedeutet: Sie entwickeln eine Strategie, wie sie klimaneutral mit Wärme versorgt und gekühlt werden können. Kleinere Kommunen werden wir dabei auch finanziell unterstützen, ihre Wärme von Öl, Kohle und Gas auf klimafreundliche Technologien umzustellen.

Auch bei der Haussanierung sollen die Potenziale noch besser genutzt werden. Wer eine neue Heizung einbaut, soll künftig mindestens 25 Prozent der Wärme aus erneuerbaren Quellen beziehen. Darüber hinaus sollen keine neuen Ölheizungen mehr verbaut werden und Betriebsbeschränkungen für bestehende Ölheizungen abhängig von deren Alter und mit entsprechenden Ausnahmen für Härtefälle geprüft werden. Auch die Sanierung von kälte- und wärmeintensiven Prozessen in der Industrie werden wir vorantreiben.

Naturschutz zahlt sich aus – für alle

Investitionen in den Naturschutz zahlen sich aus – für den Erhalt der Artenvielfalt und unserer Kulturlandschaften. Deshalb wollen wir die finanziellen Mittel weiter erhöhen – auf 150 Millionen Euro pro Jahr bis 2026. Das erfolgreiche Sonderprogramm zur Stärkung der biologischen Vielfalt wollen wir weiterführen. Unsere ambitionierte Naturschutzstrategie wollen wir weiter umsetzen und fortschreiben.

Wir wollen der Natur mehr Raum geben. Auch dafür ist der Nationalpark Schwarzwald da. Ihn wollen wir stärken sowie ein weiteres Biosphärengebiet entwickeln. Die bestehenden Biosphärengebiete im Schwarzwald und auf der Schwäbischen Alb wollen wir weiter aufwerten, ebenso die naturschutzfachliche Arbeit der Naturparks. Indem wir den Biotopverbund konsequent verwirklichen sowie für die Erstellung von Regional- und Flächennutzungsplänen verbindlich vorschreiben, schaffen wir so auch ein engmaschiges Netz, um Lebensräume von Tier- und Pflanzenarten miteinander zu verbinden. Für besonders gefährdete Arten übernehmen wir Verantwortung und stärken Artenschutzprojekte. So setzen wir uns für eine aktive Bestandsstützung des Luchses in Baden-Württemberg ein. Mit einem neuen Programm

wollen wir wertvolle Naturschutzflächen dauerhaft sichern: Bis 2026 sollen in den vier Regierungsbezirken im Land mindestens 20 neue Naturschutzgebiete entstehen, wobei wir auf Biotopverbünde achten. Das Land soll Wald und naturschutzrelevante Flächen wo möglich aufkaufen, um landesweite Biotopverbünde herzustellen und dem Klimawandel entgegenzuwirken. Beim Verkauf von Landesflächen sollen strenge Nachhaltigkeitskriterien gelten, insbesondere bei Landwirtschafts- und Waldflächen sowie in Schutzgebieten.

Unsere naturschutzfachlich wertvollen Kulturlandschaften wie artenreiche Blumenwiesen und Streuobstwiesen wollen wir konsequent schützen, zugleich aber die Bewirtschaftung attraktiver gestalten. Etwa, indem wir die Nutzung und die Vermarktung der Produkte fördern und die bestehenden Agrarförderprogramme weiterentwickeln.

Um in ihrem Bestand bedrohte Arten besser zu schützen, werden wir die Allianz für Niederwild mit einem Bodenbrüter-Programm zum Schutz bedrohter Feld- und Wiesenvögel ergänzen und gemeinsam mit unseren Bäuerinnen und Bauern im Land umsetzen. Auch hierzu soll die Flurneuordnung zu einem Instrument des modernen Naturschutzes weiterentwickelt werden. Wildnis- und Naturbildung sowie die Vermittlung von Artenkenntnissen wollen wir in Schulen, Hochschulen sowie in außerschulischen Einrichtungen weiter stärken.

Gemeinsam mit den Kommunen wollen wir Stadtnatur weiter fördern – für Mensch und Natur. Dazu gehören Naturerfahrungs- und Naturerlebnisräume in Großstädten, die naturnahe Bewirtschaftung von Grünflächen und Parks sowie Kooperationen mit Wald- und Naturkindergärten.

Wir wollen Flüsse und Bäche weiter revitalisieren. Bei der Abwasserbehandlung sind wir schon heute europaweit Spitze. Damit das auch so bleibt, wollen wir den Großteil der 900 Kläranlagen mit der

sogenannten „vierten Reinigungsstufe“ aufrüsten. Damit ist es möglich, den Giftcocktail aus Arzneimittelresten oder Haushalts-Chemikalien aus unseren Fließgewässern fernzuhalten. Das stärkt die Artenvielfalt in sauberen Flüssen und Bächen.

Darum Grün!

Wer Grün wählt, stimmt für

- ein klimaneutrales Baden-Württemberg
- die Stärkung von biologischer Vielfalt und Naturschutz
- ein Sofortprogramm für Klimaschutz und Energiewende
- den konsequenten Ausbau grüner Energie aus Sonne, Wasser und Wind
- einen neuen Gesellschaftsvertrag zwischen Landwirtschaft, Naturschutz, Lebensmittelindustrie und Verbraucher*innen

2.

Mobilität

Eine klimagerechte Mobilität
für alle ist in unserem Land
erreichbar

Mobil zu sein ist für viele Menschen eine wichtige Grundlage für ein gutes, selbstbestimmtes Leben. Wir wollen, dass alle Menschen in unserem Land schnell, sicher, bequem und klimafreundlich ans Ziel kommen – egal, ob sie in der Stadt oder auf dem Land wohnen. Deshalb haben wir Baden-Württemberg seit 2011 zum Wegbereiter für nachhaltige und moderne Mobilität gemacht. Wir setzen auf einen gut ausgebauten ÖPNV, der günstig und unkompliziert ist. Mit dem bwTarif haben wir den Verkehr über Verbundgrenzen hinweg vereinfacht und günstiger gemacht. Wir gestalten die Transformation der Automobilindustrie und bringen die Elektromobilität voran. Wir bauen Radwege aus und machen die Innenstädte auch für Fußgänger*innen attraktiver. Wir stehen für eine Mobilität von morgen, die Mensch, Natur und Klima guttut.

Baden-Württemberg ist heute nicht nur als Autoland bekannt, sondern auch als Vorreiter für neue Mobilität: Andere Regionen Deutschlands schauen auf uns – auf unsere Vorzeigestädte oder den systematischen Ausbau des Radverkehrs. Auch in Sachen Lärmschutz haben wir einiges erreicht. Dank neuer Beläge und Tempolimits ist es leiser geworden auf unseren Straßen: Immerhin ein Viertel der Menschen im Land wird nicht mehr durch Lärm oberhalb der Richtwerte belastigt. Bedeutende Erfolge haben wir auch bei der Luftreinhaltung erreicht: Einst war unser Land bundesweiter „Spitzenreiter“ bei schlechter Luft. Heute hält Baden-Württemberg fast überall die Grenzwerte ein.

All dies ist das Ergebnis von beharrlicher grüner Verkehrspolitik für saubere Mobilität.

Als grün-geführte Landesregierung haben wir ein neues Bewusstsein für Mobilität geschaffen. Fußgänger*innen und Radfahrer*innen benötigen mehr Fläche und Aufmerksamkeit – das ist mittlerweile weitgehend gesellschaftlicher Konsens. Am deutlichsten wird dies beim Fußverkehr. 200 Kommunen haben sich um einen sogenannten Fußverkehrsscheck beworben. Das heißt: Sie suchen den Rat von Expert*innen und Bewohner*innen, wie sie ihre Stadt und Gemeinde noch attraktiver für Fußgänger*innen machen können. So entstehen überall im Land neue Zebrastreifen. Das Zuparken von Geh- und Radwegen wird nicht mehr als Kavaliersdelikt geduldet. Und spielende Kinder sind nicht länger „Störfaktor“, sondern lebendige und belebende „kleine Bürger*innen“ im öffentlichen Raum, deren Interessen und Belange von uns mitgedacht und berücksichtigt werden.

Wir brauchen die ökologische Verkehrswende – jetzt!

Egal ob zur Schule, zur Arbeit oder zum Einkaufen – wir sind ständig unterwegs. Mobilität ist Ausdruck von Freiheit, Selbstbestimmung und Teilhabe. Damit wir dieses stetig wachsende Bedürfnis mit den Klimazielen vereinbaren können, brauchen wir eine Wende in der Verkehrsplanung. Nur wenn wir umweltfreundliche Verkehrsmittel fördern und gleichzeitig schmutzige Antriebe einschränken, kommen wir voran. Eine moderne Planung arbeitet mit quantifizierbaren Zielvorgaben. Sie gestaltet die Maßnahmen entsprechend und kontrolliert ihre Wirkungen.

Wir wollen die Mobilität für alle auf eine nachhaltige Grundlage stellen. Dabei wollen wir auch diejenigen mitnehmen, die bei Verkehrsfragen auch heute noch allzu oft außen vor bleiben: Kinder, ältere und

gesundheitlich beeinträchtigte Menschen. Wir stehen vor der Mammutaufgabe, unsere Mobilität schnellstmöglich klimaneutral zu gestalten. Und wir sind überzeugt: Wir können die Verkehrswende voranbringen und auch weiterhin wirtschaftlich erfolgreich sein.

Wir wollen eine ambitionierte, klimataugliche Verkehrspolitik. Dazu haben wir für das Land ambitionierte Ziele formuliert: eine Minderung der CO₂-Emissionen im Verkehr um 40 Prozent bis 2030, die Verdopplung des öffentlichen Verkehrs, die Reduzierung der mit dem Auto zurückgelegten Strecken um ein Drittel. Jedes dritte Auto soll bis dahin klimaneutral fahren, jeder zweite Weg zu Fuß oder mit dem Fahrrad zurückgelegt werden und jede dritte Tonne im Güterverkehr klimaneutral transportiert werden. Aber wir wissen: Wir müssen noch ambitionierter handeln, um die Klimakrise einzudämmen. Wir werden daher das Klimaschutzszenario für den Verkehr aktualisieren und an die Klimavorgaben des EU-Parlaments anpassen, um schnellstmöglich vollständige Klimaneutralität zu erreichen und im Rahmen des Pariser Klimaabkommens und des 1,5-Grad-Ziels zu bleiben.

Für lokale Klimamobilitätspläne und ein Mobilitätswendegesetz

Kommunen entwickeln Klimamobilitätspläne, um die Klimaschutzziele zu erreichen und die Städte und Gemeinden zugleich attraktiver zu gestalten. Im Gegensatz zur bisherigen Planung wollen wir erreichen, dass die Wirkung dieser Maßnahmen berechnet, die Umsetzung kontrolliert und gegebenenfalls nachjustiert wird. Das Land soll Kommunen finanziell und logistisch dabei unterstützen, diese Pläne zu erstellen und umzusetzen. Dafür müssen wir die Planungskapazitäten deutlich erhöhen. Alle 44 Stadt- und Landkreise sollen einen Klimamobilitätsplan erstellen.

Durch die Novellierung des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) sind die Mittel des Landes von 2020 an nahezu verdoppelt worden. Wir wollen eine weitere Stärkung des Umweltverbundes, indem die LGVFG-Mittel zu 75 Prozent für Infrastrukturen der Busse, Bahnen, Fahrräder und für Fußwege eingesetzt werden. Der Klimaschutz als Ziel ist in dem Gesetz neu verankert. Wir fordern: Größere Investitionen im Rahmen des LGVFG müssen daran geknüpft sein, dass ein Klimamobilitätsplan erstellt wird. Dieser muss die Einhaltung der Klimaziele 2030 nachweisen. Die unterschiedlichen Verkehrsarten sollen optimal vernetzt werden, um die Ressourcen bestmöglich einzusetzen.

Diese lokale Strategie wollen wir durch ein landesweites Mobilitätswendegesetz ergänzen, das verkehrspolitische Maßnahmen und Standards festschreibt. Dazu braucht es eine Mobilitätszentrale, d.h. eine starke Landesorganisation zur Mobilitätswende. Sie soll bereits bestehende Angebote wie die Mobilitätsdatenplattform Mobi Data BW bündeln und neue Aufgaben übernehmen. Zu diesen gehört z.B. die Konzeption von Ridepooling-Diensten, die Personen mit ähnlichem Ziel sinnvoll zusammenbringen.

Nutzung von Bus und Bahn bis 2030 verdoppeln

Ein weiteres grünes Ziel: Wir wollen die Wahl der Verkehrsmittel klimafreundlich verbessern, also mehr Leute dazu bringen, das Auto stehen zu lassen. Bis 2030 wollen wir die Zahl der Kilometer verdoppeln, die Fahrgäste mit öffentlichen Verkehrsmitteln zurücklegen. Das funktioniert nur, wenn Bahnen und Busse flächendeckend im dichten Takt verkehren, eine zuverlässige Qualität bieten und preislich attraktiv sind. Auch der Schienenverkehr muss als wichtige Säule des öffentlichen Verkehrs weiter ausgebaut werden. Das haben wir in den

vergangenen Jahren kontinuierlich getan und sind unserem Ziel mit großen Schritten nähergekommen. Ein „Weiter so“ ist hier ein grüner Garant für mehr umweltfreundlichen Verkehr.

Wir werden im ganzen Land den Mindeststandard des Stunden- takts von 5 bis 24 Uhr umsetzen und auf vielen Strecken den Halb- oder Viertelstundentakt realisieren. Bis zum Jahr 2030 können dann die allermeisten Bus- und Bahnfahr Gäste in Baden-Württemberg min- destens im Halbstundentakt fahren. Wir wollen dazu die Kapazitäten weiter ausbauen und den ÖPNV zur Pflichtaufgabe von Kommunen machen. In Nahverkehrsplänen müssen Landkreise und kreisfreie Städte dafür sorgen, dass eine Mobilität ohne Auto günstig, einfach und sicher möglich ist. Dafür wollen wir die Städte, Kreise und Ge- meinden finanziell noch besser ausstatten. Für ambitionierte Projekte muss es kommunal gestaltbare Finanzierungsmöglichkeiten geben. Ein umlagefinanzierter Mobilitätspass sowie Parkgebühren auf öffent- lichen Stellplätzen sind nachhaltige Finanzquellen für kommunale Verbesserungen. Wir wollen die rechtlichen Voraussetzungen dafür schaffen, dass Kommunen auf eigenen Wunsch einen Mobilitätspass als (Nahverkehrs-)Abgabe einführen, den ÖPNV ausbauen und zu günstigen Preisen anbieten können. Wir bauen den ÖPNV aus, halten dabei aber daran fest, die Zahl der Verkehrsverbünde im Land schritt- weise zu verringern.

Wir starten eine Investitionsoffensive in klimaneutrale Fahrzeuge und Infrastruktur. Die bestehenden Kapazitäten umweltfreundlicher Mobilität wollen wir deutlich steigern. Dies gilt beispielsweise für den neuen Bahnknoten Stuttgart. Mit der großen Wendlinger Kurve und zusätzlichen Gleisen im Nordzulauf auf den Hauptbahnhof ist dies bereits gelungen. Für den Nahverkehr fordern wir eine leistungsfä- hige Ergänzungsstation im zukünftigen Hauptbahnhof, an die auch die bestehende Panoramabahn-Trasse der Gäubahn angebunden wird.

Damit können spätere irreversible Engpässe im Regionalverkehr und bei der S-Bahn vermieden werden. Bis 2030 sollen 90 Prozent des Schienennahverkehrs mit Strom fahren. Zentrale Strecken werden wir elektrifizieren, auf den restlichen Strecken klimaneutrale Fahrzeuge mit Batterie oder grünem Wasserstoff einsetzen. Um Strecken zu reaktivieren oder auszubauen, wollen wir eine BW-Netz-Gesellschaft etablieren. Stadt- und Landkreise sowie Unternehmen wollen wir noch stärker dabei unterstützen, auf emissionsfreie Busse mit Batterie- oder Wasserstoff-Antrieb umzusteigen.

Innovationen im öffentlichen Verkehr konsequent fördern

Wir setzen konsequent auf Innovationen im öffentlichen Verkehr: Schon heute fördert das Land urbane Seilbahnen. Schnellbussysteme fahren staufrei auf separaten Spuren. Sie können schneller geplant und kostengünstig gebaut werden. Der öffentliche Verkehr muss im ländlichen Raum und in den Randzonen und -zeiten flexibel und bedarfsgerecht angeboten werden.

An 1000 Mobilitätsstationen verknüpfen wir Bahn, Bus, Rad und Auto und ergänzen sie durch multimodale Angebote wie Car- und Bikesharing. Besonders im ländlichen Raum brauchen wir zudem neue Ansätze und Ideen. Dazu gehört zum Beispiel eine einheitliche Mobilitäts-App und eine Mobilitäts-Chipkarte für ganz Baden-Württemberg, die Informationen und Zugang zu allen Mobilitätsformen bis hin zur landesweiten Nutzung von Fahrradboxen bietet. Auch ein flexibler und bedarfsorientierter ÖPNV, Ridepooling-Dienstleistungen und online buchbare Rufbusse, die ohne Rufbus-Zulage in den Tarif eingebunden sind, können bestehende Angebote ergänzen und die „letzte Meile“ schließen.

Der ÖPNV von morgen: preisgünstig, zuverlässig, flexibel, barrierefrei

Öffentliche Verkehrsmittel müssen barrierefrei zugänglich und nutzbar sein. Dafür müssen noch zahlreiche Bushaltestellen und Bahnhöfe umgebaut werden. „Barrierefrei“ ist mehr als „stufenfrei“: Barrierefreiheit berücksichtigt beispielsweise auch die Bedürfnisse von Menschen mit Seh-, Hör- und Lernbehinderungen. Dafür sind ein aussagekräftiges Fahrgastinformationssystem und ein landesweiter Standard wichtig.

Der Preis allein lockt niemanden aus dem Auto. Aber zu hohe Preise machen den ÖPNV für Menschen mit kleinem Geldbeutel unattraktiv. Unser Ziel ist ein flexibles Tarifsystem, das Vielfahrer*innen belohnt und durch einen Höchstpreis gedeckelt ist. Im Jahresticket soll der öffentliche Verkehr – nach österreichischem Vorbild – vor Ort nicht mehr als einen Euro pro Tag kosten, im Tarifverbund der Region nicht mehr als zwei Euro und im ganzen Land nicht mehr als drei Euro. Wir wollen, dass die Verkehrsverbünde die BahnCard akzeptieren. Beim Landestarif bwTarif haben wir die Anerkennung umgesetzt. Hier gelten die BahnCard-Rabatte. Darüber hinaus muss für besonders einkommensschwache Gruppen Mobilität garantiert werden. Dafür erarbeiten wir Lösungen mit den Verkehrsverbünden. Dies erfordert erheblich mehr finanzielle Mittel. Diese wollen wir u.a. durch einen Mobilitätspass auf der Basis von zum Beispiel einer kommunalen Abgabe (Nahverkehrsabgabe), einer Benutzergebühr oder eines Beitrags ermöglichen.

Wir machen den Autoverkehr schnellstmöglich klimaneutral

Wir können mobil sein – auch mit deutlich weniger Autos. Ganz ohne Auto aber ist Mobilität vielerorts kaum denkbar oder extrem aufwändig. Deshalb fordern wir eine schnelle Elektrifizierung aller Kraftfahrzeuge. Im Jahr 2030 soll jeder dritte Pkw klimaneutral unterwegs sein. Dafür müssen wir die Infrastrukturen schaffen.

Wir haben in Baden-Württemberg in kürzester Zeit eine exzellente flächendeckende Ladeinfrastruktur aufgebaut. Mit den ersten öffentlichen innerstädtischen Schnell-Ladeparks in Deutschland sorgen wir dafür, dass der Hochlauf bei der Elektromobilität nicht ins Stocken kommt, sondern weiter Fahrt aufnimmt. Mit einer Ladeinfrastruktur-Offensive werden wir noch einmal eine Schippe drauflegen.

Das Parken wollen wir mit dem Laden von E-Autos zusammenführen. Anstatt öffentlichen Straßenraum zu Parkplätzen zu machen, sollen Parkhäuser und Tiefgaragen zum Parken und Laden genutzt werden – gerade auch nachts. Wir wollen dazu schrittweise Stellplätze mit Lademöglichkeiten ausstatten. Durch ein intelligentes Lademanagement können wir Energie- und Mobilitätswende verzahnen und die Erneuerbaren Energien optimal für die Mobilität von morgen nutzen und integrieren. Wer klimaneutral fährt, soll für einen begrenzten Zeitraum Vorteile erhalten, etwa kostenlos parken oder eine Extra-Fahrspur nutzen können.

Mit der „Landesinitiative Elektromobilität III“ haben wir erfolgreich Fahrzeuge gefördert. Jetzt wollen wir schlagkräftig dazu übergehen, die öffentliche und private Ladeinfrastruktur zu fördern. Wir brauchen zwei Millionen private und öffentliche Ladepunkte – eine Herkulesaufgabe. Um diese enormen Investitionen leisten zu können, müssen wir die Bauherr*innen in die Pflicht nehmen. Dank der Landes-

förderung für das SAFE-Ladenetz gibt es bereits heute in Baden-Württemberg mindestens alle zehn Kilometer eine Ladesäule. Wir wollen erreichen, dass in verdichteten Siedlungsbereichen Lademöglichkeiten in fußläufiger Entfernung vorhanden sind, zum Beispiel in Quartiersgaragen. Wir wirken auf eine einfache Benutzbarkeit von Ladesäulen hin, vor allem durch ein standardisiertes Bezahlssystem. Darüber hinaus müssen wir es schaffen, Batterien besser als bisher wiederzuverwerten.

Wir machen Baden-Württemberg zum nachhaltigen Mobilitätsland

Bis heute ist Baden-Württemberg ein Auto-Mobilitätsland: Etwa jeder zehnte Arbeitsplatz hängt direkt oder indirekt vom Automobil ab. Das sind rund 470.000 Beschäftigte. Wir exportieren viele Fahrzeuge in die ganze Welt. Damit tragen wir als Wirtschaftsstandort auch eine globale Verantwortung für die verkehrsbedingten CO₂-Emissionen. Wenn wir diese Anzahl an Arbeitsplätzen in Baden-Württemberg halten wollen, dann brauchen wir eine umfassende Transformation in Richtung Zukunft. Wir Grüne sind überzeugt: Der Wandel der Automobilwirtschaft Baden-Württembergs hin zum Leitanbieter für nachhaltige Mobilität ist notwendig – für den Klimaschutz genauso wie für die langfristige Sicherung von Arbeitsplätzen. Deshalb werden wir den Strategiedialog Automobilwirtschaft fortsetzen und die Privatwirtschaft, die Gewerkschaften, die Wissenschaft, die Fachverbände und die Nutzer*innen einbinden. Nur wenn die Transformation dieses Sektors als Teil nachhaltiger globaler Lieferketten gelingt, werden wir die Arbeitsplätze erhalten können. Baden-Württemberg muss und kann sich zum nachhaltigen Mobilitätsland entwickeln!

Für gute, sichere und leise Straßen – und weniger Pkw-Verkehr

Baden-Württemberg hat ein gut ausgebautes Straßennetz. Vielerorts ist es aber in die Jahre gekommen. Bei der Sanierung der Bundes- und Landesstraßen sind wir bereits vorangekommen. Einen neuen Schwerpunkt werden wir auf die Brücken legen. Darüber hinaus steht der Umbau von Straßen an. An vielen Orten gilt es, Fahrspuren für umweltfreundliche Verkehrsmittel freizugeben: Busse, E-Autos und mehrfachbesetzte Fahrzeuge sollen eigene Spuren erhalten. Auch Ampeln sollen Fahrrädern und anderen klimaneutralen Verkehrsmittel Vorrang geben. Die Reform der Straßenbauverwaltung wollen wir bis 2026 umsetzen.

Im Jahr 2019 hat sich die Zahl der Fahrzeuge, die in Deutschland zugelassen sind, gegenüber dem Vorjahr um über eine Million erhöht. Mit 20 Prozent ist die Zahl der großen und schweren SUVs am stärksten gestiegen. Diese Entwicklung läuft den Klimazielen komplett zuwider! Mit neuen Mobilitätskonzepten wollen wir bis 2030 landesweit den Pkw- und Lieferverkehr um ein Drittel senken. Damit machen wir nicht nur Platz frei für Straßenbahnen, Busse, Fahrräder und Fußwege, sondern fördern auch lebensfreundliche Städte. Bundesweit setzen wir uns für einen Bundesnetzplan als Ersatz für die bisherige Bundesverkehrswegeplanung ein. Wir wünschen uns vom Bund keine neuen Autobahnen und Bundesstraßen. Wir werden die Landesstraßenbauprojekte alle fünf Jahre evaluieren und wollen stärker ökologisch ausgerichtete Kriterien bei der finanziellen Förderung von Kreisstraßen.

Im Liefer- und Lkw-Verkehr wollen wir die gesetzlichen Voraussetzungen für eine landesweite Lkw-Maut schaffen. So wollen wir auch dem wachsenden Online-Handel Grenzen setzen und den lokalen Einzelhandel stärken.

Verbesserungen beim Umweltverbund allein – also bei Bus, Bahn, Fahrrad und Co. – werden nicht ausreichen, um Autofahrer*innen in großer Zahl zum Umsteigen zu bewegen. Deshalb müssen wir mutige Schritte beim Autoverkehr gehen. Beispiele aus dem Europäischen Ausland zeigen: Der Autoverkehr kann durch eine konsequente Parkraumbewirtschaftung umweltfreundlich gelenkt werden. Städte sollten die Zahl der Parkplätze Jahr für Jahr zugunsten von Rad- und Fußwegen sowie öffentlichen Plätzen reduzieren. Kommunen können die Gebühren für Anwohner*innenparken zur Verkehrslenkung und -finanzierung nutzen. Zusätzlich wollen wir die Stellplatzpflicht streichen.

Lärm sorgt nicht nur für schlaflose Nächte. Er hat auch massive gesundheitliche Folgen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass der Bund als ersten Schritt eine Pflicht zur Lärmsanierung einführt. Die bestehenden Schwellenwerte für gesundheitsschädliche Belastungen – 70 Dezibel (A) tagsüber und 60 Dezibel (A) nachts – wollen wir absenken. Darüber hinaus soll der Bund die Erstellung eines Lärmschutzkonzepts einklagbar machen. Welche Bedeutung dieses Thema hat, zeigt die kommunale Initiative zur Reduzierung von Motorradlärm. Das macht zudem deutlich: Es ist wichtig, dass ein*e Lärmschutzbeauftragte*r sich weiterhin um die Belange lärmbelasteter Bürger*innen kümmert.

Der Straßenverkehr fordert zu viele Tote und Schwerverletzte, insbesondere wegen nicht angemessener und überhöhter Geschwindigkeit. Unsere Handlungsmaxime ist die Vision Zero: Niemand soll im Straßenverkehr sterben. Dabei ist klar: Ohne Tempolimits werden die Opferzahlen nicht sinken. Daher setzen wir uns gemeinsam mit vielen Bürger*innen für eine Höchstgeschwindigkeit von 130 Kilometern pro Stunde (km/h) auf Autobahnen, 80 km/h auf Landstraßen und 30 km/h als Regelgeschwindigkeit innerorts ein. Wir werben für mehr Achtsamkeit und Rücksicht aller Verkehrsteilnehmer*innen und wollen Verstöße

konsequent ahnden. Damit Kinder möglichst sicher zu Fuß oder mit dem Rad zur Schule kommen können und so schon früh lernen, sich selbstständig im Straßenverkehr zu bewegen, werden wir die Erstellung von Geh- und Radschulwegplänen zur Pflicht machen. Außerdem setzen wir uns für den verpflichtenden Einbau von Abbiegeassistenten in Lkw ein.

Innenstädte attraktiv für Rad- und Fußverkehr gestalten

Auf sicheren Wegen oder durch Parks mit Rad oder Pedelec zu fahren und zu Fuß zu gehen – das macht nicht nur Spaß, es ist auch gesund und emissionsfrei. Unser Ziel: Bis 2030 soll jeder zweite Weg aktiv zu Fuß oder mit dem Rad zurückgelegt werden. Das kann nur gelingen, wenn der nicht-motorisierte Verkehr in unseren Innenstädten und Stadtteilzentren Priorität bekommt. Die erfolgreiche Radstrategie des Landes muss auch weiterhin konsequent umgesetzt werden. Das heißt: mehr und sichere Rad- und Radschnellwege. Wir setzen uns dafür ein, bis 2030 mindestens 30 Radschnellverbindungen mit vordringlichem Bedarf zu realisieren. Zudem wollen wir die Radstrategie um eine Fußverkehrsstrategie ergänzen. Sie soll auf den vorhandenen guten Projekten aufbauen und mit den Bürger*innen und relevanten Akteur*innen erarbeitet werden.

Wir fördern nicht nur Fahrradstellplätze und -parkhäuser an allen Bahnhöfen, sondern ebenso Sammelgaragen in bestehenden Wohngebieten, auch als Fahrradboxen am Straßenrand. Die Zahl der Bike-and-Ride-Stellplätze wollen wir im Land mit 100.000 zusätzlichen sicheren Stellplätzen verdoppeln.

Wir wollen attraktive Städte, die zum Verweilen im öffentlichen Raum einladen. Nicht nur in den Stadtzentren soll es schattige Plätze für Kommunikation, Spiel und Erholung geben. In den Stadtzentren

wollen wir sogenannte verkehrsberuhigte Begegnungszonen einrichten, in denen alle Verkehrsteilnehmende gleichberechtigt sind. Aus Parkplätzen sollen ökologisch wertvolle Freiflächen werden. Verbindende Fußwege werden ausgebaut und Wohnquartiere vom Durchgangsverkehr befreit. Das schafft mehr Aufenthaltsqualität!

Wir unterstützen Initiativen darin, Straßenraum temporär anders zu nutzen, z. B. für Nachbarschaftsfeste, Begegnungsräume, Sport, Aktionen, Cafés, Märkte, temporäre Spielstraßen, Pop-up-Radwege und vieles mehr. Genehmigungsverfahren dafür wollen wir vereinfachen und vergünstigen. Wir unterstützen Kommunen in ihrem Anliegen, autofreie Innenstädte zu schaffen, und fördern dies. Beim Bund setzen wir uns für eine fußgängerfreundlichere Straßenverkehrsordnung ein.

Gute Mobilität in ländlichen Räumen wird auf absehbare Zeit nur mit den öffentlichen Verkehrsmitteln nicht möglich sein. Die Herausforderung liegt darin, ein Netz von Knotenpunkten zu schaffen, an denen man bequem und barrierefrei umsteigen kann.

Güterverkehr auf Klimaschutz-Kurs bringen

Für ein exportorientiertes Land wie Baden-Württemberg hat der Güterverkehr eine außerordentlich große wirtschaftliche Bedeutung. Prognosen gehen davon aus, dass dieser in Zukunft weiter stark wächst. Leider konnten die Schiene und die Binnenschifffahrt in der Vergangenheit davon kaum profitieren. Das wird auch künftig das Klima zunehmend belasten. Diesen fatalen Trend wollen wir stoppen und den Güterverkehr modernisieren. Bis 2030 soll jede dritte Tonne klimaverträglich transportiert werden: mit Bahn, Binnenschiff, E-Lkw oder regenerativem Kraftstoff.

Die Güterbahn muss weiter gefördert werden. Wir werden das Schienennetz ertüchtigen und es weiter elektrifizieren. Wir wollen

Schienenanschlüsse für große Gewerbegebiete (wieder)herstellen und mit Umschlagplätzen für Lkw kombinieren. Dazu müssen wir öffentliche Flächen sofort sichern – sie dürfen nicht umgewidmet werden. Das Land fördert neue Zentren für den kombinierten Ladungsverkehr (KLV) und vollelektrische Lieferketten mit Bahn und elektrischen Transportern. Weil Batterien über lange Distanzen für große Lkw noch nicht geeignet sind, setzen wir uns für die Entwicklung von Lkw-Oberleitungen auf Grundlage eines Konzeptes mit der Logistikbranche ein. Die letzte Meile kann dabei mit Batterien oder Brennstoffzellen gefahren werden. Wir setzen uns auf Bundesebene für den Oberleitungsausbau auf Autobahnen und wichtigen Bundesstraßen ein. So kann der Straßengüterverkehr schnell elektrifiziert werden. Die europäischen Emissionsziele für Lkw sehen wir auch für unsere Region als bindend an und unterstützen alle Initiativen auch auf Bundesebene.

Wir werden uns vehement dafür einsetzen, den Güterverkehr von der Straße auf die Schiene und die Wasserwege zu verlagern. Die ambitionierten Vorschläge des Gutachtens zur Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene und die Wasserwege des Verkehrsministeriums wollen wir dazu mit Nachdruck umsetzen.

Um Regionen und Städte zu versorgen, eignen sich City-Logistikzentren. Hier werden die Frachtgüter auf elektrische Lieferwagen, Lastenräder und -Pedeles umgeladen. Auch die Einrichtung von Mikrodepots für Pakete und Päckchen nach dem Vorbild von Hamburg und Berlin wollen wir unterstützen.

Flugverkehr eindämmen – klimaschädliche Subventionen stoppen

Der klimaschädliche Flugverkehr darf nicht unbegrenzt wachsen. Wir lehnen es ab, die bestehenden Flughäfen durch zusätzliche Start- und

Landebahnen auszubauen. Aus dem Landesetat darf es keine Finanzhilfen für Regionalflughäfen geben. Wir setzen uns dafür ein, die klimaschädlichen Auswirkungen des Flugverkehrs mit Start oder Ziel in Baden-Württemberg zu reduzieren. Mit dem Ausbau schneller Schienenverbindungen lassen sich sowohl Autofahrten als auch Kurzstreckenflüge vermeiden.

Das kommende Beihilfeverbot für den operativen Betrieb von Flughäfen der Europäischen Union gilt ab 2024 und sollte schon in der nächsten Legislaturperiode in Baden-Württemberg umgesetzt werden. Ein Mehr an Subventionen für die Flugsicherung oder die Infrastruktur für Regionalflughäfen wollen wir verhindern. Wir streben an, die Flughafengebühren künftig noch stärker auf Grundlage der realen Klimakosten des Fliegens zu reformieren.

Kerosin muss endlich CO₂-orientiert besteuert werden! Dafür setzen wir uns im Bund ein. Den Einsatz von regenerativ erzeugtem Kerosin bzw. reFuels wollen wir vorantreiben. Außerdem möchten wir die Schadstoff- und Lärmemissionen des Flugverkehrs reduzieren. Das erreichen wir, indem wir bei der Staffelung von Start- und Landeendgebühren eine CO₂-Komponente einführen. Außerdem setzen wir uns auf Bundesebene für ein Ende von innerdeutschen Flügen ein. Damit könnte Baden-Württemberg auch im Flugverkehr einen Impuls für mehr Nachhaltigkeit setzen.

Die Verkehrswende hin zu klimafreundlicher und nachhaltiger Mobilität ist überfällig. Sie gelingt, wenn wir alle Innovationen, neue Technologien und gesellschaftliche Kreativität dafür nutzen. Die Wirtschaft wird einen umfassenden Transformationsprozess durchlaufen. Wir alle werden unsere Mobilitätsmuster und unser Mobilitätsverhalten nachhaltig ändern!

Darum Grün!

Wer Grün wählt, stimmt für

- Klimamobilitätspläne und ein Mobilitätswendegesetz
- einen starken, gut ausgebauten ÖPNV, die Verdoppelung des öffentlichen Verkehrs bis 2030 sowie einen konsequenten Ausbau der Fahrradinfrastruktur
- ein Jahresticket, das vor Ort nicht mehr als einen Euro pro Tag kostet (zwei Euro in der Region und drei Euro im ganzen Land)
- eine Investitionsoffensive für klimafreundliche Fahrzeuge und Infrastruktur
- sichere Straßen mit ausreichend Platz für Rad- und Fußverkehr, weniger klimaschädlichen Auto- und Flugverkehr, weniger Verkehrslärm und einen klimafreundlichen Güterverkehr

3.

Ländlicher Raum, Landwirtschaft und Tierschutz

Unsere ländlichen Räume
ökologisch und lebenswert
weiterentwickeln

Dörfer und kleine Städte, die allen Menschen in ihrer ganzen Vielfalt eine Heimat sind; Orte, an denen auch junge Menschen, Berufseinsteiger*innen, Frauen und Familien ein Zuhause und gute Lebens- und Arbeitsbedingungen finden: Das ist unsere Vision für attraktive und lebenswerte ländliche Räume in Baden-Württemberg. Wir Grüne stehen für eine naturverträgliche Landwirtschaft, die Tiere artgerecht hält und das Klima schützt. Für eine Landwirtschaft, die ihren Beschäftigten ein Auskommen bietet, das dem Wert ihrer Arbeit entspricht. Der von der Europäischen Kommission formulierte Europäische Green Deal, die Farm-to-Fork Strategie und die Biodiversitätsstrategie weisen in die richtige Richtung. Die darin formulierten Ziele tragen dazu bei, unsere ambitionierte grüne Agrarpolitik in Baden-Württemberg umzusetzen. Es gilt nun im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union, die Leistungen der Bäuerinnen und Bauern für Klima- und Naturschutz sowie für den Erhalt der Biodiversität fair zu honorieren und so das Prinzip „öffentliches Geld für öffentliche Leistungen“ konsequent umzusetzen.

Grüne Politik für ländliche Räume hat in Baden-Württemberg Wurzeln geschlagen. Wir sind mit unserer Holzbau-Offensive das innovativste Holzbauland in Deutschland. Wer seine wertvollen Streuobstbäume pflegt, wird hierzulande mit einer Prämie belohnt. Vielerorts sprießen innovative, generationenübergreifende Wohnprojekte aus dem Boden. Die Mittel für eine ordentliche Daseinsvorsorge auf dem

Land – vom Dorfladen bis zum Gasthaus – haben wir verdoppelt. In Baden-Württemberg werden keine gentechnisch veränderten Pflanzen angebaut und auch nicht zu Forschungszwecken ausgesetzt: Unser Qualitätszeichen Baden-Württemberg zeichnet nur Lebensmittel aus, wenn sie frei von Gentechnik sind – in Anbau und Fütterung. Damit kommen wir dem Wunsch von Erzeuger*innen und Verbraucher*innen nach: Baden-Württemberg bleibt gentechnikfrei!

Seit wir Grüne im Land in der Regierungsverantwortung stehen, hat sich der Anteil des Ökolandbaus verdoppelt. Das wollen wir fortführen: Bis 2030 streben wir einen Anteil der ökologisch bewirtschafteten Fläche von mindestens 40 Prozent an. Die Menschen in Baden-Württemberg haben mit dem Volksbegehren zum Schutz der Artenvielfalt gezeigt, wie elementar wichtig eine naturverträgliche Landwirtschaft ist. Als echte Gemeinschaftsleistung von Politik, Naturschutz und Landwirtschaft wurde im Anschluss ein Beteiligungsprozess gestaltet, aus dem das Gesetz zur Stärkung der Biodiversität hervorgegangen ist. Eine Blaupause, die deutlich zeigt: Landwirtschaft und Naturschutz sind keine Gegenspieler – sie sind nur als Partner stark. Wir haben den Weg zu einer Landwirtschaft eingeschlagen, die verantwortungsvoll mit der Umwelt umgeht und gesellschaftlich wieder Wertschätzung erfährt. Umweltverträglichkeit und Biodiversität in der Agrarlandschaft und die sozialen und wirtschaftlichen Belange der Landwirt*innen sind uns sehr wichtig. Damit haben wir einen Transformationsprozess in der Landwirtschaft angestoßen, der einmalig in Deutschland ist.

Und doch: Die Herausforderungen bleiben riesig. Die Lebensmittelpreise in Deutschland sind extrem niedrig. Der enorme Preisdruck führt zu Dumpinglöhnen und verursacht zum Teil unhaltbare Zustände in der landwirtschaftlichen Tierhaltung und Schlachtung. Die Land- und Forstwirtschaft sieht Jahr für Jahr an ihren eigenen Äckern und Wäldern:

Das Klima erhitzt sich. Die Folgen sind auch bei uns Dürren, Stürme, Überschwemmungen. Land- und Waldwirtschaft stehen vor echten Herkulesaufgaben und müssen sich dem Klimawandel anpassen. Mit unserer grünen Agrarpolitik wollen wir eine konsequente Reduktion von Pflanzenschutzmitteln und Nährstoffüberschüssen aus Düngung. Der Lebensmittelverschwendung sagen wir den Kampf an. Es gilt, die Daseinsvorsorge im ländlichen Raum zu sichern und ihn weiter als attraktiven Lebens- und Arbeitsraum zu stärken.

Höfesterben entgegenwirken, Preisdumping bekämpfen

Baden-Württemberg hat eine kleinstrukturierte Landwirtschaft. Das ist zugleich Chance und enorme Herausforderung. Ganze 80 Prozent der bäuerlichen Betriebe werden im Nebenerwerb geführt. Das Wirtschaften auf dem Hof muss ein stabiles Einkommen und Zufriedenheit bringen, damit die Hofnachfolge nicht zum echten Problem wird. Wir werden eine Strategie erarbeiten, um die Hofnachfolge vor allem auf kleineren und Nebenerwerbsbetrieben zu unterstützen – insbesondere durch Beratung. So wollen wir dem Höfesterben entgegenwirken. Um der fortschreitenden Klimakrise zu begegnen, brauchen wir spezielle Anpassungskonzepte für alle Betriebstypen.

In der Landwirtschaft gibt es zahlreiche Zielkonflikte, die es zu lösen gilt: Um effizient zu wirtschaften, müssen die Bäuerinnen und Bauern möglichst hohe Erträge erzielen. Gleichzeitig aber sollen das Grundwasser, die Böden und die Vielfalt der Arten keinen Schaden nehmen – das geht nur, wenn Weizen, Milch und Fleisch einen angemessenen Preis haben.

Die moderne, krisensichere Landwirtschaft prägt auch in Zukunft unsere ländlichen Räume. Sie arbeitet ressourcenschonend, naturver-

träglich und orientiert sich mit ihren Prinzipien Tiergerechtigkeit, Gentechnikfreiheit und Freiheit von synthetischen Pestiziden am Leitbild der ökologischen Landwirtschaft. Nutzen wir die Chance, die uns unsere bäuerlich strukturierte Landwirtschaft bietet. Wir wollen, dass Baden-Württemberg zum Vorreiter bei tiergerechter Landwirtschaft wird. Unser Motto heißt: Klasse statt Masse! Wenn wir Fleisch essen, dann von Tieren, die in der Region artgerecht aufwachsen, die Platz im Stall, Tageslicht und frische Luft haben. Wir wollen Zweinutzungsrasen fördern und damit auch das Kükenschreddern und -vergasen beenden. Einen Baustein bildet hier die Förderung von mobiler und Weideschlachtung. Unser Ziel ist eine Tierhaltung, bei der Geburt, Aufzucht und Schlachtung in der Region stattfinden. Landwirt*innen, die bereit sind, mehr in Tierschutz zu investieren oder intensive Tierhaltung zu reduzieren, wollen wir dabei unterstützen.

Grund und Boden sind knapp und werden immer teurer. Das macht unseren Betrieben das Leben zunehmend schwer. Hinzu kommt die Konkurrenz auf dem Bodenmarkt durch außerlandwirtschaftliche Investor*innen. Damit der Boden dauerhaft in den Händen der Bäuerinnen und Bauern bleibt, überprüfen wir unser Agrarstrukturverbesserungsgesetz und setzen nötige Anpassungen um.

Wir lassen nichts unversucht, um den Druck auf unsere Flächen zu verringern und intelligente Lösungen für zusätzliche Einkommen in der Landwirtschaft zu finden. Agro-Photovoltaik ermöglicht einen nahezu uneingeschränkten Anbau von Lebensmitteln bei gleichzeitiger Stromerzeugung auf der Fläche. Diese effiziente Nutzung von Fläche soll mit uns in Baden-Württemberg in Serie gehen. Gerade in Sonderkulturen sehen wir große Chancen für Landwirtschaft *und* Klimaschutz. Eine zweite anzustrebende Form der Doppelnutzung von landwirtschaftlichen Flächen sind Agro-Forst-Systeme: Forstflächen in Kombination mit Ackerkulturen oder Weidetierhaltung. Wir wollen

Landwirt*innen finanziell bei den hohen Erstinvestitionen für Agro-Forst-Systeme unterstützen. Die Landwirtschaft der Zukunft braucht innovative, klimaschonende und biodiversitätsfördernde Methoden. Sie braucht Bildung, Ausbildung und Beratung, die Ökolandbau, Ressourceneffizienz und Naturschutz umfasst. Daher müssen Lehrpläne angepasst und Lehrkräfte geschult werden.

Ein neuer Gesellschaftsvertrag: Landwirtschaft und Naturschutz ziehen an einem Strang

Unsere Bäuerinnen und Bauern sichern unsere Nahrung und erhalten unsere einzigartige Kulturlandschaft. Wir wollen unsere bäuerliche Landwirtschaft *und* unsere Natur erhalten und stärken. Dazu braucht es ein gemeinsames Verständnis aller Beteiligten, wie das funktionieren kann und wer welchen Beitrag leistet.

Wir wollen einen neuen Gesellschaftsvertrag zwischen Landwirtschaft und Naturschutz auf den Weg bringen und dabei auch die Lebensmittelindustrie und die Verbraucher*innen einbeziehen. Alle müssen ihren Beitrag dazu leisten, dass sich Landwirtschaft wieder lohnt und die Leistungen der bäuerlichen Betriebe angemessen bezahlt werden. Wenn ein Kalb billiger ist als eine Handyhülle, dann läuft etwas schief! Hier ist nicht nur die Politik gefragt, sondern alle, die an der Wertschöpfungskette beteiligt sind: Auch der Handel und die Verbraucher*innen müssen mit ins Boot. Wir sehen in einem solchen Vertrag eine große Chance für fruchtbare Kooperationen zwischen Stadt und Land, Handel, Verarbeiter*innen, Handwerk und Erzeuger*innen. Diesen Dialog und seine Umsetzung werden wir mit aller Kraft angehen!

Agrarförderung des Landes konsequent auf Nachhaltigkeit ausrichten

Neben der Preisgestaltung für Lebensmittel wird die Agrarförderung auch weiterhin ein wichtiger Baustein auf dem Weg zu einer umfassend nachhaltigen Landwirtschaft sein. Wir setzen darauf, die Agrarförderung im Land auch in Zukunft konsequent nachhaltig auszurichten. Dazu wollen wir die Ausstattung der Förderprogramme FAKT und LPR weiter erhöhen. Eine generationengerechte bäuerliche Landwirtschaft sorgt für gesunde Lebensmittel, schützt unser Klima, erhält die Artenvielfalt und pflegt unsere Kulturlandschaft. Bäuerinnen und Bauern sind unsere Partner*innen, wir werden daher auch ohne zusätzliche EU-Mittel in diesen Bereich investieren.

Eine eigene Tierschutzstrategie für Baden-Württemberg

Wir streben eine eigene Tierschutzstrategie für Baden-Württemberg an. Die Förderprogramme in der Landwirtschaft sollen daran ausgerichtet werden, dass eine Förderung nur erfolgt, wenn deutlich höhere Tierschutzstandards erfüllt werden. In Baden-Württemberg wollen wir den Ausstieg aus dem Tierversuch einleiten. Dazu braucht es einen Paradigmenwechsel in der Wissenschaft, bei dem die gesetzlichen Regelungen nicht mehr länger an der Logik des Tierversuchs ausgerichtet werden. Wir wollen die Professuren zur Entwicklung und Anwendung von Alternativen zu Tierversuchen ausbauen. Hierfür unterstützen wir sowohl die Entwicklung als auch die praktische Umsetzung von Alternativmethoden, die zum Beispiel auf digitalen Systemen und Künstlicher Intelligenz basieren, und wollen die Landesförderung in diesem Bereich ausbauen. Mit den beteiligten Unternehmen und Hochschulen

wollen wir einen Maßnahmenplan mit dem Ziel erstellen, Tierversuche um zunächst 50 Prozent zu reduzieren.

Ob mobile Schlachteinheit, Hofschlachtung oder Schlachthof: Die Schlachtung in Baden-Württemberg wollen wir flächendeckend anbieten und dafür ein Konzept erstellen und umsetzen. Wir wollen eine lückenlose Überwachung der tierschutzrelevanten Bereiche der Schlachtung und dazu digitale Systeme nutzen. Eine verbindliche Zulassungspflicht für Betäubungsgeräte muss eingeführt werden. In einem Masterplan erarbeiten wir eine Strategie zum Verzicht auf Tiertransporte von mehr als 200 Kilometer. Eine neue Taskforce „Tiertransporte“, in der Teams aus Veterinärbehörden, Polizei und Staatsanwaltschaft zusammenarbeiten, soll Verstöße bei Tiertransporten konsequent ahnden. Wir wollen Notversorgungsstellen in Baden-Württemberg einrichten, wo Tiere bei Feststellung von Verstößen untergebracht werden können und nicht unter tierschutzwidrigen Umständen weitertransportiert werden müssen.

Bei der Haltung von Tieren in Privathaushalten sind mehr Aufklärung und Beratung für tiergerechte Haltungsformen notwendig. Wir setzen uns dafür ein, dass Tierschutz bei Haustieren gestärkt wird, und wollen uns im Bundesrat für eine Tierschutz-Heimtierversordnung stark machen.

Kühe auf die Weide! Das hilft dem Klima und trägt zum Erhalt unserer Kulturlandschaft bei. Weidende Kühe sind mehr als nur nett anzusehen. Sie sind Landschaftspflegerinnen, erhalten Biodiversität und leisten auch einen wichtigen Beitrag für den Klimaschutz. Die nachhaltige Beweidung von Grünland fördert die Humusbildung. Und humusreicher Boden macht vor allem eines – er speichert CO₂. Daher wollen wir die nachhaltige Weidetierhaltung verstärkt fördern. Das freut nicht nur die Kuh, sondern auch den Boden, die Biodiversität und das Klima – und damit auch uns und die, die nach uns kommen!

Die Schäferei schafft einzigartige Landschaften, sorgt für beste Lebensmittel und bewahrt ein wertvolles kulturelles Erbe. Wacholderheiden und Kalkmagerrasen sind auf Schäfer*innen angewiesen. Denn sie erzeugen mit Schafen und Ziegen nebenbei unsere artenreichsten Landschaften – trotz sinkender Erlöse, Nachwuchssorgen und Billigkonkurrenz aus Übersee. Ihren Beitrag zur Sicherung der Artenvielfalt wollen wir noch stärker belohnen und neue Märkte fördern.

Wir halten Baden-Württemberg gentechnikfrei

Agro-Gentechnik wollen wir weder auf unseren Tellern noch auf unseren Äckern, in unseren Wäldern oder im Futter unserer Tiere – das gilt sowohl für hier produzierte als auch für importierte Produkte. Deshalb nutzen wir konsequent alle landespolitischen Spielräume, um Baden-Württemberg gentechnikfrei zu halten. Neue gentechnische Verfahren müssen – wie alle anderen Technologien auch – mit Blick auf ihre Chancen, Risiken und ökologischen sowie sozioökonomischen Folgen umfassend auf wissenschaftlicher Grundlage bewertet werden. Wir halten bei den neuen gentechnischen Methoden am strengen Zulassungsverfahren und am europäisch verankerten Vorsorgeprinzip fest. So hat es auch der Europäische Gerichtshof 2018 bestätigt. Die Zulassung und Freisetzung von Gene-Drive-Organismen lehnen wir wegen der enormen ökologischen Tragweite und generellen Unumkehrbarkeit grundsätzlich ab. Wir unterstützen ein weltweites Moratorium der Freisetzung von Gene-Drive-Organismen.

Gesunde Lebensmittel – regional erzeugt und klar gekennzeichnet

Unsere Ernährung und unser Konsumverhalten haben Auswirkungen auf Umwelt und Klima. Wir wollen gesundes Essen ohne Pestizide, klimaschonend, regional, ökologisch und fair produziert. Die Förderung pflanzlicher Ernährung sowie die Reduzierung von Lebensmittelverschwendung und Verpackungsmüll sind Bausteine einer nachhaltigen und klimafreundlichen Ernährungsweise.

Baden-Württemberg als Genussland steht für gute und gesunde Lebensmittel. Das wollen wir ausbauen. Deswegen stärken wir unsere regionalen Lebensmittelerzeuger*innen. Die Landesverwaltung wird Vorbild: Wir wollen die landeseigenen Kantinen und Mensen auf regionale Kost umstellen und hier den Bio-Anteil auf 30 Prozent bis 2025 und auf 100 Prozent bis 2030 steigern. Die Umstellung der Kantinen in Gemeinden, Kreisen und privatwirtschaftlichen Betrieben sowie den Aufbau der erforderlichen Wertschöpfungsketten wollen wir gezielt fördern. Fleisch aus Weidetierhaltung und Saft aus Streuobst soll ebenso ins Angebot. Außerdem sollen auch Kantinen in öffentlichen Einrichtungen jeden Tag eine vollwertige vegane bzw. vegetarische Alternative anbieten sowie den Anteil an regionalen und biologisch erzeugten Lebensmitteln erhöhen. Das Land soll Flächen naturschutzgerecht bewirtschaften. Die landeseigenen Domänen und Flächen wollen wir auf biologische Bewirtschaftung umstellen. Das örtliche Handwerk wie Bäckereien und Metzgereien sind zentrale Partner für hochwertige Lebensmittel aus der Region.

Ökologische Lebensmittel sollen für alle Menschen zugänglich sein, auch für Menschen in Alten- und Pflegeheimen, Behinderteneinrichtungen, Kinderheimen, Krankenhäusern und ähnlichen Einrichtungen.

Wir wollen unseren erfolgreichen Ökolandbau weiter ausbauen – und dafür die Bio-Musterregionen um weitere ergänzen und sie zu Bio-Landschaften weiterentwickeln. Außerdem fördern wir Projekte der Solidarischen Landwirtschaft als eine faire, partnerschaftliche und alternative Form der Produktion von Lebensmitteln. Die aktuelle Pandemie zeigt uns, wie anfällig globale Handelsströme sind. Wir wollen uns bei Lebensmitteln unabhängiger machen und streben mehr Obst- und Gemüseanbau an. Das garantiert kurze Wege vom Feld auf den Tisch – aus der Region, für die Region. Der Fokus liegt dabei auf ökologischem Anbau. Bislang erzeugen wir nicht einmal die Hälfte des Obsts und Gemüses, das wir verbrauchen, selbst.

Baden-Württemberg mit seiner Genuss-Landschaft soll – gemeinsam mit seinen Nachbarregionen – Europas Feinkostladen werden. Im Angebot: erstklassige und fair produzierte Lebensmittel und – ganz nach dem Wunsch der überwiegenden Mehrheit der Erzeuger*innen und Verbraucher*innen – selbstverständlich frei von Gentechnik. Hier wollen wir mit unseren Nachbarregionen kooperieren und zur europäischen Spitze gehören sowie das Europäische Netzwerk gentechnikfreier Regionen weiter ausbauen.

Verbraucher*innen haben Macht. Diese Macht können sie aber nur ausüben, wenn sie den Produkten auch ansehen, ob diese ihren Ansprüchen bei der Herstellung gerecht werden. Hier klafft eine riesige Lücke. Von der Kennzeichnung der Regionalität über nachhaltig produzierten Wein aus den kulturlandschaftserhaltenden Steillagen bis hin zur klaren Kennzeichnung der Haltungsform auf der Fleischpackung: Derzeit ist es richtige Detektivarbeit, nachhaltig einzukaufen. Was wir dringender denn je in Deutschland brauchen, ist eine einheitliche, transparente Kennzeichnung von Lebensmitteln, Produkten und Dienstleistungen nach Herkunft und Qualität. Alle wichtigen Informationen sollten den Verbraucher*innen leicht zugänglich sein.

Im Bund wollen wir eine Initiative „Verlässliche Lebensmittelkennzeichnung“ auf den Weg bringen. Es braucht eine Kennzeichnung, die gesetzlich verpflichtend ist und Produkteigenschaften wie Tierhaltung, Regionalität, vegetarisch, vegan oder fair umfasst. Nur so können die Verbraucher*innen die Herstellungsbedingungen unterstützen, die sie sich wünschen. Zusammen mit Wirtschaft und Handel wollen wir eine Strategie entwickeln, um die Lebensmittelverschwendung in den nächsten zehn Jahren zu halbieren.

Wir wollen Informations- und Beratungsangebote für Verbraucher*innen sichern und fördern sowie die notwendige Transparenz herstellen, die einen eigenverantwortlichen und selbstbestimmten Konsum ermöglicht. Im Mittelpunkt steht dabei die Verbraucherzentrale, deren analoges und digitales Beratungsnetz wir ausbauen wollen. Eine verbraucherpolitische Strategie des Landes soll als Kompass dienen. Unser Ziel ist es, behördliche Verbraucherinformationen künftig noch einfacher verbrauchergerecht und transparent abrufen zu können. Das Internetportal zur gesetzlichen Verbraucherinformation wollen wir entsprechend überarbeiten.

Weinland Baden-Württemberg: Qualität bewahren, Pestizide reduzieren

Unser Land ist für Spitzenweine bekannt. Aber die Klimakrise fordert auch den Weinbau heraus. Deshalb ist es uns wichtig, ihn in das Aktionsprogramm der Landwirtschaft einzubeziehen. Der Weinbau muss eine Strategie entwickeln, wie er sich den Folgen der Klimakrise anpassen kann. Ein wichtiges Augenmerk soll auf dem Umgang mit Trockenheit liegen.

Auch der Weinbau soll seinen Beitrag leisten, die Umweltbelastung durch Pestizide zu reduzieren. Das wollen wir durch bessere

Beratung und effektive Förderung von biologischen und anderen, nicht-chemischen Pflanzenschutzverfahren wie zum Beispiel dem Pheromon-Dispense-Verfahren erreichen. Ebenfalls wichtig ist es, das Marketing für pilzresistente Rebsorten, sogenannte Piwis, zu fördern. Da es gute mechanische Alternativen für die Unkrautvernichtung gibt, wollen wir den Glyphosateinsatz im Weinbau zurückdrängen. Die richtige Sortenwahl hilft. Sorten, die gegen Pilze resistent sind, benötigen keine Spritzmittel dagegen. Deshalb wollen wir diese Sorten bei den Verbraucher*innen bekannter machen. Auf unsere drei Staatsweingüter sind wir stolz. Wir wollen sie zügig auf eine biologische Bewirtschaftung umstellen und damit Vorbild sein. Und auch bei der Staatsbrauerei Rothaus soll es Bio-Bier geben!

Auch die Streuobstwiesen in unserem Land sind wahre Schätze. Im Streuobstparadies am Albtrauf liegt der größte zusammenhängende Streuobstgürtel Europas. Um ihn und andere solche Gebiete zu erhalten, wollen wir gemeinsam mit den Kommunen eine Strategie entwickeln. „Streuobst aus BW“ soll zu einer einheitlichen Marke entwickelt und offensiv beworben werden. Den Ausbau der Streuobstbestände wollen wir auch mit Landesmitteln weiter fördern. Unser Ziel ist es, den Streuobstbestand zu erhalten und auszubauen.

Widerstandsfähige Waldökosysteme statt Monokulturen

Baden-Württemberg ist Waldland. Doch unser Wald ist bedroht, besonders durch die Klimakrise. Das neue Waldsterben ist vielerorts schon deutlich sichtbar. In ganzen Landstrichen vertrocknet der Wald oder ist so geschwächt, dass Schädlinge und Krankheiten verheerenden Schäden anrichten. Die Bäume, die vor Jahrzehnten oft in Monokulturen gepflanzt wurden, sind den Dürresommern nicht gewachsen.

Dabei ist der Wald neben Mooren und Grünland unser wichtigster Kohlenstoffspeicher. Wir müssen jetzt die Aufgabe angehen, den Wald und seine Bewirtschaftung umzugestalten. Und zwar so, dass widerstandsfähige Waldökosysteme entstehen. Nur dann bringen sie den nachfolgenden Generationen Erlöse ein. Ebenso gilt: Die Landwirtschaft, der Obst- und Weinbau müssen sich auf immer häufigere wetterbedingte Schäden einstellen und ihren Anbau anpassen. Gleichzeitig müssen sie ihr Klimaversprechen einlösen und den Ausstoß von schädlichen Treibhausgasen verringern.

Der Waldbau der Zukunft wird der Dauerwald sein, der naturnah angelegt ist und nachhaltig bewirtschaftet wird. Wälder, die sich naturnah entwickeln können, sind besser gegen Austrocknung, Stürme, Brände und Schädlingsplagen gewappnet als Nadelholz-Monokulturen. Deshalb wollen wir den Waldumbau insbesondere im Kleinprivatwald weiter vorantreiben und unterstützen – hin zu artenreichen Mischwäldern und naturnaher Waldwirtschaft. Die Naturverjüngung mit heimischen Laubbaumarten muss dabei Vorrang haben. Dafür sind angepasste Wildbestände zur Reduktion des Wildverbisses nötig. Wir werden prüfen, in welchem Maße der öffentliche Wald – Staatswald und kommunaler Wald – seiner Vorbildfunktion in Sachen Nachhaltigkeit tatsächlich gerecht wird und wo Verbesserungen nötig sind. Die FSC- oder Naturland-Zertifizierung soll dabei das flächendeckende Nachhaltigkeits-Siegel und damit das Gütekriterium für unseren Wald sein.

Die Zukunft des Waldes hängt auch von gut aus- und weitergebildeten Menschen ab, die den Waldumbau voranbringen. Das Land soll auch über 2021 hinaus 100 Ausbildungsplätze für Forstwirt*innen finanzieren: für eine klimapositive Forstwirtschaft. Wir setzen die Gesamtkonzeption Waldnaturschutz von ForstBW konsequent um.

Das Landeswaldgesetz wollen wir optimieren, um den Erholungswert des Waldes zu stärken und Standards für eine schonende Bewirt-

schaftung zu setzen. Wir wollen die Jagd gemeinsam mit Wissenschaft, Jagdverbänden, Natur- und Tierschutz zu einem ökosystemorientierten Wildtiermanagement weiterentwickeln.

Wald muss sich auch natürlich entwickeln können. Wer schon einmal im Nationalpark Schwarzwald zum Wildsee hinabgestiegen ist, hat die Kraft eines alten Waldes erlebt. Um auch Waldgebiete ohne menschliche Eingriffe als wichtige natürliche Rückzugsräume zu sichern, wollen wir bis zum Ende der Legislaturperiode das Ziel der nationalen Biodiversitätsstrategie erreicht haben, zehn Prozent der öffentlichen Waldfläche als Prozessschutzflächen bereitzustellen. Zusätzlich planen wir, einen Waldwildnisfonds einzurichten, um ökologisch besonders wertvolle Waldflächen anzukaufen.

Holz ist ein klimafreundlicher, nachwachsender Baustoff. Deshalb werden wir die Holzbauoffensive weiterführen und das Laubholz-Technikum stärken, in dem nachhaltige und klimafreundliche Materialien aus Laubholz entwickelt werden.

Für starke und lebendige ländliche Räume

Wir wollen nicht, dass Täler zuwachsen und Menschen sich abgehängt fühlen. Unsere Vorstellung des ländlichen Raums: Jung und Alt, Menschen mit und ohne Behinderungen, Alteingesessene und Zugewanderte hocken gemeinsam im Dorfgasthaus. Homeoffice ist kein Problem, es gibt schnelles Internet und guten Mobilfunkempfang. Das Architekturbüro oder der landwirtschaftliche Betrieb können Datenpakete ohne Mühe versenden und empfangen. Funklöcher gehören der Vergangenheit an. Mittelständische Unternehmen bleiben gern im ländlichen Raum und bieten den Menschen ein gutes Einkommen.

Dafür müssen die Voraussetzungen stimmen und dafür werden wir sorgen. Etwa für eine flächendeckende exzellente Breitband- und

Mobilfunk-Infrastruktur, damit Unternehmen und Selbstständige dezentral arbeiten können und gut erreichbar sind. Gute Schulen und verlässliche Kinderbetreuung sind genauso wichtig wie ein attraktives Angebot an allem, was der Mensch so braucht: von der Lesenacht in der Stadtbibliothek für die Kleinen bis zum Biergarten oder der Apotheke und dem Aquafitnesskurs für die Älteren in der nächstgrößeren Gemeinde. So bleiben unsere ländlichen Räume lebendig und attraktiv.

Bank, Post, Bäckerei, Café, Bürger*innenbüro, Apotheke, Mitfahrbank und Mobilitätsstation – alles soll an einem Fleck und leicht erreichbar sein. Dafür wollen wir Multifunktionszentren fördern, die als Knotenpunkte eines flächendeckenden Netzes der Daseinsvorsorge dienen. Um dieses Thema in der Verwaltung zu verankern, sollen alle Regierungspräsidien sogenannte „Unterstützerteams Daseinsvorsorge“ bilden. Diese sollen auch das gesellschaftliche Engagement in diesem Bereich unterstützen. Mit Blick auf die Klimakrise wollen wir einen Notfallplan zur Versorgung mit Trink- und Nutzwasser erstellen. Gaststätten sind seit eh und je wichtige Treffpunkte einer dörflichen Gemeinschaft. Sie zu erhalten, neu aufzubauen und weiterzuentwickeln ist eine wichtige Aufgabe, die wir verstärkt unterstützen werden. Auch Jugendlichen wollen wir mehr Raum bieten, sich unabhängig und flexibel zu treffen und zu vernetzen. Dazu unterstützen wir die Kommunen bei der Schaffung von Treffpunkten im öffentlichen Raum, mit attraktiven Sitzgelegenheiten und Trainingsgeräten für alle Altersklassen.

Die ländliche Strukturpolitik wollen wir an die neuen Herausforderungen anpassen: Als Grundlage dafür brauchen wir ein Leitbild für den ländlichen Raum, an dem sich Regionalmanagements und Förderung vor Ort ausrichten. Die Regionalmanagements sollen auf Landesebene koordiniert werden. Für die Strukturentwicklung wollen wir ein Monitoring etablieren und den Rahmen für die Planung ändern: Ziel ist es, das Versiegeln wertvoller Agrarflächen zu reduzieren und zugleich

ausreichend Platz für den Ausbau der Erneuerbaren Energien zu schaffen. Dafür werden wir den Landesentwicklungsplan von 2002 erneuern. Und: Wir wollen die Förderprogramme für den ländlichen Raum an regionalen und interkommunalen Entwicklungsplänen ausrichten, damit sie zielgenauer zu den Bedürfnissen vor Ort passen.

Wir setzen die aktive Standortpolitik für den ländlichen Raum fort, die die grün-geführte Landesregierung seit Jahren erfolgreich betreibt. Konkret bedeutet das, Landeseinrichtungen im Gleichgewicht zwischen Stadt und Land zu verteilen.

Den Tourismus nachhaltig zukunftsfähig machen

Der Tourismus im Land soll konsequent nachhaltig werden. Dafür wollen wir ein „Förderprogramm Naturtourismus“ nach bayerischem Vorbild und eine „Modellregion konsequent nachhaltiger Tourismus“ einrichten. Hier soll die nachhaltige Ausrichtung von Freizeitangeboten, von Mobilität – bei der Anreise und vor Ort – sowie von Marketing und Organisationen erprobt werden. Ziel ist es, diese Erkenntnisse auf das gesamte Land zu übertragen. Die Förderinstrumente im Tourismus müssen insgesamt überprüft und konsequent an Nachhaltigkeitskriterien ausgerichtet werden.

Die Landschaften sind das große touristische Kapital unserer ländlichen Regionen. Darum sind Land- und Waldwirtschaft, Naturschutz und Tourismus untrennbar als „magisches Dreieck“ miteinander verwoben. Der Tourismus ist somit Eckpfeiler krisenstabiler ländlicher Räume. Urlaub zu Hause ist attraktiv geworden. Viele Menschen haben in Krisenzeiten ihre nahe und weitere Umgebung wiederentdeckt. Den Schwung werden wir für unsere Tourismusbranche nutzen. Wir setzen verstärkt auf Inlandsmarketing und locken mit kleinen und großen Auszeiten daheim.

Auch unsere Großschutzgebiete – der Nationalpark, die Naturparks, unsere Biosphärengebiete und der Bodensee – sind Tourismusmagnete. Wir wollen deshalb für eine bessere personelle und strukturelle Ausstattung sorgen – insbesondere in den Naturparks. Wenn wir Naturparks, Biosphärengebiete und den Nationalpark gemeinsam vermarkten, können wir Baden-Württemberg noch besser als nachhaltigen Tourismusstandort etablieren. Dazu zählt auch, den Bodensee – der zudem der wichtigste Trinkwasserspeicher des Landes ist – von Fischgeheimen, den sogenannten Aquakulturen, freizuhalten.

Der Tourismus im Land hat durch die Corona-Krise sehr gelitten. Die grün-geführte Landesregierung hat Hilfen auf den Weg gebracht. Mit einem Sonderkonjunkturprogramm „Nachhaltiger Tourismus“ wollen wir die Branchen gezielt wiederaufbauen.

Der Fahrradtourismus ist ein wichtiger und wachsender Wirtschaftsfaktor für das Land, die Regionen und unsere Tourismusbetriebe. Wir wollen unsere Aktivitäten verstärken: bei der Infrastruktur, den Förderprogrammen und der Vermarktung. Wir wollen sensible Bereiche im Wald schützen und zugleich Erholungssuchenden die Möglichkeit geben, auch mit dem Rad den Wald zu erleben. Mountainbiker sollen die Möglichkeit haben, auf geeigneten Strecken ihren Sport auszuüben, und Fahrradtouristen sollen in Baden-Württemberg attraktive Routen vorfinden. An einem runden Tisch wollen wir Lösungen für Nutzungskonflikte erarbeiten, die allen Beteiligten gerecht werden.

Intakte Landschaften und die Natur sind neben attraktiven Städten unser größtes touristisches Kapital. Über zwei Drittel aller Urlaubsreisen im Land führen in die Natur. Baden-Württemberg ist deutschlandweit Taktgeber dieser Entwicklungen. Wir wollen das Innovationspotenzial von konsequentem Klima- und Artenschutz nutzen, um die Anziehungskraft Baden-Württembergs als Reiseziel weiter auszubauen.

Darum Grün!

Wer Grün wählt, stimmt für

- einen neuen Gesellschaftsvertrag zwischen Landwirtschaft, Naturschutz, Lebensmittelindustrie und Verbraucher*innen
- eine ressourcenschonende, nachhaltige, naturverträgliche, gentechnikfreie und tiergerechte Landwirtschaft, die ihren Bewirtschafter*innen ein faires Einkommen ermöglicht
- eine eigene Tierschutzstrategie für Baden-Württemberg und effektivere Kontrollen von tierhaltenden Betrieben, Schlachthöfen und Tiertransporten
- eine „Verbraucherpolitische Strategie“ für Baden-Württemberg und den Ausbau der Verbraucherzentrale
- die Stärkung der ländlichen Räume und umfangreiche Maßnahmen für eine gesicherte Daseinsvorsorge vor Ort
- einen konsequent nachhaltigen Tourismus in Baden-Württemberg

4.

Finanzen

Mit soliden Finanzen für
unsere Zukunft vorsorgen

W

ir Grüne stehen für eine Finanzpolitik, die das Landesvermögen sichert und stetig ausbaut, die mit den Steuermitteln der Bürger*innen sorgsam umgeht und die gleichzeitig in die Zukunft investiert. Indem wir unsere Schwerpunkte klug setzen, sorgen wir dafür, dass genügend Mittel bereitstehen – für die Kernaufgaben des Landes und die Herausforderungen der Zukunft.

In der Pandemie konnte Baden-Württemberg einen umfangreichen Rettungsschirm aufspannen. Das war möglich, weil die Finanzpolitik der grün-geführten Landesregierung zuvor Steuergelder mit Bedacht eingesetzt hat. Wir haben Schulden abgebaut, klug investiert und vor allem Vorsorge für zukünftige Risiken getroffen. Unsere Schuldenbremse sorgt dafür, dass die Haushaltspolitik dauerhaft nachhaltig bleibt und das Land in Krisenzeiten dennoch handlungsfähig ist.

Die wirtschaftlichen Folgen der Coronakrise haben entschlossenes Handeln verlangt. Als grün-geführte Landesregierung haben wir ein Corona-Rettungspaket mit gewaltigen Summen auf den Weg gebracht, um die Wirtschaft, einschließlich der Kultur- und Kreativwirtschaft, zu stützen. So haben wir Konkurse und Arbeitslosigkeit verhindert. Mit einem Förderprogramm für Innovationsvorhaben bringen wir den Transformationsprozess voran. Unser Ziel: Durch Erneuerung wollen wir gestärkt aus der Krise hervorgehen. Die hierfür eingesetzten Milliarden auf Kreditbasis waren und sind in der katastrophalen Notlage, die durch die weltweite Pandemie entstanden ist, gerechtfertigt. Ansparen

gegen diese Krise hätte die Wirtschaft noch tiefer in die Depression gerissen. Der wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Schaden wäre ohne die nötige Staatsverschuldung um ein Vielfaches höher gewesen. Klar ist auch: Die aufgenommenen Schulden werden nach einem Tilgungsplan wieder abgebaut.

Mit der Landesvermögensrechnung haben wir 2017 ein neues Instrument eingeführt, das es erstmals ermöglicht, die Vermögensentwicklung exakt zu messen und zu steuern. Ein sorgsamer Umgang mit dem Landeseigentum bedeutet auch, Straßen, Brücken und Gebäude zu erhalten und das Anlagevermögen des Landes zu stärken. Daher haben wir das Bauprogramm des Landes ausgeweitet und umfangreiche Sanierungsmittel bereitgestellt – für landeseigene Gebäude und Unikliniken, aber auch für kommunale Gebäude wie Schulen.

Wir haben die Steuerverwaltung ausgebaut, digital fit gemacht und Steuerschlupflöcher geschlossen. Eine gerechte Steuererhebung ist die Grundlage der öffentlichen Haushalte. Wir haben den Service der Finanzämter für Bürger*innen verbessert. Für die Grundsteuer haben wir mit der baden-württembergischen Bodenwertsteuer ein gerechtes Modell gefunden, das wir gemeinsam mit den Kommunen umsetzen.

Den weitaus größten Posten im Landeshaushalt machen die Ausgaben für Löhne und Gehälter sowie für Pensionen aus, die das Land an Beamt*innen sowie Richter*innen zahlt. Damit zukünftige Generationen Spielräume haben, haben wir die Zuführungen zu den Pensionsfonds des Landes deutlich erhöht. Zudem haben wir auf Kriterien der Divestment-Bewegung umgestellt. Das bedeutet: Die Rücklagen legen wir nach hohen ethischen und ökologischen Standards an.

Inhaltlich haben wir die Finanzpolitik des Landes erfolgreich an Nachhaltigkeit und Innovation ausgerichtet. So sorgen wir für unsere Zukunft vor. Wir haben den Breitbandausbau und die Digitalisierung

vorangetrieben und die Mittel der Hochschulen deutlich und dauerhaft erhöht. Auch in den Arten- und Klimaschutz investieren wir umfangreich. So haben wir den Flächenankauf für den Naturschutz ausgeweitet. Das Land baut nachhaltig und setzt verstärkt Holz und recycelte Baustoffe ein. Bei landeseigenen Flächen und Gebäuden achten wir auf den Klimaschutz. Inzwischen haben wir hier auf mehr als 100.000 Quadratmetern Photovoltaik installiert. Die CO₂-Emissionen der Landesgebäude konnten wir gegenüber 1990 halbieren. Die Landesunternehmen orientieren sich an den Klimaschutzzielen. Und mit der ForstBW hat der erste Landesbetrieb eine Gemeinwohlbilanzierung vorgelegt.

Die Corona-Pandemie hat uns nochmals deutlich vor Augen geführt: Eine vorausschauende Haushaltspolitik, die für Risiken vorsorgt und so im Krisenfall handlungsfähig bleibt, ist elementar wichtig.

Die notwendigen Schutzmaßnahmen wirken sich auf die finanzielle Lage des Landes aus. In den nächsten Jahren bekommen wir es mit einigen Unwägbarkeiten zu tun. Sicher ist: Die Kreditaufnahmen, die zur Bekämpfung der Corona-Pandemie und ihren Folgen notwendig waren, bringen hohe Tilgungsverpflichtungen mit sich. Sie werden die zukünftigen Landeshaushalte belasten. Hinzu kommen weitreichende Steuerausfälle der Jahre 2020 und 2021, die schon jetzt im Haushalt sichtbar sind. Nicht absehbar ist, wie sich die Wirtschaft in den kommenden Jahren entwickeln wird. Direkt davon hängt ab, mit welchen Steuereinnahmen Baden-Württemberg rechnen kann.

Nach Jahren des stetig wachsenden Haushaltsvolumens stehen wir in Baden-Württemberg vor der Herausforderung, mit weniger Geld mehr erreichen zu müssen. Das Land steht in den kommenden Jahren vor zusätzlichen Aufgaben, etwa aufgrund der sich verschärfenden Klimakrise. Dies kann nur gelingen, wenn wir den eingeschlagenen Kurs fortsetzen und weiterhin sorgsam und klug haushalten.

Grüne Finanzpolitik: transparent, nachhaltig, steuergerecht

Beim Landeshaushalt setzen wir auf Transparenz: Bürger*innen in einer liberalen Demokratie müssen jederzeit nachvollziehen können, wofür das Land ihre Steuergelder einsetzt und wie sich Finanzen und Vermögen entwickeln.

Wir wollen, dass alle finanzpolitischen Entscheidungen am Kriterium der Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels und der globalen Nachhaltigkeitsziele gemessen werden. Dabei wollen wir die sozialen und ökologischen Auswirkungen, aber auch die Bemühungen um einen geschlechtergerechten Landeshaushalt noch deutlicher sichtbar machen.

Baden-Württemberg soll nicht nur bei der Kreditwürdigkeit beste Noten bekommen. Wir wollen auch bei Nachhaltigkeitsratings an der Spitze stehen. Die Finanzanlagestrategie des Landes und die Landeshaushaltsordnung entwickeln wir deshalb mit Blick auf die Pariser Klimaschutzziele sowie Umwelt-, Sozial- und Menschenrechtsstandards weiter.

Die Grundstücke und Gebäude des Landes sind in einem guten Zustand. Und das sollen sie auch bleiben! Wir stellen sicher, dass sie für künftige Generationen bewahrt und vorbildlich bewirtschaftet werden. Damit leisten wir einen Beitrag für den Erhalt der Artenvielfalt, für den Klimaschutz und den sozialen Zusammenhalt. Ein wichtiger Baustein ist das Energie- und Klimaschutzkonzept für landeseigene Liegenschaften. Dieses Konzept werden wir weiterhin konsequent umsetzen und fortentwickeln. Da zusätzliche Flächen zusätzlichen Ressourcen- und Energieverbrauch bedeuten, entwickeln wir Konzepte für eine effiziente Nutzung der Gebäudeflächen in Behörden und Hochschulen.

Auch bei Beschaffungen des Landes und bei Förderprogrammen orientieren wir uns an Kriterien der Nachhaltigkeit. Unternehmen, an

denen das Land beteiligt ist, bringen wir auf Klimaschutzkurs und stärken ihre Orientierung am Gemeinwohl. Wir sind überzeugt: Was mit öffentlichem Geld unterstützt wird, muss dem Gemeinwohl dienen!

Dass Baden-Württemberg die Corona-Krise gut meistern konnte, ist nicht zuletzt ein Erfolg unserer starken mittelständischen Wirtschaft. Sie bringt Stabilität und Innovationskraft zusammen. Nachhaltigkeit bedeutet für uns auch, die Wirtschaft auf ihrem Weg in die Zukunft bei ihrem notwendigen Strukturwandel bestmöglich zu unterstützen. Nur so bleibt Baden-Württemberg ein starkes Land, das für die Aufgaben der Zukunft gerüstet ist.

Die Finanzierung der vielfältigen Aufgaben von Land und Kommunen steht und fällt mit den Steuereinnahmen. Dabei ist uns Steuergerechtigkeit wichtig. Wir wollen die Steuerverwaltung in allen Bereichen bis hin zur Steuerfahndung personell und technisch gut ausstatten. Bei der Weiterentwicklung des Steuerrechts behalten wir unsere sozialen und ökologischen Ziele fest im Blick.

So werden wir uns auf Bundesebene weiter für die Bekämpfung sogenannter „Share Deals“ einsetzen. Damit umgehen große Investor*innen häufig die Grunderwerbsteuer, die dem Land zufließt, indem sie Gesellschaftsanteile weitergeben.

Wir Grüne stehen für eine sorgsame und vorsorgende Haushalts- und Finanzpolitik. Um unsere grünen Ziele zu erreichen, setzen wir an diesen zentralen Stellschrauben an:

Wir erhalten das Landesvermögen und entwickeln es weiter

Das öffentliche Anlagevermögen umfasst Gebäude, Straßen und weitere Infrastruktur. Wesentliche Grundlage einer nachhaltigen Finanzpolitik ist für uns, diese zu erhalten und weiterzuentwickeln – zukunftsfähig

und generationengerecht. Wir wollen weiter kraftvoll investieren, so dass die jährlichen Investitionen dauerhaft die Höhe der Abschreibungen übersteigen. Der Vermögenserhalt hat für uns den gleichen Stellenwert wie die Schuldenbremse.

Nach wie vor gibt es einen über Jahrzehnte gewachsenen Sanierungsstau: bei den Landesgebäuden, -liegenschaften und -straßen, bei den Hochschulen und Unikliniken. Wir haben begonnen, diesen Sanierungsstau abzubauen. Es bleibt aber noch viel zu tun. Diese „versteckten“ Schulden belasten künftige Generationen und schränken ihre Gestaltungsspielräume ein. Deshalb hat es für uns Vorrang, die Gebäude und die Infrastruktur im Land konsequent weiter zu sanieren und instand zu halten.

Keine ökologischen Schulden – wir setzen auf die „grüne Null“

Die Finanzpolitik des Landes wollen wir konsequent an dem Ziel ausrichten, unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten und eine nachhaltige Entwicklung zu fördern. Mehr noch als der Erhalt des öffentlichen Anlagevermögens ist der Schutz des Klimas und der Artenvielfalt die existenzielle Grundlage einer generationengerechten Politik. Unser Reichtum an natürlichen Ressourcen darf nicht länger auf Verschleiß gefahren werden. Wir wollen eine erfolgreiche Finanzpolitik nicht mehr an einer „schwarzen Null“ messen. Wir setzen vielmehr die „grüne Null“ als Ziel. Das ist eine Finanzpolitik, die das Landesvermögen erhält, notwendige Investitionen tätigt und zugleich auf ökologische Schulden verzichtet. Dazu gehören auch rechtzeitige Investitionen zum Schutz vor Klimafolgeschäden, denn sonst werden wir in Zukunft einen viel höheren Preis bezahlen müssen.

Investitionen in den Klima- und Artenschutz bekommen Vorrang. Das Land hat Vorbildfunktion, auch als Bauherr. Neben hohen Standards bei Energieeffizienz und Baustoffen werden wir den systematischen Einsatz eines CO₂-Schattenpreises von 180 Euro in diesem Bereich vorantreiben. Das bedeutet: Wir berechnen die ökologischen Kosten, die gewöhnlich nach außen verlagert werden, und berücksichtigen sie bei der Entscheidung über Bauvergaben und Beschaffungen.

Mit einem Green Bond Baden-Württemberg haben wir ein Anleihen-Programm initiiert, mit dem Anleger*innen am Kapitalmarkt gezielt in ökologisch nachhaltige Vorhaben des Landes investieren können. Wir machen damit keine neuen Schulden. Vielmehr schichten wir bestehende konventionelle Finanzierungsformen des Landes durch eine regelmäßige, jährliche Ausgabe von ökologischen Anleihen sukzessive um.

Baden-Württemberg ist damit das erste Bundesland, das ökologisch nachhaltige Anleihen nach den Kriterien der EU-Taxonomie für ökologisch nachhaltige Wirtschaftsaktivitäten an den Markt bringt. Diese anspruchsvollen EU-Kriterien waren im Sommer 2020 verabschiedet worden. Maßnahmen, die über Green Bonds Baden-Württemberg finanziert werden, müssen einen substanziellen Beitrag zu den sechs Umweltzielen der EU leisten. Sie werden damit zugleich für eine breitere Öffentlichkeit und den Kapitalmarkt sichtbar und transparent.

Mit seinen Green Bonds spricht das Land gezielt die wachsende Zahl an Investor*innen an, die mit hohem ökologischen Anspruch nach Nachhaltigkeitskriterien investieren wollen. Zugleich befördert das Land damit die Entwicklung des Markts für nachhaltige Finanzprodukte. Es wirkt als Vorbild für die regionale Wirtschaft und andere staatliche Akteure.

Landesdomänen und -betriebe sowie Unternehmen, an denen das Land beteiligt ist, werden wir noch konsequenter zur Einhaltung unserer

Ziele des Klima- und Artenschutzes verpflichten. Dabei gilt es, die gesellschaftsrechtlichen Rahmenbedingungen zu beachten.

Wir wollen die Verteilung der Gelder des Wettmittelfonds von Toto-Lotto ändern: Der Naturschutz soll als neuer Empfänger, so genannter „Destinatär“, eingeführt werden, ohne dass die Mittel für die bisherigen Destinatäre Soziales, Kultur, Denkmalpflege und Sport gekürzt werden.

Bevor wir den Landeshaushalt aufstellen, wollen wir künftig regelmäßig alle Haushaltsposten auf ihre Vereinbarkeit mit dem 1,5-Grad-Ziel und dem Artenschutz überprüfen. Dies betrifft insbesondere Subventionen, Förderprogramme und Finanzhilfen. Das Ergebnis dieser Prüfung wird in die Haushaltsaufstellung einfließen. Förderprogramme, die diesen Zielen entgegenstehen, wollen wir gegebenenfalls neu ausrichten.

Bei den Pensionsfonds des Landes haben wir in der vergangenen Legislaturperiode erfolgreich eine Divestment-Strategie implementiert. Bis zum Jahr 2022 werden wir in der Finanzanlagestrategie des Landes die Ausrichtung auf das 1,5-Grad-Ziel und die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen per Gesetz verankern. Das bedeutet, dass wir die Gelder des Landes aus Anlagen abziehen, die diesen Kriterien nicht entsprechen. Für landeseigene Unternehmen und Unternehmen, bei denen das Land größter Anteilseigner ist, treiben wir dies ebenfalls voran. Dabei orientieren wir uns an der EU-Taxonomie für ökologisch nachhaltige Wirtschaftsaktivitäten.

Baden-Württemberg wird Marktplatz für Nachhaltigkeit

Nachhaltigkeit im Finanzsystem – oder „Sustainable Finance“: Dafür setzen wir uns ein. Den Finanzplatz Baden-Württemberg wollen wir bei dieser Entwicklung unterstützen. Auf Bundes- und europäischer Ebene wirken wir darauf hin, verlässliche Regeln und Investitionssicherheit für nachhaltige Geldanlagen zu schaffen. So können wir die notwendige Transformation – von Geschäftsmodellen und der Wirtschaft insgesamt – verlässlich gestalten und gleichzeitig die Stabilität des Finanzmarktes erhöhen.

Eine Gemeinwohlbilanz macht transparent, wie die Wertschöpfung eines Unternehmens zum Gemeinwohl beiträgt. Diese Bilanz liefert den Betrieben, Einrichtungen und Institutionen selbst vertiefte Einblicke in die Nachhaltigkeit ihres wirtschaftlichen Handelns. In dem Prozess werden Entwicklungspotenziale und neue Strategien für die Zukunft sichtbar. Ökologische, soziale und ökonomische Risiken können besser abgeschätzt werden. Zugleich schafft eine Gemeinwohlbilanz eine hohe Transparenz für die Konsument*innen: Sie können ihre Kaufentscheidung daran ausrichten, ob und in welchem Umfang ein Unternehmen mit seinen Produkten und Dienstleistungen dem Gemeinwohl dient.

In Baden-Württemberg haben in den vergangenen Jahren immer mehr Unternehmen mit dieser nachhaltigen Art der Bilanzierung begonnen. Wir wollen sie unterstützen und diese Initiativen bekannter machen. Auch als Land wollen wir vorbildhaft vorangehen. In den nächsten Jahren sollen alle Landesunternehmen eine Gemeinwohlbilanz vorweisen, so wie es der Landesbetrieb Forst Baden-Württemberg vormacht. Bis zum Ende der Legislaturperiode sollen mindestens zehn weitere Landesbetriebe und Unternehmen mit Landesbeteiligung folgen.

Die Erkenntnisse, die dieses Pilotprojekt und die weiteren Schritte bringen, werden wir allen interessierten Unternehmen zur Verfügung stellen. So wollen wir dazu beitragen, solche nachhaltigkeitsorientierten Bilanzierungsformen weiter zu etablieren.

Für eine starke Finanz- und Steuerverwaltung

Eine starke, hochqualifizierte und modern ausgestattete Finanz- und Steuerverwaltung ist unser Schlüssel zu mehr Steuergerechtigkeit und soliden Finanzen. Die Besteuerung muss gerechter werden. Dafür wollen wir das Steuerrecht anpassen. Im Bund werden wir uns dafür einsetzen, kleinere und mittlere Einkommen gezielt zu entlasten. Wir treten ein für eine konsequente Ökologisierung des Steuerrechts und für mehr Geschlechtergerechtigkeit im Steuerwesen. Die Grundsteuer wollen wir um eine „Grundsteuer C“ auf Bauland erweitern. Damit schieben wir Bodenspekulationen einen Riegel vor und setzen Anreize, innerörtliche Baulücken zu schließen. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, Steuerstraftäter*innen effektiv und konsequent zu verfolgen.

Für attraktive Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst

In den vergangenen Legislaturperioden haben wir die langjährige schwarz-gelbe Politik des Stellenabbaus gestoppt. Wir haben die Finanz- und Steuerverwaltung mit mehr Ausbildungsplätzen, zusätzlichen Stellen, Stellenanhebungen und einer moderneren Ausstattung gestärkt. Wir haben kräftig in die Digitalisierung investiert und Besoldung und Arbeitsbedingungen verbessert. All das hat die Attraktivität für Bewerber*innen erhöht.

Diesen Weg wollen wir konsequent weitergehen. Es gibt noch viel zu tun – im Wettbewerb um die besten Fachkräfte und den Nachwuchs genauso wie im Kampf gegen Steuerhinterziehung. Unsere Schwerpunkte: offene Stellen schnell besetzen und die Digitalisierung weiter vorantreiben.

Attraktiv bedeutet: Die Mitarbeitenden finden eine sinnstiftende Tätigkeit, bestmögliche Arbeitsbedingungen und gute Verdienst- und Karrierechancen. In der vergangenen Legislaturperiode haben wir viel dafür getan, zum Beispiel mit tariflichen und besoldungsrechtlichen Maßnahmen. Aber auch Jobticket, Radleasing, die digitale Ausstattung von Arbeitsplätzen und flexibleres mobiles Arbeiten haben den öffentlichen Dienst attraktiver gemacht. Um gegenüber der Privatwirtschaft konkurrenzfähig zu bleiben, werden wir diesen Weg konsequent weitergehen. Wir wollen Baden-Württemberg zum attraktivsten Arbeitgeber unter den Ländern machen!

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wollen wir noch weiter verbessern. Der öffentliche Dienst muss sich vielfältigen Arbeitswelten und flexiblen Arbeitszeiten anpassen. Und er muss sich an zeitgemäßen Maßstäben orientieren: bei der technischen Ausstattung genauso wie bei Arbeitsorganisation, Personalführung und -management. Die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass Nachwuchskräfte sich auch in Zukunft für den öffentlichen Dienst entscheiden.

Der öffentliche Dienst ist dann attraktiv, wenn sich hier die Vielfalt der Gesellschaft widerspiegelt. Daher wollen wir Zugänge weiter öffnen. Wer sich persönlich bewährt und entsprechend fortgebildet hat, sollte einen Laufbahnwechsel ohne weitere Prüfungen vollziehen können.

Die sachgrundlose Befristung im öffentlichen Dienst wollen wir weiter zurückdrängen. Wir wollen Lebensarbeitszeitkonten einführen,

damit Beschäftigte ihre Arbeitszeit an ihre individuelle Lebenssituation und ihre aktuellen Bedürfnisse anpassen können. Beamt*innen wollen wir den Zugang zur gesetzlichen Krankenversicherung erleichtern. Entscheiden sie sich dafür, sollen sie keine höheren Beiträge zahlen müssen als Tarifbeschäftigte.

Darum Grün!

Wer Grün wählt, stimmt für

- ein kluges und sorgsames Haushalten sowie den Erhalt und die Weiterentwicklung des Landesvermögens
- die konsequente Ausrichtung der Finanzpolitik an Nachhaltigkeit und Klimaschutz
- attraktive Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst, in der Steuer- und Finanzverwaltung



**Grün wählen und
Baden-Württemberg
erneuern.**



Baden-Württemberg ist Innovationsmotor in Europa. Wir haben kreative Menschen und starke Unternehmen. Wir haben exzellente Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Hier wachsen Wissen, Kreativität und Innovation – die Rohstoffe der Zukunft! Deshalb haben wir allen Grund, die Umbrüche der Zeit mutig und zuversichtlich anzugehen. Und die sind gewaltig: Wir müssen unser Wirtschaften auf eine nachhaltige Basis stellen. Wir wollen Wohlstand vom Ressourcenverbrauch entkoppeln und Baden-Württemberg zum Vorbild für klimaverträgliches Wirtschaften machen. Wir brauchen die Erneuerung! Nur dann wird es uns gelingen, auf den Märkten von morgen zu bestehen und Natur und Artenvielfalt zu schützen. Wir können gut leben, ohne unsere Erde zu zerstören. Deshalb werden wir den sozial-ökologischen Wandel mutig gestalten und eine echte Kreislaufwirtschaft etablieren, die Ressourcen und Klima schont. Wir werden die Forschung in Schlüsseltechnologien weiter vorantreiben und die Chancen der Digitalisierung nutzen. Aber so, dass Mensch, Umwelt und Wirtschaft gleichermaßen profitieren. Auch beim Wohnen und Bauen heißt die Zukunft: Bezahlbarer Wohnraum und Klimaschutz gehören zusammen. Die großen Umwälzungen lassen sich nicht aufhalten. Aber wir haben es in der Hand, welche Richtung wir dem Wandel geben.

Es geht um viel:

Erneuern wir gemeinsam unser Land für die Zukunft – nachhaltig, klimafreundlich und sozial gerecht.

5.

Wirtschaft und Arbeit

Grünes Wirtschaften
sichert unseren Wohlstand
nachhaltig

Baden-Württemberg als Innovationsregion in Europa, die den Wohlstand sichert, Klima und Natur schont und sozial gerecht ist – das ist unser Ziel. Innovationen werden von Menschen gemacht. Heute studieren so viele junge Menschen in Baden-Württemberg wie nie zuvor. Nirgendwo sonst in Deutschland gibt es so viele Exzellenzuniversitäten wie bei uns. Gemeinsam mit der dualen Ausbildung in unseren unzähligen Unternehmen bilden sie eine wertvolle Basis zur erfolgreichen Umsetzung unserer Innovationsstrategie. Wir Grüne sind uns der Bedeutung von Bildung, Ausbildung, Studium und Weiterbildung für die Innovationsfähigkeit unseres Landes bewusst und werden sie ausbauen und fördern. Wir wollen noch stärker Erneuerbare Energien nutzen, Ressourcen schonen und Müll und Schadstoffe vermeiden. Klimakrise, Digitalisierung und Corona-Pandemie zeigen uns deutlich: Ein tiefgreifender sozial-ökologischer Wandel ist nötig. Wir Grüne wollen diese Transformation nachhaltig beschleunigen und mit Unternehmen und Gewerkschaften im Land gestalten. Gemeinsam werden wir die Corona-Pandemie als Chance zum Aufbruch nutzen und unsere Wirtschaft widerstandsfähiger gegenüber Krisen und konjunkturellen Schwankungen machen.

Baden-Württemberg zählt zu den stärksten Wirtschaftsregionen Europas. Mit unserem Ministerpräsidenten an der Spitze haben wir gezeigt, dass wir es können: das Industrieland Baden-Württemberg verlässlich und erfolgreich regieren, Wohlstand und Ökologie verbinden, die Arbeitsplätze von morgen schaffen.

In den vergangenen zehn Jahren hat das Land weiter an Wirtschaftskraft gewonnen. Baden-Württemberg ist einer der führenden Innovationsstandorte der Welt. Die Investitionen in Forschung und Entwicklung sind auf Rekordniveau. Wir Grüne haben die ökologische Modernisierung unserer Wirtschaft vorangetrieben. Die Unternehmen aus dem Südwesten sind weltweit führend bei grünen Technologien und Ressourceneffizienz. Kein anderes Land investiert so konsequent in die Zukunft wie Baden-Württemberg.

Die Corona-Krise stellt nun vieles infrage. Schon davor hatte sich die Konjunktur leicht eingetrübt. Dann hat die Pandemie unsere Wirtschaft mit voller Wucht getroffen. Aufträge blieben aus, Einkommen brachen dramatisch ein, Lieferketten waren unterbrochen. Das brachte viele Unternehmen, Betriebe und Selbstständige in Existenznot. Die Landesregierung hat schnell und entschlossen reagiert. Dank einer vorsorgenden grünen Haushaltspolitik, die in der Geschichte des Landes erstmals Schulden abgebaut hat, konnten wir sofort unsere finanziellen Rücklagen mobilisieren: Wir haben den größten Schutzschirm seit Bestehen unseres Landes aufgespannt. Damit haben wir eine Welle von Insolvenzen verhindert und Hunderttausende von Arbeitsplätzen gesichert.

Wir sind besser durch die Krise gekommen als die meisten anderen Regionen der Welt. Aber wir stehen vor einer historischen Bewährungsprobe. Die Folgen der Pandemie machen den Unternehmen und den Arbeitnehmer*innen weiterhin schwer zu schaffen. Und das in einer ohnehin schwierigen Zeit des wirtschaftlichen Umbruchs. Die Digitalisierung fordert unsere Unternehmen grundlegend heraus. Weil unsere Gesellschaft durch den demografischen Wandel immer älter wird, kommt es ganz besonders auf gut ausgebildete junge Leute an. Handelskriege und Protektionismus verändern das internationale Umfeld. Und wir haben allenfalls noch wenige Jahre Zeit, um die Klima-

krise einzudämmen – die größte Herausforderung für die Menschheit in diesem Jahrhundert.

Auf die nächsten zehn Jahre kommt es an

Bis zum Jahr 2030 ist ein ökologischer Durchbruch in allen Bereichen der Wirtschaft nötig. Zu lange haben wir die ökologischen Grenzen unseres Planeten ignoriert. Wir wollen Wachstum und Wohlstand nachhaltig gestalten; beides muss am Wohlergehen von Menschen, Klima und Umwelt orientiert sein. Deshalb wollen wir Wachstum und Wohlstand vom Ressourcenverbrauch entkoppeln. Formen des alternativen Wirtschaftens zeigen schon heute, dass Wohlstand losgelöst von Wachstum entstehen kann. Dies wollen wir mit weiteren Indikatoren wie beispielsweise dem Nationalen Wohlfahrtsindex herausstellen.

Wir wollen einen verlässlichen Rahmen etablieren, in dem es sich für viele kreative Menschen, Initiativen und Unternehmer*innen in allen Wirtschaftsbereichen finanziell lohnt, unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu bewahren. Wir schärfen dazu die Nachhaltigkeitsstrategie des Landes und bauen die erfolgreiche Wirtschaftsinitiative „Nachhaltigkeit für kleine und mittelständische Betriebe“ weiter aus. Das Land stellt den etablierten Akteur*innen der Wirtschaftsförderung in Baden-Württemberg praxisnahes Wissen und Beratung zur Verfügung, damit diese die nachhaltige Transformation unserer Wirtschaft besser unterstützen können. Wenn unsere Gründer*innen, Unternehmer*innen und Arbeitnehmer*innen vorangehen und andere mitziehen, können wir zeigen, dass und wie es geht: nachhaltigen Wohlstand und Klimaschutz zu verbinden.

Gemeinsam geht das besser. Deshalb wollen wir die Sozialpartnerschaft stärken. Wir stehen zu Tariflöhnen und Mitbestimmung, damit sich die Beschäftigten einbringen und über ihre Arbeitsbedingungen

mitentscheiden können. Arbeit darf nicht krankmachen. Sie muss den Lebensunterhalt und eine auskömmliche Altersvorsorge ermöglichen. Nur dann können die Beschäftigten gesund bis zur Rente arbeiten und den Ruhestand aktiv gestalten. Privatleben, Familie und Beruf müssen vereinbar sein – die Arbeitsbedingungen müssen in allen Lebenslagen ein gutes Leben ermöglichen.

Nachhaltiger Wohlstand: Baden-Württemberg zeigt, wie's geht

Unsere Wirtschaft ist stark. Aber Erfolg muss immer wieder aufs Neue erkämpft werden. In Zukunft werden diejenigen die Nase vorn haben, die sich am besten auf ökologische Modernisierung und digitalen Wandel einstellen. Die kommenden Jahre sind für unseren Wirtschaftsstandort entscheidend. Es geht um unsere wirtschaftliche und technologische Vorreiterrolle. Es geht um Arbeitsplätze und die Lebensqualität in unserem Land. Es geht um den Schutz unseres Klimas und einen nachhaltigen Wohlstand, der unsere Ressourcen schont. Es geht darum, unsere Wirtschaft und Gesellschaft robust und widerstandskräftig für die Herausforderungen der Zukunft zu machen. An dem, was wir heute tun, hängen unsere Chancen von morgen – und das gute Leben unserer Kinder und Enkelkinder.

Wir können die Klimakrise nur aufhalten, wenn wir anders wirtschaften. Das ist nicht nur ökologisch notwendig, sondern auch ökonomisch und sozial sinnvoll. Wir haben allen Grund, zuversichtlich zu sein.

Wir Baden-Württemberger*innen sind stark, kreativ und mutig. Auf diese Stärken können wir vertrauen. Wir haben starke Unternehmen, innovative Mittelständler*innen, kreative Arbeitnehmer*innen, mutige Gründer*innen, neugierige Wissenschaftler*innen und eine exzellente

industrielle Forschungslandschaft. Wer, wenn nicht wir, sollte also die großen Herausforderungen meistern, die vor uns liegen!

Innovation hat bei uns Tradition. In Baden-Württemberg wird Neues gedacht und gemacht. Ob Auto, Fahrrad, Streichholz oder Motorsäge: Unzählige Erfindungen aus dem Südwesten haben die Welt verändert. Jedes Jahr werden hier etwa 14.000 Patente angemeldet. Mit technologischen und sozialen Innovationen setzen wir richtungsweisende Impulse.

Wir Grüne stellen Mensch und Natur in den Mittelpunkt unseres Wirtschaftens. Wir setzen die Rahmenbedingungen, damit die Kreativität und Innovationskraft der Menschen dem gesellschaftlichen Wohlstand durch ein klimaneutrales und soziales Baden-Württemberg zugutekommen.

Wir fördern die Zukunft: Green Tech und Kreislaufwirtschaft

Wir wollen unser Land aus der Krise führen und die Wirtschaft wieder in Schwung bringen. Gleichzeitig gilt es, den Strukturwandel zu meistern und unseren Wohlstand ressourcenschonend zu sichern. Nur dann wird Baden-Württemberg auch zukünftig wirtschaftlich in der Champions League spielen.

Die Klimaerhitzung können wir nur mit einer Wirtschaftspolitik eindämmen, die Ökonomie und Ökologie konsequent zusammendenkt. Wir müssen die Wende hin zu einer konsequenten Kreislaufwirtschaft schaffen, die widerstandsfähiger gegenüber Krisen ist.

Im Pariser Klimaschutzabkommen haben sich alle Länder zur Klimaneutralität verpflichtet. In Zukunft werden nur Produkte nachgefragt, die in Material und Herstellung CO₂-neutral sind. Das ist eine Chance für Maschinen- und Anlagenbauer*innen, für Ingenieur*innen

und die gesamte Industrie in Baden-Württemberg. Wir arbeiten daran, dass grüne Industriearbeitsplätze entstehen, die in anderen Bereichen durch Automatisierung und Digitalisierung wegfallen. In Baden-Württemberg setzen wir auf Erfindungsreichtum und die grüne Diversifizierung der Industrie. Wir stärken die Aus- und Weiterbildung im Handwerk über die überbetrieblichen Ausbildungsstätten. Denn gerade in den gefragten grünen Handwerksberufen wie z.B. der Gebäude-sanierung oder der Wärmeplanung zeigt sich ein enormer Fachkräftebedarf in den nächsten Jahren.

Unser Industriestandort setzt die Standards für den Ressourcen- und Energieverbrauch in vielen Teilen der Welt. Deshalb sollen unsere Industrie- und Konsumgüter so produziert werden, dass sie gut recycelt werden können. Recycling ist mehr als nur gebrauchte Güter zu demontieren. Mit einer digitalisierten Recyclingfabrik senken wir den Ressourcenverbrauch und steigern die Versorgungssicherheit. Dabei knüpfen wir an die Kompetenzen unserer Hochschulen und Unternehmen an und schließen eine Lücke im Markt. Die Wiedergewinnung von kritischen Rohstoffen wie Lithium, Kobalt, Nickel, Mangan und Seltenen Erden steht dabei besonders im Fokus.

Wir starten die Effizienzrevolution und entwickeln mit Hochschulen und Unternehmen die digitalisierte Recyclingwirtschaft Baden-Württemberg. Unsere Hochschulen unterstützen mit Forschung, Lehre und Weiterbildung ein recyclinggerechtes Konstruieren im Maschinenbau, im Fahrzeugbau, in der Kunststofftechnik und im Bauingenieurwesen.

Das Auto wird gerade neu erfunden. Es fährt zunehmend emissionsfrei und autonom, es wird geteilt genutzt und mit Bus, Bahn oder Fahrrad kombiniert. Zusammen mit effizienteren Produktionsweisen, mit Digitalisierung und Automatisierung stellt es die Automobilindustrie und die Zulieferer im Land vor große Herausforderungen. Für unser

Land steht viel auf dem Spiel: Jeder vierte Arbeitsplatz im Industriesektor hängt direkt oder indirekt am Auto. Das emissionsfreie Auto von morgen soll in Sindelfingen, Zuffenhausen, Untertürkheim oder Neckarsulm erdacht, geplant, entwickelt und auch produziert werden – ganz oder in Teilen. Wir Grüne wollen, dass Baden-Württemberg auch in der neuen Mobilitätswelt an der Spitze ist.

Die Verkehrswende umfasst aber nicht nur den Weg hin zu neuen Antrieben und weniger motorisiertem Individualverkehr. Sie hat auch erhebliche Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Wir unterstützen die Arbeitnehmer*innen und die Unternehmen durch umfassende und bedarfsgerechte Möglichkeiten zur Weiterbildung. Gemeinsam mit den Sozialpartnern wollen wir Möglichkeiten zu Arbeitszeitverkürzungen öffnen. So schaffen wir Zukunftsperspektiven für Arbeitnehmer*innen, helfen den Unternehmen, auf betriebsbedingte Kündigungen zu verzichten, und stärken die Transformations- und Innovationskraft unserer Wirtschaft.

Wir haben die Dimension dieser Herausforderung frühzeitig erkannt und gehandelt. Mit dem Strategiedialog Automobilwirtschaft BW hat die grün-geführte Landesregierung ein einmaliges politisches Format etabliert, in dem alle wichtigen Akteur*innen zusammenarbeiten. Ziel ist es, die Transformation zu einem dreifachen Erfolg zu führen: für die Unternehmen, für die Arbeitnehmer*innen und für das Klima.

Durch unsere Initiative ist Baden-Württemberg auf vielen Feldern führend: Wir verfügen über ein flächendeckendes Lade-Netz für Elektroautos und ein einzigartiges Testfeld für das autonome Fahren. Wir investieren massiv in alternative Antriebe – von der Batterie über grünen Wasserstoff bis zu synthetischen Kraftstoffen. Diesen Kurs wollen wir entschlossen fortsetzen.

Um diese Wende weiter voranzutreiben, werden wir unsere Investitionen in die klimaneutrale Antriebstechnik weiter stärken. Wir wol-

len, dass 2030 emissionsfreie Fahrzeuge keine Rarität, sondern Normalität auf unseren Straßen sind. Die Batterie der Zukunft wollen wir bei uns im Land entwickeln und produzieren. Sie soll energie- und ressourceneffizient, nachhaltig und wiederverwertbar sein.

Wir wollen, dass Baden-Württemberg hier Technologieführer wird. Wer unternehmerisch denkt, weiß: Wer frühzeitig in Zukunftsmärkte investiert, wird später mit einem Technologievorsprung belohnt. Klimaschutz ist kluge, vorausschauende Wirtschaftspolitik. Dafür bauen wir unsere Forschungs- und Produktionsstätten weiter aus und schaffen ein internationales Leuchtturm-Projekt für die Batterie der Zukunft. Was wir kurzfristig erreichen wollen: Hybridfahrzeuge sollen die extrem niedrigen Verbrauchswerte auch real gewährleisten, die sie auf dem Papier versprechen. Heute sind sie oft eine umweltpolitische Mogelpackung. Unsere Industrie hat hier eine hohe technologische Kompetenz, deren Umsetzung ihr auch Marktchancen im Transformationsprozess eröffnet. Das stärkt uns nicht nur bei der Elektromobilität, sondern auch im Maschinenbau, in der Medizintechnik, in der Kommunikationstechnik und bei der Energiewende. Kurz: überall dort, wo Akkus notwendig sind. Elektrische Energie mobil zu speichern, wird eine Schlüsseltechnologie des 21. Jahrhunderts sein. Um den Transformationsprozess erfolgreich zu gestalten, ist sie branchenübergreifend von größter Bedeutung. Die Batterien für die Elektromobilität wollen wir besser wiederverwerten als bisher. Wir stärken daher über den Strategiedialog die Batterieforschung im Exzellenzcluster „Post Lithium Storage“ der Universität Ulm und des Karlsruher Instituts für Technologie weiter. Einen weiteren besonderen Fokus legen wir auf feinstaubfreie Bremsanlagen sowie auf ein Konzept für die nahezu feinstaubfreie Absorption von Reifenabrieb.

Wir machen Baden-Württemberg zur Vorzeige-Region für grünen Wasserstoff. Er wird in der Zukunft in vielen Bereichen der Industrie

unersetzbar sein. Bei der Stahlherstellung, in der Chemieindustrie, für den Luft- und Schiffsverkehr sowie im Schwerlastverkehr werden wir grünen Wasserstoff einsetzen müssen. Die dazu benötigte Erneuerbare Energie übersteigt unsere heutige Stromproduktion um ein Vielfaches. Das ist auch eine Chance für Baden-Württemberg. Unseren Anlagen- und Maschinenbauer*innen bietet die Technologie zur Herstellung und Verwendung von grünem Wasserstoff ein lukratives neues Geschäftsfeld, bei deren Erschließung wir sie unterstützen werden.

In Baden-Württemberg sollen nicht nur die saubersten, sondern auch die smartesten Fahrzeuge gebaut werden. Das ist unser Ziel. Deshalb wollen wir ein Zentrum für Künstliche Intelligenz in der Mobilität etablieren. Ausgestattet mit Sensoren, Kameras und Bordelektronik wird das Fahrzeug zum selbstfahrenden Dienstleister. Wir wollen, dass Baden-Württemberg auch die Software entwickelt. Denn die IT rückt mehr und mehr ins Zentrum der Automobil-Wertschöpfung. Schon heute hat die Software daran einen Anteil von knapp 40 Prozent.

Digitalisierung und KI vorantreiben – klimagerecht und menschenfreundlich

Digitalisierung und Künstliche Intelligenz (KI) verändern unsere gesamte Wirtschaft. Die Maschine wird grundlegend verändert. Für uns als das Land des Maschinenbaus ist das eine große Chance, bringt aber zugleich einen umfassenden Umbruch mit sich: Die Software wird zum entscheidenden Faktor, auch in unseren Kernindustrien. Diesen Umbruch wollen wir menschenwürdig gestalten und problematische Begleiterscheinungen der Digitalisierung möglichst vermeiden.

Wir wollen eine Digitalisierung, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt und Klima und Ressourcen schont. Dabei müssen wir uns in einem scharfen internationalen Wettbewerb behaupten. Hier geht

es nicht nur um Technik – hier geht es auch um Werte. Unser Ziel ist, diesen Wandel entscheidend mitzuprägen und Baden-Württemberg zu einem Laboratorium für eine an ethischen und ökologischen Kriterien orientierte Digitalisierung zu machen.

Auf diesem Weg sind wir in den vergangenen Jahren sehr gut vorangekommen. Als erste Landesregierung haben wir eine umfassende Digitalisierungs- und KI-Strategie auf den Weg gebracht. Das Cyber Valley in Tübingen hat sich zum führenden Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz in Europa entwickelt. Ihm haben wir einen Ethik-Beirat zur Seite gestellt, um sicherzustellen, dass hier auch die ethischen und gesellschaftlichen Auswirkungen von KI berücksichtigt werden. Das Cyber Valley wollen wir weiter ausbauen und zum Kern eines Ökosystems machen, das Unternehmen, Start-ups, Forschung und Entwicklung miteinander vernetzt. Wir werden eine breite Brücke zum Mittelstand schlagen, damit dieser bestmöglich von KI-Spitzenforschung made in Baden-Württemberg profitieren kann.

Wir wollen den KI-Standort Baden-Württemberg noch weiter stärken. Mit unserer Digitalisierungsprämie unterstützen wir zahlreiche kleine und mittelständische Unternehmen in Baden-Württemberg bei der Digitalisierung. Jetzt wollen wir mit einer KI-Prämie und KI-Beratungsangeboten nachlegen. KI-basierte Lösungen sollen so leichter den Weg in den unternehmerischen Alltag finden. Auch die öffentliche Verwaltung werden wir für den Einsatz mit KI fit machen. Dazu prüfen wir die Nutzung von solchen Anwendungen – gerade aus dem Start-up-Bereich – und setzen ressortübergreifend Maßnahmen zum Einsatz von KI um.

Digitales Entertainment, Animation, virtuelle Realität und Spezialeffekte – auch darin ist Baden-Württemberg stark und ein weltweit beachteter Standort. Unser Ziel ist es, dieses Cluster gezielt zu einer europäischen Traumfabrik des Digitalzeitalters weiterzuentwickeln.

Die Digitalisierung hat längst auch das Handwerk erreicht und wird an Bedeutung weiter zunehmen. Wir haben handwerkliche Unternehmen erfolgreich mit innovativen Maßnahmen unterstützt. Diese wollen wir fortführen und kontinuierlich weiterentwickeln. Vor allem über digitale Marktplätze können die Betriebe neue Kund*innen gewinnen und ihre Umsätze steigern. Solche Plattformen bergen auch das Potenzial, dass sich verschiedene Gewerke vernetzen und so ihren Kund*innen Handwerksdienstleistungen „aus einer Hand“ anbieten können.

Auch die Technologie von übermorgen haben wir schon heute im Blick: die Quantentechnologie. Sie verspricht Fortschritte auf zahlreichen Gebieten – von der medizinischen Diagnostik bis zur organischen Solarzelle. Unser Land steht schon jetzt exzellent da und profitiert von einem Netzwerk, das die Stärken von sieben Forschungsstandorten bündelt: Ulm, Stuttgart, Freiburg, Heidelberg, Karlsruhe, Tübingen und Konstanz. Diese Stärke wollen wir weiter ausbauen und mit anderen Technologiebereichen zusammenführen. Die Entwicklung des quantentechnologischen „Computers der Zukunft“ fassen wir in einem leistungsfähigen Netzwerk mit einem eigenen Forschungsprogramm zusammen.

Digitalisierung der Arbeit ja, aber sozial! Unser Ziel: Die Arbeit soll sich besser in das Leben der Menschen einfügen. Die Digitalisierung eröffnet dafür riesige Chancen. WLAN, Laptop oder Smartphone – mehr brauchen Beschäftigte oft nicht, um zeitlich und räumlich unabhängig zu arbeiten. Auch flexiblere und verkürzte Arbeitszeiten lassen sich einfacher umsetzen. Bei so viel Freiheit sind Regeln wichtig. Auch und gerade in der digitalen Arbeitswelt müssen wir die tägliche Arbeitszeit begrenzen und ausreichende Ruhezeiten ohne Unterbrechung sicherstellen. Von der Digitalisierung sollen beide profitieren: die Wirtschaft und die Beschäftigten.

Für eine neue Gründer*innenzeit

Gründer*innen sind ein Schlüssel für die Zukunft unseres Landes. Wir brauchen Menschen, die mit ihrem Mut und ihren Ideen unsere mittelständisch geprägte Wirtschaft mitgestalten und voranbringen.

Start-ups sind zentrale Innovationstreiber und spielen eine herausragende Rolle, um die großen ökologischen und sozialen Herausforderungen unserer Zeit zu bewältigen. Wir wollen deshalb die Start-up-Förderung des Landes ausbauen. In jedem Start-up steckt eine potenzielle Erfolgsgeschichte „Made in Baden-Württemberg“. Dieses Potenzial wollen wir ausschöpfen. Einen besonderen Schwerpunkt wollen wir auf unsere Hochschulen und Forschungseinrichtungen setzen. Hier werden die entscheidenden Weichen in Richtung Selbstständigkeit gestellt. Es geht darum, Menschen zu befähigen, Unternehmer*in zu werden. Wer Kenntnisse und Fähigkeiten in diesem Bereich erwirbt, sollte dies auch als Studienleistung oder für die Lehr- und Forschungstätigkeit anerkannt bekommen. Unabhängig davon: Wir brauchen noch bessere Bedingungen an Hochschulen und Forschungseinrichtungen, damit innovative Ideen zur Reife gebracht werden können. Wir wollen Förderprogramme und Zentren wie den „Gründermotor“ oder das Start-up BW ASAP – „Academic Seed Accelerator Program Baden-Württemberg“ – an Hochschulen weiter ausbauen und vernetzen, thematische Cluster bilden und staatliche Mittel für Risikokapital aufstocken. Mit thematischen Wettbewerben wollen wir Gründer*innen motivieren, ihre Ideen zu nachhaltigen Geschäftsmodellen weiterzuentwickeln, die auch das Land in Zukunftsthemen voranbringen. Mit gezielten Förderprogrammen wollen wir Start-ups aus dem Green Tech- und Social Entrepreneurship-Bereich unterstützen.

Unsere gute Arbeit für Gründer*innen wollen wir weiter ausbauen und einen Klub besonders erfolgsversprechender Start-ups schaffen,

die sich auch an ökologischen und sozialen Zielen orientieren. Auch in der Aufbau- und der ersten Wachstumsphase sollen diese Start-ups vom Land in besonderer Weise gefördert werden, damit sie ihre Unternehmenstätigkeit schneller ausweiten können.

Oft bleiben bahnbrechende Innovationen lange unentdeckt oder ihr wirtschaftliches Potenzial wird unterschätzt. Beispielsweise wurde der MP3-Standard, mit dem Musik übertragen und wiedergegeben werden kann, in Deutschland entwickelt. Vermarktet aber haben ihn Unternehmen in anderen Ländern. Damit solche grundlegenden Erfindungen entdeckt und gefördert werden, machen wir mit unserem InnoLab_bw die Unterstützung bahnbrechender Innovationen zur Priorität. Dieses werden wir perspektivisch mit der Agentur für Sprunginnovationen auf Bundesebene verknüpfen und dahingehend ausbauen. Damit wollen wir die Chancen, die der Erfindergeist der Menschen in unserem Land bietet, besser nutzen. Wir wollen bahnbrechende Geschäftsmodelle und innovative Lösungen für die großen Herausforderungen einer Welt im ökologischen und sozialen Wandel fördern.

Noch immer gibt es zu wenige Gründerinnen. Frauen, die den Sprung in die Selbstständigkeit wagen wollen, fehlen oft Netzwerke und ein Zugang zu Investor*innen. Damit lassen wir wichtige Potenziale ungenutzt. Mit der Initiative „Start-up BW Women“, die die grüngeführte Landesregierung auf den Weg gebracht hat, setzen wir bereits wichtige Akzente, um Gründerinnen besser zu unterstützen. Das reicht aber nicht. Wir wollen die Strukturen der „Start-up BW“-Accelerator-Programme noch besser dafür nutzen, um Gründerinnen zu fördern und ihre Erfolgchancen zu verbessern. Beispielsweise durch explizite Unterstützungsangebote in den Bereichen Finanzierung, Networking und Coaching.

Wir machen unser Land zum führenden Gesundheitsstandort

Baden-Württemberg ist schon heute in vielen Bereichen der Medizin und Medizintechnik führend. Über eine Million Menschen – doppelt so viele wie im Automobilsektor – arbeiten derzeit im Gesundheitsbereich mit einer Wertschöpfung von mehr als 50 Milliarden Euro pro Jahr. Die Corona-Krise hat uns nochmals eindringlich vor Augen geführt, wie wichtig die Gesundheitswirtschaft für unsere Gesellschaft ist. Die Medizin steht an vielen Stellen gerade vor einem Durchbruch: Die Digitalisierung schafft neue Möglichkeiten, Krankheiten zu erkennen und zu behandeln. Biotechnologie und personalisierte Medizin machen wegweisende Fortschritte.

Neben der Automobilwirtschaft und dem Maschinenbau ist der Gesundheitsbereich eine tragende Säule unserer Wirtschaftsstärke und Prosperität. Diese Säule wollen wir nochmals stärken. Wie für die Autoindustrie hat die grün-geführte Landesregierung auch für die Gesundheitswirtschaft ein Strategieformat gestartet: das „Forum Gesundheitsstandort Baden-Württemberg“. Es soll durch Förderprogramme technologische Innovationen voranbringen und unsere Gesundheitsunternehmen mit einer Exportinitiative auf den internationalen Märkten stärken. Ein besonderes Augenmerk legen wir auf die BioTech-Branche. Mit einem auskömmlichen Investitionsfonds werden wir ihr die Chance zum Wachsen geben, damit die Erfolgsgeschichte von CureVac erst der Anfang ist. Ziel ist es, Baden-Württemberg zu einem der weltweit führenden Gesundheitsstandorte zu machen. Indem wir neben der Automobilbranche und dem Anlagen- und Maschinenbau einer weiteren Leitbranche zum Durchbruch verhelfen, machen wir unsere Wirtschaft robuster und resilienter.

Mit dem „Forum Gesundheitsstandort BW“ wollen wir auch die Versorgungssicherheit bei Arzneimitteln und Medizinprodukten weiter verbessern. Die Bürger*innen erwarten zu Recht, dass lebensnotwendige Medizinprodukte jederzeit verfügbar sind. Hier ist der Staat in der Pflicht, eine strategische Reserve mit ausreichenden Lagerbeständen an kritischen, überlebenswichtigen Medikamenten und Schutzausrüstung aufzubauen.

Qualifizierung und Weiterbildung für alle

Der digitale Wandel und die Transformation hin zur klimaneutralen Wirtschaft werden unsere Arbeitswelt umkrempeln. Die Arbeitsplätze vieler Beschäftigter werden sich ganz konkret verändern. Morgen werden andere berufliche Kenntnisse und Kompetenzen gefordert sein als heute. Das bereitet vielen Arbeitnehmer*innen Sorgen. Um von dem Wandel zu profitieren, brauchen sie zukunftsfähige Qualifizierungsangebote. Weiterbildung ist einer der zentralen Faktoren, um die Transformationsprozesse positiv zu gestalten. Mit einem breiten, jeweils passgenauen Weiterbildungsangebot wollen wir alle Beschäftigten fit für die Arbeitswelt 4.0 machen. Ziel ist es, dass sie sich selbstbestimmt und sicher in unserer sich schnell verändernden Gesellschaft bewegen können.

Jede*r soll aktiv die eigene Bildungs- und Berufsbiografie gestalten können. In der vergangenen Legislaturperiode hat die grün-geführte Landesregierung intensiv in Weiterbildung und lebenslanges Lernen investiert. Wir haben eine Qualifizierungsoffensive gestartet und 16 Lernfabriken an beruflichen Schulen etabliert. Zudem haben wir ein Weiterbildungs-Sofortprogramm für die Autobranche, die besonders große Umbrüche bewältigen muss, auf den Weg gebracht. Und dieser Weg ist erfolgreich: Baden-Württemberg ist deutschlandweit Spitzenreiter bei Weiterbildungsangeboten und bei der Teilnahme der Arbeit-

nehmer*innen. Diesen Weg wollen wir noch intensiver fortführen. Wir wollen allen Arbeitnehmer*innen die Möglichkeiten geben, sich weiterzuentwickeln.

Im Dialog mit den Sozialpartnern werden wir ein Grundeinkommen für Qualifizierung und Weiterbildung auflegen. Beim Bezug von Arbeitslosengeld oder Kurzarbeitergeld ist die Finanzierung des Lebens während der Qualifizierung zwar weitgehend gesichert. Dies gilt aber nicht für die Menschen, die keine Leistungen wie Arbeitslosengeld oder Kurzarbeitergeld beziehen. Und gerade Frauen haben durch Unterbrechungen ihrer Erwerbsbiografie oft keinen Anspruch auf Qualifizierungen, die aus der Arbeitslosenversicherung finanziert werden. Das Grundeinkommen für Qualifizierung und Weiterbildung soll allen Menschen erlauben, sich beruflich zu qualifizieren. Lebensbegleitendes Lernen und Weiterbildung sind bereits heute wichtig. In Zukunft werden sie zu einem Schlüsselfaktor für die Erwerbstätigkeit und die berufliche Entwicklung. Der Wunsch nach beruflicher Weiterbildung und Entwicklung darf nicht am Geldbeutel scheitern! Weiterbildung soll dabei in Vollzeit und Teilzeit möglich sein.

Wir wollen zukunftsgerecht weiterbilden und erkennen den hohen Wert der Berufe im sozialen Bereich an. Wir streben die Aufwertung dieser Berufe an, beispielsweise durch die neue generalistische Ausbildung zur Pflegefachfrau und zum Pflegefachmann.

Auszubildende sind ein zentraler Bestandteil unserer Wirtschaft. Wir wollen sie in ihrer Ausbildung stärker unterstützen. Deshalb setzen wir uns auf Bundesebene sowohl für eine Ausbildungsgarantie als auch eine Mindestausbildungsvergütung ein, die jungen Menschen unabhängig konjunktureller Schwankungen auch nach der Krise sichere Brücken ins Berufsleben baut.

Die Gebühren für die berufliche Weiterbildung im Handwerk wollen wir weiter senken. Unsere Handwerksmeister*innen stärken wir

mit unserer Meisterprämie. Mit der Meistergründungs- und der Übergabepremie trägt das Land zum Fortbestand unserer Betriebe bei.

Das Programm „Neue Chancen auf dem Arbeitsmarkt“ der grüngeführten Landesregierung ist ein Ideenlabor für die Arbeitsmarktpolitik. Mit innovativen Ansätzen zur maßgeschneiderten Assistenz von benachteiligten Menschen auf dem Arbeitsmarkt hat es zum Teil bereits Eingang in die Bundesgesetzgebung gefunden. So wird der Passiv-Aktiv-Tausch zur ergänzenden Finanzierung von leistungsgeminderten Beschäftigten mittlerweile vom Bund finanziert. Andere erfolgreiche Ansätze werden wir fortführen und weiterentwickeln. Ein wichtiger Baustein ist das Netzwerk Teilzeitausbildung, das insbesondere Alleinerziehenden und gesundheitlich beeinträchtigten jungen Menschen eine vollwertige Ausbildung ermöglicht. Die Vernetzung von Jugendhilfe und Beschäftigungsförderung ermöglichen wir über unser erfolgreiches Programm „BeJuga“. Für junge Menschen, die aus allen schulischen Bezügen herausgefallen sind, wollen wir mit einem Modellprojekt „Produktionsschulen“ neue Zugänge zu Schulabschluss und Ausbildungsreife ermöglichen. Qualifizierungsprogramme speziell auch für sozial benachteiligte Menschen sind für uns ein wichtiger Beitrag zur Teilhabe an der digitalen Gesellschaft. Dazu gehört auch das Angebot einer assistierten Ausbildung speziell für die Berufe der Pflege und Alltagsbetreuung. Darüber hinaus brauchen wir eine weitergehende Förderung von sozialen Beschäftigungsunternehmen für soziale Integrationsjobs. Der Integration in das Erwerbsleben dient auch die unabhängige Erwerbslosenberatung in Arbeitslosenzentren. Sie hilft bei der Antragsstellung, bei der Durchsetzung von Rechtsansprüchen und erleichtert durch ihren vermittelnden Ansatz die konstruktive Zusammenarbeit mit dem Jobcenter. Die Grüne Linie in der sozialen Arbeitsmarktpolitik steht für passgenaue Assistenz zur Befähigung und für selbstbestimmte soziale Teilhabe.

Gute Arbeitsbedingungen stärken, Missbrauch von Leiharbeit bekämpfen

Der Wandel der Arbeitswelt kann nur gemeinsam mit den Beschäftigten, ihren Interessenvertretungen und den Gewerkschaften gelingen. Die Arbeitnehmer*innen müssen Veränderungsprozesse aktiv mitgestalten können. Das gelingt nur, wenn gegenseitiges Vertrauen vorhanden ist und die Beschäftigten früh einbezogen werden. In einem Beirat wollen wir die sozialpartnerschaftliche Expertise nutzen. Das hilft, technische Innovationen mit sozialem Fortschritt in den Betrieben zu verknüpfen.

Keine sachgrundlosen Befristungen, kein Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen! Darauf wollen wir hinwirken. Wenn öffentliche Aufträge vergeben werden, stellen wir die Förderung guter Arbeit in den Fokus. Mit dem Landestariftreuegesetz schützen wir Mindestentgelte und Tariftreue bei öffentlichen Aufträgen. Wir wollen es weiterentwickeln und einen Vergabemindestlohn von zwölf Euro einführen. Darüber hinaus wollen wir Anbieter*innen bevorzugen, die sich verpflichten, zusätzlich auch soziale und gleichstellungspolitische Kriterien einzuhalten. Also Anbieter*innen, die Schwerbehinderte beschäftigen, die Chancengleichheit sowie die Gleichstellung der Geschlechter im Beruf fördern, die junge Nachwuchskräfte ausbilden, die Menschen nach einer Umschulung einstellen und sich an Ausbildungsverbünden beteiligen. Auch wer ökologische Kriterien einhält, soll bei öffentlichen Aufträgen eher zum Zug kommen. Zudem setzen wir uns dafür ein, die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen zu erleichtern. Entsandte Beschäftigte wollen wir durch gute Beratung besser vor schlechten Arbeitsbedingungen und Arbeitsausbeutung schützen.

Wir sorgen dafür, dass sich Beamt*innen ohne Nachteile freiwillig in der gesetzlichen Krankenversicherung versichern können. Ihre

Arbeitszeit gleichen wir schrittweise an die Arbeitszeit der Tarifbeschäftigten an und ermöglichen mit einem Langzeitarbeitszeitkonto mehr Flexibilität für die Beschäftigten.

Gemeinwohlökonomie fördern – zum Wohl für alle

Auch die Gemeinwohlökonomie wollen wir stärken. Dafür wollen wir im Wirtschaftsministerium eine Anlaufstelle für Gemeinwohlökonomie (GWÖ) schaffen und auch landeseigenen Institutionen und Unternehmen der GWÖ eine besondere Beachtung schenken. Alle Unternehmen, die eine Gemeinwohlbilanz erstellen, sollen leichte Zugänge zu Fördermitteln erhalten. Wir starten ein eigenes Förder- und Beratungsprogramm für Genossenschaften, Sozialunternehmen und gemeinnützige Unternehmen sowie für Formen der Solidarischen Landwirtschaft, um deren Aufbau und Entwicklung zu erleichtern. Wir wollen Sharing-Konzepte unterstützen und eine landesweite digitale Tausch- und Verleihplattform auf den Weg bringen. Gründer*innenzentren sollen Mittel erhalten, wenn sie einen Teil ihres Angebots für Social Entrepreneurs und Soziales Unternehmertum freihalten. Wir wollen eine soziale Innovationsstrategie für Baden-Württemberg entwickeln und so auch bessere Finanzierungsinstrumente für Sozialunternehmen schaffen.

Wir bringen Gleichstellung und Inklusion weiter voran

Wir sind auf dem Weg und gehen ihn konsequent weiter. Am Ziel sind wir, wenn Frauen genauso viel verdienen wie Männer und Eltern nicht benachteiligt werden. Wenn sie in der Start-up-Szene genauso vertre-

ten sind. Wenn Menschen mit Migrationshintergrund, People of Color, Menschen mit Behinderungen und mit anderen Diskriminierungserfahrungen angemessen im öffentlichen Dienst repräsentiert sind. Um dahin zu kommen, wollen wir die unterschiedlichen Tätigkeiten im öffentlichen Dienst des Landes mit einem statistischen Tool erfassen und miteinander vergleichen. Das Messinstrument beruht auf einem analytischen Verfahren der diskriminierungsfreien Arbeitsbewertung. Unterrepräsentierte Gruppen laden wir mit einer breiten Kampagne dazu ein, sich für eine Ausbildung oder eine Berufstätigkeit im öffentlichen Dienst zu entscheiden. Gleichzeitig achten wir darauf, dass der öffentliche Dienst diskriminierungsfrei ist. Wir fördern Bildungsangebote im Bereich Antirassismus und Antidiskriminierung. Den Anteil von Gründerinnen steigern wir, indem wir die Förderangebote besser auf die spezifischen Herausforderungen von Gründerinnen – gerade in den Bereichen Finanzierung und Netzwerke – ausrichten und ausbauen.

In Baden-Württemberg wollen wir allen Menschen Chancen und Perspektiven ermöglichen. Das Land, seine Ministerien und Behörden werden den sozialen Arbeitsmarkt aktiv unterstützen und langzeitarbeitslosen Menschen durch sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze soziale Teilhabe ermöglichen. Für Menschen mit Behinderungen wollen wir verstärkt das Budget für Arbeit nutzen. Jugendliche und junge Erwachsene sollen mit einem Modellprojekt „Produktionsschulen“ die Chance bekommen, den Schulabschluss oder die Ausbildungsreife über neue Zugänge zu erreichen. Das Netzwerk Teilzeitausbildung soll gerade für Alleinerziehende und gesundheitlich beeinträchtigte junge Menschen eine vollwertige Ausbildung ermöglichen. Die assistierte Ausbildung wollen wir speziell für die Berufe der Pflege und Alltagsbetreuung aktivieren.

Darum Grün!

Wer Grün wählt, stimmt für

- die sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft, um auf den Märkten der Zukunft zu bestehen und das Klima zu schützen
- Baden-Württemberg als das Innovationsland der Zukunft, in dem das emissionsfreie, künstlich-intelligente Auto gebaut und die Mobilität von morgen entwickelt wird
- eine sozial und nachhaltig gestaltete Digitalisierung
- eine neue Gründer*innenzeit für unser Land
- gute und faire Arbeit, Chancengleichheit, Weiterbildung und Teilhabe für alle

6.

Hochschule,

Wissenschaft und

Forschung

Gemeinsam für eine
gute Zukunft in unserem Land
forschen

W

ir Grüne stehen für nachhaltigen Fortschritt, der den Menschen, der Gesellschaft und der Umwelt dient. Forschung und Wissen schaffen Zukunft. Daher setzen wir uns ein für starke Hochschulen und exzellente Forschungseinrichtungen, für internationale Kooperation und einen regen Austausch zwischen Wissenschaft und Gesellschaft.

Baden-Württemberg ist ein Land der Forschung und des Wissens. Unser Land profitiert von seiner breiten und vielfältigen Hochschul- und Forschungslandschaft. Starke Hochschulen und überregional bedeutende außeruniversitäre Forschungseinrichtungen sind unsere Markenzeichen. Sie stehen für ausgezeichnete Lehre und Forschung. Dies zeigt sich etwa in den Erfolgen unserer Universitäten im Wettbewerb um nationale und internationale Exzellenz. Hochschulen prägen Land und Leute. Sie ermöglichen Innovationen. Sie sind Partner von Politik und Zivilgesellschaft. Hochschulen in ihrer Vielfalt – Pädagogische Hochschulen und Universitäten, die Duale Hochschule und die Hochschulen für angewandte Wissenschaften ebenso wie die Kunst- und Musikhochschulen – beleben alle Regionen des Landes kulturell und intellektuell.

Das soll so bleiben! Darum haben wir die Hochschulverfassung modernisiert. Eine kraftvolle Verfasste Studierendenschaft, eine eigene Stimme für Promovierende in den Hochschulgremien und Entwicklungsmöglichkeiten für alle Beschäftigten – das macht ein konstruktives

Miteinander an den Hochschulen möglich. Wir Grüne haben die Stellen im akademischen Mittelbau gemeinsam mit den Hochschulen ausgebaut. Den Tenure Track haben wir als Instrument besser planbarer Karrierewege umgesetzt. Das bedeutet: Junge Wissenschaftler*innen können nach einer befristeten Bewährungszeit auf einer Junior-Professur eine dauerhafte Professur bekommen. Unsere beiden bundesweit einmaligen Hochschulfinanzierungsvereinbarungen stellen die Hochschulen auf eine stabile und verlässliche Grundlage.

Wichtig ist uns die Förderung der Forschung an zentralen Zukunftsthemen für das Land. Hier haben wir Leuchttürme mit internationaler Strahlkraft und Kompetenz in der Breite verknüpft, zum Beispiel bei dem Thema Künstliche Intelligenz im Cyber Valley.

Nachhaltigkeit durchzieht unsere Wissenschaftspolitik als grüner Faden. An den neuen Zentren für Nachhaltigkeit, für Ökolandbau und für Naturkunde wird an einer nachhaltigen Zukunft geforscht. In diesem Zusammenhang haben Reallabore, in denen Bürger*innen an der Forschung beteiligt sind, einen besonderen Stellenwert. Auch der Tierschutz liegt uns Grünen besonders am Herzen. Deshalb haben wir ein Spitzenzentrum zur Reduzierung des Versuchstierbedarfs eingerichtet.

Die Zukunft der Mobilität wird sich verändern. Die Stuttgarter Forschungsfabrik „ARENA 2036“ gestaltet diese Zukunft ebenso mit wie das Testfeld autonomes Fahren oder die Batterieforschung in Ulm und Karlsruhe. Dafür haben wir den Innovationscampus „Mobilität der Zukunft“ und das Institut für Nachhaltige Mobilität ins Leben gerufen. Seine Finanzierung wollen wir dauerhaft gewährleisten. Den Hochschulen kommt mit dem Projekt „emissionsfreier Campus“ eine Pionierrolle zu.

Gesundheit und Medizintechnik sind von höchster Bedeutung. Die Corona-Krise zeigt eindrucksvoll, wie wichtig diese Aufgaben sind. Hier liegen die Stärken Baden-Württembergs und wir haben sie weiter

ausgebaut. Unsere Unimedizin ist vorn mit dabei, wenn es um die Erforschung der alternden Gesellschaft, um Big Data und Künstliche Intelligenz (KI) oder um personalisierte Medizin geht. Wir haben als grün-geführte Landesregierung die ärztliche Versorgung durch den Ausbau der Studienplätze und durch Telemedizin optimiert. Wir setzen unseren bereits begonnenen Pfad zur notwendigen Akademisierung der Gesundheitsfachberufe fort.

Mit Digitalisierung und KI gestalten wir die Zukunft. Wir sind das Land mit den meisten KI-Professuren. Das Cyber Valley in Tübingen ist unsere Spitzeneinrichtung für maschinelles Lernen. Zusammen mit den Universitäten, der Max-Planck-Gesellschaft und unserer starken Wirtschaft haben wir es aufgebaut. Denn wer über den Einsatz der KI-Technologie mitentscheiden will, muss sie mitentwickeln. Wir setzen dabei auf eine Digitalisierung, die Mensch und Umwelt nützt und zugleich energie- und ressourcensparend ist. Zudem haben wir das Höchstleistungsrechenzentrum und die Forschung zur Cybersicherheit erweitert. Die Hochschulen setzen in der Forschung vollständig auf Ökostrom.

Hochschulen sind Zukunftslabore. Soziale und technische Innovationen müssen auch in der Gesellschaft ankommen. Dazu braucht es Hochschulen, die ein offenes Ohr haben. Es braucht Forschende, die gemeinsam mit der Gesellschaft und der Wirtschaft Wissen schaffen. Dabei sind alle Fächer relevant, die Sozial- und Geisteswissenschaften genauso wie die von uns gestärkten „Kleinen Fächer“. Insbesondere disziplinübergreifendes Arbeiten gewinnt an Bedeutung. In Reallaboren arbeiten Wissenschaftler*innen gemeinsam mit Vertreter*innen aus Wirtschaft und Gesellschaft daran, konkrete Zukunftsprobleme zu lösen. Regionale Hochschulpartnerschaften und Weiterbildungsstudiengänge fördern den Wissenstransfer. Mit passgenauen Angeboten haben wir eine neue Gründer*innenkultur an den Hochschulen etab-

liert. Mit dem Gründermotor oder dem Wettbewerb Start-up BW ASAP („Academic Seed Accelerator Program“) motivieren wir studentische Gründungsteams, ihre kreativen Ideen zu Geschäftsmodellen weiterzuentwickeln und umzusetzen. So bringen wir Innovationen ins Land.

Für einen fruchtbaren Dialog zwischen Wissenschaft, Gesellschaft und Politik

Die vergangenen Wochen und Monate haben uns eines noch einmal eindringlich vor Augen geführt: Wissenschaft und Forschung sind wichtig für unsere Gesellschaft, für unser Leben und unsere Gesundheit. Die Stimme der Wissenschaft hat in der Corona-Krise zu Recht an Gewicht gewonnen. Wissenschaftliche Erkenntnisse können zwar eine Zeit lang ignoriert werden. Auf Dauer jedoch kommen sie als Bumerang zurück, wenn sie nicht beachtet werden. Das sehen wir in der Klimakrise ebenso wie in der Corona-Krise.

Klar ist dabei: Politik und Wissenschaft haben unterschiedliche Rollen. Politik entscheidet – aber verantwortungsvolle Politik entscheidet auf der Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse. Wir Grüne wollen den dafür notwendigen Dialog zwischen Wissenschaft und Politik sowie Wissenschaft und Gesellschaft weiter fördern und ausbauen. Nicht nur in der Krise, sondern auch im politischen „Normalbetrieb“.

Gleichzeitig steht die Wissenschaft gerade in diesen Tagen durch Populismus und Verschwörungsmythen stark unter Druck. Das reicht vom schlichten Leugnen wissenschaftlicher Erkenntnisse bis hin zu öffentlichen Drohungen und Angriffen. Dem treten wir Grüne entschieden entgegen. Wir zeigen Haltung für Wissenschaft und für Wissenschaftsfreiheit!

Das gilt erst recht in Baden-Württemberg – der wichtigsten europäischen Innovationsregion. Wir sind stolz auf unser erfolgreiches

Forschungsland. Nirgendwo sonst wird Zukunft so greifbar wie in Wissenschaft und Forschung. Forscher*innen erkennen frühzeitig Probleme. Sie entwickeln Lösungen und tüfteln an neuen Technologien. Studierende entfalten an den Hochschulen ihre Persönlichkeit und bereiten sich auf das Lösen der Aufgaben von morgen vor.

Wissenschaft braucht einen fruchtbaren Nährboden und einen geschützten Raum, damit sie in all ihren Disziplinen florieren kann. Sie braucht eine verlässliche Grundfinanzierung, sie braucht Unabhängigkeit und Freiheit, und sie muss sich dezentral entfalten können.

Aber Wissenschaft ist nicht unabhängig von Gesellschaft. Sie ist Teil von ihr. Die Vielfalt unserer Gesellschaft spiegelt sich an unseren Hochschulen wider. Wissenschaft lebt von Vielfalt – wo dies noch nicht der Fall ist, wollen wir Diversität, Inklusion sowie Barrierefreiheit in die Hochschulen tragen.

Wissenschaft steht im Austausch mit Gesellschaft. Sie befähigt die Gesellschaft zu Reflexion und Kritik, zu einem verantwortlichen Handeln. Deswegen sind Teilhabe und Partizipation für uns wichtige wissenschaftspolitische Werte. Im Hochschulgesetz haben wir deshalb die Aufgabe der Wissenschaft verankert, an der Entwicklung hin zu einer nachhaltigen Gesellschaft mitzuwirken. Das Vorsorgeprinzip gehört zu unserem europäischen Weg in Innovation und Forschung.

Eine zentrale Kompetenz des Landes ist seine Zuständigkeit für die Hochschulen. Zugleich war Wissenschaft schon immer grenzüberschreitend. Der europäische und internationale Austausch prägt sie heute mehr denn je. Denn die Herausforderungen, vor denen wir als Menschheit stehen, sind global – die Klimakrise ebenso wie die Frage, wie gutes Zusammenleben im digitalen Zeitalter gestaltet werden kann und soll. Wir tragen zur Lösung dieser globalen Herausforderungen bei. Das bedeutet für uns Fortschritt. Wissenschaft denkt europäisch und international. Deshalb unterstützen wir den Austausch von

Studierenden und Wissenschaftler*innen genauso wie den Austausch von Ideen. Statt Wissen zu monopolisieren, wollen wir auch zukünftig das Ideal der wissenschaftlichen Gemeinschaft fördern: Wissen zu teilen und zu mehr. Deshalb setzen wir uns für eine umfassende Open-Access- und Open-Science-Strategie des Landes ein.

KI, Digitalisierung, Medizin: die Forschung an Zukunftsthemen stärken

Wir setzen auf eine strategisch ausgerichtete Forschungsförderung. Dabei bleiben wir dem Prinzip „Breite und Spitze“ treu: Wir stärken Kompetenzen in den urbanen Zentren wie im ländlichen Raum. Zugleich bündeln wir Spitzenkompetenzen und vernetzen zentrale Akteur*innen. Unsere strategischen und disziplinübergreifenden Themen für Baden-Württemberg sind: der Wandel der Mobilität, die nachhaltige Entwicklung unserer Gesellschaft, die Energie- und Klimaforschung, der Fortschritt in Medizin und Lebenswissenschaften sowie Digitalisierung und KI.

Der Innovationscampus Cyber Valley entfaltet schon jetzt internationale Strahlkraft im Bereich der KI. Hier werden Spitzenforschung und Anwendung zusammengebracht. Nach diesem Vorbild wollen wir auch für unsere weiteren Zukunftsthemen dauerhafte Strukturen etablieren und damit jetzt beginnen. Dazu gehört für uns jeweils zwingend die begleitende und unabhängige Forschung zu ethischen Fragen und zur umfassenden Technikfolgenabschätzung. Die öffentlichen Gelder für die Forschung zu Zukunftsthemen sollen wieder dem Gemeinwohl zugutekommen. Wir werden hierzu die landesweite Vernetzung und Kommunikation zwischen Forschenden und der Wirtschaft weiter unterstützen. Außerdem möchten wir die Forschung zur nachvollziehbaren Künstlichen Intelligenz (Trustworthy Artificial Intelligence)

fördern, um zu verhindern, dass die Aussicht auf schnelle Vorteile den kritischen Umgang mit der Technologie untergräbt.

Um die Hochschulfinanzierung weiterzuentwickeln, sehen wir ein Landesforschungsbudget vor, über das wir Akzente setzen können – in einem wissenschaftsgeleiteten und transparenten Verfahren.

In der Corona-Pandemie wurde die überragende Bedeutung der Hochschulmedizin eindrucksvoll unter Beweis gestellt – indem auf Krisen reagiert und die Gesundheitsversorgung sichergestellt wurde sowie innovative Ansätze für das Land entwickelt wurden. Aus der Not ist schnell eine Tugend geworden – und aus Konkurrenz nun dynamische Kooperation: Gemeinsam mit den vielen starken Zentren der Hochschulmedizin im Land werden wir die Erfahrungen aus der Pandemie nutzen und ein baden-württembergisches Netzwerk schaffen. In medizinischer Versorgung, Forschung und Ausbildung sowie insbesondere Digitalisierung und KI fördern wir dafür mit Nachdruck den Ausbau von Kooperationen im Land. Das kommt nicht nur der Gesundheit der Bürger*innen direkt zugute. Es bringt auch das Land nach vorne: Mit einem solchen Verbund kann Baden-Württemberg mit anderen Spitzenregionen in Deutschland und international mithalten und wirtschaftlich profitieren.

Zudem wollen wir in der Region Rhein-Neckar die Gesundheits- und Lebenswissenschaften stärker bündeln – in Form eines weiteren Innovationscampus ähnlich dem Cyber Valley. Von der Grundlagenforschung bis zur Anwendung, von der Krebsforschung bis zur KI werden wir Unikliniken, Hochschulen, außeruniversitäre Forschung und Wirtschaft zusammenbringen. Durch enge regionale Vernetzung schaffen wir so einen weiteren internationalen Leuchtturm der Spitzenforschung im Land.

Wir unterstützen die baden-württembergische Forschung dabei, zukunftssträchtige Forschungsfelder zu erschließen. Dazu gehören

Quantencomputing und Quantensensorik, Materialforschung, adaptive Fertigung und andere. Damit die Mobilitäts- und Energiewende gelingt, müssen wir die Batterieforschung weiter ausbauen. Wir unterstützen weitere Forschung in der Biotechnologie. Insbesondere Bioökonomie und Verfahrenstechnik sind entscheidende Zukunftsfelder. In Medizin und biotechnologischen Anwendungen konnten durch die Gentechnik wichtige Fortschritte erzielt werden, während ihre Anwendung im Agrarbereich zu neuen Problemen geführt hat. Wie bei jeder Technologie muss der politische Kompass zum Umgang mit alten wie neuen gentechnischen Verfahren sein, einerseits die Freiheit der Forschung zu gewährleisten und andererseits bei der Anwendung Gefahren für Mensch und Umwelt auszuschließen. Nicht die Technologie, sondern ihre Chancen, Risiken und Folgen stehen im Zentrum. Es gilt daher, an einem strengen Zulassungsverfahren und am europäisch verankerten Vorsorgeprinzip festzuhalten. Dazu bleiben Risikoprüfungen auf umfassender wissenschaftlicher Basis und eine Regulierung nötig, die unkontrollierbare Verbreitung ausschließen und über eine verbindliche Kennzeichnung die gentechnikfreie Produktion und die Wahlfreiheit der Verbraucher*innen schützen. Entsprechend braucht es eine Stärkung der Risiko- und Nachweisforschung. Gerade im Agrarbereich soll die Forschung zu alternativen Ansätzen, die auf traditionelle und ökologische Züchtungsverfahren setzen, gestärkt werden.

Corona-Krise und Klimakrise werfen Fragen der gesellschaftlichen Krisenfestigkeit und Widerstandsfähigkeit auf. Auch darin sehen wir ein zukunftsrelevantes Forschungsfeld. Bei der Förderung von Forschung, die für die zentralen Transformationsprozesse im Zuge der Klimakrise relevant ist, gehen wir inter- und transdisziplinär vor. Besonders im Fokus stehen dabei die Gesellschaftswissenschaften, etwa wenn es um Fragen des gesellschaftlichen Zusammenhalts oder der Einbindung gesellschaftswissenschaftlicher Perspektiven in natur-

und technikwissenschaftliche Fragenstellungen geht. Ein weiterer Bereich sind Forschung und Lehre im Kontext pluraler Ökonomik, die wir zusammen mit den volkswirtschaftlichen Fakultäten im Land stärken wollen. Um hier wichtige Forschungsvorhaben angemessen fördern zu können, wollen wir Begutachtungsprozesse bei der Fördermittelvergabe vermehrt an inter- und transdisziplinären Ansätzen ausrichten.

Baden-Württemberg ist Vorreiter bei der Forschung zu KI und Digitalisierung. Dies wollen wir weiter ausbauen – insbesondere die Robotik, die Medizininformatik und die Verbindung zwischen KI und Gesundheitsfragen. Dazu gehört auch eine verbesserte Datenbereitstellung, die die Diversität der Menschen ausdrückt. Der „Gender Data Gap“ insbesondere in der KI-Forschung muss geschlossen werden. Das bedeutet: Wir werden aktiv dafür Sorge tragen, dass der Forschung gleichberechtigt Daten aller Geschlechter zugrunde gelegt werden. Wir setzen uns für eine diskriminierungsfreie Datenverarbeitung ein. Damit werden wir der Vielfalt gesellschaftlicher Realitäten gerecht. Wir setzen uns deswegen für einen wertorientierten europäischen Weg der KI-Forschung ein.

Wir entwickeln unsere Hochschulen partnerschaftlich weiter

Wir stehen für die vollständige Umsetzung der Hochschulfinanzierungsvereinbarung II. Sie bietet den baden-württembergischen Hochschulen finanzielle Verlässlichkeit und eine sichere Grundfinanzierung – auch und gerade in der Post-Corona-Zeit. Die Einführung allgemeiner Studiengebühren lehnen wir weiter ab.

In der kommenden Legislaturperiode muss über die Fortführung der Hochschulfinanzierung entschieden werden. Mit einer Hochschulfinanzierungsvereinbarung III wollen wir den Kurs einer verlässlichen

Grundfinanzierung fortsetzen. Neben einem Landesforschungsbudget, das nach wissenschaftlichen Kriterien vergeben wird, legen wir dabei einen Schwerpunkt auf die Themen Bau und Unterhalt.

Wir überprüfen die Hochschulgesetzgebung fortwährend auf ihre Krisenfestigkeit. Daher etablieren wir beispielsweise Regeln für pandemiebedingte Verzögerungen in Qualifikationsphasen oder die Anerkennung von Familienzeiten. Und zwar mit Blick auf Studierende, wissenschaftliche Angestellte und Professor*innen, die aufgrund fehlender Betreuung in ihrem Studium bzw. in Forschung und Lehre eingeschränkt sind.

In einem „Dialogprozess Zukunftslabor Hochschulen“ wollen wir die Hochschulen weiterentwickeln. Vertreter*innen aller Statusgruppen sollen hier gemeinsam mit gesellschaftlichen Akteur*innen das Entwicklungspotenzial des baden-württembergischen Hochschulsystems ausloten. Damit eröffnen wir einen Raum, in dem mutig über zentrale Fragen nachgedacht werden kann: über die konkrete Weiterentwicklung der Lehre, der Beteiligung, der Karrierewege und der Hochschulgovernance. Als Vorbild kann hier der erfolgreich abgeschlossene Kulturdiallog dienen. Wir wollen die Ergebnisse des „Dialogprozesses Zukunftslabor Hochschulen“ umsetzen. Die Hochschulgesetzgebung, Karrierewege und landesweite Vorgaben für die Lehre entwickeln wir im Anschluss daran entsprechend weiter.

Wir unterstützen zudem eine Modellhochschule dabei, mit neuen Lehr-, Forschungs- und Governancekonzepten zu experimentieren und diese ganzheitlich umzusetzen. Die Modellhochschule wird in einem wettbewerblichen Verfahren ausgewählt.

Auf Basis der Weiterentwicklungsklausel werden wir Hochschulverbünden, die ein tragfähiges Konzept zur Qualitätssicherung vorlegen, ein eigenständiges Promotionsrecht verleihen.

Update für Studium, digitale Lehre und innovative Lernmodelle

Wir verpassen Studium und Lehre ein Update. Dazu evaluieren wir die Erfahrungen, die besonders im Corona-Semester gemacht wurden, gemeinsam mit Studierenden und Lehrenden. Mit einer „Landesstrategie für digitale Lehre“ bringen wir die sichere Digitalisierung der Hochschulen in Lehre und Forschung weiter voran. Ziel ist es dabei, die digitale Lehre zur Grundlage einer „Bildung für alle“ auszubauen. Damit können sich Hochschulen weiter für die Gesellschaft öffnen – ein gewünschter Wissenstransfer in die Gesellschaft.

Eine Hochschule für alle ist nicht nur baulich, sondern auch im Lehrmaterial und in den Lehrformaten barrierefrei. Damit dies an allen Hochschulen gelingt, werden wir das Studienzentrum für Sehgeschädigte (SZS) am Karlsruher Institut für Technologie zu einem Dienstleistungszentrum für barrierefreie Lehre für alle Hochschulen des Landes ausbauen.

Wir sorgen dafür, dass Studierende stärker in allen Gremien mit direktem Lehr- und Studienbezug vertreten sind als heute und so ihre Erfahrung dort direkt einbringen können. Perspektivisch stärken wir die Studierenden in den Gremien der Studierendenwerke und geben ihnen mehr Mitspracherechte.

Wir fördern innovative Lehrmodelle wie beispielsweise das sogenannte „Service Learning“ oder Hackathons. Hackathons sind Wettbewerbe, bei denen Studierende gemeinsam mit Lehrenden hochschul-übergreifend praxisorientierte Lösungen für Zukunftsaufgaben suchen. Beim „Service Learning“ geht es darum, ein Studium mit bürgerschaftlichem Engagement zu bereichern. Auch hierfür muss man Freiräume im Studium und Leistungspunkte (ECTS) erhalten können.

Das Lehramtsstudium, das gemeinsam von Pädagogischen Hochschulen, Universitäten und den Seminaren organisiert wird, ist entscheidend für die Qualität der Lehrer*innen. Wir haben dieses Studium reformiert und Medienbildung sowie den Umgang mit Heterogenität und Inklusion darin verankert. Darauf bauen wir auf. Wir werden überprüfen, wo sich das reformierte Studium bewährt hat und wo es Nachjustierungsbedarf gibt.

Vielfalt fördern, Freiheiten erhalten

Wir stärken die Vielfalt an den Hochschulen. Wir begleiten die Hochschulen in Baden-Württemberg dabei, die entsprechenden Maßnahmen umzusetzen, die im Landeshochschulgesetz sowie in der Hochschulfinanzierungsvereinbarung II verankert sind. Dazu zählt unter anderem die transparente Erfassung gleichstellungsrelevanter Daten, etwa zu einem möglichen Gender Pay Gap. Wir nehmen insbesondere die Studieneingangsphase sowie die Karriereverläufe wie Berufungen und Tenure Track in den Blick. Die Maßnahmen zur Förderung von Wissenschaftlerinnen werden wir ausbauen und verzahnen, die Gleichstellungsbeauftragten der Hochschulen stärken. Perspektivisch setzen wir uns für Unisex-Toiletten an unseren Hochschulen ein. Außerdem setzen wir uns für einen diskriminierungsfreien Hochschulalltag von TIN-Studierenden (trans*, intersex, nicht-binär) ein, zum Beispiel indem wir einfache Namensänderungen ermöglichen und sämtliches Verwaltungspersonal sensibilisieren. Transphobie hat an unseren Hochschulen keinen Platz.

Baden-Württembergs Hochschulen leben von engagierten Wissenschaftler*innen aus der ganzen Welt. Gelingende Forschung braucht nicht nur eine gute finanzielle Absicherung, sondern auch die Möglichkeit, frei zu denken und sich frei auszutauschen. Für uns ist es

eine wichtige Aufgabe der Hochschulen, die Vielfalt zu fördern und diese Freiheiten zu erhalten.

Hochschulen waren aber auch schon immer Orte kritischer Selbstreflexion. Die Black-Lives-Matter-Bewegung (BLM) hat uns nochmal eindrücklich ins Bewusstsein gerufen, wie sehr diskriminierende Strukturen und Denkweisen in der Gesellschaft, aber auch in Institutionen verankert sind. Mit der Gesamtstrategie „Koloniale Verantwortung“ arbeiten wir die koloniale Geschichte auch an unseren Hochschulen auf. Jede Hochschule, die als Institution, durch ihre Sammlungen oder durch Personen einen Bezug zur Kolonialzeit aufweist, soll ihre Strukturen und Bezüge öffentlich aufarbeiten.

Die Hochschulen im Land bilden die Gestalter*innen von morgen aus. Hier wird Zukunft gemacht! Wir Grüne wollen Studiengänge wie Informatik oder Technik- und Naturwissenschaften so gestalten, dass diese für alle attraktiv sind. So können unterschiedliche Lebenswelten und Perspektiven in die Gestaltung der Zukunft einfließen. Im Sinne tatsächlicher Gleichberechtigung unterstützen wir dabei besondere Angebote für Frauen in Studiengängen, in denen diese unterrepräsentiert sind.

Studierende haben es oft schwer, ein bezahlbares Zimmer oder eine Wohnung zu finden. Diese soziale Frage betrifft längst nicht mehr nur die Universitätsstädte. Wir unterstützen daher die baden-württembergischen Studierendenwerke bei ihrer Aufgabe, günstigen Wohnraum bereitzustellen. Studierende mit Behinderungen sollen nachteilslos und diskriminierungsfrei an unseren Universitäten studieren können. Deshalb setzen wir uns für Barrierefreiheit der Gebäude sowie für einen fairen Nachteilsausgleich ein, inklusive Prüfungsangeboten und der Sensibilisierung für Inklusion an Hochschulen. Wir wollen den Austausch mit Studierenden mit psychischen Störungen, chronischen Krankheiten oder unsichtbaren Behinderungen stärken, um deren Bedürfnissen nach inklusiver Lehre nachzukommen.

Für Hochschulen, die Nachhaltigkeit erforschen – und umsetzen

Forschung trägt dazu bei, die drängenden Probleme des Klima- und Artenschutzes zu lösen. Zugleich stecken im Bau und Betrieb der Hochschulen und Studierendenwerke noch ungenutzte ökologische Potenziale. Beides wollen wir miteinander verbinden.

Wissenschaft für Nachhaltigkeit – wir gehen voran. Dazu wollen wir einen Schwerpunkt in der Forschungsförderung setzen. Hierzu werden wir erneut eine „Expertengruppe Nachhaltigkeit“ einsetzen, die Handlungsempfehlungen für gute, nachhaltige Forschungskonzepte erarbeitet. Wir wollen den „Umweltforschungsplan Baden-Württemberg für Klimaschutz und Nachhaltigkeit“ von Umwelt- und Wissenschaftsministerium deutlich erweitern. Wir setzen uns dafür ein, dem ökologischen Grundlagenwissen in den relevanten Fächern einen stärkeren Stellenwert zu geben. In der Lehramtsausbildung wollen wir Nachhaltigkeit und Klimaschutz stärker verankern.

Sowohl in der Forschung als auch im Hochschulbetrieb soll Baden-Württemberg Leitregion für emissionsfreie Mobilität werden. Dazu bauen wir analog zum Cyber Valley eine landesweite Plattform Mobilitätsforschung entlang der Achse Karlsruhe-Stuttgart-Ulm auf. Hierzu gehört auch das neue „Baden-Württemberg Institut für Nachhaltige Mobilität“. Das Modellprojekt emissionsfreier Campus wollen wir auf weitere Hochschulen ausweiten.

Unser Ziel: Hochschulen und Studierendenwerke sind ökologische Vorreiter in Baden-Württemberg. Dafür machen wir Klimaschutz zur Chef*innensache: Wir haben Nachhaltigkeit zu den zentralen Aufgaben der Hochschulen erhoben und die Verantwortung direkt bei den Hochschulleitungen angesiedelt. Sämtliche Hochschulen sollen in den nächsten zehn Jahren auf einen CO₂-neutralen Betrieb umgestellt

werden. Dazu beschleunigen wir die Sanierungen der Hochschulgebäude, um die Energieeffizienz zu steigern.

In den Hochschulmensen und Cafeterien der Studierendenwerke gehen täglich mehr als 50.000 Essen über die Theke. Wir wollen den Anteil an biologischem und regionalem Essen hier deutlich ausbauen. Außerdem soll jeden Tag ein preiswertes veganes bzw. vegetarisches Gericht angeboten werden.

Wir unterstützen Forschungsvorhaben zur Kreislaufwirtschaft im Hinblick auf Fertigung und Konsumverhalten. Hochschulen und Studierendenwerke sollen nach dem Zero-Waste-Prinzip eigene Strategien für eine vollständige Kreislaufwirtschaft entwickeln und umsetzen. Wir stärken ihnen den Rücken!

Die gesellschaftliche Verantwortung der Forschung wird beim Thema Tierversuche besonders deutlich. Wir fordern, eine bundesweite Negativdatenbank einzurichten. So können unnötige Versuchswiederholungen verhindert werden. Wir wollen, dass der Tierschutz im Landeshochschulgesetz verankert wird. Um Tierversuche zu ersetzen, wollen wir Alternativmethoden stärken. Diese Methoden sind die Zukunft. Wir haben deshalb in der vergangenen Legislaturperiode das 3R-Netzwerk (Replacement, Reduction, Refinement) eingerichtet, das hier eine Vorbildfunktion einnimmt. Damit wollen wir die Zahl der Tierversuche senken.

Technikfolgenabschätzung stärken – im Dialog mit Gesellschaft und Wirtschaft

Technikfolgenabschätzung stärken – Dialog verankern: Wir Grüne stehen für eine Politik, die sich an wissenschaftlicher Evidenz orientiert. Es ist wichtig, ethische Perspektiven und Fragen der Technikfolgenabschätzung frühzeitig in die Forschung zu integrieren. Dabei geht es

auch um die gesellschaftlichen Auswirkungen von Forschungserkenntnissen und ihren möglichen Anwendungen. Hier muss die Gesellschaft einbezogen werden. Daher wollen wir die Technikfolgenabschätzung stärken und den Dialog der Wissenschaft mit Politik, Gesellschaft und Wirtschaft institutionell verankern. Das Vorsorgeprinzip liefert dazu eine wichtige Orientierung. Wir haben bereits einen Ethik-Beirat zum Thema KI im Cyber Valley eingesetzt. Analog wollen wir ein landesweites Forum Forschungsethik einrichten, das den Dialog zwischen Gesellschaft und Wissenschaft, Politik und Wirtschaft organisiert.

Zudem wollen wir neue Formate der Beratung des Landtags durch die Wissenschaft erproben. Das kann beispielsweise ein Rat sein, der mit zufällig ausgewählten Bürger*innen und Wissenschaftler*innen besetzt ist und Impulse zu wichtigen landespolitischen Themen gibt.

Eine wichtige Rolle beim Dialog zwischen Wissenschaft und Gesellschaft kommt der Wissenschaftskommunikation zu. Das hat nicht zuletzt ihre Bedeutung in Zeiten der Pandemie gezeigt. Wissenschaftliche Erkenntnisse so vermitteln zu können, dass sie auch über die Fachwelt hinaus einem interessierten Publikum zugänglich werden, ist eine wichtige Grundlage für wissenschaftlich fundiertes Handeln in Politik und Gesellschaft. Dies stellt eine bedeutende Kompetenz für Wissenschaftler*innen dar, die erlernt und eingeübt werden muss. Wir wollen Wissenschaftskommunikation ausbauen und in der Hochschuldidaktik verankern. Das Nationale Institut für Wissenschaftskommunikation (NaWik) in Karlsruhe ist für uns Ausgangspunkt für den Aufbau starker Orte für Wissenschaftskommunikation. Sie sollen nicht nur Forschende weiterbilden, sondern auch die gesamte Gesellschaft erreichen.

Den Austausch zwischen Hochschulen und ihren Standortkommunen wollen wir stärken. Wir schlagen vor, dass Hochschulen hierzu unter Beteiligung gesellschaftlicher Akteur*innen und der Hochschul-

angehörigen Leitbilder erarbeiten. Im Ergebnis könnte geprüft werden, ob Gemeinderäte ein beratendes Mitglied in die jeweiligen Hochschulräte entsenden.

Reallabore sind das Flaggschiff einer Wissenschaft, die am engen Austausch mit der Gesellschaft orientiert ist. Hier lösen Wissenschaft und Gesellschaft partnerschaftlich konkrete Probleme und tragen so dazu bei, die großen gesellschaftlichen Herausforderungen zu lösen. Dieses Format wollen wir verstetigen und ausbauen, auch in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, etwa im EUCOR-Verbund.

Bürger*innenwissenschaft oder „citizen science“ findet nicht nur im Reallabor statt. Als Land wollen wir Anreize setzen, damit Hochschulen und Forschungseinrichtungen diese Instrumente des beidseitigen Austauschs verstärkt nutzen. Transfer und Partizipation in der Wissenschaft möchten wir weiter ausbauen. Dazu wollen wir die Entwicklung und Umsetzung neuer Beteiligungsformate fördern.

Hochschulen und Start-ups vernetzen, internationalen Austausch ausbauen

Wir gestalten innovative Wissenschaft aus einer Hand. Von der Grundlage bis zur Anwendung braucht es eine gemeinsame Zuständigkeit und kluge Scharniere. Dies betrifft insbesondere die Einrichtungen der Fraunhofer-Gesellschaft und der Innovationsallianz, für die derzeit das Wirtschaftsministerium zuständig ist. Hier kommt es immer wieder zu Reibungsverlusten. Wie in anderen Ländern wollen wir daher die Zuständigkeit für die wirtschaftsnahe Forschung künftig im Wissenschaftsministerium ansiedeln.

Die Wirtschaft in Baden-Württemberg befindet sich in einem grundlegenden Transformationsprozess. Die Bedeutung der Hochschulen als Orte der Weiterbildung, der beruflichen Neuorientierung

und des lebensbegleitendes Lernens nimmt zu. Wir stärken die Hochschulen in dieser Rolle – unter anderem durch weitere flexible Studienmodelle, Online-Kurse und indem wir die Rahmenbedingungen für ihre Weiterbildungsangebote anpassen. Auch bei ihren Aktivitäten im Bereich Transfer und Start-ups werden wir die Hochschulen weiterhin und noch umfassender als bisher unterstützen.

Wir wollen Förderprogramme und Gründungszentren wie den Gründermotor an Hochschulen weiter ausbauen und vernetzen. An jeder Hochschule in Baden-Württemberg wollen wir eine Außenstelle des Gründermotors etablieren, um junge Gründer*innen zu unterstützen. Darüber hinaus wollen wir die staatlichen Mittel für Risikokapital aufstocken – für die sogenannte Pre-Seed-Phase vor der Gründung, in der z.B. mit Forschung und Entwicklung die Basis gelegt wird, bis zur Venture-Phase, in der das neue Unternehmen gegründet wird und Produktion und Vertrieb aufgebaut werden. Damit helfen wir Start-ups im Land, auch international sichtbarer zu werden und sich schneller zu etablieren.

Der wissenschaftliche Austausch über alle Grenzen hinweg ist heute wichtiger denn je. Wir unterstützen den europäischen und internationalen Austausch der Hochschulen und der Studierenden. So beteiligen sich viele Hochschulen in Baden-Württemberg an Europäischen Hochschulen. Der Europäische Campus Oberrhein (EUCOR) ist hier ein Schrittmacher. Wir werden die europäische Vernetzung der Hochschulen ausbauen und weiterentwickeln.

Darum Grün!

Wer Grün wählt, stimmt für

- Baden-Württemberg als starkes Hochschul- und Forschungsland, das die strategischen Zukunftsthemen in der Forschung und die regionale und internationale Vernetzung stärkt
- den Austausch zwischen Hochschule, Politik, Gesellschaft und Wirtschaft durch partizipative Forschungsformate
- neue Instrumente der Technikfolgenabschätzung und der wissenschaftlichen Politikberatung
- ein Update beim digitalen Lernen und Lehren
- die Förderung der Vielfalt an den Hochschulen
- die Stärkung der Wissenschaft für Nachhaltigkeit und für nachhaltig betriebene Hochschulen

7.

Digitalisierung

Digitalisierung soll Mensch
und Umwelt dienen

Digitalisierung ist für uns kein Selbstzweck, sondern ein Instrument, um unser Leben nachhaltiger zu machen, den Alltag der Menschen zu erleichtern und Prozesse zu vereinfachen. Hierfür braucht es einen politischen Rahmen, der zukunftsweisende Innovationen fördert und negative Teilaspekte vermeidet. Wir wollen die analoge und die digitale Welt klug verzahnen und sehen die Digitalisierung als Querschnittsaufgabe. Dazu benötigt unsere vernetzte Gesellschaft offene Diskussionsräume und eine kritische Digitalbildung. Nachhaltige, ressourcenschonende Digitalisierung wird die Lebensqualität der Menschheit verbessern und die Natur als unsere Existenzgrundlage erhalten. Baden-Württemberg als führende Wissenschafts- und Wirtschaftsregion hat hier einen großen Standortvorteil. Den müssen wir nutzen, um mit grüner Technologie den sozialen und ökologischen Wandel international zu gestalten.

Wir verstehen den Breitbandausbau als Aufgabe der Daseinsvorsorge und wollen weiter intensiv daran arbeiten, die Infrastruktur zu verbessern. Wir setzen uns für einen flächendeckenden Ausbau ein und wollen auch die letzten weißen Flecken mit schnellem Internet versorgen. Mit dem Betreibermodell sind wir bereits sehr erfolgreich. Wir möchten die Landkreise und Kommunen damit weiterhin unterstützen, leistungsstarke Netze ausbauen zu können. Dazu gehört für uns auch der Ausbau von Smarter Infrastruktur. Teil dieser Offensive ist ein enges Netz an WLAN-Hotspots, die öffentlich vollumfänglich

zugänglich sind. Dabei wollen wir auch Freifunk-Initiativen vor Ort unterstützen.

Weil die Bedeutung digitaler Infrastruktur und Wirtschaft im ganzen Land weiter steigt, aktualisieren wir den Landesentwicklungsplan. Wir erweitern die Regionalplanung um die Aufgabe, regionale Digitalpläne zu erstellen. Innovative und verallgemeinerbare Vorhaben daraus werden wir fördern. Wir unterstützen eine digitale Musterregion im ländlichen Raum, in der Kommunen, Landkreise, lokale Wirtschaft und zivilgesellschaftliche Initiativen gemeinsam ein solches regionales Entwicklungskonzept umsetzen. Wichtig ist uns dabei eine wissenschaftliche Begleitung von Anfang an.

Die Chancen der Digitalisierung für gute Arbeit wollen wir nutzen. Dafür wollen wir die betriebliche Mitbestimmung stärken.

Innovationen ein Zuhause geben

Als erste Landesregierung haben wir eine umfassende Digitalisierungs- und KI-Strategie auf den Weg gebracht. Das Cyber Valley in der Region Stuttgart-Tübingen hat sich als führendes Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz (KI) in Europa etabliert. Ihm haben wir einen Ethik-Beirat zur Seite gestellt, um sicherzustellen, dass hier auch die ethischen und gesellschaftlichen Auswirkungen von KI berücksichtigt werden. Das Cyber Valley wollen wir weiter ausbauen und zum Kern eines Ökosystems machen, das Unternehmen, Start-ups, Forschung und Entwicklung miteinander vernetzt. Eine wichtige Rolle kommt dabei dem anwendungsorientierten KI-Innovationspark zu, den wir eng mit dem Cyber Valley vernetzen wollen.

Neben den großen Chancen, die die Künstliche Intelligenz uns bietet, sind wir uns der Risiken von Diskriminierung und unfairer Behandlung bewusst. Da KI immer mehr Lebensbereiche – von

Versicherungen, über Bewerbungsverfahren bis hin zu polizeilichen Ermittlungen – betrifft, wollen wir führend im Bereich der verantwortungsvollen KI-Entwicklung werden. Als Land wollen wir Vorbild sein und KI nur einsetzen oder fördern, wenn die ethischen und gesellschaftlichen Auswirkungen berücksichtigt worden sind.

Auch die Technologie von übermorgen haben wir schon heute im Blick: die Quantentechnologie. Sie verspricht Fortschritte auf zahlreichen Gebieten – von der medizinischen Diagnostik bis zur organischen Solarzelle. Unser Land steht schon jetzt exzellent da und profitiert von einem Netzwerk, das die Stärken von sieben Forschungsstandorten bündelt: Ulm, Stuttgart, Freiburg, Heidelberg, Karlsruhe, Tübingen und Konstanz. Diese Stärke wollen wir weiter ausbauen und mit anderen Technologiebereichen zusammenführen. Die Entwicklung des quantentechnologischen „Computers der Zukunft“ fassen wir in einem leistungsfähigen Netzwerk mit einem eigenen Forschungsprogramm zusammen.

Der digitale Markt wird oft von einzelnen Großunternehmen beherrscht, deren Monopole für gesellschaftliche Teilhabe und fairen Wettbewerb oft eine Hürde darstellen. Das europäische Wertemodell, bei dem Datenschutz und Netzneutralität im Vordergrund stehen, soll am Technologiestandort Baden-Württemberg ein Antrieb für neue Ideen und Unternehmen sein. Gleichzeitig fördern wir die Entwicklung von Sicherheitsmaßnahmen für Standard-Computer in einer „Post-Quanten-Zeit“.

Oft bleiben bahnbrechende Innovationen lange unentdeckt oder ihr wirtschaftliches Potenzial wird unterschätzt. Beispielsweise wurde der MP3-Standard, mit dem Musik übertragen und wiedergegeben werden kann, in Deutschland entwickelt. Vermarktet aber haben ihn Unternehmen in anderen Ländern. Damit solche grundlegenden Erfindungen entdeckt und gefördert werden, machen wir mit unserem

InnoLab_bw die Unterstützung bahnbrechender Innovationen zur Priorität. Wir werden es perspektivisch mit der Agentur für Sprunginnovationen auf Bundesebene verknüpfen und dahingehend ausbauen. Damit wollen wir die Chancen, die der Erfindergeist der Menschen in unserem Land bietet, besser nutzen.

Digitalisierung als grünes Instrument gestalten

Wir wollen die Digitalisierung nach grünen Leitlinien gestalten: nachhaltig, dezentral und offen sowie sicher und frei für alle. Wir nutzen den digitalen Wandel, um soziale, ökonomische und ökologische Nachhaltigkeit voranzubringen, und machen Baden-Württemberg zum Vorreiter entsprechender Informationstechnologie. Gleichzeitig ist uns bewusst, dass Digitalisierung auch materielle Ressourcen verbraucht. Die digitale Welt ist energieintensiv und keineswegs automatisch grün. Energie, die an einer Stelle eingespart wird, soll nicht an anderer Stelle doppelt verbraucht werden. Damit wir unseren Energieverbrauch insgesamt reduzieren, braucht es dringend politische Weichenstellungen.

Wir werden die Nachhaltigkeit in der Digitalisierung zu einem ressortübergreifenden Schwerpunktthema machen. Wir müssen den Fokus der Green-IT-Strategie um den Software-Bereich erweitern, denn hier liegen enorme Emissionseinsparpotenziale. Green Coding, also umweltfreundliche und stromsparende Programmierung, wollen wir stärker in den betroffenen Studiengängen und Ausbildungen integrieren. Auch auf der Hardware-Ebene werden wir die Green-IT-Strategie des Landes weiterentwickeln. Es gilt, die IT-Infrastruktur des Landes und der Kommunen klimaneutral aufzustellen. Wir wollen den Stromverbrauch senken, indem wir zum Beispiel die Abwärme von Rechenzentren nutzen und digitale Wartungs-, Steuerungs- und Regelungstechnik einsetzen.

Zur Produktion elektronischer Geräte werden viele seltene Ressourcen verwendet, die nicht verbraucht werden, aber am Ende der Lebensdauer des Geräts im Müll landen. Hier gilt es, eine Recyclingstrategie zu entwerfen, damit eine Kreislaufwirtschaft entsteht und die Rohstoffe längerfristig aus der lokalen Wirtschaft rückgeführt werden. Zusätzlich wollen wir die Rohstoffgewinnung und die Arbeitsbedingungen entlang der IT-Wertschöpfungskette in den Blick nehmen und Ansätze fördern, die fair produzierte und reparierbare Geräte entwickeln.

Wir werden die Prozesse der öffentlichen Verwaltung noch intensiver auf ihre Digitalisierungspotenziale untersuchen und dabei den Blick insbesondere auf den Ressourcenverbrauch und die Klimaauswirkungen legen. Wir unterstützen dies durch einen revolvierenden Green-IT-Fonds, der eingesparte Ressourcen und eine bessere Klimabilanz von Prozessen belohnt und so den Umstieg auf oder die Erweiterung um einen digitalen Prozess erleichtert.

Wir verbinden Digitalisierung und Ökologie und machen Baden-Württemberg zur europäischen Leitregion für eine nachhaltige Entwicklung der Digitalisierung. Wir schaffen ein Netzwerk europäischer Regionen, das das Wissen und die Kräfte in diesem Bereich bündelt.

Auch die Verkehrsinfrastruktur wird in den kommenden Jahren verstärkt mit digitalen Technologien ausgestattet werden. Dazu gehört etwa das Europäische Zug-Kontroll-System ETCS, eine Art Autopilot für die Schiene. Dazu gehören neue Informations- und Kommunikationsmittel, die den Verkehr steuern. Oder die intelligente Straße, die mit Fahrzeugen kommuniziert. In allen Feldern werden wir die Digitalisierung vorantreiben, um Mobilität besser, vernetzter, sicherer und nachhaltiger zu gestalten.

Ein freier und gleichberechtigter Zugang zur vernetzten Welt für alle

Wir setzen uns ein für eine digitale Welt, die niemanden ausschließt, die hass- und diskriminierungsfrei ist. Alle sollen teilhaben können und den digitalen Wandel mitgestalten. Mehr Angebote der Medienbildung und Informatik an Schulen, aber auch Angebote für Senior*innen sind erforderlich, damit ein selbstbewusster Umgang mit der Technologie in Zukunft Standard wird und die Digitalisierung die Generationen nicht spaltet, sondern verbindet.

Wir setzen uns aktiv dafür ein, sichtbare und unsichtbare Diskriminierungen im IT-Bereich abzubauen. Das betrifft etwa die Wahl von Schul- und Studienfächern oder die Berufswahl. Das betrifft aber auch selbstlernende Systeme, die Vorurteile in ihrer Datenbasis verankern. Mit umfassenden Bildungsangeboten sowie Wettbewerben, Förderprogrammen und Hackathons wollen wir alle an der Entwicklung digitaler Werkzeuge beteiligen, die solche Barrieren abbauen.

In der Corona-Krise wurde sehr deutlich, wie essenziell eine stabile und schnelle Internetverbindung für Teilhabe ist und dass die Infrastruktur in Baden-Württemberg hier weiter stark ausgebaut werden muss. Der Zugang zu schnellem Internet gehört zur Daseinsvorsorge und muss deshalb flächendeckend, sicher und diskriminierungsfrei sein. Denn eine funktionierende digitale Infrastruktur ist Voraussetzung für Arbeit, gesellschaftliches Leben, Bildung, Kultur und unsere alltägliche Kommunikation. Ist das gewährleistet, kann Digitalisierung für Chancengerechtigkeit sorgen. Dann löst sie Abhängigkeiten und wird zum Innovationssprungbrett für Wirtschaft, Wissenschaft, Verwaltung und Zivilgesellschaft. Wir wollen der Zivilgesellschaft Raum geben, um die digitale Zukunft mitzugestalten – zum Beispiel in Hackerspaces. Wir wollen aber auch Menschen, die aufgrund ihres

Alters mit digitalen Medien nicht vertraut sind, bezüglich der gesellschaftlichen Teilhabe im Blick behalten und mit entsprechend angepassten Angeboten unterstützen.

Wir forcieren eine neue Kultur der Offenheit. Wir werden Daten, Forschungsergebnisse und Bildungsmaterialien zur Verfügung stellen und Schnittstellen offenlegen. So wollen wir die Vernetzung fördern sowie Open-Source-Anwendungen und Communitys unterstützen. Wir sind überzeugt: Was mit öffentlichen Geldern bezahlt wurde, soll auch öffentlich verfügbar sein.

Wir setzen uns dafür ein, das digitale Ehrenamt zu fördern. Zudem treten wir für verbesserte rechtliche und steuerliche Rahmenbedingungen für die „Open“-Bewegung ein.

Schutz unserer Privatsphäre und persönlichen Daten

Selbstbestimmung über die eigenen Daten und höchste Standards beim Datenschutz und der IT-Sicherheit – darin soll Baden-Württemberg ganz vorne stehen. Wir stärken den Verbraucherschutz, indem wir die Kapazitäten und Kompetenzen für die Überprüfung von Software bei der Marktaufsicht erhöhen. So können wir Mängel hinsichtlich IT-Sicherheit und Datenschutz bei vernetzbaren Konsumgütern finden und ahnden.

Durch die fortschreitende Vernetzung und Digitalisierung in allen Gesellschaftsbereichen eröffnen sich auch Sicherheitslücken. Insbesondere der Bereich der kritischen Infrastruktur und sensible Daten der Bürger*innen müssen streng geschützt werden. Dafür stärken wir das Amt des*der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit. Unsere Unternehmen unterstützen wir über die Cyberwehr Baden-Württemberg und verknüpfen diese mit der Wissenschaft.

Der souveräne Umgang mit digitalen Angeboten ist eine Schlüsselkompetenz in der Digitalität. Und dies umfasst weit mehr, als Handy, Tablet und Co. technisch bedienen zu können. Die Medienbildung haben wir daher schon in den vergangenen Jahren in Schule, Hochschule und außerschulischen Angeboten fest verankert. Hier werden wir anknüpfen und unter anderem die erfolgreiche Initiative Kindermedienland verstetigen und weiter ausbauen.

Fake News und Verschwörungsmythen, die sich über das Netz ausbreiten, schüren Hass und Angst. Befördert wird dies vielfach durch die Algorithmen von Internetgiganten wie Facebook und Google. Sie lassen regelrechte Echokammern entstehen, in denen die Meinungsvielfalt keinen Platz hat. Dem wollen wir entschieden entgegenreten und werden auch weiterhin Fake News und Hass im Netz bekämpfen!

Für eine modernisierte und digital-souveräne Verwaltung

Mit dem Beteiligungsportal des Landes haben wir im Zeitalter der fortschreitenden Digitalisierung einen wichtigen Baustein einer modernen partizipativen Politik konzipiert, der neue Maßstäbe setzt. Damit nutzen wir das Wissen und die Kreativität der Menschen im Land. Die zahlreichen Rückmeldungen auf diesem Weg sind wertvolle Impulse für die politische Arbeit der Landesregierung, mit denen wir uns weiterhin ernsthaft auseinandersetzen.

Um Transparenz zu garantieren und Beteiligung zu ermöglichen, wollen wir die E-Government-Angebote weiter ausbauen. Verwaltungsleistungen wie die Anmeldung zum Kindergarten, Plakatiergenehmigungen oder der Bauantrag werden so barrierefrei und mehrsprachig digital zur Verfügung gestellt. Sie können über das Verwaltungsportal service-bw unkompliziert genutzt werden. Das Once-Only-Prinzip (ein-

mal anmelden, Daten weitergeben, Datenschutz beachten), der Schutz personenbezogener Daten der Bürger*innen und beste IT-Sicherheit sind für uns dabei zentral. Der Gang zum Amt, das lästige Ausfüllen von Formularen und lange Wartezeiten gehören damit der Vergangenheit an. Dazu wollen wir tiefgreifende Kompetenzen in der Verwaltung aufbauen. Wir wollen die Verwaltungsdaten des Landes und der Kommunen im Sinne von Open Government Data verständlich machen und entsprechend aufbereitet zur Verfügung stellen. Alle sollen darauf zugreifen und sie als Innovationstreiber nutzen können.

Wir werden die Digitalisierung zur Chefsache machen. Denn hier gilt es, über die Ressortgrenzen hinaus zu denken und zu agieren, um Innovationen und Ideen in Wirtschaft und Verwaltung zu fördern und die Digitalisierung in der Öffentlichkeit zu repräsentieren.

Um die digitale Souveränität des Landes und der Kommunen sicherzustellen, setzen wir in der Beschaffung und Entwicklung von Software konsequent auf Open-Source-Lösungen. In der IT-Infrastruktur des Landes verhindern wir digitale Monopole und stellen uns gegen beherrschende Marktstrukturen. Die digitale Autonomie ist uns insbesondere im Bildungsbereich wichtig, etwa beim Aufbau digitaler Lernplattformen. Wir wollen Abhängigkeiten von IT-Großkonzernen vermeiden. Wir stärken die öffentlichen IT-Dienstleister BITBW und Komm.ONE und stellen ihre Eigenentwicklungen künftig unter offene Lizenzen. Auf lange Sicht wollen wir unsere öffentlichen IT-Dienstleister fusionieren, damit Land und Kommunen hier noch enger zusammenarbeiten können. So bündeln wir die Zuständigkeiten für die Verwaltungsdigitalisierung und -modernisierung. Der Vorstand dieses künftigen IT-Verbundes, der von Land und Kommunen gemeinsam getragen wird, soll zugleich Chief Information Officer (CIO) werden, also IT-Leiter*in des Landes – mit entsprechender Ausstattung und zusätzlichen Kompetenzen.

In enger Kooperation mit den Kommunen im Land wollen wir die Digitalisierung der Verwaltung in die Fläche tragen. Ein Instrument, das wir hierzu weiter ausbauen wollen, ist die Digitalakademie@bw. Sie trägt den digitalen Kulturwandel in die Verwaltung, fördert Innovationen und macht sie allen zugänglich.

Ein weiteres Instrument zur Stärkung der Verwaltung ist die Zusammenarbeit mit GovTech Start-ups. Darum werden wir in allen öffentlichen Verwaltungen nicht nur die Vergabeprozesse auf ihre Start-up-Freundlichkeit ausrichten, sondern auch systematisch überprüfen, wo wir selbst Verwaltung durch zeitgemäße digitale und KI-basierte Lösungen modernisieren, effizienter und bürger*innenfreundlicher gestalten können. Wir wollen über die nächsten fünf Jahre zusammen mit unseren kommunalen Körperschaften europaweit führend in der Einbindung von GovTechs/Start-ups werden und uns so auch als Standort für diese globale Wachstumsindustrie etablieren.

Darum Grün!

Wer Grün wählt, stimmt für

- eine Politik, die den digitalen Wandel konsequent nutzt, um soziale, ökonomische und ökologische Nachhaltigkeit voranzubringen
- den Ausbau des InnoLab_bw zu einer Agentur, die den Erfindergeist nutzt und bahnbrechende Geschäftsmodelle fördert
- eine Open-Data-Politik, die mehr Transparenz schafft und allen den Zugang zu Daten der öffentlichen Hand gewährt
- höchste Standards bei Datenschutz und IT-Sicherheit
- digitale Autonomie von Land und Kommunen
- eine barrierefreie, digitale Verwaltung, die den Alltag von Bürger*innen und Unternehmen erleichtert

8.

Wohnen und

Raumplanung

Nachhaltiges Wohnen bringt
Lebensqualität und Klimaschutz
zusammen

W

ohnen ist mehr als eine Adresse zu haben. Mehr als Zimmer, Küche, Bad. Wohnen bedeutet, ein Zuhause zu haben und eingebunden zu sein in eine Gemeinschaft. Dies wollen wir als Grüne so lebenswert wie möglich gestalten: mit einer Aufwertung der Stadtviertel und Ortskerne, einer Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr und einer Art zu bauen, die innovativ, menschen- und umweltfreundlich ist. Wir denken bezahlbaren Wohnraum und Klimaschutz zusammen. Wir stehen für eine Raumplanung, die Flächen schont und Quartiere lebendig hält.

Grüne Wohnungspolitik zeigt zunehmend Wirkung! Wir haben ein starkes Landeswohnraumförderprogramm auf den Weg gebracht und es mit 250 Millionen Euro jährlich ausgestattet. Sowohl bei unserem Schwerpunkt Mietwohnungsbau als auch beim Wohneigentum haben wir die Bedingungen deutlich verbessert. Mehr als eine Milliarde Euro wird die Landesregierung bis 2021 in die Förderung von bezahlbarem Wohnraum investieren. Wir haben die Kommunen gestärkt, damit sie ihr Ziel erreichen und mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen können. Mit dem neu aufgelegten Grundstücksfonds des Landes ermöglichen wir es auch Kommunen mit weniger Finanzkraft, Grundstücke aufzukaufen. So schaffen wir die Voraussetzungen für eine vorausschauende und gemeinwohlorientierte Grundstücks- und Wohnungspolitik. Dieser Grundstücksfonds bildet zusammen mit dem „Kompetenzzentrum Wohnen BW“ den „Kommunalfonds Wohnraumoffensive BW“. Damit

unterstützen wir die Kommunen passgenau beim Bauen und Planen. Sie sind hierfür die entscheidenden Akteure. Über den Grundstücksfonds hinaus wollen wir ihnen über das Agrarverbesserungsstrukturgesetz den Zugang zu Grundstücken erleichtern.

Wir wollen nicht nur bezahlbaren Wohnraum schaffen, sondern auch den Klimaschutz stärken. Das war und ist uns besonders wichtig. Seit 2020 müssen geförderte Neubauten energetischen Standards genügen, die auch langfristig das Klima schützen und für geringere Wohnkosten sorgen. Um dieses Ziel für die Bauträger*innen möglich zu machen, haben wir als grün-geführte Landesregierung die Förderung erhöht. In der Landesbauordnung haben wir die Hemmnisse beim Holzbau beseitigt und damit regionales, klimaschonendes und innovatives Bauen vorangetrieben. Wir haben die Voraussetzungen für zukunftsfähige Mobilität vorangebracht und es leichter gemacht, innerörtliche Flächen zu nutzen. Im Klimaschutzgesetz haben wir die Pflicht für Photovoltaikanlagen auf allen Neubauten ohne Wohnnutzung verankert und damit bundesweit Maßstäbe gesetzt. Im nächsten Schritt wollen wir eine Solarpflicht auch für neue Wohngebäude durchsetzen und das Ziel „Photovoltaik auf allen geeigneten Bestandsgebäuden“ angehen. Dies erreichen wir durch die Einführung eines kommunalen Solarpotenzialkatasters, das jede Kommune ab dem Jahr 2023 erstellt.

Als grün-geführte Landesregierung haben wir die Mietpreisbremse für 89 Kommunen auf ein stabiles Fundament gesetzt und die Kapungsgrenzen abgesenkt, um Mieterhöhungen auszubremsen. Zudem haben wir in diesen Kommunen die Kündigungssperrfrist von drei auf fünf Jahre verlängert, um die Mieter*innen zu schützen, wenn aus einer Mietwohnung eine Eigentumswohnung wird. Für bestimmte Stadtgebiete muss aufgrund der Umwandlungsverordnung eine Genehmigung erteilt werden, wenn eine Mietwohnung in eine Eigentumswohnung umgewandelt wird. Wir verstehen die Mietpreisbremse als Schutz-

schirm für bezahlbare Wohnungen. Wenn Wohnungen neu vermietet werden, darf der*die Vermieter*in in diesen 89 Kommunen maximal zehn Prozent mehr als die ortsübliche Vergleichsmiete verlangen. Bei bestehenden Verträgen darf die Miete nur noch um 15 Prozent innerhalb von drei Jahren erhöht werden.

Wir sind überzeugt: Wohnungen sind zum Wohnen da! In angespannten Wohnungsmärkten müssen wir sie wirksam vor Zweckentfremdung schützen. Darum haben wir Anbietern wie Airbnb mit einem Zweckentfremdungsverbotsgesetz Grenzen gesetzt. So verhindern wir, dass aus Wohnungen dauerhafte Pensionen werden. Zudem haben wir Gemeinden ermöglicht, Vermieter*innen von Ferienwohnungen zu einer Registrierung zu verpflichten. Das schafft mehr Transparenz und Rechtssicherheit – sowohl für Kommunen als auch für Betreiber*innen von digitalen Vermittlungsplattformen.

Wohnraum für alle – bezahlbar und klimaneutral

Jede*r hat das Recht auf ein angemessenes und bezahlbares Zuhause. Insbesondere in den Ballungszentren Baden-Württembergs konkurrieren Familien, Alleinerziehende, Senior*innen mit kleiner Rente und junge Menschen um günstigen Wohnraum. Deshalb wollen wir in den kommenden zehn Jahren dem Mietwucher die Grundlage entziehen und den Anteil preisgünstiger Wohnungen am Markt erhöhen, sowohl im geförderten als auch im frei finanzierten Bereich. Zudem wollen wir ausreichend altersgerechten Wohnraum schaffen. Was uns wichtig ist: Der Geldbeutel darf dabei nicht entscheiden, ob wir beim Wohnen auch das Klima schützen können. Klimaneutrales Wohnen soll für alle selbstverständlich werden.

Als Land wollen wir mit gutem Beispiel vorangehen. Wir sanieren die landeseigenen Gebäude kreislaufgerecht und wollen – wo möglich –

durch Aufstockungen der landeseigenen Wohngebäude neuen und bezahlbaren Wohnraum schaffen. Mit den jetzigen Eigentümer*innen der 21.000 ehemals landeseigenen LBBW-Wohnungen wollen wir Gespräche führen. Unser Ziel ist, dass wir möglichst viele dieser Wohnungen nach Auslaufen des Kündigungsschutzes 2022 zum Beispiel mittels Belegungsbindungen bezahlbar halten. Die Förderprogramme wollen wir ständig aktuell attraktiv halten und so viele Mittel bereitstellen, dass alle Anträge bedient werden können.

Das Kompetenzzentrum Wohnen wollen wir zu einem umfassenden Unterstützungsangebot des Landes beim Thema Bauen und Wohnen ausweiten. Diese Unterstützung wollen wir neben den Kommunen auch gemeinwohlorientierten Trägern zugänglich machen. Das gilt besonders auch für Genossenschaften. Sie spielen eine wichtige Rolle, um sowohl bezahlbaren als auch klimaneutralen Wohnraum zu schaffen. Mit einer Gründungsoffensive für kommunale Wohnungsgesellschaften wollen wir Kommunen stärken, Boden und Wohnraum selbst vor Ort zu erwerben und gestalten.

Wir Grüne wollen lebendige Dörfer und lebenswerte Städte! Dazu brauchen wir eine sorgfältige Raumplanung und Siedlungsentwicklung. Sie muss den Marktkräften einen Rahmen setzen, Erneuerung ermöglichen und Investitionen anziehen. Ob eine Stadt lebenswert ist, entscheidet sich auch daran, wie viele Kinder auf der Straße spielen. Ob ein Dorf lebendig ist, zeigt sich auch daran, wie viele 80-Jährige daheim leben und am örtlichen Leben teilhaben können. Beides soll bis 2030 nicht die Ausnahme, sondern die Regel sein! Dazu müssen wir vor allem die Planung neu denken, die Versorgung mit Geschäften, Ärzt*innen und Behörden wieder dezentralisieren und lokale Angebote stärken. Wir wollen eine Alltagsversorgung, die zu Fuß erreichbar ist. Alle Altersgruppen wollen wir ins Boot holen. Auch junge Menschen sollen eine Möglichkeit erhalten, sich an der Planung ihrer Lebensum-

gebung zu beteiligen. Das Kompetenzzentrum Wohnen soll daher ein Beteiligungsformat für Kinder und Jugendliche an der Stadtplanung erarbeiten und den Kommunen zur Verfügung stellen.

Mehrgenerationenhäuser und barrierefreies Wohnen fördern

Unsere Gesellschaft ändert sich und mit ihr die Wohnbedürfnisse. Es gilt, die Gebäude und ihre Nutzung an die gesellschaftlichen Veränderungen anzupassen. Der Bedarf an Mehrgenerationenhäusern oder barrierefreiem Wohnraum steigt ebenso wie der Bedarf an neuen gemeinschaftlichen Wohnformen. Statt neu zu bauen, wird das Umbauen und Modernisieren wichtiger. Wir werden deshalb die vorhandene Förderung intensivieren und weiterentwickeln, um bestehenden Wohnraum besser und effektiver zu nutzen.

Wo immer Menschen mehrerer Generationen zusammenleben wollen, sollten wir sie unterstützen. Dies fördert nicht nur den Zusammenhalt, sondern wirkt auch vielen Problemen der modernen Gesellschaft entgegen – von Vereinsamung bis Kinderbetreuung. Um das Mehrgenerationenwohnen zu fördern, wollen wir das Informations- und Beratungszentrum Mehrgenerationenhäuser (IBZ) fest etablieren. Auch das Bauen in Baugemeinschaften wollen wir stärken und gemeinschaftliches Wohnen etwa von Studierenden fördern.

Die Corona-Krise hat gezeigt, dass Homeoffice eine ernsthafte Alternative zur Arbeit im Büro darstellt. Im ländlichen Raum kämpft man aber häufig mit einer schlechten Internetanbindung. Zudem fehlt oft Platz in der eigenen Wohnung. Daher wollen wir ein Pilotprojekt „Coworking-Spaces“ im eher ländlichen Raum starten, das gut ausgestattete und angebundene Büroräume zur Verfügung stellt und so nachhaltig lange Pendelweg erspart.

Barrierefreiheit erleichtert das Wohnen im Alter. Daher wollen wir das Landeskompetenzzentrum Barrierefreiheit ausweiten und für das Thema „Wohnen im Alter“ und für private Anfragen öffnen. Die Einrichtung „halböffentlicher“ Räume, die Privatpersonen bei Bedarf anmieten können, sowie Gemeinschaftsflächen wollen wir fördern. Zusätzlich zu den Programmen der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) brauchen wir eine Förderlinie des Landes für barrierefreies Bauen.

Wir unterstützen Städte und Gemeinden, die sich bemühen, das Qualitätssiegel „Age-friendly City“ („Altersfreundliche Stadt“) der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zu erlangen.

Auch in Baden-Württemberg gibt es viele Menschen ohne festen Wohnsitz. Für sie muss neben sozialen Hilfsangeboten vor allem kurzfristig verfügbarer Wohnraum bereitstehen. Wir orientieren uns hier am Ansatz des „Housing first“. Das bedeutet: Zuerst wird eine Unterkunft vermittelt, erst dann folgen alle weiteren Hilfen. Wir werden die Kommunen bei dieser Praxis, die in Finnland bereits erfolgreich ist, unterstützen.

Für faire Mieten und ein nachhaltiges Flächenmanagement

Wir unterstützen Initiativen, die die gesetzlichen Rahmenbedingungen des Bundes ändern wollen. Unsere gemeinsamen Ziele sind, die Wohngemeinnützigkeit wieder einzuführen, gemeinwohlorientierte Mietshäuser zu fördern und das Mietrecht sozial weiterzuentwickeln. Wir wollen alle Kompetenzen des Landes nutzen, um explosive Mietsteigerungen zu bremsen oder zu begrenzen – entweder durch Regelungen des Landes selbst oder durch mögliche Ermächtigung der Kommunen, entsprechende Regelungen für ihr Gebiet erlassen zu können.

Flächen sind ein begrenztes Gut. Deshalb ist es uns Grünen wichtig, schonend damit umzugehen. Grundlage für die Raumordnung im Land ist der Landesentwicklungsplan (LEP) aus dem Jahr 2002. Er steckt zentrale Ziele ab: die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen, die Wettbewerbsfähigkeit des Landes als Wirtschafts- und Wohnstandort zu sichern, die Funktion von Land- und Forstwirtschaft zu erhalten und angemessene Gestaltungsmöglichkeiten für kommende Generationen zu bewahren. Mit Blick auf diese Ziele stehen wir vor großen neuen Herausforderungen! Deshalb muss der LEP novelliert werden, um dem Umwelt- und Klimaschutz sowie der Flächeneinsparung noch mehr Gewicht zu geben. Auch die digitale Infrastrukturplanung muss aufgenommen werden. In einem breiten Beteiligungsverfahren wollen wir zudem für mehr Transparenz sorgen und so auch die Akzeptanz erhöhen.

Vor Ort sind die Städte und Gemeinden für das Flächenmanagement zuständig. Wir wollen sie im „Kompetenzzentrum Wohnen“ unterstützen, einen Fonds für Flächentausch zu gründen. Hier werden bereits bebaubare Grundstücke gegen Anteile an einem Wohnraumpool oder zukünftig umzulegende Grundstücke getauscht. Und dies gerne auch interkommunal! Das Kompetenzzentrum soll um den Sektor Gewerbebau erweitert werden und gemeinsam mit den Kommunen und der Wirtschaft einen Aktionsplan „Flächensparen“ erarbeiten. Wir wollen uns moderierend einbringen, um Brachflächen zu aktivieren. Wir werden dafür über das Kompetenzzentrum Wohnen „Flächen-Scouts“ vermitteln. Ihre Aufgabe wird es sein, geeignete Flächen für den Wohnungsbau zu identifizieren, Hindernisse im Dialog mit Eigentümer*innen und Kommunen abzubauen und gegebenenfalls auch Flächentausche zu vermitteln. Des Weiteren wollen wir die Kommunen dabei unterstützen, auf Grundstücksbesitzer*innen zuzugehen, um Flächen für sogenannte Tiny Houses, also Minihäuser, freizugeben.

So setzen wir dem Wohnungsmangel nachhaltige, flexible Konzepte entgegen. All dies unterstützt den Bau von bezahlbarem Wohnraum!

Um den Flächenverbrauch einzudämmen, soll bezahlbarer Wohnraum durch Bauen nach oben entstehen. Wir wollen ein Förderprogramm für Dachausbauten und Aufstockungen für private Hausbesitzer*innen sowie kleine und mittlere Wohnungsunternehmen, beispielsweise mit der landeseigenen Förderbank L-Bank, auf den Weg bringen. Voraussetzung für die Förderung ist die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum.

Auch das Wohnraumförderprogramm kann dazu beitragen, nachhaltig mit Flächen umzugehen. Deshalb wollen wir dort Erbbaurechtsmodelle fördern. Nachdem verschiedene Hemmnisse für Aufstockungen in der Landesbauordnung ausgeräumt wurden, wollen wir ein entsprechendes Förderprogramm auflegen.

Innovatives Bauen bringen wir voran – nachhaltig!

Wir Grüne legen großen Wert auf das Bauen mit regionalen und nachhaltigen Baustoffen. Auf dem Weg zu mehr Nachhaltigkeit wollen wir die Holzbauoffensive fortführen und nachhaltige Bauweisen unterstützen. Allein die Herstellung von Beton verursacht rund acht Prozent des weltweit ausgestoßenen CO₂. Allerdings werden Gebäude weiterhin in Massivbauweise errichtet. Im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung muss sich der Massivbau deshalb bis spätestens 2030 komplett auf kreislauffähige und klimaneutrale Bauweisen umgestellt haben. Daher fördern wir Recycling-Beton und führen eine Recycling-Beton-Quote für Neubauten des Landes ein. Um dem aktuellen Rohstoffmangel entgegenzuwirken, setzen wir uns für die Entwicklung eines Katasters für Materialien ein. Damit können Gebäude als Rohstofflager und Städte als Rohstoffminen geplant und genutzt werden. Wir fördern die

Einrichtung eines Zentrums für Architektur und Ingenieurbau. Die Baukompetenz in Baden-Württemberg werden wir weiter aktivieren und nutzen. Modellprojekte für preisgünstige und innovative Bauweisen wollen wir erproben und Plus-Energie-Siedlungen zum Normalfall machen – also Siedlungen, die über das Jahr gesehen aus grünen Quellen wie Photovoltaik mehr Energie erzeugen als sie verbrauchen. Wir wollen die Solarpflicht auf Wohngebäude ausweiten und die Nachrüstung von Bestandsgebäuden beschleunigen. Bei Bestandsgebäuden muss der Energieverbrauch sinken. Das Energie- und Klimaschutzkonzept für landeseigene Liegenschaften setzen wir weiter konsequent um und erweitern es um den Aspekt der Ressourcenschonung. Wir sanieren die landeseigenen Gebäude mit kreislaufgerechten Materialien und geeigneten Sanierungsfahrplänen. Sanierungsförderprogramme koordinieren wir zentral und sorgen für die ganzheitliche Betrachtung nach den Grundsätzen des nachhaltigen Bauens. Dazu gehört es, die CO₂-Bilanzierung und alle Ressourcen- und Energieflüsse zu betrachten.

Die Digitalisierung bietet viele Chancen: Sie kann etwa Verwaltungsprozesse beschleunigen und eine vernetzte Planung und Bewirtschaftung von Gebäuden ermöglichen – das sogenannte Building Information Modeling (BIM). Diese Chancen wollen wir ergreifen. Den Weg der Kommunen zu nachhaltigen, digitalen, partizipativen und smarten Städten und Dörfern werden wir von Landesseite unterstützen, insbesondere durch digitale Beteiligungsprozesse bei der Bauleitplanung. Bauen *für* Menschen geht nur mit Beteiligung *von* Menschen!

Wir Grüne sehen die Kapazitätsengpässe im deutschen Bausektor mit Sorge. Ein entscheidendes Problem, auch bei der Bauwirtschaft, ist der Fachkräftemangel. Wir wollen deshalb in Baden-Württemberg eine Ausbildungs- und Studienoffensive für Berufe im Bausektor starten und die Forschung im Bereich der Städteplanung und der Bauwirtschaft stärken.

Für lebendige Ortsmitten und Stadtviertel

Baden-Württemberg hat viele attraktive Städte und Gemeinden. Aber manch ein Ort könnte noch lebendiger werden. Bis 2030 wollen wir 1500 zusätzliche lebendige und verkehrsberuhigte Orts- und Quartiersmitten schaffen. Dazu zählen autofreie Zonen, Shared Spaces oder Begegnungszonen nach Schweizer Vorbild. Sie steigern die Aufenthalts- und Lebensqualität in den Dörfern und Städten, werten den öffentlichen Raum auf und machen die Straße zum Lebensraum für alle. Aber auch autoarme Stadtviertel wie die Super Blocks nach dem Beispiel der Niederlande und Barcelona gehören für uns Grüne dazu. Hier wird der Durchgangsverkehr aus den Wohngebieten zurückgedrängt. Wir unterstützen Kommunen in ihrem Anliegen, autofreie Innenstädte zu schaffen, und fördern dies.

Eine lebendige Stadt lädt zum Verweilen und Plauschen ein und bietet dazu attraktive Plätze, die allen zugänglich sein sollten. Sie motiviert zur Bewegung, ob auf Spielplätzen oder in der Halfpipe. Und Flanieren bringt Frequenz: Der Einzelhandel profitiert davon, wenn die Aufenthaltsqualität in den Dorf- und Quartiersmitten steigt. Gleichzeitig können durch eine Zusammenführung von Wohnquartieren und Arbeitsstätten lange Arbeitswege und damit klimaschädlicher Pendlerverkehr vermieden werden.

Nicht der Höchstbietende soll eine Fläche für den Wohnungsbau bekommen. Sie soll vielmehr zum Richtpreis an die*den Bauwillige*n mit dem besten Konzept gehen. Diese Konzeptvergabe wollen wir zum Regelfall machen. So ist es möglich, stetig einen Mehrwert für Quartiersentwicklung, Städtebau und Nachhaltigkeit zu erzielen.

Eine lebenswerte Stadt gibt Rad- und Fußverkehr deutlich mehr Raum. Dies verbessert die Aufenthalts- und Lebensqualität nachhaltig. Wir bauen ein Netz von sicheren Fuß- und Radwegen und schaffen

neue Fahrradstellplätze. Wir wollen ein flächendeckendes Tempo 30 und ein Parkraummanagement in Städten. Wir wollen mehr verkehrsberuhigte Bereiche, Fahrradstraßen und Carsharing-Stellplätze im öffentlichen Raum.

Flächenverbrauch eindämmen, Wohnraum ermöglichen

Am Rand von Ballungsräumen wachsen viele Einfamilienhaussiedlungen. Auch dafür werden jeden Tag in Deutschland knapp 60 Hektar als Siedlungs- und Verkehrsflächen neu ausgewiesen. Solche Flächen kann der ÖPNV schlecht erschließen. Durch die intensive Bautätigkeit sind in den vergangenen Jahren weitere wertvolle Bodenflächen verlorengegangen. Für den Naturschutz und für unsere Landwirtschaft müssen wir diesen anhaltend hohen Flächenverbrauch reduzieren. Nur dann können wir unser Ziel erreichen: eine Netto-Null beim Flächenverbrauch. Derzeit liegt die Flächeninanspruchnahme in Baden-Württemberg bei fünf Hektar pro Tag.

In der nächsten Wahlperiode wollen wir den täglichen Flächenverbrauch für Siedlungszwecke auf drei Hektar pro Tag begrenzen. Dazu werden wir in Modellregionen handelbare Flächenausweisungszertifikate erproben. Die heute mögliche Baugebietsausweisung mit beschleunigtem Verfahren und ohne Umweltprüfung nach Paragraph 13b Baugesetzbuch lehnen wir in der derzeitigen Form ab. Wenn diese gesetzliche Regelung dennoch verlängert werden sollte, werden wir darauf hinarbeiten, dass entsprechende Baugebiete bestimmte Kriterien zu erfüllen haben. Dazu gehören etwa Wohnraummangel vor Ort, eine erhöhte Dichte, ein definierter Mindestanteil an günstigen Mietwohnungen, Anbindungen an den ÖPNV sowie an die Radwegeinfrastruktur. Ein weiteres Instrument, um den Flächenverbrauch zu

senken, ist es, unsere Ortszentren weiter zu revitalisieren und vorhandene Infrastruktur für umweltfreundliche Verkehrsmittel freizugeben. Wir wollen den Kommunen beispielsweise die Innenentwicklung erleichtern und die Pflicht einführen, die Potenziale zur Innenentwicklung zu erfassen und offenzulegen.

Flächenschutz ist Natur- und Artenschutz und hat hohe Priorität. Neben der Senkung des Flächenverbrauchs wollen wir bestehende Freiflächen und freie Fassaden in Kommunen tier- und pflanzenfreundlich gestalten. Diese Flächen sollen Arten, die vom Aussterben bedroht sind, wie Insekten und Vögeln einen Lebensraum durch hochstehende Wiesen, Sträucher und begrünte Dächer bieten. Das Verbot von Schottergärten ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Die Erstellung von Flächenkatastern, in denen diese Potenziale erhoben und auch Potenziale zur Dachaufstockung ausgewiesen werden, wollen wir über das Land fördern.

Regionale Baukultur pflegen und entwickeln

Bauen ist viel mehr als nur vier Wände zum Wohnen zu schaffen. Identitätsstiftende und ansprechende Orte, an denen man sich wohlfühlt, machen Quartiere menschenfreundlich. Wir Grüne begrüßen Projekte der doppelten Innenentwicklung, d.h. mehr bauliche Verdichtung und mehr urbanes Grün! Hierzu etablieren wir im „Kompetenzzentrum Wohnen BW“ einen neuen Sektor „Artenvielfalt in der Stadtplanung und Architektur“ und beraten Städte, Gemeinden und Planer*innen bei der Umsetzung von innerstädtischen Biodiversitätsclustern. Wir unterstützen Initiativen, die sich dafür einsetzen, dass nichtkommerzielle Begegnungsräume wie „Ortslinden“ entstehen. Gute Architektur bei neuen Gebäuden ist kein Widerspruch zur Zweckmäßigkeit, sondern eine Frage der Baukultur: Sie kann Identität stiften. Wir wollen

regionale Besonderheiten von Bauformen, Materialien und Siedlungsensembles pflegen und behutsam weiterentwickeln.

Denkmale zu bewahren, unsere Geschichte sichtbar und erlebbar zu machen, Gebäude für künftige Generationen zu erhalten: Das ist in Baden-Württemberg qua Verfassung eine Landesaufgabe. Bei der tatsächlichen Ökobilanz von Gebäuden ist auch die sogenannte Graue Energie zu berücksichtigen. Jedes Gebäude, das weitergenutzt wird, spart Abriss, Deponie und Rohstoffkosten. Bei einer Generalsanierung können 80 Prozent erhalten werden. Auch bei Altbauten können Energieeffizienz und Erneuerbare Energien zur positiven Ökobilanz beitragen. Deshalb sollen Klima- und Ressourcenschutz in den Kanon der verpflichtend abzuwägenden Ziele im Landesdenkmalschutzgesetz aufgenommen werden. Darüber hinaus wollen wir ein Fach- und Netzwerkzentrum zur Sanierung von denkmalgeschützten Gebäuden aufbauen.

Wir wollen die Vielfalt stärken und gleichzeitig zukunftsste, grüne Siedlungen erschaffen. Mit Einfamilienhaus-Siedlungen und Supermarkt-Flachbauten auf der grünen Wiese kann dies nicht gelingen. Daher wollen wir mehrgeschossige Gebäude voranbringen, auch durch Aufstockung und Erweiterung von bestehenden Gebäuden. Wo viele Menschen wohnen, braucht es eine gute Anbindung an Bus und Bahn. Wir Grüne setzen uns dafür ein, dieses Angebot entsprechend auszubauen.

Darum Grün!

Wer Grün wählt, stimmt für

- bezahlbaren, ökologischen Wohnraum für alle
- eine nachhaltige Siedlungsentwicklung mit lebendigen Orts- und Quartiersmitten
- die Begrenzung des Flächenverbrauchs für Natur- und Artenschutz
- barrierefreies Bauen und Wohnen



**Grün wählen und
Baden-Württemberg
zusammenhalten.**



Wir Baden-Württemberger*innen haben Gemeinsinn. Nirgendwo sonst engagieren sich so viele Menschen ehrenamtlich. Der Zusammenhalt ist groß – auch und gerade in der Corona-Pandemie: Die Menschen helfen sich gegenseitig und tragen die notwendigen Einschränkungen zum Schutze aller mit. Das macht uns stark. Daran ändert auch eine laute, aber kleine Minderheit nichts. Aber unser Zusammenhalt gerät mehr und mehr unter Druck – durch Hass im Netz, durch Rassismus, Rechtspopulismus und Rechtsextremismus, die Menschen ausgrenzen und unsere Gesellschaft spalten. Wir halten diesem Hass die Strahlkraft einer solidarischen Gesellschaft entgegen, in der alle gerechte Chancen haben. Das fängt bei den Kleinsten an: Wir werden die Qualität in den Kitas weiter verbessern und die Digitalisierung der Schulen mit Nachdruck vorantreiben. Gerade jetzt gilt es, Familien in all ihrer Vielfalt den Rücken zu stärken. Wir werden Kinderarmut weiter konsequent bekämpfen und einen Masterplan Kinderschutz auf den Weg bringen. Auch beim Thema Gesundheit darf niemand ins Hintertreffen geraten. Wir werden die öffentliche Versorgung in der Stadt und auf dem Land bedarfsgerecht ausbauen. Gesundheit darf nicht vom Geldbeutel oder vom Wohnort abhängen! Wir wollen Geflüchtete und Migrant*innen gut integrieren und die Chancengleichheit für alle Geschlechter vorantreiben. Wir sind überzeugt: Miteinander erreichen wir viel mehr als gegeneinander.

Es geht um viel:

Halten wir zusammen in einer offenen, solidarischen und vielfältigen Gesellschaft.

9.

Kita, Schule und Bildung

Für beste Bildung von
Anfang an

Jeder junge Mensch hat ohne Rücksicht auf Herkunft oder wirtschaftliche Lage das Recht auf eine seiner Begabung entsprechende Erziehung und Ausbildung.“ So steht es in der baden-württembergischen Landesverfassung. Das ist für uns Grüne Auftrag und Ansporn, für Bildungsgerechtigkeit und faire Bildungschancen für alle Kinder und Jugendliche zu sorgen.

Wir denken Bildungspolitik vom Kind aus. Jedes Kind ist eine einzigartige Persönlichkeit mit eigenen Talenten und Fähigkeiten, mit individuellen Stärken und Schwächen. Wir sind überzeugt: Das Bildungssystem muss individuelle Entwicklungswege und Chancengerechtigkeit unabhängig von der Herkunft ermöglichen. So ist gewährleistet, dass alle ihre Fähigkeiten und Kompetenzen erweitern und sich in die Gesellschaft einbringen können. Damit werden die Grundbedürfnisse nach Zugehörigkeit und dem Wachsen an selbstgewählten Aufgaben erfüllt.

In Baden-Württemberg wollen wir allen durch gute Bildung die Chance geben, ihre Talente und Fähigkeiten auszuschöpfen und so das eigene Leben selbstbestimmt in die Hand zu nehmen. Deshalb stehen wir für die bestmögliche Förderung jeder*jedes Einzelnen von der Kita bis zum Beruf und darüber hinaus durch lebensbegleitende Bildung.

Auf diesem Weg sind wir in den vergangenen zehn Jahren schon ein gutes Stück vorangekommen. 2011 haben wir als grün-geführte Landesregierung damit begonnen, den jahrzehntelangen Reformstau aufzulösen.

Ein besonderes Herzensanliegen ist es uns, Kinder in Krippe und Kindergarten gut zu betreuen und zu fördern. Hier war der Nachholbedarf am größten. Seit 2011 haben wir deshalb die Mittel für die Betreuung der Kinder unter drei Jahren massiv gesteigert. Und das mit Erfolg: Heute gibt es über 60 Prozent mehr Krippenplätze als damals. Die Zuschüsse für die Kindertageseinrichtungen für die über Dreijährigen haben wir bedarfsgerecht angepasst. Und wir haben im Land den besten Betreuungsschlüssel der Republik: Bei uns ist im Schnitt ein*e Erzieher*in für drei Kinder unter drei Jahren verantwortlich. Auch mit dem Ausbau der Sprachbildung an unseren Kindergärten haben wir begonnen – in Quantität und Qualität. Denn ohne gute Deutschkenntnisse wird sich ein Kind in der Schule immer schwertun.

Qualität in den Kitas gibt es nur, wenn gutes Personal in ausreichendem Umfang zur Verfügung steht. Darauf haben wir mit PiA, der Praxisintegrierten Ausbildung, reagiert – eine vergütete Ausbildungsmöglichkeit für angehende Erzieher*innen. Dieses Erfolgsmodell haben wir auch über den Pakt für gute Bildung und Betreuung weiter gestärkt.

Wir haben die Kindertagespflege auf eine solide Basis gestellt. Als zweite Säule neben den Kindertageseinrichtungen spielt diese eine wichtige Rolle, um den Rechtsanspruch sicherzustellen. Es war uns daher ein wichtiges Anliegen, die Kindertagespflege qualitativ zu stärken und insbesondere die Tagespflegepersonen finanziell zu stärken.

Bevor wir Grüne ab 2011 in Regierungsverantwortung waren, gab es in Baden-Württemberg Ganztagschulen nur als Schulversuche. Mit der gesetzlichen Verankerung der Ganztagsgrundschule haben wir verlässliche Rahmenbedingungen geschaffen. Wir haben deutlich in den Ausbau der Ganztagschule investiert. Diesen Weg wollen wir nicht nur im Grundschulbereich konsequent weitergehen, sondern ihn auch auf den weiterführenden Bereich ausweiten, weil dieses Schulmodell pädagogisch sinnvoll ist: Hier lernen Kinder und Jugendliche

mehr und besser. Die Ganztagschule sichert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

An den Grundschulen haben wir vier zusätzliche Unterrichtsstunden für Lesen, Schreiben und Rechnen eingeführt. Diese Grundfertigkeiten sind entscheidend für den weiteren Bildungsweg eines Kindes. In der Ganztagschule müssen dabei auch außerschulische Partner*innen einen Platz finden, um lebensnahes Lernen zu ermöglichen. Diese Partner*innen müssen auf Augenhöhe mit der Schule behandelt und ihre Leistung muss entsprechend vergütet werden.

Mit der Gemeinschaftsschule haben wir 2012 erfolgreich eine neue Schulart eingeführt, bei der die individuelle Förderung im Zentrum steht. Auch das Lernen von- und miteinander hat gerade in der Gemeinschaftsschule eine große Bedeutung, die Vielfalt der Schüler*innenschaft wird so produktiv genutzt. Die Schüler*innen lernen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit im jeweiligen Fach auf unterschiedlichen Lernwegen – und entfalten so ihre Fähigkeiten optimal. Davon profitieren die Leistungsstarken ebenso wie die Schwächeren. Das zeigen auch die Abschlussergebnisse. Die Gemeinschaftsschule – ob mit oder ohne Oberstufe – hat sich zu einem echten Erfolgsmodell entwickelt: Bereits nach wenigen Jahren gibt es über 300 im ganzen Land. Regelmäßig werden Gemeinschaftsschulen mit dem deutschen Schulpreis oder als Smart School ausgezeichnet. Und es zeigt sich noch etwas: Die Schüler*innen lernen dort mit höherer Motivation. 2021 werden in Tübingen und Konstanz die ersten Schüler*innen ihr Abitur an einer Gemeinschaftsschule erwerben. Die Oberstufe an der Gemeinschaftsschule wollen wir weitmöglichst ausbauen.

Die Realschule haben wir in erheblichem Umfang mit zusätzlichen Stunden ausgestattet. Sie sollen die individuelle Förderung stärken, um Schüler*innen dort gleichermaßen auf den mittleren und den Hauptschulabschluss vorzubereiten. Das Gymnasium haben wir

ebenfalls mit zusätzlichen Stunden zur individuellen Förderung ausgestattet und den Bildungsplan an die verkürzte Lernzeit angepasst. Die Reform der Oberstufe ermöglicht es den Schüler*innen, ihre persönlichen Interessen und Begabungen auf dem Weg zum Abitur noch besser zu vertiefen.

Durch die Förderung der Schulsozialarbeit gibt es heute mehr als doppelt so viele Schulsozialarbeiter*innen wie vor dem Start der grüngeführten Regierung. Denn manchmal sind es Probleme in der Familie oder auf dem Pausenhof, die Kinder in der Schule ausbremsen. Wir unterstützen den weiteren Ausbau der Schulsozialarbeit und stehen zu unserem Versprechen, als Land ein Drittel zu finanzieren.

Kinder und Jugendliche mit Behinderung gehören in unsere Mitte. Wir Grüne stehen deshalb – in Übereinstimmung mit der UN-Behindertenrechtskonvention – für ein inklusives Bildungssystem. Wir haben die rechtliche Grundlage dafür geschaffen, dass Eltern selbst entscheiden können, ob ihr Kind eine allgemeine Schule oder ein sonderpädagogisches Bildungs- und Beratungszentrum besucht und damit einen wichtigen Zwischenschritt auf diesem Weg erreicht. Kinder mit und ohne Behinderung lernen nun an vielen Schulen im Land gemeinsam. Es bleibt unser Ziel, dass jedes Kind die Förderung erhält, die es braucht. Wir sorgen für zusätzliches Betreuungspersonal und Lehrkräfte. Gleichzeitig stärken wir die sonderpädagogische Unterstützung.

An den beruflichen Schulen haben wir die beruflichen Gymnasien weiter ausgebaut, die an unsere Realschulen und Gemeinschaftsschulen anschließen. Mit der Ausbildungsvorbereitung dual erleichtern wir Jugendlichen den Berufseinstieg, die zusätzliche Förderung benötigen. Und mit Lernwelten und Lernfabriken 4.0 führen wir die berufliche Aus- und Weiterbildung gemeinsam mit der Industrie in das digitale Zeitalter.

Egal, ob die bewährte duale Ausbildung oder ein Studium: Nach der Schule sollen junge Menschen unabhängig von ihrem Abschluss den Berufsweg finden, der zu ihnen passt. Dafür haben wir die Berufs- und Studienorientierung an allen Schularten gestärkt und durch die Leitperspektive Berufsorientierung flankiert.

Die Schulen in freier Trägerschaft ergänzen unsere Bildungslandschaft. Hier entstehen oftmals pädagogische Angebote, die auch für öffentliche Schulen beispielhaft sind. Es ist uns wichtig, die Finanzierung der freien Schulen auf eine auskömmliche Basis zu stellen. Sie sollen grundsätzlich auch Schüler*innen aus sozial-schwächeren Haushalten offenstehen und die gesellschaftliche Vielfalt abbilden. Daher haben wir das Sonderungsverbot konkretisiert und entlasten Schulen, wenn sie auf Schulgeld verzichten.

Nach Schule, Ausbildung oder Studium hört das Lernen nicht auf: Wir leben in einer Welt, die immer komplexer wird. Deshalb wird das lebensbegleitende Lernen – beruflich und privat – immer wichtiger. Entsprechend haben wir die Finanzierung der Weiterbildungsträger angehoben und an den Bundesdurchschnitt angenähert. Wir bleiben an unserem Ziel dran, dass Baden-Württemberg zukünftig über dem Bundesschnitt in Weiterbildung investiert.

Wir sind noch nicht am Ziel

Die Welt verändert sich – und mit ihr verändert sich unsere Gesellschaft. Daraus ergeben sich neue Anforderungen an unsere Bildungseinrichtungen. Mit unseren Bildungsreformen der vergangenen Jahre haben wir das beherzigt und wichtige Schritte nach vorn gemacht. Aber wir wissen auch: Wir sind noch nicht am Ziel.

Uns ist bewusst: Der Schulerfolg eines Kindes hängt noch immer stark von der Herkunft und dem Geldbeutel der Eltern ab. Das wollen wir ändern!

In Baden-Württemberg nimmt die familiäre, soziale und kulturelle Vielfalt der Schüler*innen in hohem Maße zu. Die einen können bei der Einschulung schon lesen, andere verstehen noch nicht alles auf Deutsch. Manche Eltern unterstützen ihre Kinder intensiv bei den Schulaufgaben, in anderen Familien sind die Kinder dabei auf sich gestellt.

Die digitale Transformation fordert auch unsere Schulen fundamental heraus. Es geht um weit mehr als schnelles Internet und ausreichend Tablets. Es geht ums Lernen mit und über digitale Medien. Wir müssen die jungen Menschen befähigen, ihr Leben in der digitalen Welt frei und selbstbestimmt in die Hand zu nehmen. Das ist nicht minder ein unverzichtbares Element einer zeitgemäßen politischen Bildung.

Die Corona-Krise hat all diese Herausforderungen weiter verschärft. Damit hat sich auch die Kluft zwischen den Schüler*innen vergrößert: Die einen hatten einen Computer zu Hause und Eltern, die ihnen beim Homeschooling helfen konnten. Die anderen hatten das nicht. Viele Schulen sind in den vergangenen Monaten engagiert neue digitale Wege gegangen. Die digitale Ausstattung der Schulen hat Fahrt aufgenommen, um den Zugang zu digitalen Endgeräten für alle Schüler*innen zu sichern. Dabei ist es entscheidend, dass wir die Ausstattung der Schüler*innen mit digitalen Endgeräten für ein zukunftsfähiges Bildungssystem auch als Aufgabe des Landes betrachten. Bei der Vergabe der Mittel müssen wir dabei die sozioökonomische Situation der Schulen berücksichtigen, damit die Chancengerechtigkeit auch im digitalen Unterricht gelebt wird. Gleichzeitig hat sich gezeigt: Beim digitalen Lernen gibt es großen Nachholbedarf, sowohl technisch als auch pädagogisch. Hier können Leuchtturmschulen wichtige Beispielgeber sein, wie die digitale Schule von morgen aussehen kann.

Medienkompetenz als Teil des digitalen Lernens ist heutzutage auch Teil der politischen Bildung. Nur wer sich in der immer

komplexeren Medienlandschaft kompetent bewegt, kann Fake News von Real News unterscheiden, kann Postings in digitalen sozialen Medien einschätzen und kritisch reflektieren. Die Corona-Krise hat uns nachdrücklich verdeutlicht: Demokratie lebt durch mündige Bürger*innen. Deshalb brauchen wir an den Schulen politische Bildung – im Lehrplan genauso wie im Schulalltag, wo Demokratie durch Beteiligung mit Leben gefüllt werden muss.

Faire Bildungschancen für alle Kinder

Wir Grüne sind überzeugt: Auf den Anfang kommt es an! Die ersten Jahre des Lebens sind besonders wichtig. Nie wieder lernen wir so viel und so schnell wie in dieser Zeit. Diese Phase ist entscheidend dafür, wie sich ein Kind persönlich und sozial entwickelt. Hier werden die Weichen für den weiteren Bildungsweg gestellt. Deshalb muss jedes Kind von Beginn an die Chance bekommen, seine Potenziale zu entfalten und sich gut und frei zu entwickeln. Neben der Familie sind unsere Krippen und Kindergärten die wichtigsten Orte, um ein Kind in seiner Entwicklung zu begleiten und zu unterstützen. Trotz großer Investitionen in den vergangenen Jahren reichen die Kita-Plätzen bis heute nicht aus. Wir werden daher den weiteren Ausbau der Kinderbetreuung in Krippe und Kindergarten vorantreiben.

Wir wollen den Bildungserfolg von der sozialen Herkunft entkoppeln. Dabei ist es unser Anspruch, dass jedem Kind die gleichen Chancen zustehen, unabhängig vom familiären Hintergrund.

Wie gut gelingt die Integration von Menschen mit Migrationsgeschichte? Diese Frage ist entscheidend für unseren künftigen Wohlstand und unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt. Etwa 40 Prozent der Menschen, die in Baden-Württemberg leben und jünger als 25 Jahre sind, haben einen Migrationshintergrund. Vier von fünf Kindern und

Jugendlichen mit Zuwanderungsgeschichte sind hier aufgewachsen. Schule als Lern- und Lebensort ist – neben der Familie – besonders wichtig, um Sprachkompetenzen zu erlernen und demokratische Werte und Einstellungen aufzubauen.

Wir verstehen Bildung ganzheitlich – als „Lernen mit Kopf, Herz und Hand“. Es geht darum, Wissen und Kompetenzen zu erwerben, die Persönlichkeit zu entwickeln, Kreativität und Motorik zu fördern. Wir streben ein Recht auf Förderung an: Kein junger Mensch soll die Schule verlassen, ohne einen Mindeststandard beim Lesen, Schreiben und Rechnen zu erreichen. Besonders begabte Kinder und Jugendliche werden ihren Interessen entsprechend gefördert. Es ist unser Ziel, dass alle Schüler*innen eine breite Bildung erfahren, die auf ihren individuellen Stärken aufbaut und ihnen ein erfülltes und erfolgreiches Leben ermöglicht.

Es ist unser Ziel, den Weg für eine gute Bildung freizumachen. Die einen finden auf diesem Weg mehr Hindernisse, die anderen weniger. Nicht das Schicksal soll über den persönlichen Lebensweg entscheiden, sondern Engagement, Talent, Fleiß und persönliche Interessen. Dazu brauchen wir ein Bildungssystem, das ermöglicht, ermutigt, fördert und Fehler als Chancen begreift. Alle Kinder sind von Natur aus neugierig und wollen lernen. Die Qualität der Schulen entscheidet mit darüber, ob sie es auch können. Wir wollen nicht alle Kinder über einen Kamm scheren, sondern sie individuell fördern. Nur so können sie ihr volles Potenzial entfalten. Gut ausgestattete Schulen sind eine wichtige Grundlage. Aber am Ende entscheidet die richtige Pädagogik und die Arbeit der Lehrkräfte darüber, ob dies gelingt.

Für ein ganzheitliches Verständnis von Leistung und Bildung

Es ist auch unser Ziel, den Weg für gute Leistungen freizumachen. Zugleich wollen wir den Leistungsbegriff im Bildungswesen neu denken. Leistung bemisst sich für uns nicht in erster Linie daran, Faktenwissen anzuhäufen und Erlerntes wiederzugeben. Leistung bedeutet für uns Grüne auch die Fähigkeit, Verantwortung für sich und andere zu übernehmen. Leistung bedeutet, in der digitalen Gesellschaft von morgen gemeinsam mit anderen Problemen zu identifizieren und zu lösen. Leistung bedeutet, mit unvorhergesehenen Situationen konstruktiv umzugehen – auch wenn es dafür noch keine Formel und keinen Lehrsatz gibt. So stärken wir Schüler*innen auf ihrem Weg, Teil einer solidarischen Gesellschaft zu werden.

Schwierigen Situationen mit Mut und Zuversicht begegnen: Resilienz ist wichtig für jedes einzelne Kind, aber auch für uns als Gesellschaft. Wir alle müssen lernen, in einer zunehmend unübersichtlichen und sich ständig wandelnden Welt zu leben. Selbstbewusste und kompetente, starke und empathische Bürger*innen sind unser größter Trumpf. Der Grundstein für die Persönlichkeit wird auch in der Schule gelegt. Deshalb sind die Schulen nicht nur Orte, die für die Individuen große Bedeutung haben, sondern auch für unser Gemeinwesen als Ganzes. Voraussetzung für die Bildung schöpferischer, selbstwirksamer und resilienter Persönlichkeiten ist jedoch eine neue Lernkultur, die auf Potenzial statt Normen setzt.

Wir werden mit der Zivilgesellschaft einen Dialog „Schule 2030“ führen. Denn die veränderten gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen machen es erforderlich, dass wir als Gesellschaft ein gemeinsames Verständnis eines neuen Bildungsbegriffes entwickeln. Die Ergebnisse dieses Bildungsdialoges werden der Landesregierung als Empfehlungen übergeben.

„Grüne Schulwelt“ von morgen

In der „grünen Schulwelt“ von morgen ist das Schulleben geprägt von Respekt, Vertrauen und demokratischer Beteiligung auf Augenhöhe. Alle Beteiligten arbeiten konstruktiv zusammen: Schulleitung und Lehrer*innen, Eltern, multiprofessionelle Teams, Sportvereine, Musikschulen und viele andere externe Akteur*innen. Die Schulleitungen haben als Motoren der Innovation eine Schlüsselfunktion. Schulen leben „Vielfalt unter einem Dach“. Damit ist Schule gemeint, die Diversität in all ihren Dimensionen gerecht wird. An den Schulen findet rhythmisierter Ganztagsunterricht statt, der den Schüler*innen auch flexible Zeiten für Vereinsaktivitäten und für Unternehmungen mit den Eltern ermöglicht.

Grüne Bildungspolitik orientiert sich an international erfolgreichen Bildungssystemen und nimmt wissenschaftliche Expertise auf. Im Dialog zwischen Wissenschaft, Praxis und Gesellschaft werden Ideen, Perspektiven und Konzepte für Baden-Württemberg entwickelt. Wir werden den wissenschaftlichen Beirat des Kultusministeriums neu ausrichten, aufwerten und seine Empfehlungen veröffentlichen. Zu einem ganzheitlichen Lernen gehört für uns Bildung für nachhaltige Entwicklung. Dieses im Bildungsplan verankerte Leitbild wollen wir mit Schulgarten- und Landwirtschaftsprojekten sowie Ernährungsbildung mit Leben füllen. Ein gutes Mittagessen – lecker, gesund und bio – gehört zu nachhaltigen Kitas und Schulen dazu. Das sorgt für gesunde Kinder und bringt zudem den baden-württembergischen Ökolandbau und damit den Natur- und Umweltschutz voran.

Qualität in der Kita weiter verbessern, Sprachbildung ausbauen

Für uns Grüne steht über allem das Kindeswohl. Die ersten Lebensjahre prägen den Menschen am meisten. Daher ist eine gute Qualität in der Kinderbetreuung unerlässlich. Baden-Württemberg ist laut Bertelsmann-Studie zum dritten Mal in Folge bundesweiter Spitzenreiter bei der Strukturqualität von Krippen und Kindergärten. Dennoch werden wir alles dafür tun, um die Qualität in der frühkindlichen Bildung weiter zu verbessern und den Ausbau der Kita-Plätze nach Kräften zu fördern. Wir setzen uns für ausreichend viele, gut ausgebildete pädagogische Fachkräfte sowie hauswirtschaftliches Personal und Verwaltungsfachkräfte ein. Wir setzen uns auf kommunaler Ebene dafür ein, die Öffnungszeiten auszuweiten, um Eltern eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen.

Wir wollen die Qualitätskriterien des Orientierungsplans weiterentwickeln und an die heutige Lebenswirklichkeit anpassen. In den Kindertagesstätten im ganzen Land soll der Orientierungsplan verbindlich umgesetzt werden. Damit das gelingt, streben wir eine Vereinbarung mit den Verbänden der Kita-Träger an.

Sprache ist der Schlüssel für eine gute Bildung und gesellschaftliche Teilhabe. Wir werden die Sprachbildung im Kindergartenalltag entschlossen weiter ausbauen und verbessern. Dabei werden wir uns am Bundesprogramm „Sprach-Kita“ orientieren. Dialekte sind Teil der Sprachkultur. Die Beschäftigung mit Dialekten sollte in Kitas und Schulen sowie in Kunst und Kultur ihren Stellenwert erhalten.

Wir haben in Baden-Württemberg engagierte und qualifizierte pädagogische Fachkräfte. Um die Kita-Plätze weiter auszubauen und den Fachkraft-Kind-Schlüssel an die wissenschaftlichen Erkenntnisse anzupassen, ist es dringend notwendig, ausreichend Fachpersonal

zu gewinnen, auszubilden und weiterzuqualifizieren. Wir wollen den Beruf attraktiver machen, indem wir die Arbeitsbedingungen verbessern und Erzieher*innen besser bezahlen. Zudem werden wir eine weitere Fachkräfteoffensive starten und diesen Beruf auch für junge Männer attraktiv machen. Dafür bauen wir die Ausbildungsplätze in der Praxisintegrierten Ausbildung (PiA) aus. Die Kindertagespflege werden wir als wichtige Säule der Kindertagesbetreuung auch in Zukunft in ihrer Arbeit unterstützen.

Viele Städte und Gemeinden erheben die Kita-Gebühren gestaffelt nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Familie. Wir unterstützen das. Denn starke Schultern können mehr tragen als schwache. Deshalb werden wir mit den Kita-Trägern in Verhandlungen eintreten, um für sozial gestaffelte Gebühren im ganzen Land zu sorgen. Eine komplette Gebührenfreiheit für Kitas und Kindergärten halten wir zwar langfristig für erstrebenswert, aber derzeit noch nicht für machbar. Durch sozial gestaffelte Gebühren steht das Geld für den qualitativen und quantitativen Ausbau der Kita-Plätze sowie für die Ausbildung neuer Fachkräfte zur Verfügung.

Unsere Kinder sind das Wertvollste, was wir haben. Um Kinder bestmöglich zu schützen, wirken wir darauf hin, dass die Präventions- und Kinderschutzkonzepte in allen Kitas und Schulen verbindlich und sichtbar umgesetzt werden. Gleiches gilt für die Anforderungen, die die Kinderrechtskonvention und das Kinderschutzgesetz vorgeben.

Qualitätsentwicklung der Schule konsequent weiterverfolgen

Wir stehen für ein leistungsstarkes und leistungsgerechtes Bildungssystem, mit dem wir im internationalen Vergleich an der Spitze mitspielen. Deswegen werden wir die Schritte, die wir mit dem „Qualitäts-

konzept Baden-Württemberg“ begonnen haben, konsequent fortsetzen. Zu Beginn der neuen Legislatur wollen wir die beiden neuen Institute – das Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung (ZSL) und das Institut für Bildungsanalysen (IBBW) – kritisch analysieren. Wir werden ihre Kernaufgaben und Strukturen, das bisher von ihnen Erreichte und den durch sie verursachten Ressourcenmehrbedarf in den Blick nehmen und dort nachsteuern, wo es Bedarf gibt. In diese Analyse werden wir alle Akteur*innen der Aus- und Fortbildung von Lehrkräften einbeziehen. Sowohl die Neuausrichtung der Fortbildung für Lehrkräfte und der Ausbildung in der zweiten Phase als auch die datenbasierte Unterstützung der Schulentwicklung müssen zukünftig ihre Wirkung entfalten. Schulen benötigen passgenaue Fortbildungen. Neben den Fortbildungen des Landes wollen wir Fortbildungsbudgets für schulspezifische Bedarfe bereitstellen. Damit können idealerweise mehrere Schulen in regionalen Netzwerken Fortbildungsangebote externer Anbieter*innen wahrnehmen. Es muss selbstverständlich werden, dass sich Schulen kontinuierlich weiterentwickeln. Dabei können regelmäßige, interne digitale Befragungen aller am Schulleben einer Schule Beteiligten zu einer besseren Schulqualität beitragen. Ein besonderes Augenmerk wollen wir auf die Stärkung und Unterstützung der Schulleitungen legen, die für den Qualitätsprozess an Schulen zentral sind. Um diese Aufgaben mit Leben füllen zu können, müssen sie mit den notwendigen Ressourcen ausgestattet werden. Schon im Studium müssen Führungskompetenzen vermitteln werden, damit angehende Lehrkräfte schon frühzeitig eine Karriere als Schulleiter*in ins Auge fassen können.

Grundschulen stärken – mit multiprofessionellen Teams und gezielter finanzieller Förderung

Wir werden eine Konzeption für multiprofessionelle Teams erarbeiten. In diesen Teams, die zunächst an Grundschulen zum Einsatz kommen sollen, arbeiten die Lehrkräfte mit weiteren Berufsgruppen zusammen. Dazu gehören zum Beispiel Pädagog*innen, Psycholog*innen, Logopäd*innen, Ergo- und Lerntherapeut*innen, aber auch Praktikant*innen und im Freiwilligendienst Engagierte. Gemeinsam können sie die Kinder in ihrer ganzen Vielfalt an sozialer, kultureller und familiärer Herkunft ganzheitlich fördern. Wir wollen die Schulleitungen an den Grundschulen stärken, damit sie ihre Leitungsaufgaben gut ausführen können, und sie weiter von Lehrverpflichtungen entlasten. Denn die Schulleitungen sind zentral für die gesamte Schulentwicklung.

Wir stehen für einen zielgerichteten und bedarfsgerechten Ressourceneinsatz. Manche Schulen stehen vor größeren Herausforderungen als andere, weil sie mehr Schüler*innen mit besonderem Förderbedarf haben. Diesen Schulen wollen wir mehr Mittel zur Verfügung stellen. Mit dieser sogenannten „sozialindexbasierten Ressourcenzuweisung“ wollen wir finanzielle Unterschiede zwischen unseren Schulen ausgleichen und Schulen mit besonderem Bedarf unterstützen, um Chancengleichheit zu leben. Dabei richtet sich die sozialindexbasierte Ressourcenzuweisung nicht nur nach dem Förderbedarf, sondern auch nach sozioökonomischen Faktoren der einzelnen Schulen und deren Quartiere.

Mit dem Einstieg in multiprofessionelle Teams und einer sozialindexbasierten Ressourcenzuweisung stärken wir die Grundschulen nachhaltig – und damit das Fundament der Lernbiografie aller Schüler*innen. Um den langfristigen Lehrkräftebedarf zu decken, werden wir die Zahl der Studienplätze für das Grundschullehramt weiter

erhöhen. Den Ethikunterricht werden wir auch in der Grundschule einführen.

Wir bekennen uns zu wohnortnahen Grundschulstandorten und zum Prinzip „Kurze Beine – kurze Wege“. Regionale Verbünde und freiwillige Zusammenschlüsse, Grundschulen mit mehreren Standorten können dazu beitragen, die Qualität zu erhöhen. So kann die Schulleitung gestärkt, können multiprofessionelle Teams aufgebaut und fachfremder Unterricht verringert werden. In Südtirol gelingt es auf diese Weise, auch kleine Schulstandorte mit hoher Qualität zu erhalten. Im Rahmen der regionalen Schulentwicklung wollen wir die Grundschullandschaft mit Anreizen zukunftsfähig machen. Wir setzen dabei – wie im Bereich der Sekundarschulen – auf die Initiative der Grundschulen und der Schulträger.

Schule funktioniert am besten, wenn Lehrkräfte, Eltern und Schüler*innen vertrauensvoll und eng zusammenzuarbeiten und gemeinsam Verantwortung übernehmen. Diese Bildungs- und Erziehungspartnerschaft wollen wir stärken. Wir werden es Grundschulen in Zukunft wieder ermöglichen, eine differenzierte Leistungsbewertung statt reiner Ziffernoten einzuführen.

Beim Wechsel auf die weiterführende Schule setzen wir weiterhin auf die bewährte Kombination von qualifizierter Beratung durch die Schulen und Verantwortung der Eltern. Um sie bestmöglich bei ihrer Entscheidung zu unterstützen, haben wir die Beratung weiter ausgebaut. Eine verbindliche Grundschulempfehlung lehnen wir ab.

Demokratie in der Schule erlebbar machen

Wir stärken die Demokratiebildung in allen Schularten. Sie soll altersgerecht und in unterschiedlichen Facetten erfolgen. Es geht nicht nur darum, Wissen über Demokratie und demokratische Institutionen zu erwerben. Die Schüler*innen sollen demokratische Grundwerte an der Schule unmittelbar und selbstwirksam erleben und über tagespolitische Entscheidungen und Wirtschaftsprozesse diskutieren können. Wir wollen ihnen vermitteln: Die eigene Meinung zählt und Rechte und Verantwortung gehen Hand in Hand. Wir wollen Schulen darin unterstützen, Partizipationsmöglichkeiten von Schüler*innen am Schulleben auszubauen. An Pilotschulen jeder Schulart wollen wir wertvolle Erfahrungen für eine Demokratisierung des Bildungswesens sammeln, indem wir das Schulleben demokratisch organisieren und selbstbestimmtes Lernen ermöglichen. Schule als Lern- und Lebensort ist – neben der Familie – besonders wichtig, um demokratische Werte und Einstellungen aufzubauen.

Wir stärken die gesellschaftswissenschaftlichen Fächer an allen Schularten und streben die Einführung eines gesellschaftlichen Profulfaches „Geschichte, Gemeinschaftskunde, Geografie“ an. Außerdem wollen wir die kritische Auseinandersetzung mit der deutschen und weltweiten kolonialen Vergangenheit im Bildungsplan an allen weiterführenden Schulen verankern.

Die Demokratiebildung ist für uns eng mit der Bildung für nachhaltige Entwicklung verbunden. Diese wollen wir weiter stärken. Angesichts der Klimakrise soll jeder junge Mensch das Wissen, die Fähigkeiten, Werte und Einstellungen erwerben, um zu einem nachhaltigeren, gerechteren und friedlicheren Zusammenleben in der Welt beitragen zu können.

Schulen und Schüler*innen fit machen für die digitale Gesellschaft

Wir wollen, dass die Schüler*innen in der digitalen Gesellschaft ihr Leben frei und selbstbestimmt in die Hand nehmen können. Dazu sollen die Schulen sie befähigen.

Gemeinsam mit den Schulträgern sorgen wir für eine leistungsfähige digitale Infrastruktur: Alle Schüler*innen und Lehrer*innen brauchen eine Ausstattung mit digitalen Endgeräten, die Schulen mit Breitband und WLAN. Sie erhalten administrativen und technischen Support bei der Verwaltung, Instandhaltung und Weiterentwicklung der Netzwerke und IT-Strukturen. Gemeinsam mit dem Bund unterstützen wir die Kommunen dabei, IT-Stellen an den Schulen auszubauen.

Wir stellen aufeinander aufgebaute Lernmanagement- und Lernplattform-Module sowie digitale Lehr- und Lernmaterialien bereit und passen diese kontinuierlich und bedarfsorientiert an. Wir entwickeln die Leitperspektive Medienbildung weiter und bauen Mediencurricula auf, die auf die verschiedenen Schularten und Klassenstufen abgestimmt sind.

Wir sind überzeugt: Diagnostik und Förderung gehören untrennbar zusammen. Mit einer guten, digital gestützten Diagnostik kann das Lernen individualisierter und zielgerichteter gestaltet werden. Wir wollen deshalb datenbasierte Fördersysteme entwickeln lassen und so Schüler*innen und Lehrkräfte unterstützen. Dabei müssen die Daten von Kindern und Jugendlichen besonders geschützt und den Schulen sowohl datenschutzkonforme Software als auch Kompetenz im Umgang mit den entsprechenden Anwendungen zur Verfügung gestellt werden.

Wir unterstützen Schulen durch ein zielgerichtetes Programm bei der Entwicklung digitaler Schulkonzepte.

Auch in der digitalen Welt braucht es gut ausgebildete Lehrkräfte, damit Schüler*innen erfolgreich lernen können. Deshalb stärken wir in der ersten und zweiten Phase der Lehrer*innenbildung die Pädagogik der digitalen Bildung durch Module zur digitalen Didaktik. Gleichzeitig entwickeln wir in der dritten Phase des Lehrer*innenberufs ein kohärentes Fortbildungskonzept im Einklang mit den Mediencurricula und Medienentwicklungsplänen.

Wir schaffen schulübergreifende Möglichkeiten für digitale Lehr- und Lernerfahrungsräume. Das Prinzip der Lernwelten und Lernfabriken 4.0 weiten wir an den beruflichen Schulen aus und machen Künstliche Intelligenz in Kooperation mit Ausbildungsbetrieben, Hochschulen und Unis erfahrbar. In der Weiterbildung und beruflichen Bildung nutzen wir die digitale Transformation als Chance, um Veränderungspotenziale auszuschöpfen und Wandlungsprozesse voranzutreiben.

Wir stärken den wissenschaftlichen Überbau und schaffen eine vernetzte Forschungsplattform unter dem Titel „Digitalität in der Pädagogik“. Ziel ist es, die Chancen und Risiken der Digitalisierung abzuschätzen und die veränderten Lebensbedingungen durch digitales Lernen kontinuierlich wissenschaftlich zu begleiten. Gleichzeitig schaffen wir auf Landesebene einen interdisziplinären Beratungskreis „Schule digital“. Er soll Bildungsakteur*innen vernetzen, Erfahrungen sammeln und evaluieren sowie Best-Practice-Bispiele austauschen. All dies soll als Grundlage dienen, um die bestehenden Angebote fortlaufend weiterzuentwickeln.

Vorrang für das inklusive Lernen

Kinder mit und ohne Behinderung haben ein Recht darauf, gemeinsam aufwachsen zu können. Dies entspricht den Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention, die Deutschland 2009 ratifiziert hat. Das ist uns Grünen wichtig. Deshalb wollen wir Inklusion in den Kitas und Schulen weiter ausbauen und stehen für den Vorrang inklusiver Beschulung. Wir wollen die Rahmenbedingungen, die dafür im personellen, räumlichen und administrativen Bereich notwendig sind, spürbar verbessern. Wir machen Inklusion in der Kultusverwaltung zur Querschnittsaufgabe über alle Schularten hinweg. Dies werden wir in einem Qualitätsrahmen Inklusion absichern.

In den nächsten Jahren gilt es, mehr Lehrkräfte mit Kompetenzen für die Inklusion auszubilden und einzustellen. Eine gute inklusive Bildung muss mit ausreichenden personellen Ressourcen ausgestattet werden. Wir werden deshalb den Bedarf an Sonderpädagog*innen so berechnen, dass in inklusiven Settings das Zwei-Pädagog*innenprinzip durchgehend realisiert werden kann. Dafür müssen auch die Kapazität an Studienplätzen der Sonderpädagogik – auch im Aufbaustudium – erhöht und die berufsbegleitende Qualifizierung deutlich ausgebaut werden. Wir werden ein Modell entwickeln, das Lehrkräften mit einer anderen Lehramtsausbildung berufsbegleitend mit entsprechenden Freistellungen ein Aufbaustudium ermöglicht.

Alle Schulen müssen sich für Inklusion öffnen. Dafür soll in jedem Schulamtsbezirk ein Zeitplan für einen inklusiven Schulentwicklungsprozess an allen Schulen erstellt werden. In die Gespräche der Schulverwaltung mit den Schulen ist der Aspekt Inklusion verbindlich aufzunehmen und Entwicklungen in regionaler Abstimmung zu vereinbaren. An den Hochschulen haben wir entsprechende Inhalte schon jetzt in die Lehramtsbildung für alle Schulen aufgenommen.

Ihre Wirkung werden wir evaluieren und bei Bedarf weiterentwickeln. Dabei werden wir auch die Erkenntnisse aus dem Annelie-Wellensiek-Zentrum für Inklusive Bildung einbeziehen. Inklusionskompetenzen werden wir auch in die Fortbildungskonzepte aller Lehrämter integrieren. Inklusion darf mit der Sekundarstufe I nicht enden. Daher setzen wir uns für inklusive Anschlüsse in Ausbildung, Berufsschulsystem und Oberstufe ein.

Wir stärken die Qualität des rhythmisierten Ganztags

Ein qualitativ hochwertiges schulisches Ganztagsangebot kann Schüler*innen in ihrer Entwicklung ganzheitlich fördern. Deshalb werden wir die Qualität des rhythmisierten Ganztags stärken. Die Einbeziehung von außerschulischen Partnern wie Vereinen oder Musikschulen stärkt dabei die Verankerung vor Ort und bietet ein ganzheitliches Angebot. Gute schulische Ganztagsangebote sind nur in gebundenen Ganztagsklassen möglich. Wir wollen den Schüler*innen und Eltern dabei dennoch mehr Flexibilität für Vereinsaktivitäten oder für gemeinsame familiäre Unternehmungen geben. Im Dialog mit allen Beteiligten werden wir die Betreuungsangebote an Grund- und weiterführenden Schulen weiterentwickeln und dafür notwendige Qualitätsstandards einführen.

Junge Menschen individuell zum Schulabschluss begleiten

Egal ob grundlegender Bildungsabschluss, mittlerer Abschluss oder Abitur – unser Ziel ist es, dass jede*r Schüler*in den für sich besten Schulabschluss erreichen kann. Es wird darauf ankommen, dass Ressourcen gezielt und wirksam eingesetzt werden. Alle Schularten benötigen für ihre jeweiligen Aufgaben die entsprechenden Ressourcen. Kinder und Jugendliche individuell zu fördern, das ist und bleibt die zentrale Aufgabe. Damit Schulen dies leisten können, braucht es leistungsfähige und bestmöglich ausgestattete Standorte mit entsprechend anspruchsvollen pädagogischen Konzepten. Wir werden Schulstandorte dabei unterstützen, regional zu kooperieren und voneinander zu lernen. Mit allen Beteiligten werden wir in einen Dialog treten, um die Idee der regionalen Kooperation landesweit zu konkretisieren. Eine daraus entstehende Annäherung der Schularten der Sekundarstufe werden wir unterstützen.

Wir setzen uns für eine zukunftsfähige Lernkultur ein, die eigenständiges Lernen unterstützt. Lehrkräfte benötigen Zeit, um individuelle Förderung und soziale Lernprozesse zu initiieren und zu begleiten. Ein wichtiger Bestandteil sind Coaching-Angebote für Schüler*innen in allen Schularten. Wo Coaching Teil des Schulkonzepts ist, muss dies auch Teil des Lehrdeputats sein. Die Lehrkräfte können den Kindern hier gezielt rückmelden, wo sie mit ihren schulischen und sozialen Fähigkeiten stehen und Impulse für die weitere Entwicklung geben. Uns ist es wichtig, Schüler*innen zu fördern und zu bestmöglichen Leistungen zu ermutigen. Dazu müssen ihre Leistungen schon in der Orientierungsstufe auf dem jeweiligen Niveau bewertet werden. Wir werden die Leistungsbewertung an Werkrealschulen und an Realschulen entsprechend reformieren. Wir setzen uns für eine zukunftsfähige

Lernkultur und längeres gemeinsames Lernen ein. Dafür stehen wir und dafür steht die Gemeinschaftsschule.

Sport, Musik, Kunst und Theater bereichern das Schulleben und stärken Kinder und Jugendliche dabei, die eigene Persönlichkeit zu entwickeln. Als fester Bestandteil des Unterrichts sowie als freiwillige Angebote sind sie unverzichtbar – auch und vor allem in Zeiten einer Pandemie.

Den Weg zum Abitur weiterentwickeln

In Baden-Württemberg führen viele Wege zum Abitur. Berufliche Gymnasien sind landesweit stark nachgefragt. Gleichzeitig stellen die ersten Oberstufen an Gemeinschaftsschulen ihren Erfolg unter Beweis. Neben dem achtjährigen Gymnasium G8 gibt es die Modellschulen G9. Schüler*innen, die in neun Jahren zum Abitur wollen, haben schon jetzt vielfältige Möglichkeiten dazu.

Wir wollen das G8 pädagogisch weiterentwickeln. Das heißt: Die Potenziale aller Schüler*innen sollen individuell bestmöglich gefördert werden. Wir wollen den Teamgedanken unter den Lehrer*innen stärken, um die Förderung noch besser abzustimmen und eine bestmögliche Lernumgebung zu schaffen. Wir wollen Schulen auf dem Weg zu innovativen Konzepten gezielt unterstützen, u. a. indem wir dabei Schulen miteinander, mit der Wissenschaft und anderen Einrichtungen zusammenbringen. Die Oberstufen an den Gemeinschaftsschulen wollen wir weiter ausbauen. Es gilt, die verschiedenen Möglichkeiten im Bereich der Sekundarstufe II gut aufeinander abzustimmen. So können dauerhaft stabile Standorte entstehen. Dabei werden wir die beruflichen Gymnasien weiter im Blick haben und bedarfsgerecht ausbauen.

Berufliche Bildung stärken

Wir wollen die Empfehlungen der Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft – berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“ umsetzen. Handwerkliche und soziale Berufe wollen wir gesellschaftlich aufwerten. Die berufliche Bildung und Weiterbildung werden künftig noch wichtiger werden. Wir brauchen ein Change-management, das den Veränderungen in der Berufswelt und der Wirtschaft gerecht wird. Ausbildungsangebote und berufliche Bildung für Jugendliche ohne Ausbildungsplatz müssen künftig wieder stärker in den Blick genommen werden – Stichwort Ausbildungsgarantie. Wir wollen den inklusiven Zugang zur beruflichen Bildung ermöglichen und den Übergang in das Berufsleben aktiv gestalten. Berufsschulen wollen wir attraktiver machen und stärker unterstützen, indem wir personelle und fachliche Ressourcen ausbauen und Schulsozialarbeit stärken. Wir starten eine Imagekampagne und verbinden Betriebe noch stärker mit Berufsschulen. Für geflüchtete Schüler*innen entwickeln wir zusätzliche Angebote. Wir legen stärkeren Fokus auf die Fertigkeiten, die in Zukunft gefragter sein werden, z.B. in den Bereichen Kommunikation, Digitalisierung und Energieeffizienz. Dementsprechend fördern wir den Ausbau der Infrastruktur an den Schulen.

Der digitale Wandel wird auch die Weiterbildung verändern. Dies bietet die Chance, mit neuen Angeboten neue Zielgruppen zu erreichen. Im lebensbegleitenden Lernen werden sich die gesellschaftlichen Entwicklungen widerspiegeln. Die politische Bildung wird hier einen neuen Stellenwert erhalten. Wir sehen die Weiterbildungsträger als wichtige Partner, um die unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen zu erreichen, und werden sie in ihrer Arbeit politisch unterstützen.

Sprache als Schlüssel für gesellschaftliche Teilhabe

Um die gesellschaftliche Teilhabe zu sichern, wollen wir die Alphabetisierung der Gesellschaft weiter in den Blick nehmen und die Grundbildung weiter voranbringen.

Kinder mit Migrationsgeschichte sind dreimal häufiger armutsgefährdet. Die soziale Herkunft, der Bildungshintergrund der Eltern sowie Sprachbarrieren tragen in den meisten Fällen dazu bei, dass diese Schüler*innen sich nicht frei in unserem Bildungssystem entfalten können und auf sich allein gestellt sind. Dem möchten wir entgegenwirken.

Wir wollen die Sprachbildung an Grundschulen weiter ausbauen und den sprachsensiblen Fachunterricht in allen Schulen verankern. Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund erhalten gezielten Unterricht in Deutsch als Fremdsprache. Mentor*innenprogramme für Eltern, mit denen wir die Familien begleiten, werden wir bedarfsgerecht weiter ausbauen. Wir möchten verschiedene Lebenswelten besser in unseren Lehrinhalten wiedergeben, damit alle sich mit Schulinhalten identifizieren können und Spaß am Lernen haben. Wir möchten Schüler*innen mit Migrationsgeschichte unterstützen, indem wir ihre ausgeprägte Fähigkeit zu Multiperspektiven und Mehrsprachigkeit fördern und wertschätzen. Wir wollen Diversität und Repräsentation stärken, indem wir mehr Lehrkräfte mit Migrationsgeschichte an unsere Schulen bringen. Den muttersprachlichen Unterricht wollen wir nach dem Vorbild anderer Bundesländer in staatliche Verantwortung übernehmen und den Konsulatsunterricht abschaffen.

Schulen mehr Freiräume geben, Lehrkräfte gewinnen

Die Akteur*innen vor Ort sind entscheidend dafür, dass gute Schule gelingt. Schulleiter*innen, Lehrkräfte und auch Schulträger kennen die Verhältnisse vor Ort und die Bedürfnisse ihrer Schüler*innen am besten. Wir wollen den einzelnen Schulen deshalb mehr Verantwortung, Autonomie und Freiräume geben, sich pädagogisch zu entwickeln und den Schulalltag zu gestalten. Den Teamgedanken wollen wir in allen Dimensionen stärken. Die Schulen sollen sich – innerhalb klarer Qualitätsstandards – eigenverantwortlicher entscheiden können, wie sie sich pädagogisch profilieren, Schwerpunkte setzen, Budgets einsetzen und mit wem sie Kooperationen eingehen wollen.

Schulen in freier Trägerschaft sind eine Bereicherung der Schullandschaft und geben wichtige pädagogische Impulse. Wir stehen für eine auskömmliche Finanzierung dieser Schulen.

Wir werden ein freiwilliges pädagogisches Bildungsjahr einführen, auch um junge Menschen auf dem Weg in den Lehrberuf zu unterstützen.

Wir werden prüfen, wie Lehramtsstudierende in Schulen unterstützend auf Honorarbasis zum Einsatz kommen können.

Gemeinsam mit den Gewerkschaften und Verbänden wollen wir das aktuelle Arbeitszeitmodell überprüfen und modernisieren. Unser Ziel ist, auch die Tätigkeiten realistisch abzubilden, die über den reinen Unterricht hinausgehen.

Neben den Lehrkräften leisten Schulsozialarbeiter*innen einen essenziellen Beitrag für die Unterstützung unserer Schüler*innen. Wir streben an, die Förderung der Schulsozialarbeit auszubauen. Das Lehramtsstudium soll schulartenübergreifend verstärkt pädagogische und bildungswissenschaftliche Kernpunkte aufgreifen und behandeln.

Lehrkräfte, die in den ersten drei Monaten eines Schuljahres einen befristeten Vertrag abschließen, sollen in den folgenden Sommerferien ebenfalls ihre Bezahlung erhalten, wenn sie im kommenden Schuljahr wieder eingestellt werden.

Moderne Schulträgerschaft gestalten

Egal ob Ganzttag, Inklusion oder Digitalisierung – die Aufgaben von Land und Trägern sind eng miteinander verwoben. Wir wollen mit den Kita- und Schulträgern in einen offenen und strukturierten Prozess für eine moderne Trägerschaft eintreten. Wir wollen dazu auch die interkommunale Zusammenarbeit intensivieren. Dies gilt in besonderem Maß auch für die Gestaltung einer zukunftsfähigen Schulstruktur.

Darum Grün!

Wer Grün wählt, stimmt für

- den qualitativen Ausbau der Kitas und der Sprachbildung sowie einkommensabhängige Kita-Gebühren
- eine Fachkräfteoffensive
- starke Grundschulen mit multiprofessionellen Teams und sozialindexbasierter Ressourcenzuweisung
- die Weiterentwicklung einer zukunftsfähigen, leistungsorientierten und sozial gerechten Schulstruktur in der Sekundarstufe
- eine umfassende Digitalisierung der Schulen, inklusive guter technischer Ausstattung und Angebote zur Medienbildung und politischen Bildung
- Inklusion als ein der frühkindlichen und schulischen Bildung zugrunde liegendes Prinzip
- mehr Demokratiebildung in der Schule
- ein Bekenntnis zur Schule als Ort der Vielfalt und des gesellschaftlichen Zusammenhalts

10.

Kinder, Jugend und Familie

Allen Kindern und Familien
müssen wir gezielt den Rücken
stärken

K

inder und Jugendliche sollen in Baden-Württemberg gesund aufwachsen und eine faire Chance auf ein gutes Leben haben. Familien stärken, Kinderarmut bekämpfen, Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche ausbauen und sie vor Gewalt schützen – dafür kämpfen wir. Wir unterstützen Familien in ihrer ganzen Vielfalt. Um junge Eltern und ihre neugeborenen Babys bestmöglich zu begleiten, haben wir in Baden-Württemberg das Landesprogramm STÄRKE neu aufgestellt. Auch mit anderen Elternbildungsangeboten und frühen Hilfen setzen wir neue Impulse für die Familienbildung in den Kommunen und Landkreisen. Unser Ziel ist es, sie dabei niedrigschwellig zu unterstützen, ihnen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen und alle Eltern zur Eigenverantwortung zu befähigen. Dafür haben wir als grün-geführte Landesregierung die Entwicklung einer „Rahmenkonzeption Familienbildung BW“ gefördert. Jetzt geht es uns darum, diese Schritt für Schritt umzusetzen.

Vielen Familien in Baden-Württemberg geht es materiell gut. Und doch lebt fast jedes fünfte Kind in Armut. Besonders betroffen sind Kinder in Familien mit Migrationshintergrund, Kinder von Alleinerziehenden und Kinder in kinderreichen Familien. Das nehmen wir Grüne nicht hin! Auf Bundesebene streiten wir deswegen für eine wirksame Kindergrundsicherung, um Kinderarmut zu verhindern. Wir setzen uns außerdem dafür ein, Care-Tätigkeiten aufzuwerten und sie angemessen zu bezahlen. Wer eine Erwerbstätigkeit für Erziehungszeiten

unterbricht, soll sozial besser abgesichert sein. Wir machen uns stark für ein Rückkehrrecht von Teilzeit auf Vollzeit, für flexiblere Arbeitszeitmodelle sowie gute und verlässliche Betreuungsangebote.

Und auch in der Regierungsverantwortung im Land haben wir einiges angestoßen. Unser Ziel: Kein Kind soll in Armut aufwachsen müssen!

Mit dem ersten Armuts- und Reichtumsbericht Baden-Württemberg 2015 haben wir die Grundlage gelegt, damit endlich anerkannt wird: Soziale Ausgrenzung, Armut und besonders Kinderarmut sind eine landespolitische Herausforderung! Um Kinderarmut zu bekämpfen und gleiche Startchancen zu schaffen, haben wir den Ideenwettbewerb „Starke Kinder – chancenreich“ ins Leben gerufen. Wir fördern kommunale und regionale Präventionsnetzwerke gegen Kinderarmut. Weil diese Konzepte sich bewährt haben, wollen wir sie im ganzen Land etablieren.

Impulse für die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung entwickeln und beraten wir – als Konsequenz aus der Armuts- und Reichtumsberichterstattung – mit einem Beirat, in dem Wissenschaft, Politik, Sozialverbände und Betroffene vertreten sind. Mit diesem Beirat wollen wir ein landesweites Familienförderkonzept schaffen, das Familien in benachteiligten Lebenslagen besonders berücksichtigt.

Uns ist es ein zentrales Anliegen, Kinder und Jugendliche vor jeglicher Form von Gewalt zu schützen. Dazu haben wir mit zahlreichen Initiativen wichtige Grundlagen gelegt und die Schutzmechanismen verbessert. Wir haben zudem die Mittel für Frauen- und Kinderschutzhäuser sowie ambulante Hilfeeinrichtungen deutlich erhöht. Gleiches gilt für Gewaltambulanzen. Hier können Opfer die Spuren nach einem Gewaltverbrechen gerichtsfest sichern lassen, auch wenn sie noch nicht entschieden haben, ob sie Anzeige erstatten wollen. Wir wollen

Kinder und Jugendliche bei Gerichtsverfahren vor Retraumatisierung und Gewissenskonflikten gegenüber Familienangehörigen schützen.

Wir wollen die Rechte von Kindern und Jugendlichen stärken und ihnen mehr Gehör verschaffen. Dazu bauen wir ein landesweites, unabhängiges Ombudssystem auf. Es unterstützt sie dabei, ihre Interessen in der Kinder- und Jugendhilfe zu vertreten. Dieses Ombudssystem ist in der Jugendhilfe auch eine wichtige Anlaufstelle für ehemalige Heimkinder.

Demokratie erlernt am besten, wer sie real erlebt: Junge Menschen sollen bereits ab 16 Jahren auf allen Ebenen wählen können. Mit dem Masterplan Jugend und dem Landesjugendplan stärken wir die Strukturen der offenen Jugendarbeit, die von den unterschiedlichsten Vereinen und Einrichtungen getragen wird. Der Masterplan orientiert sich an der Vielfalt, die unsere Gesellschaft ausmacht. Er setzt insbesondere darauf, Kinder und Jugendliche zu beteiligen, Demokratie zu fördern und sozial benachteiligte junge Menschen gezielt zu unterstützen. Damit bringen wir auch die Inklusion von Menschen mit Behinderungen voran. Die landesweite „Servicestelle Partizipation“ unterstützt seit 2018 systematisch die Teilhabe von Jugendlichen.

In vielen Initiativen und Formaten vor Ort können junge Menschen Beteiligung erleben. Dazu gehören etwa die Jugendgemeinderäte und Regionalkonferenzen sowie auf Landesebene der Jugendlandtag und der Kindergipfel im Landtag. Wir wollen darüber hinaus einen Jugendrat auf Landesebene einführen, der den jungen Generationen mehr Gehör in der Landespolitik verschafft.

Gerade jetzt: Familien fördern und entlasten

Familien stehen vor vielfältigen Herausforderungen. Kinder und Jugendliche wachsen in einer Zeit auf, die durch existenzielle Zukunftsängste geprägt ist. Fridays for Future haben diese Ängste auf die Straße getragen. Sie fordern grundlegende Veränderungen ein, um die Klimakrise aufzuhalten. Gleichzeitig leben wir in einer Zeit des rasanten digitalen Wandels. Digitale Kommunikation und Vernetzung sind nicht nur für Kinder und Jugendliche heute selbstverständlich. Umso wichtiger ist es, ihnen eine umfassende Medienkompetenz und einen verantwortungsvollen Umgang mit angesagten sozialen Medien und anderen Internetplattformen zu vermitteln. Das macht sie stark, um nicht auf Fake News und Verschwörungsmythen hereinzufallen.

Neue Formen der Kommunikation schaffen neue Möglichkeiten, miteinander in Kontakt zu kommen und zu bleiben. Darin stecken auch neue Chancen für den familiären Zusammenhalt. Getrennt lebende Familien können sich nah sein und täglich austauschen, auch wenn Hunderte Kilometer zwischen ihnen liegen. Doch ein Mehr an Kommunikation und Vernetzung heißt nicht automatisch, dass die Bindungen vertieft und der Zusammenhalt gestärkt werden. Vielen Eltern bereitet der ständige Medienkonsum ihrer Kinder Sorgen.

Familie in den 2020er-Jahren heißt, ganz unterschiedliche Rollen und Erwartungen zusammenzubringen. Nicht nur innerhalb der Familie, auch in der Arbeit und im Ehrenamt. Genug Zeit für die Kinder zu haben, den Anforderungen im Job gerecht zu werden, den Haushalt in Schuss zu halten und Freunde nicht zu vernachlässigen: An allen Ecken und Enden gibt es viel zu tun.

Die Corona-Krise hat diese Herausforderungen noch einmal verschärft. In den vergangenen Monaten haben Familien mit Kindern eine riesige Last geschultert. Home-Office und Home-Schooling haben

viele Familien stark belastet. Viele Frauen wurden in traditionelle Rollenbilder zurückgeworfen. Alleinerziehende hat die Corona-Krise besonders hart getroffen.

Die Krise hat nochmals deutlich gemacht: Auch in Baden-Württemberg sind Kinder ein Armutsrisiko. Das darf nicht sein! Deswegen ist es uns wichtig, gerade jetzt Familien mit Kindern zu unterstützen. Als Land ermöglichen wir es den Kommunen, auch in einer wirtschaftlich schwierigen Lage mit rückgehenden Steuereinnahmen ihre Freiwilligkeitsleistungen für Kinder und Familien aufrechtzuerhalten.

Wir stärken Familien – in all ihrer Vielfalt

Für viele Menschen ist die Familie das Fundament ihres Zusammenlebens und ihres Glücks. Familie heißt: Menschen übernehmen dauerhaft füreinander Verantwortung, kümmern sich umeinander und sind füreinander da. Das unterstützen wir in aller Vielfalt: mit oder ohne Trauschein, alleinerziehend oder mit Partner*in, mehr- oder gleichgeschlechtlich, mit und ohne Migrationshintergrund, im Rahmen einer biologischen Elternschaft oder als Pflege- und Adoptivfamilie, als Patchwork oder Mehr-Eltern-Konstellation. All diese Familienformen leisten einen wichtigen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Familien können sich auf uns verlassen. Sie sind das Rückgrat unserer Gesellschaft. Damit sie gut leben können, brauchen sie ein Umfeld, das sie unterstützt. Dazu gehört besonders eine gute soziale Infrastruktur für Bildung, Gesundheit und Betreuung für alle Kinder und Jugendlichen.

Wir geben allen Familien die Unterstützung, die sie brauchen. Das heißt zum Beispiel: Auch für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen muss es verlässliche und inklusive Bildungs- und Betreuungsangebote geben. Das bedeutet auch, dass wir das Problem Kinderarmut

zielgenau und überall im Land angehen. Wir werden ein Präventionsnetz gegen Armut und Bildungsbenachteiligung bis weit ins Jugendalter schaffen.

Wir wollen Familien in die Lage versetzen, selbst Verantwortung zu übernehmen. Kinder und Jugendliche sollen in einem Umfeld aufwachsen, in dem demokratische Werte selbstverständlich sind. Sie sollen erleben, dass jeder Mensch etwas beitragen kann.

Prävention, Elternbildung und Beratung weiter fördern

Wer beteiligt wird, lernt, soziale Verantwortung zu übernehmen. Soziale Arbeit hat hier eine wichtige Unterstützungsfunktion: Sozialarbeiter*innen in Schulen und Kitas sind wichtige Ansprechpersonen für Kinder und Jugendliche. Auch die Verzahnung von Jugendhilfe und Bildungsangeboten eröffnet Freiräume und Ideen, wie ein gutes Leben gestaltet sein kann. Soziale Arbeit beugt damit sozialer Ausgrenzung sowie Gewalt und Kriminalität vor. Die Jugendsozialarbeit leistet eine wichtige Präventions- und Unterstützungsarbeit. Wir wollen sie deshalb bedarfsgerecht ausbauen. Dafür schaffen wir die Rahmenbedingungen in den Sozialräumen und die notwendigen rechtlichen Grundlagen. Dabei ist es uns im Sinne des jeweiligen Sozialraums und der Beschäftigten wichtig, dass bewährte und gewollte Projekte in eine verlässliche Regelfinanzierung übergehen, statt sich kurzfristig von einem Projektantrag zum anderen retten zu müssen. Diese „Projektitis“ muss überwunden werden.

Kinder, Jugendliche und Familien brauchen offene und öffentliche Räume, die zu ihren Bedürfnissen passen. Das sind zum Beispiel niedrigschwellige Angebote wie Stadtteil- und Krank. Wir wollen eine Koordinationsstelle auf Landesebene schaffen, um die Kommunen

flächendeckend mit solchen Zentren zu versorgen. Die Koordinationsstelle soll die Städte, Gemeinden und Träger dabei beraten und begleiten, Konzepte zu erstellen und Qualitätsstandards weiterzuentwickeln. Hierbei wollen wir die migrationsgesellschaftliche und interkulturelle Öffnung dieser Einrichtungen vorantreiben.

In der grün-geführten Landesregierung haben wir vielfältige Maßnahmen für ein kinderfreundliches Baden-Württemberg angestoßen. Diese Vorhaben entfalten ihre Wirkung. Wir wollen sie konsequent fortführen. Damit jedes Kind gesund und sicher aufwächst. Damit Familien stark bleiben. Damit Kinder und Jugendliche von klein auf beteiligt werden.

Als zentrales Instrument der allgemeinen Familienförderung wird die Familienbildung weiter gestärkt. Sie wendet sich prinzipiell an alle Familien, enthält jedoch auch wirksame Komponenten zur Armutsprävention und zur Verbesserung von Bildungsverläufen.

Dazu wird die Struktur auf Landesebene gestärkt. Das beim Landesfamilienrat angesiedelte Netzwerk Familienbildung Baden-Württemberg erhält eine personelle und finanzielle Ausstattung, mit der auch die Beratung und Begleitung aller Familienbildungs-Träger auf kommunaler Ebene erfolgen kann.

Wir brauchen flächendeckend kommunale Konzepte zu einem bedarfsgerechten, bezahlbaren und niedrighschwelligen Angebot für Familien in allen Lebenslagen und allen Lebensphasen.

Familienerholung erhalten und ausbauen

Qualitätszeit in der Familie wird zu einem hohen Gut. Mehr als ein Viertel der Familien im Land kann nach den Ergebnissen des Armuts- und Reichtumsberichts keinen Urlaub machen. Einrichtungen der Familien-erholung in Baden-Württemberg bieten Familien die Möglichkeit zur

Erholung und Regeneration, aber auch Zeit für Austausch, Information und Bildung. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Familienerholung erhalten bleibt und ausgebaut wird.

Kein Kind soll in Armut aufwachsen!

Kein Kind soll in Armut aufwachsen! Deshalb wollen wir die regional erprobten Präventionsnetzwerke gegen Kinderarmut in allen Regionen des Landes etablieren. Im Bund setzen wir uns für eine Kindergrundsicherung ein. Sie soll allen Kindern faire Chancen und ein gutes Aufwachsen ermöglichen. Auch damit wollen wir Kinderarmut wirksam verhindern und gleichzeitig alle Familien unterstützen. Besonders den Müttern und Vätern, die jeden Tag zu kämpfen haben, soll die Kindergrundsicherung ein deutliches Plus im Portemonnaie bescheren.

Kinderschutz stärken – Gewalt konsequent bekämpfen

Besonders beim Schutz von Kindern vor sexualisierter Gewalt – im persönlichen Umfeld und im Internet – sowie beim Schutz vor häuslicher Gewalt bleibt noch viel zu tun. Wir wollen dafür einheitliche fachliche und personelle Standards in der Jugendhilfe durchsetzen. Unser Ziel ist es, flächendeckend eine unabhängige Fachberatung gegen jegliche Form von Gewalt gegen Kinder einzurichten. Bereits jetzt finanzieren wir eine landesweite Dachstruktur, die Einrichtungen gegen sexualisierte Gewalt verbindet. In den Städten, Gemeinden und Landkreisen sollen mit diesen Partner*innen landesweit verlässliche Netzwerke für den Kinderschutz entstehen – von den Bildungseinrichtungen über freie Träger bis zu den Jugendämtern. Für einen „Masterplan Kinderschutz“ wollen wir eine Vereinbarung mit den Kommunen

treffen und auf Landesebene die Funktion einer*eines Beauftragten gegen sexualisierte Gewalt gegen Kinder schaffen. In der Familiengerichtsbarkeit wollen wir Fortbildungen verbindlich machen und angemessen mit Personal ausstatten. Die Strafverfolgung von Gewalt wollen wir personell und fachlich stärken. Die Beweissicherung durch Opferschutzambulanzen wollen wir nach dem Vorbild der Gewaltambulanz Heidelberg landesweit ermöglichen. Um Mädchen in Baden-Württemberg vor weiblicher Genitalverstümmelung (FGM) zu schützen, starten wir eine Präventionskampagne. Ziel ist es, Opfer und Täter über die Mythen rund um weibliche Genitalverstümmelung aufzuklären. Auch im Sexualkundeunterricht und Medizinstudium sollte dieses Thema einen Platz finden.

Kinder und Jugendliche, die in Trennungssituationen leben, brauchen Mitbestimmung und Beratung – unabhängig von den Eltern. Dazu gehört das Recht auf einen eigenen Verfahrensbeistand in Familiengerichtsverfahren.

Kinder und Jugendliche haben was zu sagen – für mehr Beteiligung vor Ort

Wir wollen vielfältige Formate der Kinder- und Jugendbeteiligung in den Kommunen bekannter machen und sie mit den Beteiligungskonzepten der Schulen sowie den Akteur*innen der Kinder- und Jugendarbeit verknüpfen. Dazu wollen wir ein Modellprojekt bei der Landeszentrale für politische Bildung auflegen, das sich an Landes-schüler*innenbeiräte, Vertreter*innen von Jugendforen, Jugendgemeinderäte und andere freie Jugendgruppen richtet. Die Jugendlichen selbst sollen die Ausschreibung, die Auswahl und die Begleitung der Projektanträge gestalten. Die politische Bildung innerhalb und außerhalb der Schule wollen wir stärken.

Wir haben erreicht, dass Kinder und Jugendliche sich in den Kommunen deutlich mehr einmischen, etwa in Jugendgemeinderäten oder Jugendforen. Das wollen wir weiter ausbauen. Das Wahlalter möchten wir auf allen Ebenen auf 16 Jahre senken.

Das Freiwillige Soziale Jahr und das Freiwillige Ökologische Jahr bieten heute schon vielen Jugendlichen die Chance, sich zu engagieren und sich persönlich weiterzuentwickeln. Wir haben die Landesmittel dafür kontinuierlich erhöht und stehen für den weiteren Ausbau.

Medienkompetenz stärken, Mobilität familiengerecht gestalten

Auch im Familienleben ist es wichtig, bewusst, reflektiert und kompetent mit digitalen Technologien umgehen zu können. Um das zu lernen, braucht es Medienangebote in der Schule genauso wie die Unterstützung der Eltern. Kinder und Jugendliche müssen im geschützten Rahmen Erfahrungen sammeln und sich ausprobieren können. Zudem brauchen wir verbindliche Maßnahmen für einen funktionierenden Kinder- und Jugendmedienschutz und das Bewusstsein für eine Medienethik.

Wir setzen uns dafür ein, dass Kommunen familiengerechte Mobilitätskonzepte erstellen und umsetzen. Gerade in einer Welt, in der sich der Alltag zunehmend an vielen verschiedenen Orten abspielt, ist Mobilität von großer Relevanz. Das betrifft Familien im Alltag in besonderer Weise – ob nun morgens auf dem Weg zu Kita und Schule oder zu Fußballtraining und Klavierunterricht am Nachmittag. Wir setzen uns dafür ein, dass Wege in Städten und Kommunen auch für Familien ohne Auto gut zu bewältigen sind. Eine Verkehrsplanung, die an Familienfreundlichkeit ausgerichtet ist, erhöht die Verkehrssicherheit und stärkt den Erhalt der Nahversorgung.

Darum Grün!

Wer Grün wählt, stimmt für

- Baden-Württemberg als starkes Land für Kinder, Jugendliche und Familien in all ihrer Vielfalt
- Prävention und Schutz vor Kinderarmut und Schutz der Kinder vor jeglicher Form von Gewalt
- den Ausbau der gelebten Beteiligung von Kindern und Jugendlichen
- mehr Medienbildung und die Stärkung des Jugendmedienschutzes
- eine Verkehrs- und Bauplanung, die an den Interessen von Kindern, Jugendlichen und Familien ausgerichtet ist

11.

Gesundheit, Pflege und Demografie

Gesundheit, Teilhabe und
Selbstbestimmung ermöglichen

W

ir Grüne stehen für eine solidarische Gesellschaft, in der alle Menschen ein selbstbestimmtes Leben führen und Verantwortung füreinander übernehmen. Der Grundpfeiler einer modernen Sozialpolitik ist der Ausbau von Prävention sowie ein gutes Gesundheits- und Pflegesystem für alle. Wir wissen, dass die Chancen für ein gesundes Leben stark von Bildung, Einkommen, Kompetenzförderung und gesellschaftlicher Teilhabe abhängen. Wir wollen Gesundheitsförderung in allen Politikfeldern verankern.

Als grün-geführte Landesregierung haben wir uns deshalb auf den Weg gemacht, Barrieren in der Gesundheitsversorgung abzubauen sowie Teilhabe und Inklusion zu verwirklichen. Wichtig ist uns, dass alle Bürger*innen eine Gesundheitsversorgung aus einer Hand erhalten. Deshalb haben wir in der vergangenen Legislaturperiode damit begonnen, die starre Trennung zwischen ambulanter und stationärer Versorgung zu überwinden. Das Fachpersonal in den Krankenhäusern, den ambulanten Angeboten und im Rettungsdienst muss unkompliziert zusammenarbeiten können, um den Genesungsprozess der Patient*innen bestmöglich zu unterstützen. Unser Ziel ist die bessere Zusammenarbeit und die Vernetzung aller Akteure im Gesundheitswesen.

Eine gute Gesundheitspolitik verhindert soziale Spaltung und stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Als Grüne setzen wir uns auf Bundesebene dafür ein, das bestehende Krankenversicherungs-

system zur Bürgerversicherung weiterzuentwickeln. Im Land werden wir Beamt*innen mit dem „Hamburger Modell“ mehr Wahlfreiheit bei der Auswahl ihrer Krankenversicherung ermöglichen: Unsere Staatsdiener*innen sollen sich für die gesetzliche Krankenversicherung entscheiden können, ohne dass ihnen dadurch finanzielle Nachteile entstehen. Das Land zahlt den entsprechenden Arbeitgeberanteil in Form einer pauschalen Beihilfe. Damit stärken wir das Solidarsystem der gesetzlichen Krankenversicherung und schaffen mehr Gerechtigkeit.

Gemeinsam durch die Pandemie – gut gerüstet für die Zukunft

Bisher sind wir besser durch die Corona-Krise gekommen als die meisten anderen Länder auf dieser Welt. Das liegt auch an den Stärken unseres Gesundheitswesens. Gleichwohl ist die Krise noch lange nicht überstanden. Erst wenn Impfstoffe in ausreichender Menge oder wirksame Therapiemöglichkeiten zur Verfügung stehen, können wir wieder in die gewohnte Normalität zurückkehren. Bis es soweit ist, müssen wir lernen mit dem Virus zu leben. Dabei gilt: Wir müssen das Infektionsgeschehen eindämmen und wollen gleichzeitig einen möglichst normalen Alltag leben. Wir Grüne wollen dafür sorgen, dass wir weiterhin gut und sicher durch die Krise kommen und wir stehen gleichzeitig dafür, dass wir die Lehren aus dieser Krise ziehen, um unser Gesundheitssystem krisen- und zukunftsfest zu machen. Dafür brauchen wir mehr Pflegepersonal in den Kliniken und Heimen und setzen uns für attraktivere Arbeitsbedingungen ein. Den Coronaleugner*innen treten wir mit einem klaren Bekenntnis zur wissenschaftsbasierten Medizin entgegen.

Grüne Gesundheitspolitik: gut versorgt in Stadt und Land

Wir Grüne stehen für dezentrale, leistungsfähige und innovative Beratungsstrukturen. Wir stellen die bedarfsgerechte Versorgung der Patient*innen in allen Teilen Baden-Württembergs ins Zentrum unserer Aufmerksamkeit. Es darf in der Gesundheitsversorgung der Menschen keinen Unterschied machen, ob sie in der Stadt oder auf dem Land leben.

Als grün-geführte Landesregierung haben wir bereits Anreize geschaffen, damit sich junge Ärzt*innen auf dem Land niederlassen und so die hausärztliche Grundversorgung sicherstellen. Im nächsten Schritt werden wir die Studienplätze für Humanmedizin weiter ausbauen und die Arbeitsbedingungen für Ärzt*innen familiengerechter gestalten. Dafür wollen wir die Gesundheitssteuerung der Kommunen stärken und die hausärztliche Versorgung sicherstellen, indem wir neue Organisationsformen fördern. Wir werden die Versorgung im ländlichen Raum verbessern, indem wir die digitalen medizinischen Beratungs- und Behandlungsangebote weiter ausbauen. Auch die interdisziplinäre Zusammenarbeit von Ärzt*innen, medizinisch-technischen Angestellten und anderen Gesundheitsberufen wollen wir ausweiten.

Wir stehen für die Etablierung von Primärversorgungszentren. Unter einem Dach kümmern sich dort verschiedene Gesundheitsberufe übergreifend um die Patient*innen und garantieren so eine Versorgung aus einer Hand. Wir werden auch das Konzept von Multifunktionshäusern im ländlichen Raum fördern. Ziel ist es, leerstehende Gebäude in Kommunen für die medizinische Versorgung, persönliche Dienstleistungen und Nahversorgung bereitzustellen. Erst zur Hausärztin, dann zum Frisör und in den Supermarkt – für alles braucht man dann nur noch einen Weg.

Medizinische Versorgung muss auch Menschen mit Behinderungen einen gleichberechtigten Zugang gewährleisten. Dafür werden wir die Inklusionskompetenz der Ärzt*innen in Aus- und Weiterbildung stärken. Arztpraxen sollen schrittweise barrierefrei werden.

Immer mehr Menschen leiden heute unter psychischen Erkrankungen. Wir lassen diese Menschen nicht allein. Wir verbessern die Aufklärungsarbeit und wollen Vorurteile gegenüber Menschen mit psychischen Erkrankungen abbauen. Trotz der hohen Nachfrage finden viele aber nur schwer Zugang zu Hilfsangeboten. Wir Grüne wollen diese Versorgungslücken schließen und damit die seelische Gesundheit der Menschen stärken. Dafür wollen wir die psychotherapeutische Versorgung überall, insbesondere im ländlichen Raum, verbessern und die Schnittstellen zur Beratung und Prävention stärken. Dazu gehören etwa die psychosoziale Beratung sowie die Sucht- und Suizidprävention. Um die klassische Psychotherapie zu unterstützen, setzen wir Grüne uns für evaluierte und zertifizierte digitale Therapie- und Beratungsangebote ein.

Die Arbeit des Rettungsdienstes wird in Zeiten des demografischen Wandels immer wichtiger. Seit Jahren steigen die Einsatzzahlen. Hilfsfristen legen fest, in welcher Zeit Rettungswagen bei den Patient*innen sein sollten. Im ländlichen Raum kann diese Vorgabe oft nicht eingehalten werden. Wir Grüne wollen darüber hinaus den Rettungsdienst modernisieren, damit die gesamte Rettungskette so gut und schnell wie möglich funktioniert – von der Ersthilfe bis zum Eintreffen im Krankenhaus. Dafür wollen wir insbesondere den Notfallsanitäter*innen mehr Kompetenzen einräumen. Die Unterstützung durch Telenotärzt*innen sowie die Digitalisierung wollen wir nutzen, um eine landesweite Planung der Standorte von Rettungswachen zu ermöglichen.

Vorsorge ist besser als Nachsorge

Die Gesundheit erhalten und Erkrankungen vorbeugen – das steht für uns Grüne im Fokus unserer Gesundheitspolitik. Pandemien und Viren machen nicht an Grenzen halt. Deshalb gilt es, verstärkt europäisch zu denken. Wir brauchen eine optimierte, grenzüberschreitende Gesundheitsplanung mit unseren europäischen Nachbar*innen. So können wir personelle Ressourcen und die Gesundheitsinfrastruktur gemeinsam flexibel nutzen. Wir werden den Medizinstandort Baden-Württemberg ausbauen und gemeinsam mit unseren europäischen Partner*innen in die medizinische Forschung, Entwicklung und Produktion investieren.

Aber auch in Baden-Württemberg gilt es, die Programme und Initiativen noch besser aufeinander abzustimmen und staatliche Strukturen und Vorsorge weiter auszubauen. Im Zentrum guter Prävention steht für uns der Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD). Wir werden unsere Gesundheitsämter personell stärken und digital besser ausstatten, um eine flächendeckende Gesundheitsförderung für alle zu ermöglichen. Die aufgelegten Präventionsprogramme sollen wissenschaftlich begleitet und hinsichtlich Effektivität und Effizienz überprüft werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass Maßnahmen zur Unterstützung des Immunsystems und zur Förderung der Selbstheilungskräfte im Sinne einer guten Gesundheitsvorsorge und zur Entlastung der Gesundheitssysteme stärker als bisher gefördert werden.

Gesundheitsförderung muss noch stärker da verankert werden, wo die Menschen leben, arbeiten, sich engagieren und lernen. Nicht nur der Sportkurs nach Feierabend, sondern auch eine gesundheitsfördernde Wohn- und Arbeitsumgebung und eine ausgewogene Ernährung – insbesondere in Kitas und an Schulen – sind wichtig. Wir wollen, dass schon unsere Kleinsten lernen, was zu einem gesunden

Leben gehört. Wir brauchen deshalb landesweite Kampagnen und Konzepte für gesundes Essen in Mensen und Kantinen. Wir wollen aber auch, dass der ÖGD seine Angebote in der Erwachsenenbildung ausweitet.

Wir unterstützen und fördern den One-Health-Ansatz, der die Gesundheit von Mensch, Tier und Natur ganzheitlich betrachtet und Antibiotikaresistenzen reduzieren möchte. Dabei spielt die Zusammenarbeit verschiedener Akteur*innen aus Humanmedizin, Veterinärmedizin und Landwirtschaft eine wichtige Rolle. Wir kennen den Zusammenhang zwischen Massentierhaltung und dem hohen Einsatz von Antibiotika. Durch eine ökologische Landwirtschaft mit artgerechter Tierhaltung wollen wir den Einsatz von Antibiotika reduzieren.

Im Bereich der Förderung der sexuellen Gesundheit werden wir die wertvolle Arbeit der AIDS-Hilfen in Baden-Württemberg weiterhin verlässlich unterstützen. Um Neuinfektionen mit HIV und anderen sexuell übertragbaren Infektionen zu verhindern, wollen wir die Aufklärung über Schutzmöglichkeiten und Risiken sowie Testmöglichkeiten verbessern.

Gute Präventionsarbeit begleitet Menschen durch das ganze Leben. Je älter wir werden, desto wichtiger ist Gesundheitsvorsorge. Um das Risiko von Pflegebedürftigkeit im Alter zu reduzieren, kommt der geriatrischen Versorgung eine hohe Bedeutung zu. Wir werden die Behandlungskapazitäten der geriatrischen Zentren ausbauen.

Für eine Drogen- und Suchtpolitik, die auf Prävention setzt

Für uns Grüne gehört Prävention in den Mittelpunkt der Drogen- und Suchtpolitik. Wir befürworten wirksame und frühzeitige Ansätze, die Abhängigkeit und riskante Konsumformen verhindern oder zumindest verringern, auch durch Resilienz- und Aufklärungsarbeit in den Schulen. Dies gilt bei Alkohol und Tabak, aber auch bei Partydrogen, Medikamenten und Glücksspiel.

Der Schutz von Nichtraucher*innen ist uns wichtig. Wir wollen deshalb den Nichtraucherschutz im Sinne der Angestellten in der Gastronomie und von Nichtraucher*innen weiterentwickeln. Wir werden den Gesundheitsschutz auch dadurch deutlich verbessern, dass wir viele bisher geltende Ausnahmen des Rauchverbots abschaffen.

Wir Grüne wollen den Konsum von Cannabis entkriminalisieren und legen dabei großen Wert auf Jugendschutz und Verbraucher*innenschutz. Auf Bundesebene wollen wir mit einem Cannabiskontrollgesetz die Möglichkeit für eine regulierte und kontrollierte Abgabe von Cannabis in Deutschland schaffen. Im Land wollen wir die Höchstgrenze für den Besitz von Cannabis für den zulässigen Eigenbedarf anheben.

Wir wollen ein gut ausgebautes Angebot zur gesundheitlichen Versorgung von abhängigen oder suchgefährdeten Menschen. Durch Angebote zur Schadensminderung muss alles getan werden, um die gesundheitlichen Risiken zum Beispiel durch gestreckte Drogen, schmutzige Spritzen oder gefährliche Zusatzstoffe zu reduzieren. Deshalb setzen wir uns im Rahmen eines ganzheitlichen Präventionskonzepts für Möglichkeiten ein, saubere Spritzen auszugeben oder Inhaltsstoffe von Drogen überprüfen zu lassen (Drug-Checking).

Wir haben im Land den ersten Drogenkonsumraum eingerichtet. Dort können Schwerstabhängige mitgebrachte Suchtmittel konsumieren – unter hygienischen Bedingungen und unter Aufsicht. Wir wollen Drogenkonsumräume in allen Großstädten etablieren, weil sie eine wichtige Überlebenshilfe für die Betroffenen bieten und den öffentlichen Raum durch Rückgang der offenen Drogenszene und ihrer negativen Begleiterscheinungen entlasten.

Der Pakt für Substitution des Sozialministeriums war ein Meilenstein in der Versorgung von Schwerstabhängigen. Das damit verbundene Monitoring wollen wir gewährleisten, indem wir das Amt einer*eines Landessuchtbeauftragten einrichten.

Wir werden kontinuierlich überprüfen, welche Auswirkungen Glücksspielangebote aufgrund der neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen haben und diese Rahmenbedingungen im Sinne des Spieler- und Jugendschutzes anpassen. Wir werden Strukturen schaffen, um die gesetzlichen Regelungen effizienter zu kontrollieren.

Grüne Investitionen in den Krankenhausbau – ökologisch, digital, inklusiv

Krankenhäuser sind Kernelemente, damit die Gesundheitsversorgung funktioniert. Als Land schaffen wir mit dem Investitionskostenzuschuss die Grundlage für gute und bedarfsgerechte Krankenhäuser. Noch nie hat das Land so viel in den Neubau von Krankenhäusern investiert wie unter der grün-geführten Landesregierung. Diesen Weg wollen wir weitergehen und die Investitionen in den Krankenhausbau deutlich erhöhen. Krankenhäuser sind Orte der Daseinsvorsorge, die zunehmende Kommerzialisierung in diesem Bereich lehnen wir ab. Wir unterstützen es, Krankenhäuser in kommunaler Trägerschaft zu erhalten. Wir Grüne stellen die Krankenhausversorgung in

Baden-Württemberg in Stadt und Land sicher. Unser Ziel ist es, dem Versorgungsanspruch aller Menschen gerecht zu werden.

Dort, wo neue Krankenhäuser gebraucht werden, sollen sie den höchsten medizinischen und ökologischen Standards entsprechen und ein Beispiel für gelebte Inklusion sein. Dazu gehört die bauliche Barrierefreiheit genauso wie Übersetzungen durch Schrift- und Gebärdendolmetscher. Gerade für ältere Menschen ist es wichtig, sich einfach und schnell in der neuen Umgebung zurechtzufinden. Krankenhäuser müssen den Bedürfnissen von Menschen mit Demenz sensibel begegnen und etwa eindeutige Wegbeschreibungen bereitstellen. Das Krankenhaus der Zukunft ist für uns Grüne digital optimal ausgerüstet und mit anderen Krankenhäusern vernetzt, um regionale und freie Behandlungskapazitäten besser nutzen zu können.

Wir investieren im Land massiv, um den Krankenhäusern die besten Rahmenbedingungen zu geben. Im Bundesrat setzen wir uns dafür ein, dass die Fallkostenpauschalen weiterentwickelt und Vorhalteleistungen ausreichend finanziert werden.

Geschlechtersensible Gesundheitsvorsorge ausbauen

Wir Grüne wollen allen Menschen ein gesundes Leben ermöglichen. Vor allem die Forschung aber vernachlässigt die Frauengesundheit sowie die Gesundheit von nicht-binären, Inter- und Trans-Personen: Medikamente und Therapien werden primär an männlichen Probanden erprobt und Wirkstoffe auf männliche Körper ausgerichtet. Wir wollen die geschlechtersensible Grundlagenforschung ausbauen und so dazu beitragen, diese Erkenntnislücke zu schließen. Auch bei der Diagnostik und Therapie von Krankheiten ist das Wissen um geschlechtsspezifische Unterschiede ausschlaggebend für den Behandlungserfolg.

Deshalb wollen wir die geschlechtersensible Medizin strukturell in den Hochschulen verankern und dafür sorgen, dass sie Teil der Ausbildungsinhalte medizinischer Berufe wird.

Wir wollen die Schwangerenberatung mit allen Fragen der Familienplanung ausbauen. Ungewollt Schwangere benötigen schnelle, fachliche Informationen und Beratung zu operativen und medikamentösen Abbrüchen. Sie brauchen einen gesicherten, zeitnahen Zugang zu einem Schwangerschaftsabbruch.

Alle Gebärenden sollen eine wohnortnahe Geburtshilfe erhalten. Zudem wollen wir den Betreuungsschlüssel für Hebammen verbessern. Wir werden die hebammengeführten Kreißsäle und Geburtshäuser in Baden-Württemberg ausbauen und arbeiten auf ein verpflichtendes Personalbemessungsinstrument für Kreißsäle hin. So wollen wir sicherstellen, dass Hebammen die Frauen bei der Geburt gut betreuen können und gleichzeitig ein faires Gehalt bekommen. Das Land fördert Lehrstühle und Forschungsvorhaben im Bereich der Hebammenwissenschaften. Auch die Akademisierung der Hebammenausbildung eröffnet neue Felder der wissenschaftlichen Forschung im Bereich der Frauengesundheit.

Transsexuelle, Transgender und intersexuelle Menschen brauchen einen diskriminierungsfreien Umgang bei medizinischen Untersuchungen. Die Sensibilisierung und Fortbildung von Mediziner*innen, insbesondere von Gynäkolog*innen und Hausärzt*innen, ist deshalb besonders wichtig.

Männer sterben heute im Schnitt sechs Jahre früher als Frauen. Schlaganfälle und Herz-Kreislauf-Erkrankungen sind dabei die häufigsten Todesursachen. Krankenkassen und betriebliche Gesundheitsförderung müssen sich verstärkt darauf konzentrieren, wie diesen Erkrankungen vorgebeugt werden kann.

Pflegende Angehörige stärken

Die Zahl der pflegebedürftigen Menschen wird in den nächsten Jahren steigen. Wir Grüne stehen für eine gute Pflege. Gute Pflege stärkt die Gesundheit, verhindert Krankheiten, fördert die Genesung und lindert Leiden. Die Herausforderungen einer alternden Gesellschaft sind eng verknüpft mit dem Thema Geschlechtergerechtigkeit. Meist pflegen Frauen ihre Eltern oder Schwiegereltern. Dafür geben sie oft ihren Beruf auf oder wechseln in Teilzeit. Die Folge: Sie verdienen weniger, ihre Rentenprognose sinkt. In ähnlich prekären Situationen befinden sich auch Eltern von Menschen mit Behinderungen, die die Pflege und Begleitung ihrer Kinder selbst bewerkstelligen. Viele Pflegende benötigen einen höheren Pflegegrad für ihre zu pflegenden Angehörigen.

Wir wollen in der Gesellschaft ein stärkeres Bewusstsein dafür schaffen, welche Belastungen pflegende Angehörige schultern müssen und welche Unterstützung sie brauchen. Die Mehrzahl der Pflegebedürftigen wird heute in den eigenen vier Wänden betreut. Deshalb wollen wir die häusliche Pflege stärken und Beratungs- und Hilfsangebote für pflegende Familienangehörige ausbauen. Viele Familien werden dabei von ambulanten Pflegediensten unterstützt. Um insbesondere die Angebote im ländlichen Raum attraktiver zu machen, setzen wir uns für eine Erhöhung der Wegepauschale für ambulante Pflegedienste ein. Leider wird die Arbeit der mobilen Pfleger*innen schlechter bezahlt als die gleichwertige Arbeit im Krankenhaus. Wir Grüne werden uns für die gleiche Bezahlung stark machen.

Für uns Grüne ist faire Mobilität auf dem Arbeitsmarkt wichtig. Wir wollen deshalb mit den Krankenkassen ein „Fair Care“-Gütesiegel für die häusliche Betreuung entwickeln, um faire Arbeitsbedingungen auszuzeichnen. So sichern wir auch Qualitätsstandards bei der Vermittlung von ausländischen Betreuungskräften und Haushaltshilfen

und bieten Orientierung für Pflegebedürftige und deren Angehörige. Dazu gehört auch eine verpflichtende Anmeldung in Baden-Württemberg und eine stärkere Überprüfung durch die Finanzkontrolle Schwarzarbeit.

Mit dem Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetz haben wir in Baden-Württemberg neue Maßstäbe gesetzt, um ein selbstbestimmtes Leben bis ins hohe Alter zu ermöglichen. Wir fördern damit die Vielfalt von Wohnformen und ambulanten Angeboten. Jetzt gilt es, das Gesetz für die kommenden Herausforderungen in der Pflege fit zu machen. Wir Grüne werden den Ausbau von ambulanten Angeboten und Tages-, Nacht- und Kurzzeitpflegeplätzen sowie das Angebot der ambulanten Palliativversorgung vorantreiben. Damit wollen wir pflegende Angehörige entlasten und stärken, die sich in der anstrengenden häuslichen Pflege allzu oft aufreiben. Auch der flächendeckende Ausbau von Assistenzdiensten für Menschen mit Behinderung gehört dazu.

Wir Grüne denken Pflegearbeit in der Familie und kommunale Quartiersentwicklung zusammen. Mit dem Landespflegestrukturgesetz haben wir als grün-geführte Landesregierung dafür gesorgt, dass die Kommunen größere Gestaltungsspielräume bei der Pflege bekommen. Wir haben die Landesstrategie Quartier 2030 erarbeitet, um Stadtteile und Wohnviertel lebendiger, sozialer und generationengerechter zu machen. Um pflegende Angehörige zu unterstützen, wollen wir kommunale Pflegekonferenzen weiter ausbauen. Hier sitzen Pflegende und Pflegebedürftige, Pflegekassen und Kommunen an einem Tisch. Gemeinsam beraten sie, welche Pflegeinfrastruktur und Angebote vor Ort gebraucht werden. Die Pflegekassen werden verpflichtet, die Empfehlungen der kommunalen Pflegekonferenzen zu berücksichtigen, wenn sie Rahmenverträge, Versorgungsverträge sowie Vergütungsvereinbarungen abschließen.

Wir wollen sogenannte „Caring Communities“ in öffentlicher Trägerschaft testen. Diese „sorgenden Gemeinschaften“ stehen für eine lebendige Quartiersnachbarschaft, in der man sich kennt, aufeinander achtet und füreinander sorgt. Hier werden pflegende Angehörige durch professionelle Pflegekräfte unterstützt. Auch eine Notfallhilfe für pflegende Angehörige wollen wir etablieren. Wer plötzlich krank wird und nicht mehr pflegen kann, soll im Quartier schnell und unkompliziert eine Übergangsbetreuung für den pflegebedürftigen Vater, für die demenzerkrankte Partnerin oder für das auf Betreuung angewiesene Kind finden.

Noch immer gehen Menschen, die erkrankte Angehörige pflegen, ein finanzielles Risiko und wirtschaftliche Abhängigkeiten ein. Tatsächlich aber hat ihr Engagement eine hohe gesellschaftliche Relevanz. Wir Grüne werden uns im Bund dafür einsetzen, dass pflegende Angehörige eine starke und faire soziale Absicherung bekommen, die der gesellschaftlichen Bedeutung ihrer Tätigkeit entspricht.

Uns Grünen ist bewusst: Gute Pflege kostet Geld. Für viele Pflegebedürftige und deren Angehörige ist das Armutsrisiko real. Oft sind die Kosten, die Betroffene als Eigenbeteiligung für Pflegeleistungen aufbringen müssen, nicht verlässlich vorhersehbar. Das bringt so manche*n an den Rand des finanziellen Ruins. Wir Grüne verstehen Gesundheit und Pflege solidarisch. Deshalb unterstützen wir auf Bundesebene einen sogenannten Sockel-Spitze-Tausch. Das heißt: Nicht die Kassenleistungen, sondern der Eigenanteil der Versicherten muss gedeckelt werden. Denn qualitativ hochwertige Pflege muss für jeden Menschen erreichbar und bezahlbar sein.

Leistung der Gesundheitsberufe anerkennen und die Pflege stärken!

Wer mit und an Menschen arbeitet, muss endlich die gesellschaftliche und finanzielle Anerkennung bekommen, die sie*er auch verdient! Das bedeutet für uns Grüne, dass wir uns dafür einsetzen, dass insbesondere die Pflegeberufe künftig deutlich besser bezahlt werden. Das Fachpflegepersonal im Krankenhaus, im Rettungsdienst oder in der Altenpflege leistet einen enormen gesellschaftlichen Beitrag. Wir Grüne wollen diese Berufe aufwerten und auf Landesebene gute Arbeits- und Rahmenbedingungen für alle Pflegenden schaffen – egal ob sie zu Hause oder in Pflegeheimen tätig sind. Auch wenn wir im Land dafür schon einiges getan haben, müssen die Personalschlüssel dem tatsächlichen Bedarf entsprechend weiter deutlich verbessert werden. Wir wollen die Zusammenarbeit der Gesundheitsberufe stärken und den nichtärztlichen Gesundheitsberufen mehr Kompetenzen geben.

Unsere Gesellschaft wird immer älter. Und damit steigt auch der Bedarf an Gesundheits- und Pflegeberufen. Deshalb ist es wichtig, dass wir konsequent ausbilden. Als Land werden wir die neue generalistische Ausbildung zur Pflegefachfrau bzw. zum Pflegefachmann unterstützen und mehr Studienplätze an Universitäten und Hochschulen für Pflege und Pflegewissenschaften einrichten. Mit der Akademisierung wollen wir eine europäische Harmonisierung in der Pflegeausbildung anstreben und eine gerechte Bezahlung und Aufstiegsmöglichkeiten sicherstellen.

Für uns Grüne ist klar: Gleichwertige Tätigkeiten müssen gleich vergütet werden – egal ob sie in der Altenpflege oder im Krankenhaus erbracht werden. Die aufgewertete Ausbildung soll dazu führen, dass Pflegenden mehr Verantwortung und Mitsprache bekommen. Gute Pflege gibt es nur unter guten Arbeitsbedingungen. Wir setzen uns

dafür ein, dass beruflich Pflegende die Verantwortung und Steuerung für Konzeption und Gestaltung des Pflegebildes, der Pflegepraxis, des Pflegemanagements und der Pflegeforschung übernehmen. Zudem soll es leichter werden, eine Ausbildung im Pflegebereich in Teilzeit zu absolvieren. Auch das Recht auf Weiterbildung werden wir stärken und gleichwertige ausländische Fachabschlüsse schneller anerkennen. Außerdem wollen wir den Zugang für ausländische Pflegekräfte zu Sprachkursen verbessern. Schließlich wollen wir in der Pflege auch einjährige Ausbildungswege fördern, damit die Fachkräfte besser entlastet werden. Pflege muss für alle bezahlbar sein. Die teilweise horrenden Preise der Leasing-Agenturen und freier Pflegekräfte sehen wir deshalb kritisch.

Ausbildungsvergütung statt Schulgeld: Bislang müssen viele junge Menschen, die im Gesundheitswesen arbeiten wollen, in ihrer Ausbildung Schulgeld bezahlen. Obwohl das Interesse und der Bedarf an Logopäd*innen, Podolog*innen, Ergo- und Physiotherapeut*innen vorhanden ist, schrecken die Gebühren viele junge Menschen ab. Wir wollen die Attraktivität der Gesundheitsfachberufe steigern. Das Schulgeld werden wir für alle Heilberufe abschaffen und eine Ausbildungsvergütung einführen.

Gleichzeitig findet die Pflege immer noch zu wenig Beachtung in den Entscheidungsgremien des Gesundheitswesens. Noch immer wird über den beruflichen Alltag der Pflegefachkräfte hinwegentschieden. In der laufenden Legislaturperiode haben wir die Vorarbeit geleistet, um in Baden-Württemberg eine Pflegekammer einzuführen. Sie soll als Organisation die Selbstverwaltung der Pflegefachkräfte voranbringen und das Berufsbild stärken. Dabei wollen wir die Erfahrungen aus den anderen Bundesländern für eine erfolgreiche Umsetzung nutzen. Gleichzeitig werden wir das Recht der Beschäftigten zur selbstbestimmten gewerkschaftlichen Interessenvertretung unterstützen,

um gute Tarifverträge zu ermöglichen. Wir werden Pflegende unterstützen, egal ob sie im stationären, teilstationären, ambulanten oder im häuslichen Bereich arbeiten.

Therapievielfalt im Gesundheitswesen

Viele Patient*innen haben den Wunsch, im Krankheitsfall zwischen unterschiedlichen qualitätsgesicherten Angeboten und Therapien entscheiden zu können. Dazu gehört für viele Menschen auch die Komplementärmedizin. Wir Grüne wollen für alle den barrierefreien Zugang zur integrativen Medizin sicherstellen. Wir fördern entsprechende Forschungsprojekte wie das Kompetenznetz Integrative Medizin (KIM) und das Akademische Zentrum für Komplementäre und Integrative Medizin (AZKIM) und haben als grün-geführte Landesregierung den ersten Lehrstuhl für integrative Medizin in Tübingen eingerichtet.

Für Teilhabe und Selbstbestimmung

Wir Grüne stehen für eine vielfältige Gesellschaft, in der jeder Mensch nach seinen Talenten und Fähigkeiten bestmöglich gefördert wird. Wir wollen allen Menschen die Chance geben, ihr Leben selbstständig in unserer Mitte zu gestalten. Unsere Vision ist eine Welt ohne Zugangshürden. Es ist uns wichtig, dass Menschen mit Behinderung gesellschaftlich teilhaben und selbst Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen können.

Als grün-geführte Landesregierung haben wir deshalb 2015 das Landes-Behindertengleichstellungsgesetz (L-BGG) eingeführt. Wir haben damit eine Landesbehindertenbeauftragte eingesetzt und die Stadt- und Landkreise dazu verpflichtet, kommunale Behindertenbeauftragte zu berufen. Mit dem Gesetz haben wir viele weitere

Verbesserungen erreicht. So darf es Menschen mit Behinderung nicht verweigert werden, notwendige Hilfsmittel zu nutzen bzw. mitzunehmen. Dazu gehören Blindenhunde für Sehbehinderte und Gebärdendolmetscher*innen für Hörgeschädigte. Nun wollen wir das L-BGG weiterentwickeln, um der inklusiven Gesellschaft noch einen Schritt näher zu kommen.

Wir wollen erreichen, dass in Land und Kommunen hauptamtliche Behindertenbeauftragte berufen werden. Wir wollen die Stimmen der Betroffenen im Landesbehindertenbeirat stärken und diesen zu einem Gremium der Selbstvertretung weiterentwickeln, das die Landesregierung berät. Dazu werden wir den Aufbau professioneller Strukturen fördern, denn alle Menschen müssen sich in demokratischen Beteiligungsprozessen einbringen können. Wir werden Fördermittel des Landes für Beteiligungsformate auch unter dem Aspekt der Inklusion prüfen. Außerdem wollen wir einen Partizipationsfonds einrichten, um die Beteiligung von Gruppen mit Beteiligungshemmnissen zu verbessern. Wir werden die Beteiligung von Menschen mit Behinderungen in den Kommunen stärken: Das erreichen wir, indem wir – analog zur Jugendbeteiligung – eine gesetzliche Grundlage schaffen, um kommunale Behindertenbeiräte einzurichten.

Chancen geben und Teilhabe für Menschen mit Behinderung ermöglichen

Menschen mit Behinderung sollen in allen Lebensbereichen von Anfang an teilhaben können. Das ist unser Ziel. Wir werden deshalb mehr barrierefreie Wohnungen und eine inklusive Arbeitswelt schaffen. Barrierefreiheit im öffentlichen Raum ist für uns eine Grundvoraussetzung, um Inklusion und Teilhabe zu verwirklichen. Dabei geht es nicht nur darum, bauliche Hindernisse zu beseitigen. Vielmehr

müssen wir auch kommunikative oder soziale Barrieren überwinden. Unser Verständnis von Barrierefreiheit folgt einem ganzheitlichen Inklusionsgedanken. Wir wissen, dass Barrierefreiheit nicht von heute auf morgen kommt. Wir Grüne stellen uns aber dieser großen politischen Herausforderung. Als grün-geführte Landesregierung haben wir wichtige Maßnahmen wie das Landesprogramm für Barrierefreiheit im Nahverkehr ergriffen. Wir werden nicht nachlassen, bis alle Bahnhöfe, Bordsteine und Busse barrierefrei sind. Wir wollen vielfältige und inklusive Wohngebäude. Wir werden barrierefreie Wohnungen bereitstellen und die Fördermöglichkeiten für barrierefreies Wohnen im Land ausbauen. Hier sehen wir besonderen Handlungsbedarf.

Als Land wollen wir Vorbild für andere Arbeitgeber*innen sein und eine Beschäftigungsquote von Menschen mit Behinderung von sechs Prozent erreichen. Wir werden mehr Menschen mit Behinderung in der Landesverwaltung einstellen und geeignete Arbeitsplätze schaffen. Zudem werden wir Landesmittel bereitstellen, um Menschen mit Behinderung beim Übergang aus der Werkstatt auf den ersten Arbeitsmarkt zu unterstützen. Gemeinsam mit den Werkstatthanbieter*innen wollen wir die Übergangsquoten deutlich erhöhen und dafür finanzielle Anreize schaffen. Menschen mit Behinderung brauchen oft spezielle Arbeitsplätze, damit sie ihre individuellen Fähigkeiten einbringen und entfalten können. Ein solcher Bereich ist die Arbeit als sogenannte Peer-Berater*innen. Sie lotsen andere Menschen mit Behinderung durch verschiedene Lebensbereiche. Sie zeigen Wege auf, berufliche Chancen zu ergreifen und gesellschaftliche Teilhabe wahrzunehmen. Noch immer schrecken viele Arbeitgeber*innen davor zurück, Menschen mit Behinderungen einzustellen. Wir Grüne werden gemeinsam mit anderen Akteur*innen ein Programm in Baden-Württemberg auflegen und eine Aufklärungskampagne für Arbeitgeber*innen starten. Unser Ziel ist es, diese Ängste und Befürchtungen abzubauen.

Ein wichtiger Punkt für ein selbstbestimmtes Leben ist für uns die ambitionierte Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG). Der Bund hat das BTHG 2016 eingeführt, um die Inklusion zu stärken. Die Umsetzung liegt jedoch bei den Bundesländern. Bei der Eingliederungshilfe setzen wir Grüne im Land auf eine konsequente Personenzentrierung. Ziel ist es, gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen. Daher überprüfen wir die Umsetzung einheitlicher Standards durch ein kontinuierliches Monitoring. Leider sind die Regelwerke des BTHG sehr kompliziert. Wir werden deshalb ein Schulungs- und Vernetzungsprogramm des Landes einrichten. So wollen wir die Beratungsstellen in die Lage setzen, Ratsuchende kompetent und umfassend bei allen Fragen zum BTHG beraten zu können.

Das Band der Generationen – zusammen durchs Leben

Wer heute in Baden-Württemberg geboren wird, hat beste Voraussetzungen, ein hohes Alter zu erreichen. Im Vergleich mit anderen Bundesländern werden die Menschen bei uns im Südwesten am ältesten. Wir bauen heute im Land auf eine gute medizinische Versorgung und haben ein starkes soziales und ehrenamtliches Netz. Durch den demografischen Wandel wird sich unsere Gesellschaft enorm verändern. Wir werden immer mehr ältere und hochbetagte Mitbürger*innen haben, viele von ihnen werden pflegebedürftig sein. Zugleich sind ältere Menschen heute aber so aktiv wie nie zuvor. Sie engagieren sich in Vereinen und Nachbarschaftshilfen, in Mehrgenerationenhäusern und sind in der Familienarbeit unersetzlich. Senior*innen wollen aber auch am kulturellen Leben teilhaben. Wir unterstützen deshalb Angebote vor Ort, die den vielschichtigen Lebensrealitäten und Bedürfnissen der Senior*innen gerecht werden.

Wir Grüne wollen den Generationenvertrag erneuern. Wir wollen die Chancen des demografischen Wandels nutzen, um Aufgaben in unserer Gesellschaft neu und auf mehr Schultern zu verteilen. Wir wollen eine inklusive Gesellschaft, die niemanden zurücklässt und die Interessen verschiedener Generationen nicht gegeneinander ausspielt. Wir werden eine Gesellschaft gestalten, die Chancen und Perspektiven für Jung und Alt bietet.

Mit dem Geriatriekonzept des Landes wollen wir ältere Menschen fit halten und ihnen einen Platz in der Mitte der Gesellschaft geben. Unser Ziel ist es, dass sie ihr Leben so selbstständig wie möglich gestalten können. Dabei setzen wir auf den Austausch mit dem Landesseniorenrat sowie mit den Kreis-, Stadt- und Ortsseniorenräten. Mehrfacherkrankungen begegnen wir mit einem ganzheitlichen und sektorenübergreifenden Ansatz aus ambulanten und stationären Hilfen. Wir werden dafür sorgen, wohnortnahe Möglichkeiten der Rehabilitation auszubauen.

Darum Grün!

Wer Grün wählt, stimmt für

- eine flächendeckende Gesundheitsversorgung aus einer Hand, damit Menschen in Stadt und Land nachhaltig vor Ort versorgt werden
- einen starken Öffentlichen Gesundheitsdienst, weil Gesundheit nicht vom privaten Geldbeutel abhängen darf
- Investitionen in den Krankenhausbau, um unsere Krankenhäuser für die Zukunft fit zu machen
- bessere Unterstützung und Beratung, damit pflegende Angehörige entlastet werden
- mehr Personal und gute Arbeitsbedingungen in der Pflege
- Barrierefreiheit, weil nur eine Gesellschaft ohne Zugangshürden Teilhabe für alle garantiert
- eine starke Interessenvertretung der Menschen mit Behinderungen

12.

Gesellschaft, Integration und Gleichstellung

Vielfalt und Zusammenhalt
gelingen nur gemeinsam

Baden-Württemberg ist ein Land mit einzigartigen Menschen und einer lebendigen und vielfältigen Gesellschaft. Wir alle leben gerne hier. Wir schätzen den Zusammenhalt, dass man füreinander da ist und sich gegenseitig hilft. Nirgendwo sonst in Deutschland engagieren sich so viele Menschen ehrenamtlich im Sportverein, in der Flüchtlingshilfe, in einer Bürgerinitiative oder Kirchengemeinde.

In der Corona-Krise haben wir bewiesen, dass wir als Gesellschaft auch mit Abstand zusammenhalten. Viele haben mit angepackt und anderen geholfen: Jüngere haben für Ältere eingekauft, Ältere haben für ihre Nachbarschaft Alltagsmasken genäht, Sportvereine haben Training fürs Wohnzimmer angeboten und Künstler*innen haben Konzerte im Internet gegeben oder vor Krankenhäusern gesungen, um den Patient*innen Mut zu machen. Das war eine große Gemeinschaftsleistung, die einmal mehr gezeigt hat, was wir zusammen alles schaffen können.

Auch wenn das Miteinander bei uns in Baden-Württemberg stärker ist als anderswo, nehmen auch bei uns die Fliehkräfte in der Gesellschaft zu. Die liberale Demokratie steht weltweit unter Druck. Menschen erwarten Antworten auf fundamentale Umbrüche unserer Zeit – von der digitalen Revolution über die Globalisierung und die Klimakrise bis hin zur Migration. Der Ton der öffentlichen Debatte wird rauer und brutaler. Der soziale Kitt, der unsere Gesellschaft zusammenhält, bröckelt.

Wir Grüne stehen für eine Politik, die Orientierung und Sicherheit im Wandel gibt und das Vertrauen in unser Gemeinwesen stärkt. Wir wollen unser Zusammenleben so gestalten, dass alle Menschen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können, wahrgenommen werden und den Respekt erfahren, den jede*r einzelne verdient. Uns geht es darum, das Miteinander und Füreinander in unserer offenen Gesellschaft zu fördern und Diskriminierung und Ausgrenzung zu überwinden. Unser Ziel heißt Zusammenhalt in Vielfalt. Deshalb haben wir bereits in den vergangenen Jahren den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu einem politischen Schwerpunkt der grün-geführten Landesregierungen gemacht. Diesen Weg wollen wir in den kommenden Jahren beherzt weitergehen. Wir wollen die Abwehrkräfte unserer Gesellschaft gegen Populismus und Polarisierung stärken. Denn miteinander erreichen wir so viel mehr als gegeneinander.

Ein starkes Ehrenamt bringt Menschen zusammen

Baden-Württemberg ist das Land des bürgerschaftlichen Engagements. Fast die Hälfte aller Menschen in unserem Bundesland engagiert sich freiwillig. Was bei uns viele Menschen ehrenamtlich in den Sport- und Musikvereinen, bei der Freiwilligen Feuerwehr, in Bürgerinitiativen, Kirchen, Religionsgemeinschaften, Gewerkschaften und Parteien leisten, ist unbezahlbar.

Wir Grüne fördern und stärken ehrenamtliches Engagement. Mit der Engagementstrategie Baden-Württemberg hat die grün-geführte Landesregierung eine Strategie zur Stärkung der Bürgergesellschaft auf den Weg gebracht. Wir Grüne wollen erreichen, dass sich alle Menschen engagieren können – unabhängig von Alter, Herkunft, einer Behinderung, Einkommen, Bildung, Religion, Geschlecht oder

sexueller Orientierung. Wir wollen noch mehr Menschen für das Ehrenamt begeistern und das bürgerschaftliche Engagement noch besser würdigen. Dafür werden wir eine Ehrenamtsoffensive starten. Denn das Ehrenamt braucht gute Rahmenbedingungen. Wir werden unnötige bürokratische Hürden, die viel Zeit und Verwaltungsarbeit kosten, abbauen. Die Vernetzung der Ehrenamtlichen soll gestärkt werden, um die Möglichkeiten für den Austausch von Wissen und Erfahrung zu verbessern. Gutes Ehrenamt braucht hauptamtliche Unterstützung. Wir werden mehr Weiterbildungsmöglichkeiten für Engagierte schaffen und zudem eine Ehrenamtskarte einführen. Sie soll den Ehrenamtlichen einen praktischen Nutzen bieten und ihnen ein paar wohlverdiente schöne Stunden ermöglichen – beispielsweise beim kostenfreien Besuch von Kultureinrichtungen. Im Bund werden wir uns außerdem für eine höhere steuerfreie Aufwandspauschale einsetzen.

Viele junge Menschen im Land bringen sich aktiv in die Gesellschaft ein: auf der Straße, in zahlreichen Vereinen oder auch im Rahmen von Freiwilligendiensten. Diese Erfahrung wollen wir noch mehr jungen Menschen ermöglichen und ihr Engagement belohnen. Deshalb werden wir die Landesmittel für die Jugendfreiwilligendienste erhöhen und der hohen Nachfrage nach Plätzen im Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) und Freiwilligen Ökologischen Jahr (FÖJ) gerecht werden. Die Einführung eines sozialen Pflichtjahrs lehnen wir ab – Engagement lebt von Freiwilligkeit und der Motivation und Freude aus sich selbst heraus, sich für etwas einzusetzen. Wir wollen darüber hinaus erreichen, dass soziales und ökologisches Engagement verstärkt beim Hochschulzugang oder einer Ausbildung berücksichtigt wird. Mit einem Freiwilligen-Pass wollen wir ermöglichen, dass jede*r Freiwilligendienstleistende künftig ermäßigte Eintrittspreise beispielsweise in Freibädern und anderen Einrichtungen erhält.

Mit Sport verbinden, mit Sport gewinnen

Der Sport spielt für den gesellschaftlichen Zusammenhalt eine zentrale Rolle, denn Sport verbindet: Alte und Junge, Menschen verschiedener Herkunft, mit verschiedenen Erfahrungen. Im Sport werden die Werte einer offenen und solidarischen Gesellschaft gelebt und vermittelt: Fairness, Respekt, Teamgeist und Vielfalt. Und Sport hält uns fit und fördert unsere Gesundheit. Wir Grüne unterstützen deshalb den Sport im Land aus voller Überzeugung.

Sportangebote müssen integrativ sein und Begegnungen ermöglichen. Wir Grüne werden den Breitensport weiterhin partnerschaftlich und verlässlich unterstützen, denn er vermittelt Werte und Bildung und schafft Zusammenhalt. Sportvereine und Verbände benötigen für die Bewältigung ihrer Aufgaben Rückhalt. Deshalb wollen wir den Solidarpakt Sport verlängern, um die Sportvereine auch weiterhin unterstützen zu können. Vielerorts sind Sportstätten die einzigen Orte, an denen Menschen unterschiedlichster Herkunft und Milieus zusammenkommen und gemeinsam ihre Mannschaft unterstützen oder zusammen Sport treiben. Wir Grüne wollen diese Orte nachhaltig sichern und verbessern. Mit dem Solidarpakt Sport III hat die grüngeführte Landesregierung die ehrenamtlichen Übungsleiter*innen besser ausgestattet und die Fördermittel für den Bau von Sportstätten, insbesondere durch ein Sonderprogramm, deutlich erhöht. Wir Grüne wollen beim Bau und Unterhalt von Sportstätten einen Schwerpunkt auf Klimaschutz und Nachhaltigkeit legen.

Sportveranstaltungen schaffen einzigartige Erlebnisse für Athlet*innen und Zuschauer*innen, sie sind aber auch eine Herausforderung für die Idee der Nachhaltigkeit. Wir stehen Sportgroßveranstaltungen in Baden-Württemberg offen gegenüber, wollen jedoch sicherstellen, dass Investitionen in Infrastrukturen und Sportstätten

im Einklang mit sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und ökologischen Nachhaltigkeitsanforderungen stehen.

Wir Grüne unterstützen die Initiative „Spitzensportland Baden-Württemberg“, um vielen Sportler*innen die Möglichkeit zu geben, sich zu Spitzenathlet*innen entwickeln zu können. Wir machen uns für eine transparente Sportförderung stark, die die Athlet*innen in den Mittelpunkt stellt und duale Karrieren ermöglicht und fördert. Frauen sollen hierbei mittels eines zusätzlichen Förderprogramms besonders unterstützt werden. Wettkampfsport auf allen Ebenen ist begrüßenswert. Leistungssteigerung durch gesundheitsschädigende Mittel und Doping lehnen wir entschieden ab.

Zum Sportland gehören Schwimmbäder und Schwimmunterricht. Wir setzen uns für eine gute Bäderinfrastruktur ein und wollen den Schwimmunterricht an Schulen und in Vereinen stärken.

Wie unsere Gesellschaft ist auch der Sport stets im Wandel. Wir Grüne machen uns dafür stark, dass auch der Sport diesem Wandel standhält. Wir zeigen uns offen für neue Formen des Sports: Millionen Menschen begeistern sich für E-Sport. Wir Grüne wollen gute Rahmenbedingungen für den E-Sport in Baden-Württemberg schaffen – vor allem für Amateur-Vereine. Deshalb sollen E-Sport-Vereine genauso von der Gemeinnützigkeit profitieren können wie andere Sportvereine. Einen Wandel im Sport wollen wir Grüne auch beim Thema Auflösung der strikten Geschlechtertrennung vorantreiben. Dafür wollen wir Projekte und Vereine besonders unterstützen, die Pionierarbeit leisten und den geschlechtergemischten Mannschaftssport normalisieren.

Nach der Corona-Pandemie werden viele Hunderttausend sportbegeisterte Menschen hoffentlich wieder die Spiele ihrer Mannschaften in unserem Land besuchen können. Damit diese Veranstaltungen sicher und für jede*n zugänglich bleiben, hat die grün-geführte

Landesregierung mit den Stadionpartnerschaften ein Konzept vorgelegt, das Sportveranstaltungen zu dem macht, was sie sein sollten: ein Ereignis, an dem die ganze Familie teilnehmen kann. Wir Grüne unterstützen darüber hinaus Fanbeauftragte sowie präventive Projekte im Fan- und Amateursportbereich. Gewalt, Diskriminierung und Ausgrenzung dürfen im Sport ebenso wenig wie in anderen Bereichen der Gesellschaft geduldet werden. Wir unterstützen Vereine in der Antidiskriminierungsarbeit.

Ja zu Vielfalt – Nein zu Hass und Hetze

Wir Grüne stehen fest zu den Werten unseres Grundgesetzes und verteidigen unsere Gesellschaft gegen rassistisches, rechtsextremes und menschenverachtendes Gedankengut. Deshalb werden wir einen Aktionsplan gegen Hasskriminalität auflegen. Mit Herz und Haltung wollen wir Hass und Hetze entgegentreten – online und offline. Wir wollen Betroffene besser unterstützen, Polizei und Justiz stärker sensibilisieren und die Strafverfolgung effektiver gestalten. Die Entwicklung der Hasskriminalität in Baden-Württemberg muss Eingang in den Sicherheitsbericht des Landes finden. Wir ermutigen die Opfer von rechter Gewalt: Zeigt Hasskriminalität konsequent an!

Wir Grüne wollen, dass es gar nicht erst zu Hassverbrechen kommt. Deshalb setzen wir auf kontinuierliche Prävention. Um allen Dimensionen der gesellschaftlichen Vielfalt gerecht zu werden und sie perspektivisch dort zu bündeln, wollen wir eine Stabstelle Vielfalt einführen, die besonders auch im Bereich Antirassismus tätig wird.

Das grün-geführte Sozialministerium hat 2018 die Landesantidiskriminierungsstelle Baden-Württemberg neu eingerichtet. Das ist ein großer grüner Erfolg und ein Meilenstein der baden-württembergischen Antidiskriminierungsarbeit. Diese Landesantidiskriminie-

rungsstelle werden wir finanziell und als unabhängige Stelle personell stärken. Auch die Antidiskriminierungsarbeit in der Fläche werden wir weiter ausbauen. So schaffen wir überall Zugang zu Information und einheitliche Standards in der Beratung. Die Antidiskriminierungsstelle soll künftig außerdem flächendeckende Informationskampagnen gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit erarbeiten und gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Organisationen Workshops zur Antidiskriminierungsarbeit in der Fläche anbieten. Auch von staatlicher Seite dürfen keine Diskriminierungen erfolgen. Darum fordern wir ein Antidiskriminierungsgesetz, das nach dem Vorbild des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes ausgestaltet sein soll. Besonders wichtig ist es uns auch, die Themen Antirassismus und Antidiskriminierung in die Schulen zu bringen. Dafür entwickeln wir Konzepte, um vertrauensvolle Anlaufstellen für Schüler*innen und Lehrkräfte zur Verfügung zu stellen.

Menschlichkeit und Verantwortung – für ein weltoffenes Baden-Württemberg

Weltweit sind so viele Menschen auf der Flucht wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Sie fliehen vor Krieg, Gewalt, Terror, Perspektivlosigkeit und der Zerstörung ihrer Herkunftsregionen durch die Klimakrise. Viele von ihnen suchen Schutz und neue Perspektiven in Europa, Deutschland und auch bei uns in Baden-Württemberg. Unser Land konnte bereits vielen Menschen eine neue Heimat geben. Menschlichkeit, Verantwortung und Solidarität bilden den Kern unserer flüchtlings- und asylpolitischen Überzeugungen: Wir wollen Menschen in Not helfen und ihnen die Möglichkeit geben, ihre Erfahrungen in unsere Gemeinschaft einzubringen – davon profitieren nicht zuletzt auch diejenigen, die bereits seit Längerem hier leben. Wir sorgen dafür, dass

Geflüchtete bei uns ein neues Zuhause finden, und schaffen langfristige Integrations- und Bleibeperspektiven.

In den vergangenen Jahren hat die grün-geführte Landesregierung in einer Verantwortungsgemeinschaft mit den Kommunen und der Zivilgesellschaft vielen Geflüchteten geholfen und mit verschiedenen Maßnahmen für eine bessere Unterbringung und Versorgung der Menschen gesorgt, die zu uns gekommen sind. Aber wir wollen auch in Zukunft die Situation in den Flüchtlingsunterkünften weiter verbessern. Der Aufenthalt in den Erstaufnahmeeinrichtungen soll weiter verkürzt werden. Die Erstaufnahme muss gut ausgestattet und Corona-konform gestaltet werden. Durch kraftvolles und koordiniertes Handeln haben wir neben der Erhöhung des Wohnraumes in der Flüchtlingsaufnahme auch eine erfolgreiche Bundesratsinitiative für Geflüchtete in Arbeit gestartet, um Bleibeperspektiven zu verbessern. Eine Wohnsitzauflage für anerkannte Geflüchtete sehen wir grundsätzlich kritisch.

Wir haben außerdem ein Sonderprogramm zur Aufnahme von 1.000 traumatisierten jesidischen Frauen und Kindern aufgelegt, die der grausamen Verfolgung durch den sogenannten Islamischen Staat entkommen konnten. Wir bieten ihnen hier Schutz und Sicherheit. In der nächsten Legislaturperiode wollen wir weitere Sonderprogramme für besonders Schutzbedürftige auflegen.

Von Anfang an sollen alle die Möglichkeit bekommen, die deutsche Sprache zu lernen. Durch eine umfassende Sozial- und Rechtsberatung sollen Geflüchtete künftig von Anfang an über ihre Rechte und die Voraussetzungen der verschiedenen Aufenthaltstitel informiert werden. Wir haben das Ziel, dass Geflüchtete so schnell wie möglich Zugang zu integrativen Maßnahmen, zu Ausbildung und Arbeit und einer guten Wohnsituation bekommen. Dafür wollen wir das Erreichte überprüfen und weiter verbessern. Gesellschaftliche Teilhabe schließt

neben Wohnen und Arbeiten auch die gesundheitliche Versorgung ein. Wir setzen uns daher für die Ausstellung einer Gesundheitskarte mit der Erstregistrierung ein. Zudem wollen wir den anonymen Krankenschein für Menschen ohne Aufenthaltsstatus, sogenannte Papierlose, etablieren.

Traumatisierte Geflüchtete brauchen einen schnellen und niedrigschwelligen Zugang zu Hilfe, damit sie eine Perspektive und Chancen auf Teilhabe in der Gesellschaft haben. Daher wollen wir die bestehenden psychosozialen Beratungsstellen zu einer landesweiten Versorgungsstruktur weiterentwickeln.

Wir Grüne sind dankbar, dass sich so viele Menschen in unserem Land in der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe engagieren. Egal, ob es die Landfrauen sind, die Wollsocken für Flüchtlingskinder stricken. Oder der Fußballtrainer, der neue Kicker*innen aus aller Welt in seinem Team mit offenen Armen empfängt. Oder die Deutschlehrerin, die ehrenamtlich an ihren Nachmittagen den Neuankömmlingen erste Sprachkenntnisse vermittelt. Oder die vielen Ehrenamtlichen in den Freundeskreisen, die sich um die kleinen und großen Alltagsprobleme kümmern. Wir Grüne bringen diesem Engagement große Wertschätzung entgegen und werden es weiter gezielt unterstützen.

Viele Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg unterstützen die Initiative „Sichere Häfen“ und zeigen damit aktive Bereitschaft, Geflüchtete aufzunehmen, die aus Seenot gerettet worden sind oder in Flüchtlingslagern vor den Toren Europas leben. Wir Grüne unterstützen diese Initiative und wollen, dass auch das Land Baden-Württemberg zum „Sicheren Hafen“ wird. Wir werden daher ein entsprechendes Landesaufnahmeprogramm vorantreiben und machen uns auf Bundesebene dafür stark, dass Bundesländer und Kommunen mehr Möglichkeiten bei der Aufnahme von Menschen in Notsituationen erhalten, um so auch unter anderem Verantwortung für die

Geflüchteten in Griechenland zu übernehmen. Auf europäischer Ebene setzen wir uns außerdem dafür ein, dass zivile Seenotrettung entkriminalisiert und ein europäisch organisiertes und finanziertes ziviles Seenotrettungssystem aufgebaut wird. Das Sterben im Mittelmeer muss beendet werden!

Die beste Flüchtlingspolitik bewahrt die Menschen davor, ihre Herkunftsregionen überhaupt erst verlassen zu müssen. Das Bekämpfen von Fluchtursachen heißt, die Gründe der Flucht und nicht die Menschen auf der Flucht zu bekämpfen. Dafür müssen wir in Europa und im Bund noch viel mehr tun, indem wir unseren Beitrag zu Fluchtursachen erkennen, dafür Verantwortung übernehmen und Maßnahmen ergreifen, wie beispielsweise die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit zu erhöhen. Die grün-geführte Landesregierung hat mitgeholfen, die wirtschaftliche Situation auf dem Balkan zu stabilisieren. Sie hat im Nordirak wichtige Programme zur Gesundheitsvorsorge und Bildung ins Leben gerufen und wird auch weiterhin im Rahmen ihrer Möglichkeiten einen Beitrag zur Fluchtursachenbekämpfung leisten.

Wer bei uns Asyl beantragt, verdient ein rechtsstaatliches, faires und schnelles Asylverfahren. Nicht alle, die zu uns kommen, werden auch dauerhaft hierbleiben können. Wird ein Asylantrag abgelehnt und gibt es keine weiteren Gründe, die eine Rückkehr ausschließen, hat für uns die freiwillige Rückkehr Vorrang. Wir setzen dabei auf aktive Rückkehrberatung und gezielte Rückkehrhilfen. Die Leitlinien für die Rückkehr- und Abschiebep Praxis in Baden-Württemberg müssen eine rechtsstaatliche, faire und humanitär verantwortliche Rückkehr- und Abschiebep Praxis gewährleisten. Dabei wollen wir das Kirchenasyl respektieren. Niemand darf in Kriegsgebiete oder in Lebensgefahr abgeschoben werden. Die Ausweitung der Liste der sicheren Herkunftsländer lehnen wir ab. Dafür fordern wir klare Maßstäbe auf Bundesebene und insbesondere eine engmaschige und ergebnisoffene

Überprüfung der Situation in Ländern wie Afghanistan – einem Land, in das wir Abschiebungen in der aktuellen Lage ablehnen. Für Menschen ohne Aufenthaltsrecht ist die Härtefallkommission eine wichtige Anlaufstelle. Diese Kommission kümmert sich um die Schicksale, die durch das Raster unseres Systems fallen. Wir wollen, dass die Härtefallkommission unabhängige und transparente Entscheidungen trifft. Dazu werden wir die Härtefallkommission strukturell und personell ausbauen.

Ein Asylverfahren darf nicht die einzige Chance für Menschen sein, die nach Deutschland einwandern möchten. Bedingt durch demografischen Wandel und Fachkräftemangel sind wir auf die Zuwanderung von Menschen aus dem Ausland angewiesen. Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, dass ein umfassenderes Zuwanderungsgesetz erarbeitet wird.

Mit Integration beginnen – neue Mitbürger*innen gewinnen

Integration ist eine große Herausforderung und zugleich eine der größten Chancen für unser Land. Grüne Integrationspolitik richtet sich an die ganze Gesellschaft: an alle, die zu uns kommen, aber auch an alle, die schon länger hier leben. Integration ist ein wechselseitiger Prozess, der die Bereitschaft aller Beteiligten voraussetzt, in unserer Gesellschaft zusammenzuleben. Diejenigen, die zu uns kommen, brauchen bestimmte Voraussetzungen, damit Integration gelingt. Sie müssen die Möglichkeit erhalten, die deutsche Sprache zu lernen. Sie brauchen Zugang zu guter Bildung und zum Arbeitsmarkt sowie die Chance, am politischen und gesellschaftlichen Leben auf der Grundlage unserer demokratischen Werteordnung teilzuhaben. Für die, die schon länger hier leben, bedeutet gelingende Integration: offen zu

sein für eine kulturelle Bereicherung und Unterschiede als Chance zu begreifen, nicht als Bedrohung. Ziel unserer Integrationspolitik ist ein starker gesellschaftlicher Zusammenhalt bei einer wachsenden Bevölkerungsvielfalt. Das Band, das unsere Gesellschaft dabei zusammenhält, ist unser Grundgesetz.

Wenn Menschen zu uns kommen, wollen wir ab dem ersten Tag mit der Integrationsarbeit beginnen. Wir wollen keine Zeit verlieren, indem wir warten, bis der Aufenthaltsstatus endgültig geklärt ist. Oft dauert es Monate, bis die Bundesbehörden Klarheit geschaffen haben. Deshalb setzen wir uns für eine zeitnahe Arbeitserlaubnis und eine dezentrale Unterbringung unabhängig vom Aufenthaltsstatus ein. Jeder Tag, an dem Geflüchtete und Migrant*innen an unserem gesellschaftlichen Leben teilhaben können, ist ein Tag gelungener Integration.

Als Land gestalten wir Integration maßgeblich mit. Deshalb haben wir als grün-geführte Landesregierung 2016 gemeinsam mit den Kommunen den Pakt für Integration auf den Weg gebracht. Kernstück war ein neu geschaffenes Integrationsmanagement. Heute stehen rund 1000 Integrationsmanager*innen den Geflüchteten im Alltag zur Seite und unterstützen sie mit Integrationsplänen dabei, ein selbstständiges Leben zu führen. Zusätzlich unterstützt der Pakt junge Geflüchtete in Schulen auf ihrem Weg ins Berufsleben und fördert ehrenamtliche, interkulturelle und bürgerschaftliche Strukturen in der Flüchtlingshilfe. Wir Grüne werden die Finanzierung des Paktes für Integration auch in der nächsten Legislaturperiode sicherstellen und die Rahmenbedingungen für gute Integration schaffen.

Integration findet dort statt, wo sich Menschen begegnen – in Kitas, Schulen, Vereinen, Nachbarschaften und am Arbeitsplatz. Für uns Grüne haben vor allem Familien als Ort der Sicherheit und Vertrautheit einen hohen Stellenwert für eine gelingende Integration. Gerade nach einer traumatisierenden Flucht benötigen Menschen die

Gewissheit, dass auch ihre Familie in Sicherheit ist. Nur dann können sie sich mit Herz und Verstand auf die Integration in der Schule, der Ausbildung und am Arbeitsplatz konzentrieren. Wir Grüne wollen deshalb den Familiennachzug erleichtern.

Wir setzen uns entschlossen für einfache und unbürokratische Möglichkeiten ein, einen dauerhaften Aufenthaltstitel für Migrant*innen zu bekommen. Sie sollen zeitnah nach Abschluss ihres Asylverfahrens eine Bleibeperspektive erhalten. Dafür wollen wir die gesetzlichen Spielräume wie die Ermessensduldung auf Landesebene konsequent nutzen. Wenn Menschen plötzlich gehen müssen, die gut integriert sind, hier arbeiten und sich ein Leben aufgebaut haben, dann ist das ein herber Verlust für unsere Gesellschaft, den wir vermeiden wollen.

Mit dem Beitritt zur „Charta der Vielfalt“ hat Baden-Württemberg bekräftigt, dass es eine Kultur der Vielfalt und des Respekts pflegt und fortentwickeln will. Das bedeutet für uns auch, dass wir die Arbeit von migrantischen Selbstorganisationen stärken wollen und die Teilhabe von Migrant*innen in unserer Gesellschaft verbessern wollen. Wir unterstützen die interkulturelle Öffnung der Landesverwaltung. Für eine bessere Verständigung brauchen wir mehr Sprachmittlung in Behörden und öffentlichen Einrichtungen. Wir wollen mehr Menschen mit Migrationshintergrund für den öffentlichen Dienst gewinnen. Dazu wollen wir die Kampagne „Vielfalt macht bei uns Karriere – Willkommen im öffentlichen Dienst“ wieder aufgreifen. Als grün-geführte Landesregierung haben wir auch das Programm „Chancen gestalten – Wege der Integration in den Arbeitsmarkt öffnen“ auf den Weg gebracht. Wir werden nun ein landesweites kommunales Netzwerk aufbauen, um Geflüchtete und Migrant*innen schnellstmöglich ins Arbeitsleben zu integrieren. Im Ausland erworbene Qualifikationen und Abschlüsse wollen wir fair anerkennen, nutzen und stärken. Bildung und Sprache sind für Integration, Teilhabe und Chancengerecht-

tigkeit von zentraler Bedeutung. Wir werden deshalb die Angebote für Sprachkurse ausbauen und die begleitende Kinderbetreuung für Geflüchtete mit Kindern sicherstellen.

Wir Grüne stehen für eine bunte Gesellschaft. Wir wollen, dass Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft schneller und unbürokratischer eingebürgert werden können. Wir wissen auch: Integration ist ein Prozess, den die Mehrheitsgesellschaft und die Menschen, die zu uns kommen, gemeinsam gestalten müssen. Dieser Integrationsprozess kann nur gelingen, wenn beide Seiten offen und tolerant gegenüber unterschiedlichen Lebensentwürfen sind. Dazu gehört es, Lebensleistungen, Erfahrungen und Bedürfnisse anzuerkennen. Wir werden die Antirassismus- und Antidiskriminierungsarbeit stärken und ein positives Bild von Diversität vermitteln.

Die Hälfte der Macht den Frauen – überall!

Feminismus ist ein Kernanliegen grüner Politik. Wenn Geschlechtergerechtigkeit selbstverständlich gelebt wird, sichert das die Stabilität unserer Gesellschaft, schafft wirtschaftliche Chancen und stärkt unsere Demokratie.

Wir Grüne sorgen dafür, dass Frauen und Männer endlich die gleichen Chancen haben. Die Gleichstellung aller Geschlechter ist für uns eine Selbstverständlichkeit. Doch leider ist sie noch keine gesellschaftliche Realität. Frauen und Männer sind zwar vor dem Gesetz gleich, aber wir alle haben Rollenbilder im Kopf. Es gibt immer noch Berufe, die als typisch für Frauen oder Männer gelten. Immer noch ist Frauen der Zugang zu Führungspositionen erschwert. Vielfach verdienen Frauen bei gleicher Qualifikation immer noch weniger als Männer. Wir wollen diese Rollenbilder auflösen und einen gesellschaftlichen Aufbruch für Frauenrechte initiieren. Wir Grüne werden

nicht nachgeben, bis Frauen wirklich überall die gleichen Rechte, Möglichkeiten und Lebenschancen haben wie Männer!

Als grün-geführte Landesregierung haben wir 2016 mit dem Chancengleichheitsgesetz in Baden-Württemberg einen großen Sprung nach vorne gemacht. Darin haben wir festgehalten: Alle Gremien, für die das Land ein Vorschlagsrecht hat, werden zur Hälfte mit Frauen besetzt. Wir haben darin auch festgeschrieben, hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte in Städten mit über 50.000 Einwohner*innen einzuführen. Sie treiben die Frauenförderung in den großen Städten entscheidend voran. Jetzt wollen wir den nächsten Schritt gehen und hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte in den großen Kreisstädten einführen. Wir wollen Ansprechpartner*innen vor Ort einsetzen, um gleiche Chancen für alle zu ermöglichen. Die Ergebnisse der Evaluierung des Chancengleichheitsgesetzes wollen wir nutzen, um neue Impulse für die Gleichstellung zu setzen. Um die Gleichstellung in Baden-Württemberg auch in der Landesregierung verpflichtend und kontinuierlich zu verankern, wollen wir eine Landesbeauftragte für Gleichstellung und Diversity etablieren. Einrichtungen des Landes sollen bei öffentlichen Veranstaltungen wie zum Beispiel Podiumsdiskussionen mindestens ein Drittel weibliche Rednerinnen zum Zug kommen lassen, um die Expertise von Frauen sichtbar zu machen. So können Fachexpertinnen als Vorbilder wirken. Auch bei landeseigenen Unternehmen wollen wir Gleichstellung fördern sowie sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz bekämpfen. Wir unterstützen diese Unternehmen dabei, Gleichstellungsbeauftragte einzuführen.

Für uns Grüne ist klar: Auch in den Führungsebenen von Politik müssen Männer und Frauen zu gleichen Teilen repräsentiert sein. Denn nur, wenn alle gesellschaftlichen Gruppen in Entscheidungen eingebunden sind, kann Politik tragfähige Entscheidungen treffen. Baden-Württemberg hat deutschlandweit einen der niedrigsten

Frauenanteile im Parlament. Deshalb fordern wir schon lange die Änderung des Landtagswahlrechts und wollen verfassungskonforme Konzepte für die Entwicklung eines Paritätsgesetz prüfen lassen. Damit der Landtag zu dem wird, was er sein soll: ein Spiegelbild unserer Gesellschaft.

Gleichberechtigung und Feminismus sind keine reine Frauensache. Um die Bedeutung dieses politischen Ziels zu untermauern, wollen wir den Internationalen Frauentag am 8. März zu einem gesetzlichen Feiertag machen. Wir wollen einen lebendigen Feiertag einführen, der uns an gesellschaftliche Kämpfe vergangener Tage erinnert und aufzeigt: Wir müssen noch weitere Anstrengungen unternehmen, um echte Gleichberechtigung zu erreichen.

Wir Grüne zeigen null Toleranz bei Gewalt gegen Frauen. Wie ein Brennglas hat die Corona-Krise verdeutlicht: Häusliche Gewalt gegen Frauen ist heute immer noch ein massives Problem. Als Landesregierung haben wir begonnen, die Vorgaben der Istanbul-Konvention umzusetzen und verbindliche Rechtsnormen gegen Gewalt an Frauen und häusliche Gewalt zu schaffen. Wir werden diese Arbeit fortführen, bis die Konvention lückenlos verwirklicht ist. Dafür werden wir den Landesaktionsplan „Baden-Württemberg gegen Gewalt an Frauen“ fortschreiben. Wir werden verstärkt in die Gewaltprävention investieren und Menschen verstärkt dafür sensibilisieren, Gewalttaten zu erkennen. Gleichzeitig werden wir die Opfer noch besser unterstützen. Wir werden Frauen- und Kinderschutzhäuser sowie Beratungsstellen für Opfer von häuslicher und sexualisierter Gewalt flächendeckend ausbauen und finanziell gut ausstatten. Durch die stärkere Förderung wollen wir ein flächendeckendes Netz aus Frauenhäusern erreichen. Ziel muss es sein, dass es in jedem Landkreis in Baden-Württemberg diese Zufluchtsorte gibt. Im Einklang mit der Istanbul-Konvention möchten wir auf Landesebene eine Koordinationsstelle schaffen, die

die verschiedenen Hilfsangebote zusammenbringt. Sie soll den Austausch und die Kooperation der Beratungsstellen fördern und die regionale Versorgungslage im Blick behalten.

Wie lange sie in Frauenhäusern bleiben, darüber können nur die Frauen selbst entscheiden. Eine pauschale Begrenzung der Wohnzeit lehnen wir ab. Wir setzen uns dafür ein, dass Frauen nach ihrem Aufenthalt in einem Frauenhaus leichteren Zugang zu bezahlbarem Wohnraum bekommen, um ein neues Leben beginnen zu können. Für Opfer von sexualisierter Gewalt schaffen wir eine bessere Notfallversorgung einschließlich einer anonymen Spurensicherung. Dafür wollen wir eine Gewaltambulanz nach Heidelberger Vorbild in jedem Regierungspräsidium aufbauen.

Wir kämpfen entschieden gegen Menschenhandel und sexuelle Ausbeutung. Menschen in der Prostitution wollen wir vor Ausbeutung und Ausgrenzung schützen. Das Recht auf Selbstbestimmung steht für uns dabei im Vordergrund. Deshalb werden wir Beratungsangebote ausbauen und Ausstiegsprogramme, die Alternativen aufzeigen, finanziell besser ausstatten.

Gewalt gegen Frauen entsteht durch Frauenhass, durch gefährliche Männlichkeitsvorstellungen und Überlegenheitsfantasien. Hass gegen Frauen ist eine Form der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. Wir wollen Präventionsarbeit gegen Frauenfeindlichkeit fördern, die auch die Überschneidungen mit anderen Formen der Menschenfeindlichkeit wie Rassismus in den Blick nimmt. Gleichzeitig werden wir Programme in der Schule und in der Kinder- und Jugendarbeit fördern, die Heranwachsende dabei unterstützen, für ihre Rechte und körperliche Selbstbestimmung einzutreten. Um Frauen das Recht zur Selbstbestimmung über den eigenen Körper auch beim Thema Schwangerschaftsabbruch zu gewährleisten, setzen wir uns auf Bundesebene für die Abschaffung der Paragraphen 218 und 219a aus dem Strafgesetzbuch ein.

Frau zu sein ist eines der größten Armutsrisiken in Deutschland. Frauen leisten immer noch den Großteil der unbezahlten Sorge- und Pflegearbeit in Familie und Haushalt. Wir wollen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern, damit Erziehungs- und Familienarbeit endlich gleichberechtigt verteilt werden kann. Wir setzen uns dafür ein, dass Frauen für die gleiche Arbeit den gleichen Lohn erhalten. Die Einführung eines Lohnatlas für Baden-Württemberg ist ein erster Schritt, Transparenz über die Lohnungleichheit zwischen Männern und Frauen zu schaffen. Er soll die Unterschiede in den Branchen und Regionen beleuchten. Berufe, in denen überproportional oft Frauen beschäftigt sind, sind weiterhin strukturell schlechter bezahlt als andere Branchen. Unser Ziel ist es, diese Berufe aufzuwerten. Mädchen und junge Frauen wollen wir gezielt für Berufe in der Technik, den Naturwissenschaften und der IT begeistern. Damit das gelingt, müssen wir Angebote an unseren Schulen und Hochschulen wie Schüler*innenlabore, Brückenkurse und MINT-Orientierungssemester weiter ausbauen sowie überholte Rollenbilder überwinden. Dazu müssen alle Lehr- und Lernmaterialien entsprechend überprüft und überarbeitet werden.

Für ein vielfältiges und buntes Baden-Württemberg

Wir Grüne haben Baden-Württemberg ein neues und tolerantes Gesicht gegeben. Wir stehen für eine offene und vielfältige Gesellschaft, in der jede*r selbstbestimmt und diskriminierungsfrei leben kann. Dafür schaffen wir Grüne die politischen Rahmenbedingungen. Seit wir in Baden-Württemberg regieren, hat sich die rechtliche und gesellschaftliche Gleichstellung von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transsexuellen, transgender, intersexuellen und queeren Menschen (kurz: LSBTTIQ) deutlich verbessert. Wir haben außerdem damit begonnen,

die Verfolgungsgeschichte homosexueller Menschen im Nationalsozialismus und in der Nachkriegszeit historisch aufzuarbeiten.

Mit dem Aktionsplan „Für Akzeptanz und gleiche Rechte Baden-Württemberg“ hat die grün-geführte Landesregierung 2015 bundesweit einen Meilenstein in Sachen Sichtbarkeit von Vielfalt gesetzt. Damit verbunden war die Gründung des Landesnetzwerkes LSBTTIQ Baden-Württemberg. Mit seinen über 100 Mitgliedsorganisationen ist das Netzwerk ein starker zivilgesellschaftlicher Ansprechpartner für die Politik. Diesen Weg wollen wir Grüne weitergehen und die queere Netzwerkarbeit weiterentwickeln. Angebote und Beratungen, die in Städten vielfach von engagierten Institutionen angeboten werden, fehlen an vielen Stellen im ländlichen Raum. Wir werden deshalb ortsnahe Beratungs- und Unterstützungsangebote für Kinder, Jugendliche und Erwachsene ausbauen. Wo dies nicht möglich ist, wollen wir Hotlines und Online-Beratungen installieren. Wir begrüßen es, wenn sich Kommunen für die Einrichtung von Krisenwohnungen für queere Menschen entscheiden, um sie vor Gewalt zu schützen.

Unsere Gesellschaft wird vielfältiger. Deshalb haben wir im Bildungsplan 2016 die Leitperspektive „Bildung für Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt“ verankert. Wir Grüne wollen diese Leitperspektive weiter stärken und die Sichtbarkeit sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in den Lehrplänen Baden-Württembergs erhöhen. Dazu gehört auch, dass wir unser pädagogisches und psychologisches Personal konsequent aus- und weiterbilden. Wir wollen, dass an jeder Schule eine Lehrperson das Diversity-Management koordiniert und Ansprechpartner*in ist, um diese Leitperspektive umzusetzen. Aber auch außerhalb der Schule wollen wir queere Jugendliche besser unterstützen. Wir werden mehr Qualifizierungsangebote in der offenen Kinder- und Jugendarbeit schaffen und die strukturellen Beratungs- und Gruppenangebote für LSBTTIQ-Jugendliche im ländlichen Raum ausbauen.

Menschen fliehen auf der ganzen Welt aus unterschiedlichen Gründen. In vielen Ländern werden Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer geschlechtlichen Identität verfolgt. Viele von ihnen suchen Schutz in Europa, Deutschland und auch bei uns in Baden-Württemberg. Wir Grüne werden deshalb verstärkt Konzepte für Geflüchtete mit besonderem Schutzbedarf in den Landeserstaufnahmestellen erarbeiten.

Auch Dank grüner Politik können LSBTTIQ-Menschen heute so offen leben wie noch nie. Wir freuen uns, dass immer mehr queere Menschen eine Familie gründen. Wir wollen für Regenbogenfamilien und queere Gruppen einen festen Anlaufpunkt schaffen, an dem sie sich in Vertrautheit austauschen können. Wir werden deshalb die Gründung von Regenbogenhäusern in Baden-Württemberg unterstützen.

Weil unsere Gesellschaft immer älter wird, gibt es auch immer mehr offen lebende queere Menschen, die Pflegeleistungen in Anspruch nehmen. Gerade ältere queere Menschen haben in ihrem langen Leben vielfach Diskriminierung erlebt. Ebenso steigt die Zahl der Menschen mit Migrations- oder Fluchtgeschichte, die in unseren Pflegeeinrichtungen leben. Auch sie haben besondere Bedürfnisse. Wir Grüne wollen deshalb die kultursensible Pflege stärken und besser auf die individuellen Belange der zu pflegenden Menschen eingehen. Insbesondere bei der Versorgung transsexueller, transgender und intersexueller Menschen bedeutet dies, einen sensiblen Umgang mit der Körperlichkeit der Bewohner*innen zu entwickeln. Dazu wollen wir das Thema kultursensible Pflege in der Aus- und Weiterbildung von Pflegekräften stärken und Pflegeeinrichtungen für das Qualitätssiegel „Diversitycheck“ gewinnen. Einrichtungen erhalten den „Diversitycheck“, wenn sie eine offene Willkommenskultur und Kommunikation umsetzen sowie kultursensible Standards in der Wohn- und Lebens-

welt schaffen. So bietet das Siegel Pflegebedürftigen Orientierung und schafft Vertrauen.

Nur wenn wir Grüne regieren, geht es mit der Gleichstellung voran. Wir haben die Gleichstellung im Landesrecht umfassend verwirklicht. Wir werden auch weiterhin eine starke Stimme für Vielfalt, Akzeptanz und gleiche Rechte im Bundesrat sein. Durch die Aufnahme der sexuellen Identität in Artikel 3 des Grundgesetzes wollen wir den Diskriminierungsschutz stärken. Wir Grüne unterstützen Nicht-binäre, Trans- und Inter-Personen bei ihrem Kampf für ihre Menschenrechte und ihr Recht auf körperliche und geschlechtliche Selbstbestimmung. Wir fordern die Überarbeitung der Richtlinie zur Blutspende, um den praktischen Ausschluss von homo- und bisexuellen Männern zu beenden und die diskriminierende Regelung in Bezug auf transgeschlechtliche Menschen abzuschaffen. Außerdem treten wir für ein wirksames Verbot von sogenannten „Konversionstherapien“ ein. Diese wissenschaftlich unhaltbaren Pseudotherapien, die darauf abzielen, die homosexuelle Orientierung oder geschlechtliche Identität eines Menschen zu ändern, sind gefährliche Scharlatanerie.

Religion und Weltanschauung: gemeinsam in den Dialog treten

Die Werteordnung des Grundgesetzes bildet das gemeinsame Fundament, das unsere Gesellschaft verbindet und zusammenhält. Niemand darf wegen seines Glaubens oder Nichtglaubens bevorzugt oder benachteiligt werden. Wir Grüne treten für die religiöse und weltanschauliche Gleichberechtigung aller Menschen auf der Grundlage unserer Verfassung ein. Wir sehen alle Religionen in unserem Land als gleichberechtigt an und fördern den interreligiösen und kulturellen Austausch. Als Grüne bekennen wir uns fest zum grundgesetzlichen

Schutz der Sonn- und Feiertage. Sie sind ein zentrales Moment in der Zeitorganisation von Staat und Gesellschaft und verschaffen allen Menschen eine Zeit der Erholung, der Besinnung und der Begegnung.

Wir Grüne stehen im regelmäßigen konstruktiv-kritischen Austausch mit den christlichen Kirchen. Die unzähligen Ehrenamtlichen in den Kirchengemeinden schaffen Orte der Begegnung und stärken in vielen Städten und Dörfern das soziale Klima und ein wertschätzendes Miteinander. Die vielen karitativen Einrichtungen, die Unterstützung von Geflüchteten und die Entwicklungszusammenarbeit im Globalen Süden wären ohne kirchliches Engagement kaum denkbar. Gleichzeitig wollen wir mit den Kirchen weiter auch einen kritischen Dialog pflegen, weil wir beispielsweise ihre Sonderstellung im Arbeitsrecht für nicht mehr zeitgemäß halten.

Nicht erst seit dem schrecklichen Anschlag auf die Synagoge in Halle beobachten wir mit großer Sorge die Zunahme von Judenhass und Antisemitismus auch bei uns im Land. Wir Grüne stellen uns entschieden gegen jede Form von Antisemitismus. Der Schutz des jüdischen Lebens in unserem Land ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wir wollen die Israelitischen Religionsgemeinschaften in Baden-Württemberg deshalb weiter unterstützen und das Verständnis für jüdische Geschichte und Traditionen in unserem Land stärken. Die grün-geführte Landesregierung hat dazu bereits als erstes Bundesland einen Antisemitismusbeauftragten ernannt, der wertvolle und wichtige Arbeit leistet. Wir Grüne bekennen uns klar zum Existenzrecht und zur Sicherheit Israels und positionieren uns gegen die BDS-Kampagne, die Israel durch Boykottaufrufe politisch, wirtschaftlich und kulturell angreifen und isolieren will.

Der Schutz von und der Dialog mit Muslim*innen ist uns ein wichtiges Anliegen. Wir setzen uns ein für einen differenzierten Blick und die klare Trennung zwischen Religion, Migration und Extremismus.

Viele Muslim*innen erfahren antimuslimischen Rassismus. Diese Alltagsdiskriminierung reicht von Anfeindungen bis hin zu Angriffen. Diesem Hass stellen wir uns als Grüne entschieden entgegen! Strukturell gibt es bisher auf Landesebene keine gemeinsame Organisation, die alle hier lebenden Muslim*innen vertritt. Deshalb wollen wir ein institutionalisiertes Kooperationsverhältnis mit dem Land schaffen, z.B. in Form eines Forums mit Vertreter*innen der verschiedenen Strömungen des Islam, um der Pluralität unter Muslim*innen gerecht zu werden und klar zu signalisieren, dass es „den Islam“ so nicht gibt. Dadurch stärken wir die rechtliche Gleichstellung der Muslim*innen mit anderen Glaubensgemeinschaften und schaffen auslandsunabhängige Ansprechpartner*innen auch für zivilgesellschaftliche Akteur*innen. An zahlreichen Schulen im Land haben wir islamischen Religionsunterricht eingeführt. So können Kinder und Jugendliche in ihre Glaubenstradition hineinwachsen und religiöse Bildung in deutscher Sprache erfahren. Das führt zu mehr Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt und trägt so zur religiösen und kulturellen Verständigung bei. Es ist im Sinne einer vernünftigen Integrations- und Bildungspolitik, dass islamische Religion an Schulen grundgesetzkonform vermittelt wird. Unabdingbar ist hierbei die Förderung der Ausbildung von Imamen in Deutschland. Darüber hinaus wollen wir die islamische Seelsorge in staatlichen Einrichtungen wie Krankenhäusern und Gefängnissen durch qualifiziertes und geeignetes Personal gewährleisten. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Anliegen kleinerer Religionsgemeinschaften ebenfalls gehört werden.

Die Zahl der konfessionsfreien Menschen steigt in Baden-Württemberg jährlich. Wir werden daher dafür sorgen, dass die Perspektive von konfessionsfreien Menschen in gesellschaftlichen und ethischen Debatten mitgedacht wird. Dazu wollen wir unter anderem die humanistischen Verbände besser in Dialogprozesse einbinden. Zur

Religionsfreiheit gehört auch, sich ohne Hindernisse dafür entscheiden zu können, einer Religion nicht mehr anzugehören oder an einer Tradition nicht teilhaben zu wollen. Die Kommunen erheben unterschiedliche Gebühren für den Kirchenaustritt. Wir halten deshalb eine grundsätzliche Neuordnung der Gebühren für notwendig.

Wir Grüne sind davon überzeugt, dass wir mehr über die Gemeinsamkeiten lernen müssen, die unsere Gesellschaft zusammenhalten. Ein wichtiger Aspekt ist deshalb ein Angebot für Ethik- und Werteunterricht in der Grundschule ab der ersten Klasse. Hier lernen alle Kinder von Anfang an, friedlich mit der Vielfalt an Religionen und Weltanschauungen umzugehen. Um den friedlichen Dialog auch im späteren Leben zu verbessern, werden wir die Servicestelle Friedensbildung in Baden-Württemberg finanziell stärken und personell ausbauen.

Darum Grün!

Wer Grün wählt, stimmt für

- eine Ehrenamtsoffensive, mit der wir das bürgerliche Engagement in unserem Land noch besser unterstützen
- eine Politik, die den Sport und seine zusammenführende Kraft stärkt
- eine Flüchtlingspolitik, die sich an Menschlichkeit und Verantwortung orientiert
- Gleichstellungsbeauftragte, die Chancengleichheit für alle Geschlechter verwirklichen
- eine ambitionierte Frauenpolitik, die Gewalt gegen Frauen entschieden entgegentritt
- ein Diversity-Management an Schulen, das Kinder lehrt, mit der Vielfalt unserer Gesellschaft umzugehen



**Grün wählen und
Baden-Württemberg
leben.**



Unsere Gesellschaft steht auf einem stabilen rechtsstaatlichen Fundament. Wir können auf unsere politischen und gesellschaftlichen Institutionen vertrauen. Sie sind stark und leistungsfähig – das zahlt sich auch in Ausnahmesituationen wie der Corona-Pandemie aus. Unser Gemeinwesen ist lebendig durch starke Kommunen und Menschen, die sich einbringen. Es lebt von einer vielfältigen Kunst- und Kulturlandschaft und von unabhängigen Medien. Doch unsere freie, demokratische Gesellschaft ist kein Selbstläufer. Wir müssen sie jeden Tag mit Leben füllen und aktiv schützen. Dazu wollen wir unsere Politik des Gehörtwerdens konsequent weiterführen und noch mehr Beteiligungsmöglichkeiten schaffen. Wir werden kulturelle Bildung an den Schulen verankern und Medienbildung als Schlüsselkompetenz noch stärker fördern. Wie man ein Smartphone bedient, lernen junge Leute im Handumdrehen. Wir wollen sie auch darin stark machen, sich selbstbestimmt in der medialen Welt und in Social Media zu bewegen. Die Kommunen sind der zentrale Ort für politische und gesellschaftliche Teilhabe. Wir werden ihnen weiterhin verlässlich zur Seite stehen. Die weltweite Pandemie hat uns einmal mehr vor Augen geführt: Wir müssen über Grenzen hinweg denken und handeln. Deshalb werden wir unsere Allianzen in Europa und der Welt vertiefen. Denn die großen Herausforderungen wie Klimaschutz und eine gerechtere Globalisierung meistern wir nur gemeinsam.

Es geht um viel:

Leben und stärken wir die Werte, auf denen unsere Gesellschaft gründet – Freiheit, Demokratie, europäische Solidarität.

13.

Inneres, Recht und Verfassung

Ein humaner Rechtsstaat
ist der Garant für
Freiheit und Demokratie

E

in Leben in einer freien und offenen Gesellschaft – das zu garantieren ist für uns Grüne elementare Aufgabe des Rechtsstaates. Wir wollen einen selbstbewussten Staat, der sein Handeln erklärt, begründet und überprüfbar macht. Der das Vertrauen in staatliche Institutionen stärkt, indem er Kontrollinstrumente bereitstellt und die Entscheidungen der Justiz nachvollziehbar macht. Menschen, die Unrecht begangen haben, führt der Rechtsstaat wieder in die Mitte der Gesellschaft zurück. Seine Sicherheitspolitik ist vorausschauend und basiert auf Erkenntnissen, die wissenschaftlich belegt sind.

Das Fundament unseres Gemeinwesens sind Bürger*innen, die sich einmischen! Grundlage dafür ist: Alle haben umfassende Möglichkeiten, direkt an Entscheidungsprozessen und Veränderungen mitzuwirken. Damit wir gut zusammenleben können, ist Vertrauen unerlässlich. Die Bürger*innen müssen von der Integrität demokratischer Institutionen überzeugt sein und sich alle gleichermaßen gesehen und gehört fühlen. Dann ist unsere Gesellschaft stabil und für Herausforderungen gut gerüstet.

Wir Grüne stehen für eine Politik des Gehörtwerdens und der Transparenz. Diese Politik haben wir als grün-geführte Landesregierung erfolgreich mit Leben gefüllt: Mit dem Amt der Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung haben wir eine in Deutschland einmalige Stelle geschaffen. Baden-Württemberg ist bundesweite Spitze in Sachen Bürgerbeteiligung und hat bei der direkten Demokratie sehr stark aufgeholt.

Unsere Bürger*innen haben vielfältige Möglichkeiten, ihre Meinungen zu äußern. Auf unserem Online-Beteiligungsportal können sie zu Gesetzesvorhaben Stellung nehmen und ihre Interessen deutlich machen. Sie wollen bei Großprojekten umfassend beteiligt werden – der Planungsleitfaden verpflichtet die Landesverwaltung dazu. Wir haben die gesetzlichen Grundlagen für Volksabstimmungen verbessert und die informelle Bürgerbeteiligung bei der Planung von Infrastrukturprojekten eingeführt. Die Bürger*innen können nun in den Städten und Gemeinden auch über die Bauleitplanung abstimmen – und damit über das wichtigste Planungswerkzeug der städtebaulichen Entwicklung einer Kommune. In zahlreichen Projekten haben wir Bürgerbeteiligungen umgesetzt – und damit beispielsweise Konflikte bei der Planung des Nationalparks Schwarzwald oder der neuen Justizvollzugsanstalt Rottweil gelöst. Wir fördern lokale Projekte und bringen so die Bürgerbeteiligung zu konkreten Themen ins Land.

Politik des Gehörtwerdens: Beteiligungsmöglichkeiten weiter ausbauen

Wir werden unseren Weg der Politik des Gehörtwerdens beherzt weitergehen. Wir wollen die Bürgerbeteiligung auf Landesebene und vor Ort in den Kommunen weiter stärken und den Bürger*innen näherbringen. Dazu gehört auch die Einführung von direktdemokratischen Elementen auf Landkreisebene. Wir wollen zukünftig bei wichtigen Gesetzen und politischen Vorhaben Bürger*innenräte aus zufällig ausgewählten Bürger*innen beteiligen. Um die Ideen, Anliegen und Sorgen der Bürger*innen noch besser einbeziehen zu können, wollen wir zu Beginn der kommenden Legislaturperiode ein landesweites Bürger*innenbeteiligungsverfahren ähnlich der Grand Débat in Frankreich durchführen. Dabei wollen wir mit den Bürger*innen über ihre Vision für

Baden-Württemberg 2030 ins Gespräch kommen. Wir wollen darüber diskutieren, wie wir gemeinsam die großen Herausforderungen der Zeit gestalten – vom Klimawandel über die Digitalisierung bis hin zum wirtschaftlichen Strukturwandel.

Den Gemeinden wollen wir es ermöglichen, sich eine Beteiligungsatzung zu geben. Zudem sollen informelle Beteiligungsverfahren in die Gemeindeordnung aufgenommen und der Einwohnerantrag vereinfacht werden. Wir wollen das Volksabstimmungsgesetz weiterentwickeln und die Hürden von Volksbegehren und Volksabstimmungen weiter senken. Den Volksantrag wollen wir so ausbauen, dass Beteiligungsprozesse aktiv eingefordert werden können. Auch Internet-Formate der Beteiligung werden wir erweitern und ein Online-Vorschlagswesen entwickeln, in dem Bürger*innen mit wenigen Klicks Vorschläge zu Themen der Landespolitik einbringen können.

Unmittelbare Demokratie und kollektive Willensbildung drücken sich aber auch in Formen des sozialen Protests aus. Das Versammlungsgesetz stammt noch aus den 1970er-Jahren und ist auf Bundesebene verankert. Wir machen uns für ein modernes und demokratieförderndes Landesversammlungsgesetz stark. Dabei wollen wir uns beispielsweise am Versammlungsfreiheitsgesetz für das Land Schleswig-Holstein orientieren.

Für ein modernes Wahlrecht

Wir Grüne setzen uns für ein modernes Wahlrecht ein, das das ganze Land in den Blick nimmt: Unsere ländlichen Wahlkreise ebenso wie unsere Städte, Frauen wie Männer, Alte wie Junge, Alteingesessene wie Migrant*innen. Wir streiten deshalb seit Jahren für eine Modernisierung des Landtagswahlrechts und wollen ein personalisiertes Verhältniswahlrecht mit einer geschlossenen Landesliste einführen.

2019 haben wir 100 Jahre Frauenwahlrecht gefeiert. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt für die strukturelle Stärkung von Frauen, Menschen mit Behinderungen, jungen Menschen und Migrant*innen, damit der Landtag zu einem echten Abbild unserer Gesellschaft wird.

Junge Menschen sind die Zukunft unseres Landes. Was heute entschieden wird, betrifft sie morgen! Darum wollen wir ihrer Stimme mehr Geltung verschaffen. Jede*r dritte Jugendliche in Baden-Württemberg engagiert sich ehrenamtlich. Und auch die weltweiten Klimastreiks belegen: Junge Menschen möchten sich einbringen und ihre Zukunft aktiv mitgestalten. Bei den Kommunalwahlen haben wir das Wahlalter bereits auf 16 Jahre gesenkt, damit sie mitentscheiden können. Nun wollen wir das auch bei Landtagswahlen erreichen! Außerdem sollen sich 16- und 17-Jährige bei Kommunalwahlen selbst zur Wahl stellen können, also das passive Wahlrecht erhalten. Die kommunale Ebene ist der richtige Ort, um Jugendlichen noch mehr Mitspracherechte zu geben. Das Mindestalter bei Kandidat*innen für Bürgermeister*innenwahlen wollen wir auf 18 senken und die Höchstaltersgrenzen abschaffen. Unsere Gesellschaft in Baden-Württemberg ist vielfältig. Auch Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit gehören zu uns dazu. Wer hier lebt, soll auch mitentscheiden können. Deswegen möchten wir ihre Möglichkeiten der politischen Teilhabe weiter ausbauen: Wir fordern das Wahlrecht für EU-Bürger*innen bei Landtagswahlen und auch das Wahlrecht für Drittstaatsangehörige auf kommunaler und Landesebene. Auch das Wahlrecht von Wohnsitzlosen wollen wir uneingeschränkt ermöglichen.

Um die Einflussmöglichkeiten der Bürger*innen zu stärken, werden wir die Direktwahl von Landrät*innen einführen und ihre Amtszeit an die Kommunalwahlperiode koppeln. Bei Wahlen zu (Ober-)Bürgermeister*innen und Landrät*innen soll es eine echte Stichwahl geben. Wir werden prüfen, ob diese bereits in den ersten Wahlgang integriert

werden kann. Die unechte Teilortswahl hat sich überlebt. Wir wollen sie im Dialog mit den Kommunen prüfen.

Für Transparenz, Unabhängigkeit und Datenschutz

Bürger*innen haben Anspruch darauf, Zugang zu Informationen der öffentlichen Verwaltung zu bekommen. Dafür haben wir als grün-geführte Landesregierung mit dem Informationsfreiheitsgesetz gesorgt. Dieses Gesetz wollen wir zu einem modernen Transparenzgesetz weiterentwickeln, etwa indem wir Auskunftsrechte ausweiten. Die grünen Landtagsabgeordneten geben schon seit vielen Jahren freiwillig an, welche mandatsbezogenen Nebeneinkünfte sie haben. Dazu wollen wir zukünftig alle Abgeordneten verpflichten! Wir wollen ein Lobbyregister, das transparent macht, welche Interessenvertreter*innen mit dem Landtag in Kontakt sind. Jedes Gesetz wird zudem mit einem legislativen Fußabdruck versehen – also einer Liste mit allen Lobbyist*innen, zu denen es im Zuge der Gesetzeserarbeitung Kontakt gab. Zusätzlich wollen wir in Konfliktfällen eine mindestens 18-monatige Karenzzeit, bevor Mitglieder der Landesregierung in die Privatwirtschaft wechseln dürfen. Auch Geschäftsführer*innen kommunaler Unternehmen sollen ihre Einkünfte offenlegen müssen.

Bei uns gilt schon lange: „Datenschutz ist Bürger*innenrecht.“ Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung ist ein elementares Gut in unserer Demokratie. Deswegen haben wir den Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestärkt. Diesen Weg gehen wir weiter. Unser Fokus liegt auf Datensparsamkeit und Datensicherheit. Daten müssen an sicheren Orten gespeichert werden, die strengen Datenschutz- und Zugriffsregelungen unterliegen.

In Freiheit und Sicherheit zusammenleben

Mit uns als grün-geführter Landesregierung ist Baden-Württemberg so sicher wie nie zuvor! In den vergangenen Jahren ist die Zahl der klassischen Kriminalitätsdelikte deutlich zurückgegangen – insbesondere bei Wohnungseinbrüchen. Wir haben unsere Sicherheitsbehörden sowie Spezialeinheiten für die Terrorismusabwehr gestärkt. Mit Städten, die besonders durch Kriminalität belastet sind, haben wir erfolgreich Sicherheitspartnerschaften abgeschlossen. Das Ergebnis kann sich sehen lassen: Die Kriminalität ist auf dem niedrigsten Stand seit über 30 Jahren. Unser besonderer Dank und unser ganzer Respekt gilt den Polizist*innen sowie den Mitarbeitenden der Feuerwehr und der Rettungsdienste. Leider erfahren sie immer häufiger gewalttätige Übergriffe und Respektlosigkeit. Dem stellen wir uns entschieden entgegen. Die grün-geführte Landesregierung hat die Rechtsgrundlagen dafür geschaffen, dass das Land Schmerzensgeldansprüche von Beamt*innen übernimmt, die Opfer von Gewalttaten wurden.

Sicherheit ist kein Selbstzweck, sondern Grundvoraussetzung für ein freiheitliches Leben. Allerdings bringen gesetzgeberische Maßnahmen und planvolles Regierungshandeln allein nicht mehr Sicherheit: Dafür braucht es hochmotivierte und gut ausgebildete Polizist*innen.

Wir sind überzeugt: Ein humaner Rechtsstaat ist der entscheidende Garant für ein Zusammenleben in Freiheit und Sicherheit. Es ist ein gefährlicher Irrweg, auf Gefährdungen der inneren Sicherheit mit immer weitergehenden Einschränkungen unserer Freiheits- und Bürger*innenrechte zu reagieren. Wir stehen dafür, die bestehenden Gesetze konsequent anzuwenden. Wir setzen auf Sicherheitsbehörden, die rechtsstaatlich handeln und gut ausgestattet sind. Deshalb haben wir die Polizei mit der größten Einstellungsoffensive in der Geschichte der Landespolizei gestärkt. Diesen Weg führen wir weiter. Gut ausge-

stattet heißt auch: Die Polizei muss aus technischer Sicht auf der Höhe der Zeit sein. In der nächsten Legislaturperiode werden wir daher die Digitalisierung der Polizei weiter voranbringen. Daher wollen wir für schnelles Internet in jedem Polizeirevier sorgen, die Ausstattung mit mobilen Endgeräten verbessern und die Polizei bei der Verfolgung von Straftaten im digitalen Raum stärken. Dazu gehört auch die Sensibilisierung im Umgang mit Cybercrime-Delikten. Die Bereitstellung zusätzlicher gefährlicher Waffen, wie z. B. Elektroschockpistolen, lehnen wir ab. Zudem wollen wir die zweigeteilte Laufbahn einführen.

Um die Polizeireform zu evaluieren, haben wir die Mitarbeiter*innen der Polizei befragt. Diese umfassende Basisbefragung war in dieser Form bislang einmalig und hat gezeigt: Basisbeteiligung ist unsere grüne Kernkompetenz. Die Rückmeldungen haben wir zum Anlass für Verbesserungen genommen. Im nächsten Schritt wollen wir einen Sicherheitsplan 3 auflegen, um die polizeilichen Einsatzkräfte entsprechend der Bevölkerungs- und Kriminalitätsschwerpunkte gerecht zu verteilen.

Eine bürgernahe Polizei ist auch Spiegelbild unserer vielfältigen und diversen Gesellschaft. Schon jetzt gehört Baden-Württemberg zu den Bundesländern, die im Vergleich besonders viele Frauen im Polizeidienst haben. Wir haben viel dafür getan, dass auch mehr Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in den Polizeidienst eintreten. Diesen Weg wollen wir weitergehen. Wir setzen uns dafür ein, dass sich die gesellschaftliche Vielfalt bis in die Führungspositionen widerspiegelt.

Polizist*innen üben einen sehr anspruchsvollen Beruf aus, bei dem sie häufig schwierigen Situationen ausgesetzt sind. Dabei muss es für Polizeibeamt*innen möglich sein, Fehler und Schwächen einzugestehen. Hierfür bedarf es einer funktionierenden Fehlerkultur mit entsprechenden Unterstützungsangeboten wie zum Beispiel Supervisionen. Außerdem wollen wir das psychosoziale Gesundheitsmanagement bei der Polizei verbessern.

Zu einem sicheren Baden-Württemberg gehören auch die vielen Haupt- und Ehrenamtlichen in den Feuerwehren, Rettungsdiensten und Hilfsorganisationen. Wir werden sie weiterhin bei der Modernisierung und Beschaffung ihrer Ausstattung sowie bei einer hochwertigen Aus- und Weiterbildung unterstützen. Wir werden das freiwillige Engagement dieser Gruppe, aber auch vieler anderer Ehrenamtlicher mit einer Ehrenamtskarte honorieren. Als amtliches Dankeschön bekommen die Inhaber*innen einer solchen Karte Vergünstigungen, zum Beispiel beim Eintritt in Schwimmbäder oder Museen.

Vertrauen in den Rechtsstaat stärken

Zu einem souveränen Staat gehört eine funktionierende Fehlerkultur: Die staatlichen Vertreter*innen sind ansprechbar, reflektieren und handeln mit offenem Visier. Sie begründen ihr Handeln nachvollziehbar und setzen sich transparent mit den Argumenten anderer auseinander. Damit stärken wir das Vertrauen in staatliche Strukturen.

Das Petitionsrecht ist ein elementarer Bestandteil unserer Politik des Gehörtwerdens. Es stellt sicher, dass der Landtag für alle Bürger*innen ansprechbar ist. Dieses Recht gilt es weiterhin zu schützen und auszubauen. Daher haben wir die Möglichkeit geschaffen, Petitionen auch online einzureichen. In einem weiteren Schritt wollen wir nun die Möglichkeit der Mitzeichnung ermöglichen. Daneben wollen wir die Erkenntnisse der einzelnen Petitionsverfahren noch stärker systematisch erfassen und in das zukünftige Handeln des Landtages und der Landesregierung einfließen lassen.

Mit dem Amt der*des Bürger- und Polizeibeauftragten haben wir als grün-geführte Landesregierung eine neutrale Stelle geschaffen, die Menschen im Umgang und bei Konflikten mit den landeseigenen Verwaltungs- und Polizeibehörden unterstützt. Sowohl Bürger*in-

nen als auch Polizist*innen können sich an sie wenden, wenn sie den Eindruck haben, dass sich Angehörige der öffentlichen Verwaltung oder der Landespolizei nicht richtig verhalten haben. Damit stärken wir das partnerschaftliche Verhältnis zwischen Bürgerschaft, Polizei und Staat und unterstützen eine dialogorientierte Polizei- und Verwaltungskultur. Wir werden dieses Amt enger an den Landtag angliedern und stärken, indem wir es personell ausbauen und mit weiteren Befugnissen ausstatten. Der*die Bürger- und Polizeibeauftragte soll u. a. das Recht auf Auskunft und Akteneinsicht gegenüber der Polizei bekommen. Darüber hinaus muss die Unabhängigkeit der Kontrolle von Polizei und Verwaltung auch in strafrechtlichen Ermittlungen gestärkt werden. Hierfür werden wir ein wirksames Konzept erarbeiten.

Die individualisierte und anonymisierte Kennzeichnungspflicht von Polizist*innen wird zunehmend zum europäischen Standard. Wir wollen diese auch für Einsatzkräfte der Polizei in Baden-Württemberg einführen. Die Regelungen zum Einsatz von Bodycams wollen wir so weiterentwickeln, dass sie auch die Bürger*innenrechte schützt.

Mit dem Parlamentarischen Kontrollgremium (PKG) kann die Arbeit des Landesamtes für Verfassungsschutz regelmäßig überprüft werden. Wir haben das Gremium mit erweiterten Kontrollbefugnissen wie Akteneinsichts- und Zugangsrechten ausgestattet. Bedienstete des Landesamtes für Verfassungsschutz können sich nun zudem direkt an das Kontrollgremium wenden, ohne den Dienstweg einzuhalten. Wir wollen das PKG weiter stärken, denn Demokratie lebt von Kontrolle: Beispielsweise soll der Landesdatenschutzbeauftragte künftig an allen Sitzungen teilnehmen. Das PKG soll auch öffentlich tagen und sich mit den Parlamentarischen Kontrollgremien anderer Bundesländer noch besser vernetzen können.

Für eine moderne, bürgerrechtsorientierte und evidenzbasierte Sicherheitspolitik

Eine erfolgreiche Sicherheitspolitik stützt sich auf wissenschaftliche Erkenntnis. Wir lehnen es ab, nach Gewalttaten die Sicherheitsgesetze reflexhaft zu verschärfen. Ziel sollte vielmehr sein, Straftaten mit Prävention zu verhindern. Daran wollen wir unsere Sicherheitsarchitektur ausrichten.

Sicherheit heißt für uns nicht nur klassische polizeiliche Kriminalprävention. Auch städtebauliche und sozialarbeiterische Belange gehören für uns dazu. Mit dem Gesamtkonzept „Sichere öffentliche Räume“ haben wir umfangreiche und vor allem interdisziplinäre Maßnahmen für mehr Sicherheit im öffentlichen Raum vorgelegt: Wir vernetzen damit Akteur*innen, entwickeln die kommunale Kriminalprävention weiter, bauen Hilfs- und Beratungsangebote aus, stärken die Straßensozialarbeit und nehmen städtebauliche Aspekte in den Blick. Dieses Konzept werden wir umsetzen und ausbauen. Wir wollen den Kommunen dabei mehr Handlungsspielräume geben. Dafür wollen wir die landesweiten Sperrzeiten abschaffen. Wir Grüne wollen rechtsstaatlich, effektiv und wirkungsvoll für Sicherheit in Baden-Württemberg sorgen – mit Instrumenten, die einen sicherheitspolitischen Mehrwert bieten. Konkret schlagen wir deshalb eine Task Force im Innenministerium vor. Sie soll intensiv daran arbeiten, offene Haftbefehle in Baden-Württemberg schnell zu vollstrecken. Im Bund machen wir uns für eine Verschärfung des Waffenrechts stark.

Wir wollen einen modernen Sicherheitsbericht, der das Dunkelfeld intensiver wissenschaftlich auswertet – also die Straftaten, die nicht amtlich registriert werden. Auf diese Weise erhalten wir die Grundlage für eine evidenzbasierte Sicherheitspolitik. In den vergangenen 20 Jahren wurden die Sicherheitsgesetze deutlich verschärft. Wir

werden diese unter bürgerrechtlicher Perspektive überprüfen und gebotene Verbesserungen vornehmen. Insbesondere die intelligente Videoüberwachung wollen wir kritisch auswerten. Der öffentliche Raum ist für uns ein Ort der freien Begegnung. Deshalb setzen wir der Videoüberwachung des öffentlichen Raums klare Grenzen. Bürger*innen müssen in einem öffentlichen Register einsehen können, wo diese stattfindet. Die konventionelle Videoüberwachung findet vor allem im öffentlichen Nahverkehr und bei privaten und öffentlichen Liegenschaften statt: Wir machen uns dafür stark, diese regelmäßig unter Einbindung des Landesdatenschutzbeauftragten zu evaluieren.

Wir stellen uns entschieden gegen Versuche, die biometrische Überwachung einzuführen. Wir bleiben bei unserem „Nein“ zur Vorratsdatenspeicherung.

Der Sinn von Strafen liegt vor allem darin, Täter*innen wieder in die Gesellschaft einzugliedern und künftige Straftaten zu verhindern. Das Strafrecht anzuwenden, ist nach Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts die Ultima Ratio. Und das soll auch so bleiben! Wir unterstützen daher Maßnahmen und Reformen zur Haft- und Strafvermeidung. Wir wollen Ersatzfreiheitsstrafen einschränken. Programme wie „Schwitzen statt Sitzen“ wollen wir stärken und veraltete Strafvorschriften überprüfen. Bagatelldelikte wie das Containern sollen entkriminalisiert werden. Gleichzeitig wollen wir Wirtschaftskriminalität effektiv verfolgen. Es darf nicht sein, dass Kleinstkriminalität geahndet wird – für schwere Wirtschaftskriminalität aber keine Kapazitäten zur Verfügung stehen. Wir wollen den Kleinkriminalitäts-Erlass für Schäden bis 25 Euro wieder einführen.

Wir möchten die Befugnisse der Polizei zur heimlichen Überwachung begrenzen. Dabei muss die Integrität informationstechnischer Systeme gewahrt werden. Wir lehnen Zwangshintertüren und General-schlüssel für Messengerdienste ab und wollen Sicherheitslücken

schließen, statt sie auszunutzen. Wenn sich heimliche Überwachung nicht vermeiden lässt, muss die Priorität darauf gelegt werden, den Betroffenen im Nachhinein den Rechtsweg zu ermöglichen, indem ihnen die Überwachung mitgeteilt wird. Flankierend wollen wir das rechtsstaatliche Kontrolldefizit während der heimlichen Überwachung abfedern, indem wir ein parlamentarisches Kontrollgremium einführen, das sich mit geheimen Maßnahmen der Polizei befasst.

Wir stellen uns jeder Aufweichung des Trennungsgebots von Polizei und Verfassungsschutz entgegen und machen uns für einen bundesweiten Reformprozess der Landesämter für Verfassungsschutz stark. Wir wollen ein Institut schaffen, das offen zugängliche Quellen auswertet und so verfassungsfeindliche Bestrebungen wissenschaftlich analysiert. Nachrichtendienstliche Mittel sollen nur bei gewaltbereiten Organisationen eingesetzt werden. Wir stützen uns auf die Handlungsempfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses und wollen den Einsatz von V-Leuten grundlegend reformieren und drastisch einschränken. Sie sollen nur in absoluten Ausnahmefällen aktiv werden, wenn das Innenleben äußert gefährlicher, verfassungsfeindlicher Organisationen nicht anders ausgeleuchtet werden kann. V-Leute dürfen selbst keine Straftaten begehen. Wenn sie Hinweise auf Straftaten geben, müssen diese uneingeschränkt verfolgt werden. Wir wollen den Landesverfassungsschutz dazu verpflichten, dem Landtag über den Einsatz von V-Leuten proaktiv und regelmäßig Bericht zu erstatten.

Konsequent gegen Rassismus, Rechtsextremismus und Hasskriminalität

Wir Grüne stellen uns konsequent gegen jeglichen gewaltbereiten Extremismus. Die rechtsterroristischen Attentate der vergangenen Jahre zeigen auf schmerzliche Weise: Insbesondere Rechtsextremismus und

Hasskriminalität bedrohen unsere freie und offene Gesellschaft ganz massiv. Traurige Beispiele aus jüngster Zeit: der Anschlag in Hanau, das Attentat auf eine Synagoge in Halle sowie die Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke. In den vergangenen Jahren haben wir daher einen Paradigmenwechsel eingeleitet und ein Antiterror-Paket Rechtsextremismus geschnürt: Wir haben unsere Sicherheitsbehörden mit weiteren Stellen und Mitteln ausgestattet und im Landesamt für Verfassungsschutz eine spezielle Abteilung eingerichtet.

Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit äußern sich aber nicht nur in physischer Gewalt, Beleidigungen und Bedrohungen. Es gibt Alltagsrassismus und strukturell bedingte Diskriminierung. Diese Erfahrungen sind für viele Betroffene häufig am prägendsten, weil sie Tag für Tag damit konfrontiert sind. Uns geht es auch darum, diese Strukturen und unser eigenes Verhalten kritisch zu hinterfragen. Darauf aufbauend werden wir politische Strategien gegen Rassismus noch gezielter entwickeln und in unsere parlamentarische Arbeit einbringen können. Für uns ist klar: Wir müssen uns mit diesen Erfahrungen auseinandersetzen und Menschen vor Diskriminierung besser schützen. Wir stehen an der Seite der Black-Lives-Matter-Bewegung und solidarisieren uns mit Organisationen, Vereinen und Initiativen, die sich für Antirassismus und Antidiskriminierung einsetzen.

Wir Grüne wollen mit Herz und Haltung gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entgegentreten – mit einem ressortübergreifenden Aktionsplan gegen Rassismus, Rechtsextremismus und Hasskriminalität. Die einzelnen Maßnahmen betreffen sowohl Polizei und Justiz als auch die Zivilgesellschaft:

Wir wollen die Mitarbeitenden in Sicherheitsbehörden und Justiz besser darin ausbilden, politisch motivierte Hasskriminalität zu bekämpfen und mit den Betroffenen sensibel umzugehen. Mit mehr Pflichtfortbildungen werden wir dieses Ziel erreichen. Landesweit

wollen wir an jeder Dienststelle des polizeilichen Staatsschutzes eine Kontaktperson benennen, die für die Bekämpfung von Hasskriminalität zuständig ist. Eine Schwerpunkt-Staatsanwaltschaft soll diese Fälle dann mit Entschlossenheit und Expertise verfolgen. An diese soll die Empfehlung ergehen: Wenn ein Fall von Hasskriminalität vorliegt, sollte regelmäßig das besondere öffentliche Interesse an der Strafverfolgung bejaht werden.

Die überwältigende Mehrheit der Mitarbeitenden in den Sicherheitsbehörden steht zu unseren demokratischen Werten. Klar ist aber auch: Wir dürfen rechtsextreme Vorfälle nicht als Einzelfälle verharmlosen. Um ein besseres Lagebild zu erhalten, müssen der Informationsaustausch und die Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden auf der bestehenden Gesetzeslage verstärkt werden. Nur so kann es eine umfassende Analyse von möglichen Netzwerkstrukturen geben. Wir wollen konsequent gegen rechtsextreme Bestrebungen und Vorfälle in Sicherheitsbehörden vorgehen, denn sie stellen ein immenses Sicherheitsrisiko dar. Wer unsere Demokratie infrage stellt und andere bedroht, darf nicht Teil der Sicherheitsbehörden unseres Staates sein. Strukturen und Instrumente des „Whistleblower-Schutzes“ werden wir implementieren und ausbauen. Damit weiten wir auch die EU-Whistleblower-Richtlinie auf Verstöße gegen nationales Recht aus. Wir wollen das Ombudswesen weiter stärken und die Stelle der*des Bürger- und Polizeibeauftragten aufwerten.

Mit einer wissenschaftlichen Studie wollen wir Erkenntnisse darüber gewinnen, welche Erfahrungen Bürger*innen mit öffentlichen Stellen gemacht haben. Dabei soll es um verschiedene Formen der Diskriminierung gehen wie zum Beispiel das Racial Profiling. Gleichzeitig wollen wir mit der Studie auch die Haltung der Mitarbeiter*innen in den Sicherheitsbehörden in Erfahrung bringen. Damit können wir uns ein Bild verschaffen und auf Grundlage einer validen Datenbasis

mögliche Gegenmaßnahmen ergreifen. Wir setzen uns für den Abbau von Vorurteilen ein. Alle Menschen in dieser Gesellschaft müssen das Gefühl haben, sich vertrauensvoll an die Polizei wenden zu können. Damit stärken wir das Vertrauen in den Staat.

Zivilgesellschaftliches Engagement, Forschung und politische Bildung sind unsere wichtigsten Instrumente im Kampf gegen rechts. Darum werden wir die Landeszentrale für politische Bildung stärken und Präventionsangebote sowie Deradikalisierungsprogramme ausweiten. Mit einem Landesdemokratiefördergesetz wollen wir Projekte und Träger unterstützen, die sich gegen Rassismus und für eine plurale Demokratie einsetzen – mit einer stetigen und ausgebauten Strukturförderung. Daneben wollen wir ein regelmäßiges, wissenschaftliches Demokratiemonitoring durchführen, das über den Zustand der Demokratie im Land, aber auch die Erwartungen der Bürger*innen an die Demokratie aufklärt. Wir werden Meldemöglichkeiten für Hetze im Netz verlässlich fördern und bedarfsgerecht ausweiten. Das gleiche gilt für Beratungsangebote für Menschen, die von rechter Gewalt betroffen sind, wie zum Beispiel die Fachstelle „Leuchttlinie“. Mit einem Forschungsprojekt wollen wir untersuchen, welche individuellen und gesellschaftlichen Auswirkungen Hasskriminalität in Baden-Württemberg hat. Wir werden das Projekt #RespektBW der Landesregierung und die begleitende Informationskampagne „BITTE WAS?! Kontern gegen Fake und Hass“ fortführen. Wir wollen Beratungsangebote zum Umgang mit Verschwörungsmythen ausweiten und stärken. Wir haben am Generallandesarchiv Karlsruhe eine Dokumentationsstelle Rechtsextremismus eingerichtet, die wir weiterentwickeln werden. Daran anschließend werden wir eine Forschungsstelle etablieren, um mit wissenschaftlichen Methoden das Spektrum rechtsextremistischer Akteur*innen und Ideologien zu erforschen. Die Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer

Verbrechen in Ludwigsburg wollen wir nach Abschluss der Strafverfolgungsaufgaben am bestehenden Standort weiterentwickeln. Sie soll zu einem Zentrum für Dokumentation, Forschung, Information, Erinnerung und Begegnung werden. Dazu wollen wir bereits jetzt den Grundstein legen. Ihr Ziel soll es sein, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechte zu fördern.

Wir sehen, dass Rassismus ein gesamtgesellschaftliches Problem ist. Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierungen gegen Sinti und Roma äußern sich nicht nur in offener Hasskriminalität, sondern auch in Alltagssituationen wie auf dem Wohnungsmarkt oder im Bildungssystem. Teilhabe ist ohne den Abbau von institutioneller Diskriminierung nicht möglich. Deshalb möchten wir Kooperationen mit migrantischen Organisationen schaffen, die Antirassismusbearbeitung aus Perspektive der Betroffenen machen. Wir werden kritische Rassismusforschung an Hochschulen in Baden-Württemberg dauerhaft etablieren. Auch in der Schulbildung wollen wir antirassistisches Denken verankern. Das Lehramtsstudium muss eine Auseinandersetzung mit strukturellem Rassismus umfassen. Für Lehrkräfte wollen wir entsprechende Fort- und Weiterbildungen ausbauen.

Islamismus nachhaltig und konsequent bekämpfen

Wir Grüne lehnen jegliche islamistischen und extremistischen Bestrebungen konsequent ab. Islamist*innen bekämpfen unsere liberale Gesellschaft und unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung. Die Anschläge von Wien, Nizza, Conflans-Sainte-Honorine und Dresden haben noch einmal gezeigt, dass wir gegenüber dieser Gefahr einen handlungsfähigen Rechtsstaat und eine aktive Zivilgesellschaft brauchen. Das geht nur gemeinsam mit den Muslim*innen, nicht gegen sie.

Wir stellen uns antimuslimischen Ressentiments und Rassismus in unserer Gesellschaft klar entgegen.

Islamistische Bestrebungen weisen wir mit einem zielgerichteten Maßnahmenpaket aus Bildung, Prävention und juristischer Konsequenz in die Schranken. Dabei sind alle Instrumente kontinuierlich auf Verhältnismäßigkeit, Rechtsstaatlichkeit und Wirksamkeit zu überprüfen. Auch gegen nichtislamistische extremistische Organisationen mit Verbindungen ins Ausland müssen wir konsequent vorgehen. Hierzu sind insbesondere auch die Grauen Wölfe („Ülkücü-Bewegung“) zu zählen.

In Baden-Württemberg haben wir die Sicherheitsbehörden für die Terrorismusabwehr mehrfach gestärkt. Sie brauchen wirksame Instrumente. Den intensiven behördenübergreifenden Informationsaustausch auf Landes- und Bundesebene, insbesondere im Gemeinsamen Terrorabwehrzentrum (GTAZ) in Berlin, gilt es zu verstetigen und personell zu stärken. Zudem drängen wir auf eine Reform des GTAZ, um seine Arbeit und Zuständigkeiten klarer zu regeln. Die bestehenden Präventionsangebote, inklusive Deradikalisierungs- und Ausstiegsprogrammen, müssen weiter ausgebaut, besser ausgestattet und verstetigt werden.

Für eine starke, leistungsfähige und humane Justiz

Eine leistungsfähige und humane Justiz ist das Fundament unseres Rechtsstaates. Kriminelles Fehlverhalten muss zeitnah sanktioniert werden. Neben der Polizei wollen wir den Weg der Stärkung auch bei der Justiz weitergehen. Wir haben daher in der vergangenen Legislaturperiode über 1000 neue Stellen in der Justiz geschaffen – und wir werden hier weitermachen! Dazu gehört auch, die Justiz für Berufseinsteiger*innen attraktiver zu machen.

Denn nur dann können Gerichtsverfahren – von Zivilrechtsstreitigkeiten über Strafprozesse bis hin zu Asylverfahren – schnellstmöglich durchgeführt werden. Und nur dann kann die Justiz auch bei besonderen Lagen wie Großverfahren kurzfristig reagieren. Schneller, effektiver Rechtsschutz und Strafen, die der Tat auf dem Fuße folgen, sind für den Rechtsfrieden unerlässlich. Ein baden-württembergisches Erfolgsmodell sind die Häuser des Jugendrechts, in denen Sozialarbeit und Jugendhilfe mit Polizei und Staatsanwaltschaft zusammenarbeiten. Hier helfen wir jungen Menschen, anstatt sie auszugrenzen. Andere Bundesländer haben das Konzept bereits übernommen. Wir wollen den flächendeckenden Ausbau in Baden-Württemberg weiter voranbringen. Die Wahrnehmung ihrer Rechte muss für alle Bürger*innen unabhängig vom Geldbeutel möglich sein. Angebote, die Zugang zum Recht für jede*n garantieren, wollen wir weiter ausbauen und vereinfachen. Dazu gehören etwa Bürgertelefone, Rechtsantragsstellen, die kostenfreie Beratungshilfe und die Prozesskostenhilfe.

Die Digitalisierung verändert unsere Justiz grundlegend. Baden-Württemberg ist hier in Deutschland Vorreiter. Dies eröffnet Chancen auf mehr Bürgernähe durch direkte, digitale Zugangsmöglichkeiten und auf eine effektivere Organisation der Gerichte. Wir wollen diese Chancen nutzen – nicht zuletzt, damit der gerichtliche Rechtsschutz auch in Zeiten einer Pandemie sichergestellt bleibt. Gesetzlich sind beispielsweise auch Videoverhandlungen möglich. Sie dürfen nicht daran scheitern, dass es den Gerichten an der technischen Ausstattung fehlt. Zudem wollen wir möglichst vielen Beschäftigten ein mobiles Arbeiten ermöglichen, das umwelt- und familienfreundlich ist.

Die Justiz soll möglichst viele Erfahrungswelten widerspiegeln. Nur so sind sachgerechte Entscheidungen möglich. Und nur so ist sichergestellt, dass sich alle Menschen unserer vielfältigen Gesellschaft von der Justiz repräsentiert fühlen. Das erhöht die Akzeptanz

gerichtlicher Entscheidungen bei den Bürger*innen. Deshalb wollen wir mehr Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in der Justiz. Obwohl Frauen mittlerweile über die Hälfte der neu eingestellten Richter*innen und Staatsanwält*innen stellen, sind sie in Führungspositionen noch immer stark unterrepräsentiert. Das wollen wir ändern! Dafür wollen wir beispielsweise Funktionsämter auch in Teilzeit ermöglichen. Die Einstellung neuer Richter*innen sollte transparent, die jeweilige Gerichtsbarkeit und der Präsidialrat sollten miteinbezogen sein. Wir wollen die Entscheidungen, wer warum eingestellt und befördert wird, nachvollziehbarer machen. Gleiches gilt auch für die dienstrechtlichen Beurteilungen. Wir wollen evaluieren, an welchen Stellen die Prüfungsordnungen der Juristischen Staatsprüfungen und das Referendariat modernisiert werden müssen. Unter anderem wollen wir ein Referendariat in Teilzeit ermöglichen und Prüfungskommissionen mit mehr Frauen besetzen.

Die Justiz und der Rechtsstaat müssen für die Bürger*innen nahbar und nachvollziehbar sein. Möglichkeiten dazu bieten das Güterichtermodell und die Mediation. Sie helfen den Parteien, ihren Konflikt eigenverantwortlich zu lösen. Wir wollen das Güterichtermodell flächendeckend durch dafür ausgebildetes Personal anbieten. Außerdem wollen wir eine Mediationskostenhilfe einführen.

Die Öffentlichkeitsarbeit der Justiz muss ausgebaut werden. Sie ist ein wichtiges Element, um Gerichtsverfahren und Entscheidungen auch über die herkömmlichen Medien hinaus nachvollziehbar und verständlich zu kommunizieren. Wir befürworten eine stärkere Selbstverwaltung der Justiz. Die Gerichtsorganisation muss stärker als bisher bei den Gerichten selbst liegen und demokratisch strukturiert sein. Wir wollen das ministerielle Einzelweisungsrecht von Justiz- und Innenministerium einschränken, um unabhängige Ermittlungen zu garantieren.

Für nachhaltigen Opferschutz und einen humanen Strafvollzug

Auf unsere Initiative hin wurde im Landtag die AG „Moderner Strafvollzug“ eingerichtet. Die wichtigsten Handlungsempfehlungen der Expert*innen werden wir umsetzen. Das betrifft beispielsweise die Förderung der Resozialisierung der Inhaftierten, dringend notwendige bauliche Maßnahmen und die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten im Vollzug. Darüber hinaus wollen wir bestehende Regeln des Justizvollzugs auf Wiedergutmachung bzw. Opferorientierung ausrichten.

Ein Rechtsstaat zeichnet sich dadurch aus, dass er den Menschen in seiner Obhut humane Haftbedingungen gewährt und menschenrechtliche Vorgaben berücksichtigt. Hier wollen wir ansetzen, beispielsweise mit einem Bauprogramm zur Modernisierung von Justizvollzugsanstalten, mit Spezialabteilungen für ältere Gefangene und Online-Zugängen. Zudem müssen die Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten – insbesondere im Jugendstrafvollzug – ausgebaut werden. Die Gefangenenseelsorge wollen wir für alle Glaubensrichtungen, bei denen Ausbaubedarf besteht, ausweiten. Menschen in staatlichem Gewahrsam brauchen eine Person, der sie sich anvertrauen können und die ihnen eine Stimme gibt. Deswegen wollen wir die Stelle einer*s Justizvollzugsbeauftragten am Landtag einrichten, die*der im Jahresturnus an den Landtag und an die Landesregierung berichtet. Der Zuständigkeitsbereich wird sich am Vorbild der Nationalen Stelle zur Verhütung von Folter orientieren. Er soll alle Formen freiheitsentziehender Maßnahmen in Einrichtungen des Landes umfassen. Dazu gehören auch die Abschiebehaft, der polizeiliche Gewahrsam und die psychiatrische Unterbringung.

Eine humane Justiz gibt dem Opferschutz höchste Priorität. Wir haben aus diesem Grund die Opferentschädigungen verdoppelt und

die Stelle einer*s Opferschutzbeauftragten geschaffen. An diese Stelle können sich Betroffene von Gewalttaten wenden, um passende Unterstützungsangebote zu finden. Wir wollen die Stelle stärken und Strukturen des Opferschutzes weiterentwickeln. Dazu gehört insbesondere der Ausbau der verfahrensunabhängigen, pseudonymisierten Spurensicherung und der Traumaambulanzen. Wir wollen unter Leitung der*des Landesopferschutzbeauftragten zentrale Lotsen an jedem Landgericht installieren und den Täter-Opfer-Ausgleich stärken.

In bestimmten Verfahren – beispielsweise zu Kinderschutzsachen – sollen nachgewiesene Fortbildungen bzw. Vorkenntnisse Voraussetzung der Stellenübertragung sein. Auch die Verfahren selbst wollen wir mit Blick auf den Opferschutz überprüfen und verbessern. Eine Reviktimisierung der Betroffenen muss verhindert werden. Wir wollen es zum Beispiel den Opfern sexualisierter Gewalt ersparen, in der Strafverhandlung auf ihre*n Peiniger*in zu treffen. Dazu werden wir der Videobefragung noch mehr Geltung verschaffen.

Darum Grün!

Wer Grün wählt, stimmt für

- mehr Mitbestimmung und Transparenz sowie einen bürgernahen Staat mit aktiven, aufgeklärten Bürger*innen, die sich einmischen
- Vielfalt und eine offene Gesellschaft auf allen Ebenen
- Sicherheit und Freiheit, die Hand in Hand gehen – weil Sicherheit kein Selbstzweck ist, sondern Voraussetzung für ein freiheitliches Leben

14.

Kultur und

Medien

Unsere Demokratie braucht
eine lebendige Kultur- und
Medienlandschaft

K

unst und Kultur sind Grundlage menschlichen Zusammenlebens. Durch Kultur kommen wir über gemeinsam Erlebtes miteinander ins Gespräch. Wir können uns austauschen und Visionen entwickeln. Kultur baut Brücken, überwindet Barrieren und darf gleichzeitig irritieren. Sie muss frei und für alle zugänglich sein, egal woher wir kommen, wo wir wohnen oder wie viel wir verdienen. Kunst und Kultur stiften Identität. Sie öffnen den Blick für Innovation und Kreativität. Kulturpolitik heißt für uns, Ermöglichungs- und Begegnungsräume zu schaffen. Auch freie und vielfältige Medien stärken unsere lebendige Demokratie. Die Medienvielfalt erhalten und die Medienbildung stärken – dafür steht grüne Politik.

In den vergangenen zwei Jahren hat der Dialogprozess „Kulturpolitik für die Zukunft“ stattgefunden. Er hat gezeigt: Wenn wir wollen, dass Teilhabe und Innovation in der Kultur gleichermaßen gelingen, dann müssen wir die kulturelle Bildung stärken. Daher haben wir das Kompetenzzentrum für kulturelle Bildung und Vermittlung gegründet. Gleichzeitig haben wir die Mittel für kulturelle Bildung erhöht und interkulturelle Angebote für alle Altersgruppen gestärkt. Das Querschnittsthema kulturelle Bildung entfaltet eine Wirkung in alle künstlerischen Sparten und alle Publikumsgruppen hinein und strahlt weit über den Kulturbereich hinaus.

Als grün-geführte Landesregierung haben wir den Kulturstandort Baden-Württemberg in den vergangenen Jahren ausgebaut und dabei

auch den Nachwuchs im Blick gehabt: Kinder und Jugendliche haben freien Eintritt in die Dauerausstellungen der Landesmuseen. Wir haben große Programme aufgelegt, um die Kultur im ländlichen Raum zu fördern. Wir haben Initiativen für innovative Zwischennutzungsprojekte auf den Weg gebracht. Und nicht zuletzt haben wir unsere erfolgreichen Kunst- und Musikhochschulen wie auch die Film-, Pop- und Theaterakademie deutlich gestärkt.

Der Kulturbereich erlebt derzeit eine umfassende Transformation. Beweglichkeit und Offenheit sind gefragt. Das haben wir etwa bei unseren Landesmuseen unter Beweis gestellt. Das Ergebnis von Konzeptionsphasen, Neuausrichtung und zielgerichteter Mittelaufstockung sind neue Kombinationen aus digitalen und analogen Erfahrungs- und Entwicklungsmöglichkeiten für das Publikum, aber auch neue Entwicklungsmöglichkeiten für die Teams.

Von dieser Transformation ist ebenso der Medienbereich betroffen. Wir leben in einer Gesellschaft, die von Medien geprägt ist. Medienpolitik nimmt eine zunehmend bedeutendere Rolle ein. Sie ist ein wichtiger Ausgangspunkt für eine moderne Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik. Wir brauchen daher eine vielfältige Medienlandschaft mit einem starken öffentlich-rechtlichen Rundfunk in einem gut funktionierenden dualen System. Wir brauchen eine Vielzahl von privaten Anbietern und Presseverlagen. Die Pressefreiheit ist ein hohes Gut unseres Grundgesetzes. Dazu gehört eine ungehinderte Berichterstattung – von der Informationsbeschaffung bis zur Verbreitung eines Beitrags. Für uns ist dies eine notwendige Voraussetzung für eine freiheitliche und lebendige Demokratie. Informations- und Medienkompetenz sind dafür Grundpfeiler. Wir wollen alle Menschen in Baden-Württemberg dazu befähigen, sich in der medialen Welt sicher und eigenständig zu bewegen und Fake News und Verschwörungsmythen zu durchschauen.

Kultur im Dialog gestalten

In Kunst und Kultur zeigt sich die Vielfalt unserer Gesellschaft und unseres Landes. Wir haben in Baden-Württemberg ein reichhaltiges und hochwertiges Kunst- und Kulturangebot: international renommier-te Häuser, Ensembles, Clubs, Festivals und freischaffende Künstler*innen, aber auch neue Entwicklungen, eine wirtschaftsstarke Kreativwirtschaft, eine lebendige Soziokultur, eine abwechslungsreiche Breitenkultur, eine feste regionale Verankerung und ein herausragendes bürgerschaftliches Engagement. Die Corona-Krise mit ihren Einschränkungen bei Auftritten und Veranstaltungen hat gezeigt, was wir ohne Kunst und Kultur vermissen. Wir Grüne wollen dafür sorgen, dass Baden-Württemberg weiterhin ein starkes Kulturland bleibt!

Über die vergangenen zwei Jahre hinweg hat der Dialogprozess „Kulturpolitik für die Zukunft“ stattgefunden. Mehr als 1250 Beteiligte aus Kunst und Kultur, Verwaltung und Politik haben auf unsere Initiative hin im ganzen Land diskutiert – über notwendige Veränderungen und die Anforderungen an eine zukunftsorientierte Kulturförderung und Kulturarbeit. Die Ergebnisse dieses Prozesses wollen wir in den nächsten Jahren umsetzen. Dazu gehört unter anderem: Kulturförderung muss verlässlich sein. Exzellenz und Breite sind gleichermaßen wichtig. Kurzfristige Projektförderung sollte an vielen Stellen durch langfristige Fördermodelle ersetzt werden. Zugleich sind Projektförderungen wichtig, um Innovation voranzutreiben und auf Sondersituationen zu reagieren. Hier gilt es, eine gute Balance zu finden.

Club- und Nachtkultur sind ein Standortfaktor. Daher wollen wir der Clubkultur Perspektiven schaffen, als Kulturräume gefördert werden zu können, sowie Sperrzeiten für die Gastronomie abschaffen. Den Dialog zwischen Anwohner*innen, Verwaltung, Clubs und Bars –

beispielsweise durch das Konzept der Nachtbürgermeister*innen in verschiedenen Städten – begrüßen wir als Instrument dafür.

Zudem wollen wir mit der LiveKomm und der PopAkademie eine Anlaufstelle schaffen, die Konzepte und Programme zur Förderung der Popkultur im Land konzipieren.

Wir setzen uns auch in der Kulturarbeit für höhere Transparenz ein. So sollen die Gehälter der Leitungsebene von kulturellen Einrichtungen des Landes und von kulturellen Einrichtungen, die eine Förderung des Landes erhalten, künftig ebenso veröffentlicht werden wie dies bei Unternehmensbeteiligungen des Landes bereits umgesetzt wird. Wir werden ergebnisoffen untersuchen, ob statt eines traditionellen Intendant*innenmodells vermehrt Teamlösungen insbesondere für die Leitung großer Einrichtungen umgesetzt werden könnten.

Klimaschonende Maßnahmen und nachhaltige Strategien spielen auch im Kulturbereich eine immer größere Rolle. Wir werden diese noch stärker unterstützen! Nachhaltigkeitsprojekte wie das „Green Shooting“ im Filmbereich wollen wir daher anpassen und auf andere Kulturbereiche ausweiten, beispielsweise auf die Musikfestival- oder Clubszene. Künftig soll jede Kultureinrichtung des Landes ein Nachhaltigkeitskonzept zu Klima- und Umweltschutz sowie zu sozialen Strukturen erarbeiten. Wir werden diese Möglichkeit auch für die weiteren Kultureinrichtungen im Land öffnen. Koordinieren werden wir diese und weitere Vorhaben in einer Landesstrategie.

Wir setzen Innovationsimpulse über den Kulturbereich hinaus. Kultur ist in allen Teilen des Landes stark: in den städtischen Metropolen wie in den ländlichen Räumen. Daran arbeiten wir konsequent weiter. Parallel dazu haben wir die Filmkonzeption neu aufgestellt und insbesondere den Bereich Animation und Visuelle Effekte gestärkt. Und schließlich: Der Dialogprozess muss weitergehen – partizipativ und offen.

Medienbildung als Schlüsselkompetenz ausbauen – gegen Fake News und Hass im Netz

Neben der Kultur sichert auch die freie und vielfältige Medienlandschaft in Baden-Württemberg gesellschaftliche Teilhabe. Sie ist Motor für Innovationen und Kreativität. Souverän mit Medien und digitalen Angeboten umgehen zu können – das ist in den vergangenen Jahren immer wichtiger geworden. Es ist eine Schlüsselkompetenz in einer zunehmend digitalen Welt. Darum haben wir die Medienbildung in den Lehrplänen verankert, die Initiative Kindermedienland weiter ausgebaut, eine Strategie für eine umfassende Medienbildung und Medienpädagogik verfasst und die freien Radios stärker unterstützt. Wir haben Runde Tische zur Medienzukunft und einen medienpolitischen Kongress durchgeführt. Wir haben eine breite Kampagne gegen Hass und Hetze im Internet aufgesetzt. Bei der Landesanstalt für Kommunikation haben wir einen weiteren finanziellen Spielraum geschaffen, um unter anderem private regionale Fernsehanbieter zu unterstützen.

Die Bedeutung der Medien für unsere Demokratie und Gesellschaft lässt sich nicht hoch genug bewerten. Doch der digitale Wandel fordert insbesondere die Medienvielfalt und -freiheit enorm heraus. Die „Kostenloskultur“ des Internets setzt Medienhäuser zunehmend unter Druck, sich zu verändern. Auch Internetgiganten wie Facebook und Google haben enormen Einfluss darauf, wie wir Medien konsumieren. Das erfordert Regulierung und Transparenz. Eine Antwort könnte sogar eine alternative, datenschutzkonforme europäische Plattform sein. Wir werden nicht lockerlassen, Fake News und Hass im Netz zu bekämpfen! Darüber hinaus werden wir geeignete Diskussions- und Kommunikationsformate zur Entwicklung und Zukunft der Medienlandschaft in Baden-Württemberg etablieren. Diese sollen sich sowohl an die Medienbranche als auch an die Gesellschaft richten.

Für eine transparente und verlässliche Kulturförderung

Wir Grüne wollen überall im Land Räume für Kultur schaffen, in denen sie sich frei und unabhängig entfalten kann. Eine transparente und verlässliche Förderung ist uns daher ein wesentliches Anliegen. Dabei setzen wir auf stetigen Dialog mit den Kulturschaffenden.

Kunst- und Kulturschaffende übernehmen Verantwortung für ihr Umfeld und sind vielfältig engagiert. Dafür brauchen sie eine Basis, auf die sie bauen können. Wir unterstützen die Kultur dabei, sich nachhaltig aufzustellen: ökonomisch, indem wir für eine verlässliche Finanzierung sorgen, die sich an die tarifvertragliche Entwicklung anpasst. Ökologisch, weil auch der Kulturbetrieb klimaneutral gestaltet werden kann. Und sozial, indem wir Barrieren abbauen und Teilhabe ermöglichen.

Anpassung an Veränderungen ist ein dauerhafter Prozess. Wir unterstützen die Kultureinrichtungen daher auch bei Themen der Organisationsentwicklung.

Kultur als Beruf braucht Sicherheit. Die Folgen der Corona-Krise haben die Brisanz einer der zentralen Leitfragen grüner Kulturpolitik deutlich gemacht: Wie können wir Kunst und Kultur resilient, also krisenfest machen? Das heißt auch: Wie kann die Arbeitssituation für Künstler*innen verbessert werden? Kultur und Kreativwirtschaft stellen wichtige Wirtschaftsbranchen dar, in denen zahlreiche Menschen in Baden-Württemberg tätig sind. Jedoch arbeiten und leben zu viele Künstler*innen und Kulturschaffende in prekären Verhältnissen. Daher setzen wir uns konkret dafür ein, dass eine tarifvertragliche Bezahlung zum Standard wird. Für uns ist der Mindestlohn die Lohnuntergrenze im Kulturbereich. Freiberufliche Leistungen sollen angemessen vergütet werden. Wir versetzen Kultureinrichtungen in die Lage, faire

Honorarverträge abschließen zu können. Wir wollen die Situation der Lehrbeauftragten und Kunstvermittler*innen weiter verbessern. Auch Prinzipien der „Guten Arbeit“ wie Gleichstellung und Vielfalt sowie soziale Nachhaltigkeit gehören für uns zur Kultur als fairer Arbeitgeberin. Das gilt auch für die Besetzung von Gremien und Juries. Unsere landeseigenen Kultureinrichtungen haben hier Vorbildfunktion und sollen bei diesen Themen weiter vorangehen. Wir werden zudem ein Länderbündnis schmieden und die Rolle der Künstlersozialkasse an die realen Bedürfnisse anpassen.

Kulturelle Bildung an Schulen stärken, Zugang zu Kultur für alle erleichtern

Wir führen fort, was wir in den vergangenen Jahren begonnen haben: Angebote von Kultureinrichtungen, aber auch von freien Künstler*innen sollen an allen Schulen und anderen staatlichen Einrichtungen selbstverständlich sein. Wir werden kulturelle Bildung als selbstverständlichen, integralen Teil des Schulprogramms stärken. Dies wird einer unserer Schwerpunkte der kommenden Legislatur. Kulturelle Angebote sind aber auch außerhalb der Schule für Menschen aller Altersgruppen wichtig.

Kunst ist von zentraler Bedeutung – für unsere Gesellschaft, für unser Zusammenleben und für uns persönlich. Auch das hat uns die Corona-Krise vor Augen geführt: Plötzlich musste die große Vielfalt unserer Kulturangebote eingeschränkt werden. Diese schmerzliche Erfahrung hat unsere Auffassung bestärkt, wie wichtig es ist, den Zugang zu Kultur zu erleichtern und mehr Menschen zu beteiligen. Wir wollen die Öffnung der Kultureinrichtungen in die Gesellschaft hinein unterstützen – als öffentliche Orte der Begegnung und des Dialogs. Das bedeutet auch, dass wir den Zugang ganz unmittelbar

und physisch verbessern – für alle Gruppen unserer Gesellschaft. Wir unterstützen den freien Eintritt für Kinder und Jugendliche in unsere staatlichen Museen auch weiterhin. Wir werden inklusive Angebote im gesamten Kulturbereich stärken. Als Begegnungsort braucht Kunst vor allem Räume – wir werden daher das Sanierungs- und Bauprogramm für die Kultur fortsetzen. Und wir wollen Kulturangebote außerhalb von Ballungsgebieten besser an den öffentlichen Verkehr anbinden. Zudem möchten wir ÖPNV-Tickets als KombiTickets für Eintrittskarten zu Kulturveranstaltungen auf breiter Fläche einführen.

Wir wollen die Vielfalt an künstlerischen und kulturellen Angeboten stärken. Mit dem Innovationsfonds haben wir ein Förderinstrument geschaffen, das wir fortführen werden. In Zukunft wollen wir den Fonds noch stärker darauf ausrichten, dass sich Diversität und Multiperspektivität in den Programmen spiegelt und die Partizipation des Publikums gestärkt wird. Wir unterstützen die Häuser darin, auch ihre Teams interkultureller zu bilden.

Wir unterstützen die Kultur im digitalen Zeitalter. Die Digitalisierung ermöglicht neue Zugänge für alle Gruppen unserer Gesellschaft. Während der Corona-Krise sind viele digitale Kunstprojekte entstanden. Sie haben gezeigt, was möglich ist und wie viele Menschen darüber erreicht werden können. Die Krise hat aber auch deutlich gemacht, wie unverzichtbar das Live-Erlebnis ist – für die Künstler*innen und für das Publikum.

Neue und innovative Technologien werden im gesamten Kunstbereich und speziell im Film immer wichtiger. Die digitale Transformation betrifft alle Sparten der Kunst und verlangt umfassende Konzepte, Beratung und Ausstattung. Hier sind wir in den vergangenen Jahren mit Programmen wie „Digitale Wege ins Museum“ und der Entwicklung der neuen Filmkonzeption vorangegangen. Diesen Bereich wollen wir weiter ausbauen und stärken.

Kolonialkunst: Wir übernehmen Verantwortung

Mit dem Thema Restitution und Provenienzforschung schlagen wir verantwortungsvoll ein Kapitel vergangener Kulturpolitik auf. Unser Ziel: Kulturgüter des Landes, die während der Zeit des Kolonialismus oder des Nationalsozialismus widerrechtlich angeeignet wurden, zu identifizieren und möglichst an die rechtmäßigen Eigentümer*innen zurückzugeben. Darauf aufbauend treiben wir Gemeinschaftsprojekte voran, bei denen sich Hochschulen und Kultureinrichtungen in Baden-Württemberg mit der kolonialen Geschichte unserer Museums- und Universitätssammlungen auseinandersetzen. Das Linden-Museum in Stuttgart beispielsweise arbeitet zusammen mit Studierenden der Universität Tübingen und Experten aus Namibia die Geschichte seiner herausragenden ethnologischen Sammlung auf. Das konsequente Ergebnis können Rückgaben von Objekten wie der Bibel und Peitsche von Hendrik Witbooi an Namibia sein. Solche Rückgaben stehen für einen gewissenhaften Umgang mit der Geschichte und ein vertrauensvolles Miteinander in der Gegenwart.

Medienvielfalt als Basis freiheitlicher Demokratie fördern

Kultur und Medien haben eine enorme Innovationskraft. Und sie sind ein eigenständiger Wirtschaftsfaktor in unserem Innovationsland. Baden-Württemberg hat eine starke Kultur-, Medien- und Kreativwirtschaftsszene, die auch für andere Wirtschaftszweige immer wichtiger wird. Wir verbinden die kreativen Potenziale unserer klugen Köpfe mit der Kraft unserer heimischen Wirtschaft. So bauen wir Baden-Württemberg weiter zu einem zentralen Ort für die Zukunft von Kultur, Medien und digitalen Formaten aus. Wir setzen auf eine lebendige

Kreativwirtschaft und den Mehrwert, den die enge Verzahnung von analogen und digitalen Inhalten bringt. Die Potenziale und die Innovationskraft von Medien und Kultur wollen wir mutig und noch umfassender heben. Dazu werden wir die Förderung in diesem Bereich stärken. Institutionen wie die Medien- und Filmgesellschaft (MFG), das Zentrum für Kunst und Medien (ZKM), die Filmakademie und das Kompetenzzentrum Kulturelle Bildung werden wir noch enger miteinander verknüpfen. Mit vereinten Kräften bewältigen wir die Herausforderungen von morgen: Durch Vernetzung, Förderung, unterstützende Strukturen und Kooperationen werden wir sowohl der gestiegenen Bedeutung der Kreativwirtschaft als auch der Medienpolitik, Medienkunst und Medienbildung gerecht.

Wir wollen die Medienvielfalt erhalten und den Qualitätsjournalismus stärken. Daher setzen wir uns für den Erhalt eines starken öffentlich-rechtlichen Rundfunks in einem funktionierenden dualen System ein. Wir stellen uns allen Versuchen entschieden entgegen, diese Erungenschaften zurückzudrehen. Wir werden die öffentlich-rechtlichen Sender darin unterstützen, Zielgruppen zu erreichen, bei denen sie sich bisher schwertun. So erfüllen sie ihren Auftrag, für alle da zu sein. Dabei spielen insbesondere digitale Angebote, die sich an Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene richten, eine zentrale Rolle. Unser Ziel ist es, zusammen mit Rheinland-Pfalz den SWR-Staatsvertrag weiter zu erneuern und dabei insbesondere die Strukturen, Arbeitsbedingungen und Zukunftsfähigkeit im SWR in den Fokus zu nehmen.

Wir werden Qualitätsjournalismus fördern, den Aus- und Fortbildungsbereich stärken und Kinder an das Qualitätsprodukt Zeitung aktiv heranführen. Auch die privaten Rundfunk- und Fernsehanbieter sind elementarer Teil unserer vielfältigen Medienlandschaft ebenso wie die freien Radios, die wir weiterhin unterstützen werden. Den Medienstandort Baden-Württemberg werden wir durch ein Programm

zur kommunalen Kofinanzierung von Gründungs- und Acceleratorzentren weiter stärken.

Wir werden uns für ein zeitgemäßes Medienkonzentrationsrecht einsetzen. Medienplattformen und Medienintermediäre wie Suchmaschinen oder Videoplattformen müssen entsprechend reguliert werden. Überlegungen, eine europäische Medienplattform zu etablieren, unterstützen wir. Wir stärken die Landesanstalt für Kommunikation. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass die Landesmedienanstalten insbesondere bei der Aufsicht über Intermediäre und Plattformen sowie bei den Entwicklungen und der Aufsicht im (digitalen) Medienbereich, etwa beim Jugendmedienschutz, eine starke Rolle einnehmen. Dafür benötigt das Landesmediengesetz endlich ein umfassendes, digitales Update!

Auch die Aufgaben und die Bedeutung öffentlicher Bibliotheken haben sich in den vergangenen Jahrzehnten stark verändert und weiterentwickelt. Sie sind Wegbereiterinnen der Bildungsgerechtigkeit und Vorreiterinnen der Digitalisierung, der Vermittlung von Wissen und Medienkompetenz. Sie sind Lern- und Arbeitsorte und Orte der Begegnung. Sie bieten Möglichkeiten der Teilhabe auch für soziale Gruppen, die sonst unterrepräsentiert sind. Damit sind die öffentlichen Bibliotheken Teil essenzieller kultureller Daseinsvorsorge für jede Kommune. Öffentliche Bibliotheken sind für uns wichtige Wissensspeicher. Wir planen daher ein gemeinsames Strategiepapier mit den Kommunen und den bibliothekarischen Verbänden zur Weiterentwicklung der öffentlichen Bibliothekslandschaft in Baden-Württemberg.

Medienbildung ist eine Schlüsselqualifikation in einer zunehmend digitalisierten Welt. Damit ist weit mehr gemeint, als Handy, Tablet und Co. technisch bedienen zu können. Wir werden die erfolgreiche Initiative Kindermedienland verstetigen und weiter ausbauen. Der Ausbau einer umfassenden Informations- und Medienkompetenz wird eines unserer großen und bedeutenden Projekte der nächsten Legislaturperiode.

Darum Grün!

Wer Grün wählt, stimmt für

- die umfassende Unterstützung der Kultur- und Medienlandschaft bei der digitalen Transformation
- eine transparente und verlässliche Förderung
- den weiteren Ausbau von kultureller Bildung und Medienbildung als Voraussetzung für Teilhabe

15.

Kommunen

Echter Zusammenhalt
entsteht in lebenswerten
Kommunen

Es sind unsere großen und kleinen Städte, unsere Universitätsstädte, unsere Gemeinden im städtischen Umland und im ländlichen Raum, die Baden-Württemberg zum lebens- und liebenswerten Zuhause für alle Menschen machen. Wir Grüne unterstützen die Kommunen, denn wir wollen die Demokratie vor Ort stärken. Wir stehen für Partizipation in der Lokalpolitik. Wir stehen für eine nachhaltige Orts- und Stadtentwicklung. Und wir stehen für Vielfalt und Pluralität in den kommunalen Räten.

Damit die Kommunen ihre Aufgaben gut erfüllen können, haben wir sie als grün-geführte Landesregierung finanziell so gut ausgestattet wie kein anderes Bundesland: Die jährlichen Einnahmen unserer Städte und Gemeinden sind seit 2011 um fast die Hälfte gestiegen. Wir haben damit die kommunale Selbstverwaltung gestärkt und gleichzeitig die nachhaltige Entwicklung der Kommunen gefördert. Zum Beispiel konnte die Betreuungsquote in den Kitas angehoben werden, weil wir die Landesbeteiligung deutlich erhöht haben. Unser Pakt mit den Kommunen zum Klimaschutz hilft, landesweit die Klimaziele zu erreichen. Der darin neu gesetzte Schwerpunkt auf „Sanierung vor Neubau“ schont die Umwelt. Die Landesförderung erleichtert es den Städten und Gemeinden, Geflüchteten zu integrieren. Behindertenbeauftragte stärken die Teilhabemöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen.

Wir unterstützen die Kommunen – auch und besonders in der Corona-Krise

Die Corona-Krise fordert alle öffentlichen Haushalte heraus. Besonders stark betroffen sind die Kommunen. Wir Grüne stehen fest an der Seite der Städte, Gemeinden und Landkreise. Gerade auch in der Krise unterstützen wir sie darin, ihre Aufgaben zu erfüllen und die Weichen für eine klimagerechte und solidarische Zukunft zu stellen.

Der Wohnort ist für die meisten Menschen der Lebensmittelpunkt. Ob es um gesellschaftlichen Zusammenhalt, den Klimaschutz oder eine klima- und menschengerechte Mobilität geht: Der Ursprung des Bewahrens wie auch des Wandels liegt in den Kommunen. Damit die Kommunen die große Aufgabe der Daseinsvorsorge nachhaltig erfüllen können, stärken wir ihnen verlässlich den Rücken. Sie stehen vor der Herausforderung, die Bedarfe ihrer Bürger*innen zu erfüllen und gleichzeitig sorgsam mit den Ressourcen umzugehen.

Mit einer vorausschauenden Wirtschafts- und Strukturpolitik stärken wir den ländlichen Raum und schützen zugleich unsere Lebensgrundlagen. Wir machen den ländlichen Raum zu einem attraktiven Lebensort für alle – durch eine wohnortnahe Grundversorgung und Gesundheitsinfrastruktur, eine leistungsfähige digitale Infrastruktur, ein gutes Angebot des öffentlichen Nahverkehrs, ein lebendiges kulturelles Leben sowie ein flächendeckendes und vielfältiges Bildungsangebot. Die bedarfsgerechte medizinische Versorgung und die gute Ausstattung der Krankenhäuser wird auch mit Landesmitteln gewährleistet.

Wir fördern eine nachhaltige Stadtentwicklung und Daseinsvorsorge

Als grün-geführte Landesregierung haben wir die Novelle des Klimaschutzgesetzes beschlossen. Sie verpflichtet auch die Kommunen zu mehr Klimaschutz: Alle neuen Gebäude, für die keine Wohnnutzung vorgesehen ist, sowie größere überdachte Parkplätze müssen künftig über Photovoltaik-Anlagen verfügen. Städte und Gemeinden müssen zudem eine kommunale Wärmeplanung vorlegen, um eine klimaneutrale Wärmeversorgung zu erreichen.

Bessere Luft und weniger Lärm in den Städten – wir sorgen dafür! Das Land hilft den Kommunen dabei, Ökologie und Lebensqualität vor Ort zu verbinden – durch passgenaue finanzielle Förderprogramme und den angemessenen rechtlichen Rahmen. Wir orientieren die Fördermittel des Landes nicht nur an den örtlichen Bedarfen, sondern auch konsequent an Kriterien der Nachhaltigkeit.

Umweltfreundliche Mobilität hängt maßgeblich davon ab, dass der öffentliche Nahverkehr gut ausgebaut und die Wege für Radfahrer*innen und Fußgänger*innen sicher, barrierefrei und komfortabel sind. Dann lassen immer mehr Menschen das Auto stehen und steigen auf klimafreundliche Verkehrsmittel um.

Doch das allein reicht nicht aus. Deshalb wollen wir die Kommunen darin bestärken, eine wirksame Parkraumbewirtschaftung und -verknappung anzugehen, um den öffentlichen Raum freizumachen und Menschen zusammenzubringen.

Wir richten die Verkehrsförderprogramme für die Kommunen deshalb so aus, dass nicht nur Straßen mitfinanziert werden. Vielmehr sollen die Städte und Gemeinden vor allem denjenigen ein gutes und sicheres Angebot machen können, die umweltfreundlich unterwegs sind. Die Kommunen werden wir bei der Verkehrswende an vielen

Stellen stärken und unterstützen: durch eine verbesserte Infrastruktur und die Vernetzung des Rad- und Fußverkehrs, durch verbesserte Car-sharing-Angebote und durch den Ausbau des ÖPNV mit optimierter Taktung und attraktiver Preisgestaltung. Modellversuche, die gemeinsam mit Vorreiterkommunen auf den Weg gebracht werden, sind dafür ein wirkungsvolles Mittel.

Unser Ziel: Mit nur einem Ticket und einem Bezahlvorgang sollen die Menschen im Land alle Verkehrsmittel nutzen können – von Bahn, ÖPNV und Carsharing bis hin zum Leihrad.

Wir fördern neben dem Neubau auch die energetische Sanierung von kommunalen Gebäuden. Die Solar-Offensive für die Dächer der Gemeinden treibt den Ausbau Erneuerbarer Energien voran. Wir unterstützen die Kommunen finanziell dabei, die ökologische und regionale Abfallverwertung auszuweiten. Wir unterstützen die Gründung und ökologische Ausrichtung von Stadtwerken. So stärken wir eine nachhaltige kommunale Daseinsvorsorge.

Der sorgsame Umgang mit unseren natürlichen Ressourcen ist ein wichtiges Ziel für kommunale Entwicklung. Die Biodiversität auf landwirtschaftlichen Feldern und Grünflächen sowie in Naherholungsgebieten wollen wir schützen. Wir reduzieren den Flächenverbrauch, indem bei der Sanierung von Wohnquartieren und Gewerbeflächen neben energetischen auch flächenoptimierende Kriterien berücksichtigt werden.

Dem Leitsatz „Innenverdichtung vor Außenentwicklung“ wollen wir weiter folgen, denn er wirkt der Zersiedlung der Landschaft entgegen. Die Innenverdichtung muss jedoch so erfolgen, dass innerstädtische Freiflächen erhalten bleiben, denn sie sind für Gesundheit, Wohlbefinden und ökologische Vielfalt unabdingbar. Stadtentwicklung muss berücksichtigen, dass jede*r Zugang zu Grün- und Freiflächen hat, unabhängig vom Einkommen. Außerdem wollen wir zukünftigen

Generationen die Möglichkeit erhalten, Flächen nach ihren Bedarfen zu nutzen. Zukunftsgerichtete Stadtentwicklung ist eine Herausforderung, denn sie berührt unterschiedliche Interessen wie Architektur, Stadtplanung, Soziales, Klimatologie und Ökologie. Wir wollen ein Stadtumweltzentrum schaffen, das die Kommunen beim Abwägungsprozess dieser verschiedenen Interessen durch Fachwissen und begleitende Mediation unterstützt.

In den Empfehlungen des Landes ist fest verankert, dass sich Kommunen bei der Beschaffung auch an nachhaltigen Kriterien orientieren sollen. Wenn die kommunalen Ämter und Schulen fair gehandelte Produkte benutzen, wird Baden-Württemberg zum Fairtrade-Spitzenreiter!

Wir unterstützen unsere Feuerwehren im Land nachhaltig. Wir haben die Landesfeuerweherschule in Bruchsal erweitert, um mehr Engagierte der Feuerwehr im Land aus- und weiterbilden zu können. Auf unsere Feuerwehrleute warten neue Herausforderungen: Im Zuge der Klimaerhitzung steigt die Waldbrand- und Hochwassergefahr. Dafür muss die Feuerwehr im Hinblick auf Ausrüstung und Ausbildung gewappnet sein. Weil uns eine gut ausgestattete Feuerwehr ein wichtiges Anliegen ist, geben wir als Land die Einnahmen aus der Feuerchutzsteuer jedes Jahr an die Kreise und Kommunen weiter. Wir wollen, dass alternative Antriebsformen auch im Fuhrpark der Feuerwehren genutzt werden. Wir wollen deshalb verstärkt die Beschaffung von E-Autos als Führungs- und Versorgungsfahrzeuge fördern.

Wir stärken Demokratie, Partizipation und Bürgerfreundlichkeit vor Ort

Demokratie lebt vor Ort. Deshalb haben wir die Erleichterungen bei der direkten Demokratie hartnäckig verteidigt. Dazu gehören die niedrigeren Hürden bei Bürger*innenbegehren und entscheiden genauso

wie das Recht der Bürger*innen, über die Aufstellung von Bebauungsplänen zu entscheiden. Kreis-, Stadt- und Ortsseniorenräte unterstützen die Beteiligungsmöglichkeiten der älteren Mitbürger*innen, und auch Kinder und Jugendliche gestalten die Kommunen mit – schließlich sind sie unsere Zukunft! Deshalb haben wir die Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen in der Gemeindeordnung verankert. Wir haben das aktive Wahlrecht bei den Kommunalwahlen auf 16 Jahre gesenkt. Jetzt können junge Menschen mitbestimmen, wer sie in den kommunalen Räten vertritt. Nicht zu unterschätzen ist, wie wichtig all diejenigen für die Kommunalpolitik sind, die im Kreis-, Gemeinde- und Ortschaftsrat ehrenamtlich die Interessen der Bürger*innen vor Ort vertreten. Sie wollen wir stärken! Dafür haben wir die Rahmenbedingungen für ihr Ehrenamt verbessert, etwa durch die finanzielle Entlastung bei den Betreuungskosten von Kindern oder zu pflegenden Angehörigen. Zudem streben wir eine Regelung für Sitzungszeiten an, die familienfreundlich ist und sich mit Beruf und Ausbildung gut vereinigen lässt. Daneben wollen wir gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden eine Anpassung der gesetzlichen Vorgaben prüfen, um die Möglichkeit zu schaffen, kommunale Gremiensitzungen auch außerhalb von Notlagen online durchführen zu können.

Wir stärken die direkte Demokratie in den Kommunen, indem wir die informelle Bürger*innenbeteiligung in die Gemeindeordnung aufnehmen und das Alter der Antragsberechtigten für Einwohner*innenanträge auf 14 Jahre absenken. Wir wollen das Wahlrecht auf kommunaler Ebene auf Nicht-EU-Bürger*innen und Wohnungslose ausweiten: Alle Menschen, die das wollen, sollen sich an demokratischen Prozessen an ihrem Wohnort beteiligen können. Dazu wollen wir allen Interessierten, auch wenn sie tagsüber berufstätig sind, kommunalpolitische Debatten zugänglich machen. Wir schaffen daher Rechtssicherheit für Streamings von Sitzungen der baden-württembergischen Ortschafts-

und Gemeinderäte, Kreistage und Regionalversammlungen. Die Gremien sollen dann selbst entscheiden können, ob und welche ihrer Sitzungen aufgezeichnet oder live übertragen werden. Unsere Gemeinderäte stärken wir, in dem wir die Weiterbildungsangebote für kommunale Rät*innen ausbauen. Einen besonderen Schwerpunkt wollen wir dabei auf Förderprogramme für Frauen legen, um den Frauenanteil in den kommunalpolitischen Gremien und an den Rathausspitzen zu erhöhen.

Für mehr Vielfalt und Pluralität in den kommunalen Räten

Wir wollen mehr Vielfalt in den kommunalen Räten erreichen und die Zahl der Rät*innen mit Migrationshintergrund sowie der Frauen erhöhen. Deshalb machen wir uns dafür stark, bestehende Hemmnisse abzubauen. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, Kommunalpolitiker*innen besser vor Beleidigungen, Bedrohungen und Angriffen zu schützen – online und offline.

Vielfältige Möglichkeiten, das gesellschaftlichen Leben vor Ort mitzugestalten und sich einzubringen – das macht eine lebendige Gemeinde aus. Kommunen, die die Mitsprache der Bürger*innen mit Projekten aktiv fördern, können auf die Beteiligung des Landes zählen. Dazu zählen beispielsweise Beiräte, die die gewählten Gremien beraten und neben Expert*innen auch mit Zufallsbürger*innen besetzt werden können.

Smarte Städte und Regionen: Wir treiben die Digitalisierung voran

Wir werden die Bürokratisierung beim Ehrenamt weiter abbauen, um so die Verwaltung und die Bürger*innen zu entlasten. Indem wir das

Onlinezugangsgesetz umsetzen, unterstützen wir eine bürger*innenfreundliche Verwaltung und sorgen für mehr Transparenz. Dazu wollen wir zum Beispiel verstärkt digitale und mehrsprachige Dienstleistungen fördern. Mit der Landesförderung für Smarte Städte und Regionen treiben wir die digitale Entwicklung in den Kommunen voran, um Bürger*innen den Alltag zu erleichtern.

Digitale Modellkommunen, die vom Land unterstützt werden, entwickeln Open-Source-basierte Programme und Apps. Diese können landesweit von anderen Städten und Gemeinden übernommen werden. Wichtige Formulare und Verwaltungsangebote wie die Anmeldung zum Kindergarten oder der Bauantrag sollen barrierefrei und mehrsprachig digital zur Verfügung gestellt werden.

Für mehr interkommunale Zusammenarbeit

Ein gutes Zusammenleben und die vorausschauende Weiterentwicklung enden nicht an der Gemeindegrenze. Die Klimakrise lehrt uns: Wir müssen Grenzen überwinden, um Chancen zu nutzen. Wir werden deshalb Regionen fördern, die durch verstärkte interkommunale Zusammenarbeit mehr und mehr zusammenwachsen wollen.

Schon jetzt arbeiten Kommunen in vielen Bereichen zusammen: etwa bei Schwimmbädern, Stadtwerken, allgemeinen Verwaltungsaufgaben sowie bei kulturellen und sozialen Einrichtungen. Indem wir mehr interkommunale Kooperation ermöglichen, entlasten wir so auch die kommunale Verwaltung. Wir fördern zudem Modellregionen, die umweltfreundliche Logistikkonzepte für den Einzelhandel und das Handwerk entwickeln. Damit entlasten wir Umwelt und Infrastruktur, optimieren den Flächenverbrauch und stärken regionale Wirtschaftsstrukturen.

Darum Grün!

Wer Grün wählt, stimmt für

- die Förderung einer nachhaltigen kommunalen Daseinsvorsorge inklusive neuer ökologisch ausgerichteter Stadtwerke
- eine nachhaltige und zukunftsgerichtete Orts- und Stadtentwicklung
- die Stärkung von Demokratie, Partizipation und Bürgerfreundlichkeit
- mehr Vielfalt und Pluralität in den kommunalen Räten
- ein gutes Leben in Stadt und Land

16.

Europa und

Internationales

Bleiben wir der Welt verbunden
und in Europa zuhause

Baden-Württemberg liegt mitten im Herzen Europas – wir leben Europa! Für uns Grüne ist darum die Europäische Einigung Staatsräson. Wir pflegen einen selbstverständlichen Austausch mit unseren europäischen Nachbar*innen. Und wir profitieren von der europäischen Integration: Kaum eine Region in Europa ist dank der wirtschaftlichen Zusammenarbeit so wohlhabend wie Baden-Württemberg. Wir Grüne stehen ein für Frieden, Demokratie, Menschenrechte und die globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen. Diese Werte sind Grundlage unserer grünen Regierungspolitik in Baden-Württemberg, in Europa und in unseren internationalen Beziehungen. Ressortübergreifend haben wir die entwicklungspolitischen Leitlinien Baden-Württembergs erarbeitet und dabei die Zivilgesellschaft in dem breit angelegten Beteiligungsprozess „Weltbürger:gefragt!“ einbezogen. Auf dem „Europadialog Baden-Württemberg“ gründet das europapolitische Leitbild der Landesregierung.

Die Corona-Pandemie hat gezeigt: Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit muss bei der Krisenbewältigung auf verlässliche Füße gestellt werden. Dafür braucht es europäische Solidarität statt nationaler Alleingänge! So haben Krankenhäuser des Landes Patient*innen aus dem Elsass aufgenommen, die schwer an COVID-19 erkrankt waren, als die Kapazitäten vor Ort nicht mehr ausgereicht hatten.

Für ein grenzüberschreitendes Gesundheitsmanagement

Die Corona-Krise lässt sich nur gemeinsam bewältigen. Daher fordern wir Grüne, innerhalb der EU ein gemeinsames Management für eine grenzüberschreitende öffentliche Gesundheit aufzubauen. Hierzu gehört ein Bettennachweissystem, um freie Behandlungskapazitäten in Europa besser nutzen zu können. Wir werden entschieden für eine koordinierte Zusammenarbeit im Gesundheitswesen vom Bodensee bis zum Oberrhein arbeiten. Hierfür wollen wir die Kooperation mit der Schweiz und Frankreich weiterentwickeln. Das trinationale Kompetenzzentrum TRISAN und der neue Grenzüberschreitende Ausschuss (GRÜZ) sind dabei wichtige Bausteine. Auch den Katastrophenschutz wollen wir besser mit unseren Nachbarn abstimmen. Der koordinierte EU-Katastrophenschutz rescEU benötigt eigene Kompetenzen und Kapazitäten. Nur so kann das Katastrophenmanagement in Abstimmung mit den Mitgliedsstaaten und Bundesländern bedarfsgenau gesteuert werden.

Um unsere internationalen Abhängigkeiten in der Gesundheitsversorgung zu verringern, wollen wir die Beschaffung von Medikamenten, Impfstoffen, medizinischen Geräten und Schutzkleidung diversifizieren. Wir Grüne wollen die Produktion in Europa und an den bestehenden Standorten in Baden-Württemberg stärken. Wir werden gezielt in Forschung und Entwicklung im Medizin- und Pharmaziebereich investieren.

Internationale Allianzen für Klima- und Umweltschutz vertiefen

Mit unserer nachhaltigen Industrie und innovativen Forschungslandschaft haben wir die Möglichkeit, die Zukunft Europas mitzugestalten. Fester Bestandteil unseres europäischen Projekts für das neue Jahr-

zehnt ist die klimafreundliche Transformation der Wirtschaft. Mit dem European Green Deal hat sich die EU einen konsequenten Klimaschutz vorgenommen. Wir wollen Baden-Württemberg zum Musterland machen, das den Green Deal ambitioniert umsetzt. Wir müssen die Ziele des Pariser Klimaabkommens erreichen und zugleich Arbeitsplätze in Europa erhalten und neue schaffen. Unser grün-geführtes Land war entscheidend an der Gründung der „Under2 Coalition“ beteiligt. In dieser Initiative arbeiten innovative Regionen aus der ganzen Welt beim Klimaschutz zusammen. Baden-Württemberg hat sich hier mit der Weiterentwicklung seines Klimaschutzgesetzes bereits ehrgeizige Ziele gesetzt. Wir unterstützen den Beschluss des europäischen Parlamentes, die Treibhausgas-Emissionen bis 2030 um mehr als 60 Prozent bezogen auf das Jahr 1990 zu reduzieren. Unser Ziel ist es, gemeinsam die Klimaerwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen. Baden-Württemberg soll hierzu einen fairen Beitrag leisten. Wir werden auch bestehende regionale und internationale Allianzen im Umweltsektor vertiefen. Dafür werden wir die Zusammenarbeit der vier Motoren Europas – Katalonien, Auvergne-Rhône-Alpes, Lombardei und Baden-Württemberg – intensivieren. Wir werden eine ambitionierte Klimapolitik zur Agenda der Internationalen Bodenseekonferenz und des Oberrheinrats machen. Außerdem werden wir unsere grüne Klimapolitik im Rahmen der „Under2 Coalition“ vorantreiben und Klimaschutz sowie Klimaanpassung zum Schwerpunkt im Rahmen unserer Entwicklungszusammenarbeit mit den Ländern des globalen Südens machen.

Da das Atomkraftwerk in Fessenheim abgeschaltet ist, wollen wir unseren Beitrag zum deutsch-französischen „Zukunftsprozess Fessenheim“ leisten und ein positives Beispiel für einen erfolgreichen Strukturwandel setzen. Dafür werden wir die Region gemeinsam zu einem Forschungs- und Zukunftsstandort für Erneuerbare Energien machen. Wir wollen die Energiewende europaweit voranbringen. Daher setzen

wir uns dafür ein, eine Erneuerbare-Energien-Union zu schaffen, die die umfassende Nutzung grüner Energien fördert und koordiniert. Wir werden im Bundesrat auf eine Revision des überalterten und einseitig auf die Nutzung der Atomenergie ausgerichteten EURATOM-Vertrags hinwirken.

Drei der vier Schweizer Atomkraftwerke stehen mehr oder weniger direkt an der Grenze. Alle Schweizer Kraftwerke haben ihre technische Laufzeit bereits überschritten. Wir wollen in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit die Abschaltung auch des Atomkraftwerkes Leibstadt und der Uraltmeiler Beznau I und II erreichen. Wir fordern, dass das Land und die baden-württembergischen Kommunen in den betroffenen Regionen an der Suche nach einem Schweizer Atom Müll-Endlager in der Grenzregion zu Baden-Württemberg gleichberechtigt mitwirken können.

Neustart für fairen Handel – Globalisierung ökologisch und sozial gestalten

Wir Grüne stehen für eine Handelspolitik, die die Globalisierung gerecht gestaltet und in ihren Handelsabkommen verbindlich soziale, ökologische und menschenrechtliche Standards und das Vorsorgeprinzip fest schreibt. Unser Ziel ist eine Handelspolitik, die kommunale Daseinsvorsorge und die Möglichkeit der Rekommunalisierung schützt, den Pariser Klimavertrag als wesentlichen Bestandteil verankert und die parlamentarische Mitentscheidung bei der sogenannten regulatorischen Kooperation garantiert. Sonderrechte und Sonderjustiz für Investoren lehnen wir ab. Handelsabkommen dürfen es Staaten und der EU nicht erschweren, eigene höhere Standards in Bezug auf Klima-, Umwelt-, und Verbraucher*innenschutz festzulegen. Das sind unsere Maßstäbe für die Zustimmung zu Handelsabkommen. Deshalb lehnen

wir CETA in der jetzigen Form ab. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts im Hauptsacheverfahren gegen CETA steht noch aus. Erst danach wird die Bundesregierung dem Bundestag und dem Bundesrat ein Ratifizierungsgesetz vorlegen. Unsere Position dazu werden wir davon abhängig machen, ob unsere formulierten Anforderungen an EU-Handelsabkommen erfüllt sind. Das Mercosur-Abkommen mit Südamerika lehnen wir ab, weil es unseren Ansprüchen an Umwelt- und Klimaschutz und an die Menschenrechte nicht ansatzweise genügt.

Mobilität, Bildung und Forschung über Grenzen hinweg gestalten

Wir alle sind Europa. Als europäische Bürger*innen leben und gestalten wir europäischen Zusammenhalt im Alltag. Deshalb setzen wir uns für das Landtagswahlrecht für alle EU-Bürger*innen ein, die dauerhaft in Baden-Württemberg leben. Wir unterstützen die Einrichtung eines Kompetenzzentrums zur Förderung von Städtepartnerschaften und kulturellem und zivilgesellschaftlichem Austausch. Damit Europa noch besser zusammenwachsen kann, wollen wir die Verkehrslücken zwischen Baden-Württemberg und dem Elsass am Oberrhein schließen und bestehende Verbindungen wie die Bahnlinie Stuttgart–Zürich erweitern. Dabei setzen wir auf die Förderung klimafreundlicher Mobilitätskonzepte und werden den grenzüberschreitenden ÖPNV ausbauen und attraktiver gestalten. Die 2017 in Betrieb genommene Straßenbahn zwischen Kehl und Straßburg ist ein Erfolg – wir werden dem weitere solche Projekte folgen lassen!

Über eine mehrsprachige App möchten wir ein ÖPNV-Ticket für die gesamte Region Oberrhein anbieten und die Vernetzung der unterschiedlichen Mobilitätsträger verbessern. Dazu gehört auch, das kostengünstige Baden-Württemberg-Ticket auf Ziele im Elsass und in der

Schweiz zu erweitern. Wir Grüne engagieren uns für ein starkes europäisches Bahnnetz, die Anbindung Baden-Württembergs durch europäische Nachtzüge, für das Schließen von Lücken im grenzüberschreitenden Bahnverkehr und die Reaktivierung von Bahnverbindungen über den Rhein. Insbesondere die Bahnlinie zwischen Freiburg und Colmar ist für uns ein wichtiges europa- und verkehrspolitisches Projekt. Wir setzen uns für die zeitnahe Einführung einer europäischen Umweltplakette ein.

Auch im Bildungs- und Forschungsbereich wollen wir Europa zur gelebten Normalität machen. Französisch als Sprache des Nachbarn muss wieder Grundsachfach ab der ersten Klasse sein. Das Potenzial attraktiver Austauschprogramme soll nicht nur für Studierende, sondern auch für Schüler*innen aller Schularten und auch für Auszubildende weiter gestärkt werden. Wir wollen die Idee von Europäischen Universitäten weiterentwickeln und dabei helfen, dass EUCOR zu einem gemeinsamen Campus mit grenzüberschreitendem Semesterticket wird. Zu dem trinationalen Verbund EUCOR gehören fünf Universitäten in der Oberrheinregion: Basel, Freiburg, Haute-Alsace, Strasbourg und das Karlsruher Institut für Technologie. Auch eine deutsch-französische Berufsschule wollen wir ins Leben rufen. Das Programm „Erasmus+“ werden wir weiter ausbauen. Die Entwicklung von Zukunftstechnologien lebt von internationalem Austausch! Etwa bei der Forschung an Künstlicher Intelligenz wollen wir den grenzüberschreitenden Austausch zwischen Wissenschaftler*innen sowie gemeinsame Forschungsprojekte fördern. Wir setzen uns dafür ein, das EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation „Horizon Europe“ ambitionierter auszugestalten. Die Inhalte des Programms orientieren sich an wichtigen gesellschaftlichen Fragen zu Gesundheit, Umwelt oder Verkehr. Ziel ist es, die wissenschaftliche Exzellenz in Europa zu fördern.

Das grenzenlose Arbeiten in Europa braucht soziale Leitplanken, die europaweit eingehalten werden. Wir werden weiterhin die aufsuchende, mobile Beratung für Lkw-Fernfahrer*innen an Autobahn-Rastplätzen unterstützen. Wir kämpfen transnational mit den Gewerkschaften für bessere Arbeitsbedingungen und werden staatliche Kontrollen ausbauen. Mit einem mehrsprachigen Flyer werden wir über EU-Arbeitsbedingungen informieren. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit: Wir wollen eine gerechte Bezahlung ausländischer Arbeitskräfte auch in der Praxis umsetzen und werden die Arbeit der Finanzkontrolle Schwarzarbeit stärken.

Donauraumstrategie als politisches Projekt zur Demokratieförderung weiterentwickeln

Wir wollen den Donauraum zur europäischen Lebensader machen. Baden-Württemberg als Ursprungsland der Donau engagiert sich bereits intensiv in der Donauraumstrategie. Diese wollen wir über die wirtschaftliche Kooperation hinaus als politisches Projekt weiterentwickeln. Dafür möchten wir Austauschprojekte für Studierende, Azubis und Schüler*innen, für Start-ups und im Wissenschafts- und Medienbereich fördern. Für uns Grüne ist wichtig, dass die Donauraumstrategie der Demokratieförderung dient. Wir brauchen ein klares Bekenntnis zu Bürger*innenrechten. Wir fordern von allen Donauanrainerstaaten ein Eintreten für eine humane Flüchtlingspolitik, eine liberale Minderheitenpolitik etwa gegenüber den Roma und ein konsequentes Vorgehen gegen Korruption. Auch die Gleichberechtigung der Geschlechter ist uns Grünen ein wichtiges Anliegen. Wir werden weiterhin Frauenprojekte für Sinti und Roma in Südosteuropa unterstützen. Wir sagen dem Frauenhandel gemeinsam mit anderen Staaten wirksam und konsequent den Kampf an!

Das gemeinsame Einstehen für die Menschenrechte, eine humane Flüchtlingspolitik, eine liberale Minderheitenpolitik und ein konsequentes Vorgehen gegen Korruption ist Fundament der Europäischen Union und Voraussetzung für eine Partnerschaft mit uns. Die gegenwärtigen Regierungen von Polen und Ungarn, die Frauen das Recht auf Abtreibung absprechen, LSBTTIQ-freie Zonen ausrufen oder antisemitische Verschwörungsmythen verbreiten, können wir daher nicht als Partnerinnen betrachten. Wir sehen es als unsere Aufgabe an, den Teil der Zivilgesellschaft in diesen Ländern zu stärken, der die europäischen Werte teilt.

Entwicklungszusammenarbeit voranbringen: Wir tragen globale Verantwortung

Wir wollen unserer Verantwortung für eine nachhaltige Entwicklung und für die Einhaltung von internationalen Umwelt- und Sozialstandards gerecht werden. Deshalb hat die grün-geführte Landesregierung die Verwaltungsvorschrift des Landes für eine faire und nachhaltige öffentliche Beschaffung erlassen. Diese wollen wir ökologisch und sozial weiterentwickeln und ihre Regelungen verbindlicher machen. Ihre Umsetzung muss durch Schulungsangebote, Monitoring, Transparenz, ambitionierte und messbare Ziele sowie neue Instrumente wie die Etablierung einer Landeskompetenzstelle für nachhaltige Beschaffung sichergestellt werden. Landeseigene Unternehmen, die auch außerhalb von Deutschland Geschäftsbeziehungen unterhalten, wollen wir dazu verpflichten, Vorreiter bei der Umsetzung unternehmerischer Sorgfaltspflichten (due diligence) zur Einhaltung fairer, sozialer und ökologischer Produktionsbedingungen in der gesamten Lieferkette zu werden. Im Bund setzen wir uns für ein ambitioniertes Lieferkettengesetz ein, das verbindlich menschenrechtliche Sorgfaltspflichten

verankert und effektive Sanktionsmöglichkeiten eröffnet, wenn diese verletzt werden.

Baden-Württemberg lebt von seinen starken, weltweit tätigen Unternehmen und seiner lebendigen Zivilgesellschaft. Sie bergen großes Potenzial, unsere internationale Zusammenarbeit fit zu machen für die globalen Herausforderungen und den überfälligen ökologisch-sozialen Transformationsprozess des neuen Jahrzehnts! Die vielen Akteur*innen und Projekte in der Entwicklungszusammenarbeit werden wir Grüne weiterhin fördern und über alle Bereiche vernetzen. Dabei legen wir besondere Aufmerksamkeit auf die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Beziehungen zum europäischen Nachbarkontinent Afrika. Entwicklungszusammenarbeit ist für uns eine Querschnittsaufgabe. Das heißt: Baden-Württemberg übernimmt weltweit Verantwortung für eine ökonomisch, ökologisch und sozial tragfähige Gestaltung der Zukunft. Um dieses Ziel zu erreichen, werden wir das breite Netzwerk der entwicklungspolitischen Akteur*innen weiterhin intensiv unterstützen und den entwicklungspolitischen Dialog mit den zivilgesellschaftlichen Akteur*innen, der Wissenschaft und der Wirtschaft vertiefen. Über den Rat für Entwicklungszusammenarbeit sowie über Informations- und Netzwerkplattformen werden wir dafür sorgen, die vorhandenen Ressourcen noch wirksamer nutzen zu können. Projekte und das Engagement in Ländern des Globalen Südens sind dabei von großer Bedeutung. Genauso wichtig ist es, hierzulande die Bildung für nachhaltige Entwicklung und das Globale Lernen im schulischen und außerschulischen Bereich zu fördern sowie ein entwicklungspolitisches Bewusstsein zu schaffen. Dazu gehört auch eine kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit. Daher wollen wir die deutsche und europäische Kolonialvergangenheit zu einem festen Bestandteil in den Lehrplänen und -materialien an Schulen und Universitäten machen und diese bei der Aus- und Fortbildung

von Lehrkräften stärker verankern. Der deutsche Kolonialismus hat auch sichtbare Spuren in Form von Denkmälern, Straßennamen, Gebäuden und Institutionen hinterlassen. Wir unterstützen die kritische Auseinandersetzung mit diesem Erbe und wollen dies mit der Fachexpertise des Landesarchivs und der historischen Fakultäten der Landesuniversitäten unterstützen.

Wir wollen den begonnenen Perspektivenwechsel der globalen Verantwortung als wirtschaftsstarkes Land weiter vorantreiben. Wir werden dazu beitragen, dass unsere Wirtschafts- und Lebensweise die Lebensgrundlage unserer Partnerländer respektiert und nicht zerstört. Konsequente Nachhaltigkeit bestimmt daher nicht nur unsere politischen Inhalte, sondern auch die Arbeitsweise unserer Institutionen. Die Nachhaltigkeitsstrategie Baden-Württemberg wollen wir stärken und weiterentwickeln. Die konkreten Ziele der einzelnen Ressorts sollen noch systematischer und deutlicher an Nachhaltigkeit und globaler Verantwortung ausgerichtet werden. Über die Maßnahmen und Fortschritte sollen die Landesministerien jährlich öffentlich berichten.

Die Landesförderung und unser Engagement werden wir im Sinne der entwicklungspolitischen Leitlinien Baden-Württembergs auf ausgewählte Partnerregionen des Landes fokussieren. Dazu werden wir die aufgebauten und bewährten Strukturen nutzen. Der Landespartnerschaft mit Burundi, die über das Kompetenzzentrum Burundi der Stiftung Entwicklungszusammenarbeit Baden-Württemberg (SEZ) koordiniert wird, kommt für uns besondere Bedeutung zu: Sie ist über Jahrzehnte als Graswurzelpartnerschaft gewachsen. Was wir mit Kritik und Sorge beobachten, ist die Menschenrechtsslage in Burundi. Daher wollen wir den Einsatz für Menschenrechte und die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft noch weiter stärken.

Darum Grün!

Wer Grün wählt, stimmt für

- ein Baden-Württemberg, das auch in Krisenzeiten internationale Solidarität lebt und lokal handelt
- mehr europäische Souveränität bei der Beschaffung wichtiger Gesundheitsgüter wie Medikamente, Impfstoffe, medizinische Geräte und Schutzkleidung durch die Produktion in Europa und Baden-Württemberg
- die Weiterentwicklung der Donaumaumstrategie als politisches Projekt – über wirtschaftliche Kooperationen hinaus
- die Stärkung und den Ausbau einer fairen, nachhaltigen öffentlichen Beschaffung und die Verankerung von Klimaschutz und Menschenrechten in Handelsabkommen
- globale nachhaltige Entwicklung und Gerechtigkeit

Impressum

 **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Baden-Württemberg**

Königstraße 78, 70173 Stuttgart

 landesverband@gruene-bw.de

 www.gruene-bw.de

 facebook.com/gruenebw

 instagram.com/gruenebw

 twitter.com/gruenebw

V.i.S.d.P.: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Baden-Württemberg
Andreas Hamm, Königstraße 78, 70173 Stuttgart

Gestaltung: wigwam eG
in Zusammenarbeit mit Anna Risch und Dina Fluck

Lektorat: Dr. Annette Kosakowski und Sascha Bühler

Druckerei: Staudigl-Druck GmbH & Co. KG
Schützenring 1, 86609 Donauwörth

Klimaneutral gedruckt auf Vivus 89
aus 100% Recyclingpapier mit dem Blauen Engel

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
BADEN-WÜRTTEMBERG

